

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

Heft 2/1975

April / Juni

22

Allgemeine und zyklische Krise des Kapitalismus

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

Heft 2/1975

April — Juni

22

Allgemeine und zyklische
Krise des Kapitalismus

Bitte beachten Sie die Beilagen des IMSF im vorliegenden Heft

Marxismus-Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften. 6. Jahrgang
Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest
erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 6,-, Jahres-
abonnement DM 22,-. Für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehrdienst- und Ersatzdienstleistende gilt ein ermäßigter Abonne-
mentspreis von DM 18,- zuzüglich Porto. Bezug dieses Abonnements nur über IMSF.

Redaktionssekretär: Thomas Müller, Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6,
Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 516 27-609.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig (4 Hefte). Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen
vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

I M
S F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

Autorenkollektiv	
Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus	3
Horst Heiniger	
Methodologische Fragen der Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der allgemeinen Krise des Kapitalismus	25
Autorenkollektiv	
Die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft zur Jahreswende 1974/97 . . .	37
V. Rymalov	
Das Allgemeine und das Besondere in der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft	62
O. Bogdanov	
Die Währungserschütterungen und die kapitalistische Weltwirtschaft	90
S. V. Safronov	
Krisengeschüttelte US-Wirtschaft.	105
Ellman/Rowthorn/Smith/Wilkinson	
Großbritanniens ökonomische Krise	121
Pierre Duharcourt	
Fortschreitende Krise und Rezession in Frankreich	154
Eugenio Peggio	
Die Wirtschaftskrise in einer entscheidenden Phase	165
Hinweise der Redaktion	179

Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Der Wissenschaftliche Rat des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erörtere im Juli 1974 in Moskau Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Zeitschrift des Instituts, „Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen“¹, hat über diesen Meinungsaustausch² einen ausführlichen Bericht veröffentlicht, den wir im folgenden unseren Lesern zur Kenntnis bringen. Der Text folgt der deutschen Übersetzung, die zuerst erschien in IPW-Berichte, Berlin/DDR, Heft 12/74, S. 2–14

Die allgemeine Krise des Kapitalismus: Wesen, Ursachen, Triebkräfte

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist einer der wichtigsten historischen Prozesse unserer Epoche. *W. I. Lenin*, der die Lehre von *Karl Marx* auf der Grundlage einer allseitigen Analyse der entscheidenden Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft und Politik am Beginn des 20. Jahrhunderts konsequent und schöpferisch weiterentwickelte, definierte den Imperialismus als faulenden und sterbenden Kapitalismus, als Vorabend einer neuen historischen Epoche. Seit der siegreichen Oktoberrevolution in Rußland bildet die „*Vernichtung des Kapitalismus und seiner Spuren, die Einführung der Grundlagen der kommunistischen Ordnung . . . den Inhalt der jetzt angebrochenen neuen Epoche der Weltgeschichte*“³. Der weitere Verlauf der Geschichte hat das überzeugend bestätigt.

Die Leninsche Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist Ausdruck für wahrhaft schöpferischen Marxismus. Mit der Entwicklung des revolutionären Weltprozesses und der Verschärfung der unlösbaren Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung erfährt die Leninsche Theorie eine ständige Bereicherung und Vervollkommenung.

Im Verlauf der Diskussion wurde der Aufdeckung der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, des Wesens, der Ursachen und Triebkräfte der allgemeinen Krise des Kapitalismus große Aufmerksamkeit geschenkt. Die objektive Unvermeid-

1 Mirowaja ekonomika i meshdunarodnye otnoschenija, Moskau, 10/1974.

2 Einführende Worte sprach der Direktor des Instituts, Akademienmitglied N. N. Inosemzew. An der Diskussion beteiligten sich B. M. Bolotin, O. N. Bykow, W. I. Gantman, J. M. Garuschjanz, N. D. Gausner, A. A. Gretsichichin, A. D. Grigorjew, S. A. Dalin, G. G. Diligenskij, B. N. Dobrowinskij, S. M. Sagladina, W. M. Kudrow, W. I. Kusnezow, S. W. Kurenkow, W. W. Ljubimowa, L. L. Ljubimow, M. P. Madsojewskij, M. M. Maximowa, G. G. Matjuchin, D. E. Melamid, A. G. Milejkowskij, S. M. Nikitin, E. M. Primakow, S. W. Pronin, W. W. Rymalow, D. W. Smyslow, D. G. Tomaschewskij, W. L. Tjagunenکو, W. M. Usoskin, W. P. Federow, E. S. Chesin, K. G. Cholodkowskij, W. A. Tscheprakow, W. M. Schamberg, R. M. Entow und J. I. Judanow.

3 W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 387.

lichkeit ihrer Entstehung und weiteren Vertiefung ergibt sich aus dem Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise. Die allgemeine Krise entsteht jedoch erst in einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstadium, wenn der Kapitalismus zu einem allumfassenden imperialistischen System geworden ist, in dem der Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol abgeschlossen ist. Sie entfaltet sich, wenn der Widerspruch zwischen den beiden Gesellschaftssystemen zum Grundwiderspruch der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geworden ist. Unter diesen Bedingungen beginnt der Sozialismus, den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung im Weltmaßstab revolutionierend zu beeinflussen, so daß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Ordnung verstärkt und ihre Grundfesten erschüttert werden.

Die Teilnehmer der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates betonten, daß unter den Erscheinungen und Prozessen, in denen das Wesen der allgemeinen Krise des Kapitalismus zum Ausdruck kommt, die Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems in historisch kurzer Zeit eine überaus wichtige Rolle spielt. Die Kräfte der alten Ordnung vermochten das Vorwärtsschreiten dieses Prozesses weder zu verhindern noch aufzuhalten.

Wichtigste Momente, die die allgemeine Krise des Kapitalismus in all ihren Entwicklungsetappen charakterisieren, sind folglich die Dynamik des revolutionären Weltprozesses, der Verlauf des Kampfes der beiden sozialökonomischen Systeme und der Prozeß der Vereinigung aller revolutionären Hauptkräfte der Gegenwart zu einer geschlossenen antiimperialistischen Front. Im Zusammenhang damit stellten die Diskussionsredner fest, daß bei der Analyse der inneren Situation in den Ländern des Kapitals neben den genannten Erscheinungen auch die Schärfe der sozialen, ökonomischen und ideologischen Widersprüche in jedem Land, die politische Aktivität und oppositionelle Einstellung der breiten Volksmassen zur kapitalistischen Ordnung, der wachsende Einfluß der politischen Vorhut des Proletariats – der kommunistischen und Arbeiterparteien – in den verschiedenen Bevölkerungsschichten und viele andere sehr wichtige Tendenzen des gesellschaftlichen Lebens gründlich untersucht werden müssen. Die allgemeine Krise erfaßt sowohl die Basis als auch den Überbau des Kapitalismus, alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens – Wirtschaft, Politik, Ideologie und Kultur.

Bei der Analyse ist nicht nur die Entwicklung der inneren Widersprüche des Kapitalismus zu berücksichtigen, sondern auch der Gesamtkomplex der Wechselwirkung zwischen inneren und äußeren, politischen, ökonomischen und anderen Faktoren, die den Ablauf des revolutionären Weltprozesses der Gegenwart bestimmen. Im Unterschied zu den zyklischen Krisen und anderen konkreten Erscheinungsformen des antagonistischen Grundwiderspruches des Kapitalismus läßt sich die allgemeine Krise des Kapitalismus innerhalb dieser Gesellschaftsordnung nicht mehr überwinden. Sie wird nur durch sozialistische Revolutionen gelöst, die zu grundlegenden sozialökonomischen Umgestaltungen in der Gesellschaft, zur völligen Liquidierung der Ausbeutergesellschaft und zur Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse führen.

Allgemeine Krise untergräbt Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise

In der Diskussion wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten sich keineswegs wie passive Beobachter des Prozesses zur Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verhalten und daß die Krise selbst auch keineswegs ein geradliniger Prozeß ist. Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus darf nicht auf die „automatische“ Stagnation der Produktivkräfte der Gesellschaft zurückgeführt werden.

Unter den heutigen Bedingungen läßt sich der Kapitalismus nicht analysieren, wenn man den Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution, die zu einer gewissen Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumstempes und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in führenden Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft führte, außer acht läßt. Dazu trug die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die staatliche Programmierung und Lenkung der Wirtschaft der industriell entwickelten Länder nicht unwesentlich bei. Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und die Tatsache, daß die meisten ehemaligen Kolonien und Halbkolonien den Weg der eigenständigen nationalen Entwicklung beschritten haben, förderten ihrerseits ein beschleunigtes Tempo des Produktionswachstums in der Agrar- und Rohstoff-Peripherie der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft.

Wie die Diskussionsteilnehmer übereinstimmend feststellten, konnten jedoch alle diese Erscheinungen eine Stabilisierung des Kapitalismus als gesellschaftliches Weltsystem nicht bewirken. Im Gegenteil, in der allgemeinen Krise des Kapitalismus verstärkt sich der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Monopolherren und allen anderen bürgerlichen Gesellschaftsschichten, zwischen imperialistischen und befreiten Staaten usw. immer mehr. Auf dem kapitalistischen Weltmarkt entbrennt ein erbitterter Kampf zwischen den Imperialisten um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären. Die These der marxistisch-leninistischen Theorie, daß die kapitalistische Vergesellschaftung der Produktion und ihre weitere Internationalisierung die eigentlichen Grundlagen der bürgerlichen Produktionsweise nicht nur nicht stärken, sondern sie vielmehr untergraben, findet somit eine eindrucksvolle Bestätigung.

Im Laufe der Diskussion wurde unterstrichen, daß sowohl das neue Niveau und die heutigen Tendenzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Hauptländer des Kapitalismus als auch der Charakter der komplizierten Probleme und scharfen Widersprüche in den einzelnen Ländern und im gesamten kapitalistischen Weltsystem genauestens analysiert werden müssen.

Ein umfassender Meinungsaustausch fand zu den Problemen der Einwirkung wirtschaftlicher, politischer, ideologischer und militär-strategischer Faktoren auf die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in ihren verschiedenen Entwicklungsetappen statt. Die Diskussionsteilnehmer stellten fest, daß für jede dieser Etappen bestimmte konkrete Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes der revolutionären Hauptkräfte in den Vordergrund rücken. Im Zusammenhang

damit wurden verschiedene Ansichten zu den Grundzügen der einen oder anderen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus geäußert. Es wurde hervorgehoben, daß in der Vergangenheit manchmal einige Besonderheiten, welche für die eine oder andere Etappe typisch waren, als Grundzüge der allgemeinen Krise des Kapitalismus insgesamt dargestellt wurden. Jede einzelne Etappe ist, unabhängig von den allen Etappen gemeinsamen Wesenszügen, durch besondere Merkmale charakterisiert, die sich aus der konkreten historischen Situation ergeben.

Wie in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck kam, bestehen die Hauptunterschiede zwischen den Etappen der allgemeinen Krise darin, daß eine jede neue Etappe in erster Linie auf ein qualitativ neues Entwicklungsniveau des revolutionären Weltprozesses stößt, sich einem veränderten Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, zum Nachteil des Imperialismus gegenüberstellt und durch eine weitere Vertiefung der Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise gekennzeichnet ist.

So erfolgte in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus unter der Einwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ein entscheidender Einbruch in das allumfassende System des Imperialismus, begann die Krise seines Kolonialsystems, vertieften sich die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, die in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 besonders kraß zu Tage traten und schließlich zum zweiten Weltkrieg führten.

Die zweite Etappe der allgemeinen Krise war gekennzeichnet durch die weitere Schwächung der imperialistischen Positionen infolge der vernichtenden Niederlage der faschistischen Staaten und des militaristischen Japan sowie des Sieges der sozialistischen Revolutionen in einer Reihe von europäischen und asiatischen Ländern und durch die Bildung des sozialistischen Weltsystems. In dieser Etappe vollzog sich eine weitere Verschärfung der Widersprüche und setzte der nicht rückgängig zu machende Prozeß des Zerfalls des imperialistischen Systems der kolonialen Sklaverei ein.

In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus – von der zweiten Hälfte der 50er Jahre an –, die durch wachsende Widersprüche, wirtschaftlichen Wettbewerb und Kampf für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekennzeichnet war, wurden die Möglichkeiten für den Imperialismus, das Schicksal der Menschheit zu bestimmen, noch mehr eingeengt. Die Eigenart dieser Etappe besteht darin, daß sie nicht mit einem Weltkrieg im Zusammenhang steht.

Mit zunehmender Unterstützung durch andere Kräfte der revolutionären Bewegung begann der Sozialismus, auf die Entwicklung der internationalen Wirtschaft und Politik bestimmenden Einfluß zu nehmen. In dieser Etappe tritt der Zerfall des Kolonialsystems in sein Endstadium. Die weitere Vertiefung des Grundwiderspruches des Kapitalismus führte zu einer erneuten Zuspitzung aller seiner sozialökonomischen und politischen Widersprüche. Der Grundwiderspruch unserer Epoche – der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus – wurde in untrennbarem Zusammenhang mit dem Grundwiderspruch des kapitalistischen

listischen Gesellschaftssystems zur entscheidenden Triebkraft des historischen Prozesses der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das auf der Tagung vorgelegte Tatsachenmaterial beweist, daß der Kapitalismus am Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in eine Periode der äußersten Verschärfung einer Reihe von Widersprüchen eintrat.

Die unversöhnlichen Widersprüche sozialen, politischen und ökonomischen Charakters verdichten sich immer mehr zu einem unentwirrbaren Knäuel. Die strukturelle Instabilität der kapitalistischen Wirtschaft verstärkt sich unter den Bedingungen der sich häufenden Überproduktionskrisen, des Ausbruchs von Währungs- und Energiekrisen und der unaufhaltsamen Inflation. Diese Widersprüche, die gleichzeitig wirken und in einem komplizierten kausalen Zusammenhang stehen, untergraben die Grundfesten des Kapitalismus und führen zur weiteren Verstärkung seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Instabilität.

Verschärfung der inneren Widersprüche des Kapitalismus

In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde darauf hingewiesen, daß die herrschenden Kreise der kapitalistischen Staaten infolge bevorstehender sozialer Erschütterungen und revolutionärer Aktionen der breiten Volksmassen zur Verteidigung ihrer Lebensrechte gezwungen sind, außer verstärkten Repressalien Zuflucht zur Einengung, Vertuschung und Dämpfung der krassesten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zu nehmen und die Augenblicksinteressen der einzelnen Monopole den langfristigen Aufgaben des Überlebens dieser Gesellschaftsordnung unterzuordnen, die Widersprüche zumindest in der eigenen Klasse beizulegen usw. Daher steht die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in einem komplizierten dialektischen Zusammenhang mit dem Wachstum von Produktion und Konsumtion, mit bestimmten Verbesserungen der materiellen Lage der Werktätigen unter dem Druck des sich verstärkenden Klassenkampfes.

Die Kräfte des Weltkapitalismus sind bestrebt, den Zusammenbruch ihres Systems mit Hilfe der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufzuhalten. Die wissenschaftlich-technische Revolution eröffnet der Menschheit in der Tat gewaltige Möglichkeiten zur Umgestaltung der Natur, zur Vermehrung des materiellen Reichtums und zur Vervielfältigung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen. Diese Möglichkeiten, die dem Wohl aller Völker dienen sollten, werden jedoch vom Monopolkapital nach wie vor zur Erzielung von Maximalprofit, zur verstärkten Ausbeutung der Werktätigen, zur militärischen Aufrüstung der imperialistischen Mächte und zur Herstellung todbringender Waffen benutzt.

Die wissenschaftlich-technische Revolution führt unter dem Kapitalismus nicht zur Abschwächung, sondern objektiv zur ständigen Verschärfung seiner inneren Widersprüche. Hieraus ergibt sich die von den Diskussionsteilnehmern gezogene Schlußfolgerung, daß die qualitativen Veränderungen in den Produktivkräften und im gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Produktion bei

Aufrechterhaltung der ausbeuterischen Produktionsverhältnisse mit aller Deutlichkeit die Unfähigkeit dieser gesellschaftlichen Verhältnisse demonstrieren, die neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zur Lösung der brennendsten Probleme der Gesellschaft zu nutzen und die Verstärkung des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital zumindest vorübergehend aufzuhalten.

Die Widersprüche zwischen den neuen Möglichkeiten und den sozialökonomischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Gefahren, die aus der Anwendung ihrer Ergebnisse für militärische Zwecke erwachsen, die Widersprüche zwischen den beiden Systemen – all das verleiht den gegenseitigen Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung den Charakter einer dialektischen Einheit von Kampf und Zusammenarbeit. Unter diesen Bedingungen ist eine der wichtigsten Aufgaben aller demokratischen, fortschrittlichen Kräfte die Festigung der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen und die Beseitigung der noch vorhandenen Überreste der früheren Herrschaft des Imperialismus und Kolonialismus in der Weltwirtschaft und der Politik.

Auch die Hoffnungen der imperialistischen Bourgeoisie, daß die angewandten flexibleren Methoden der neokolonialistischen Politik das kapitalistische Welt-system stärken und die Schärfe der allgemeinen Krise mildern würden, haben sich nicht erfüllt. Das Hinüberwachen der ursprünglich auf die Erringung der staatlichen Selbständigkeit gerichteten nationalen Bewegungen in eine anti-imperialistische Aktivität für echte wirtschaftliche und soziale Befreiung versetzte den Positionen des Kapitalismus insgesamt als gesellschaftliches Welt-system einen starken Schlag.

Heute sprengt die nationale Befreiungsbewegung in Inhalt und Zielen immer mehr den bürgerlichen Rahmen und nimmt die Form von national-demokratischen Revolutionen an, die die objektiven und subjektiven Voraussetzungen schaffen, daß die befreiten Länder über eine Reihe von Zwischenstufen zum Sozialismus übergehen können. Das verstärkt den antikapitalistischen Kampf im Weltmaßstab, engt die Manövrierfähigkeit der imperialistischen Kräfte ein und trägt zur Schaffung günstiger Voraussetzungen bei, daß sich viele der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien auf den Sozialismus orientieren.

Der Übergang zahlreicher befreiter Länder auf den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg ist in seiner geschichtlichen Bedeutung einer der wichtigsten Marksteine für den Zerfall des Weltkapitalismus im Laufe des unumkehrbaren Prozesses der Vertiefung der allgemeinen Krise. Die konsequente Entwicklung der revolutionären Weltbewegung und die sich verstärkende Einheit aller fortschrittlichen Kräfte lassen dem Kapitalismus keine Atempause zu seiner Konsolidierung.

Festigung des Sozialismus und Bedingungen der friedlichen Koexistenz der beiden Gesellschaftssysteme

Große Aufmerksamkeit widmeten die Tagungsteilnehmer den Problemen, die den Einfluß des revolutionären Weltprozesses auf die konkreten Erscheinungsformen der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf dem Gebiet der Weltpolitik charakterisieren. Der ständig wachsende Einfluß des Sozialismus und anderer progressiver Kräfte der Gegenwart auf die internationalen Beziehungen verändert die Bedingungen des Klassenkampfes in den Ländern des Kapitals.

Im historischen Wettbewerb der beiden gegensätzlichen sozialökonomischen Systeme erlangt das schnelle Wachstum der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der UdSSR und der Länder des Sozialismus erstrangige Bedeutung. Die wachsende Stärke des Sozialismus war die entscheidende Voraussetzung für eine solche internationale Lage, die den Imperialismus in zunehmendem Maße daran hindert, die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses mit militärischer Macht zu stören. Die Stärke des Sozialismus hat die Absicht der aggressiven imperialistischen Kreise, zur Festigung ihrer Positionen einen weltweiten Atomkrieg zu entfesseln, zunichte gemacht. Angesichts des entstandenen ausgewogenen Kräfteverhältnisses würde der Versuch, derartige Absichten zu realisieren, nicht nur unermeßliches Leid über die Völker bringen, sondern auch die Existenz des Kapitalismus selbst bedrohen. Die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten sowie die anderen antiimperialistischen Kräfte legen der Realisierung solcher Pläne, der revolutionären Weltbewegung in regionalem Maßstab zu schaden, darunter an den unmittelbaren Berührungspunkten der Hauptkräfte der beiden gegensätzlichen Weltssysteme, ernste Hindernisse in den Weg.

Die Unterstützung durch die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft wurde zu einem wichtigen Faktor der Verstärkung des anti-imperialistischen Kampfes der Völker der kapitalistischen und der Entwicklungsländer. Durch die Festigung des Sozialismus in der Welt und durch die wachsende Bedeutung der jungen Nationalstaaten in der internationalen Politik wurden die Möglichkeiten für die Herrschaft der einen über die anderen Länder stark eingeengt.

In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen wurden, ausgehend von der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der allgemeinen Krise, das Wesen der Krise der kapitalistischen Außenpolitik und der Zusammenhang dieser Krise mit der Entwicklung eines Systems internationaler Beziehungen unter theoretischen und methodologischen Aspekten dargelegt. Triebkraft aller Seiten dieses im Wesen einheitlichen Prozesses ist die Dynamik der Wechselbeziehungen der beiden sozialökonomischen Systeme. Veränderungen im Kräfteverhältnis der beiden Systeme haben mehr oder weniger starke Auswirkungen auf den Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen und auf ihre historische Umgestaltung. In der wesentlichen Veränderung dieser Beziehungen während der letzten Jahre infolge der Durchsetzung der Tendenzen der friedlichen Koexistenz und Zusammenar-

beit von Staaten mit unterschiedlicher sozialpolitischer Struktur findet der Prozeß der tiefen Krise des imperialistischen Systems der Herrschaft der einen über die anderen Länder, die sich in der vergangenen Geschichtsepoche herausgebildet haben, seinen Niederschlag. Die fortschreitende Verminderung der Rolle der kapitalistischen Staaten im Globalsystem der internationalen Beziehungen ist eine der konkreten Ausdrucksformen der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Gleichzeitig kam aber in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck, daß es falsch wäre, die in unserer Zeit eingetretenen Wandlungen im System der internationalen Beziehungen der einen oder anderen konkreten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zuzuordnen. Der wechselseitige Zusammenhang und die Wechselbeziehungen zwischen ihnen sind in der geschichtlichen Wirklichkeit weder geradlinig noch automatisch, sie sind feiner, komplizierter und widersprüchlicher, tragen in der Regel einen Kompromißcharakter.

Das heutige System der internationalen Beziehungen modifizierte sich im Lauf des sich ändernden Kräfteverhältnisses der beiden Systeme schon mehrmals wesentlich. Überaus bedeutsame Veränderungen vollzogen sich nach dem zweiten Weltkrieg im Ergebnis der Zerschlagung des Faschismus, der Schaffung des sozialistischen Weltsystems, des Zusammenbruchs des imperialistischen Kolonialsystems und des Entstehens junger Nationalstaaten. Eine nicht geringe Rolle spielte die Entwicklung qualitativ neuer Atom- und Wasserstoffwaffen.

Politik des „kalten Krieges“ gescheitert

Die radikalen Veränderungen im Kräfteverhältnis von Sozialismus und Kapitalismus in der Nachkriegszeit haben sich tiefgreifend und allumfassend auf das heutige System der internationalen Beziehungen ausgewirkt. Charakter und Funktionsweise dieses Systems passen sich immer mehr dem neuen Kräfteverhältnis an. Gleichzeitig vollzieht sich ein Prozeß, in dem sich die kapitalistischen Politiker subjektiv des Bankrotts ihrer früheren Ziele und Mittel des außenpolitischen Kurses der Nachkriegszeit bewußt werden. Es werden Versuche zur Anpassung der Außenpolitik der kapitalistischen Länder an die Realitäten der internationalen Beziehungen unserer Tage unternommen. Eine besonders aktive Rolle spielt in diesem Prozeß unbestreitbar die Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, die Charakter, System und Struktur der internationalen Beziehungen beeinflussen.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung dieses Prozesses ist die Kräftegruppierung in den kapitalistischen Hauptländern, in der ganzen kapitalistischen Welt. In der gegenwärtigen Geschichtsetappe vollziehen sich im System der internationalen Beziehungen grundlegende Veränderungen. Während der Sozialismus in der vorangegangenen Periode in nicht geringem Maße genötigt war, in der internationalen Arena unter Bedingungen zu wirken, die ihm von der Außenpolitik der kapitalistischen Mächte diktiert waren („kalter Krieg“), steht nunmehr der Kapitalismus weitgehend vor der Notwendigkeit, unter neuen objektiven

historischen Bedingungen zu handeln, da ihn der Sozialismus zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung zu zwingen vermag. Das ist ein prinzipiell neuer Zug in der Entwicklung des Systems der internationalen Beziehungen, ein Ergebnis des objektiven Prozesses der Veränderung des Kräfteverhältnisses der beiden Systeme und der wachsenden Rolle der Außenpolitik der sozialistischen Länder in der heutigen Weltentwicklung. Deshalb erlangen auch die internationalen Beziehungen heute eine immer größere Bedeutung.

Mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Krise der imperialistischen Politik des „kalten Krieges“ eng verbunden. Es gelang dem Imperialismus nicht, durch „kalten Krieg“ und Wettrüsten das Aufbauwerk des Sozialismus als progressiver sozialökonomischer Ordnung zu verhindern. Die Veränderung der Kräftebilanz in der Welt zugunsten des Sozialismus bildete die Grundlage für die Abkehr vom „kalten Krieg“ zur Entspannung, zur breiten Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Norm für die Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung. In gleicher Richtung wirken die sich auf der Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution verstärkende Internationalisierung des Wirtschaftslebens, die Entstehung neuer globaler Probleme für alle Länder, insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Energie- und Rohstoffversorgung usw. aus. Unter diesen Bedingungen wächst auch das Bedürfnis der kapitalistischen Länder nach Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten.

Das bildete nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer auch die objektive Grundlage für einige positive Veränderungen in der Außenpolitik der kapitalistischen Großmächte (USA, Frankreich, BRD, Italien, Japan). Der Trend zur Entspannung schwächte seinerseits die Weltpositionen des Imperialismus.

Verstärkung der wirtschaftlichen Unsicherheit

Zu den im Mittelpunkt der Diskussion stehenden Problemen gehörte die Frage, wie sich die allgemeine Krise des Kapitalismus im inneren Wirtschaftsleben der imperialistischen Länder äußert. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die Verschärfung einiger **Widersprüche zu einer** wesentlichen Modifizierung der Ausdrucksform anderer **Widersprüche führen** kann. Als wichtiges Merkmal für die Zerrüttung der **kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen** im inneren Wirtschaftsleben der imperialistischen Länder ist nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer die Einengung der Funktionssphäre des privatkapitalistischen (darunter des privatmonopolistischen) Wirtschaftsmechanismus zu betrachten.

In der Nachkriegszeit haben sich in allen industriell entwickelten Ländern die Prozesse der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion stark beschleunigt. Nicht zufällig konnte man bereits in den ersten Nachkriegsjahren eine Nationalisierung von Betrieben der Schlüsselindustrien in vielen westeuropäischen Ländern beobachten. Die Krise der privatkapitalistischen Wirtschafts-

beziehungen wurde in solchen für die Gegenwart lebenswichtigen Bereichen wie der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der Grundlagenforschung, der Allgemeinbildung und Fachausbildung von Kadern, der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung und einiger anderer Arten der „nichtkommerziellen“ Dienstleistungen ganz offensichtlich. Die Grundsätze des privatkapitalistischen Unternehmens behindern die Entwicklung der „Infrastruktur“ der modernen gesellschaftlichen Produktion (Verkehrsverbindungen, Bereiche der Energie- und Kommunalpolitik u. a.) immer stärker. Heute, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, führt schließlich die spontane Entwicklung der privatkapitalistischen Produktion unvermeidlich zu einer ungeheuren Umweltverschmutzung. Hier genügt der Hinweis darauf, daß in einigen imperialistischen Ländern, z. B. in Japan und der BRD, nach Meinung einer Reihe westlicher Experten der Zustand der Biosphäre heute bereits ein kritisches Niveau erreicht hat.

Die Erweiterung der ökonomischen Funktionen des Staates spiegelt die Vertiefung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlichem Charakter der modernen Produktion und privatkapitalistischer Aneignung wider. Gleichzeitig wird das Bestreben des Monopolkapitals deutlich, die Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus maximal zu nutzen.

Natürlich kann die Vereinigung der gigantischen Macht der Monopole mit der des Staates zu einem einheitlichen Wirtschaftsmechanismus bestimmte Bedingungen für die Durchsetzung der wissenschaftlichen Revolution und die Steigerung des wirtschaftlichen Wachstumstempes gewährleisten. Nach einhelliger Meinung der Diskussionsteilnehmer kann die bürgerliche staatsmonopolistische Regulierung aber nicht zu einem Mittel der planmäßigen Lenkung des Produktionsprozesses im Interesse der gesamten Gesellschaft werden und ist nicht imstande, die äußerste Zuspitzung der auf der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft beruhenden sozialökonomischen Konflikte abzuwenden.

Ungeachtet aller Maßnahmen der staatsmonopolistischen Regulierung weist die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nach wie vor zyklischen Charakter auf. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde besonders deutlich, daß weder die sogenannte Politik des Wirtschaftswachstums noch die Antikrisenprogramme die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft stabil gestalten können. Die im Herbst 1969 begonnene reguläre zyklische Krise stellte nach Ansicht einer Reihe von Diskussionsteilnehmern eine Wirtschaftskrise im gesamten kapitalistischen Weltssystem dar. Geäußert wurde auch ein anderer Gesichtspunkt, wonach die Stagnation der kapitalistischen Weltproduktion durch eine Kombination von Überproduktionskrisen in einer Reihe von Ländern (USA, Italien u. a.) und das Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität in anderen kapitalistischen Ländern hervorgerufen wurde.

Im Laufe der Diskussion wurde weiter eine verstärkte Ungleichmäßigkeit und Unbeständigkeit in der Entwicklung einzelner kapitalistischer Produktionszweige festgestellt, die in Teilkrisen, z. B. in der Schwarzmetallurgie, im allgemeinen Maschinenbau, in der Textilindustrie u. a., ihren Ausdruck fand. Unter den

Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nimmt auch die Sprunghaftigkeit der Entwicklung einzelner Glieder der kapitalistischen Wirtschaft zu.

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist durch die Entstehung und Entwicklung einer Reihe neuer Konflikte gekennzeichnet, so daß die krassen Disproportionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft noch deutlicher in Erscheinung treten. So wurden ernsthafte Erschütterungen und Krisensituationen in der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Jahren durch Engpässe in der Energiewirtschaft hervorgerufen.

Im Laufe der Diskussion wurde betont, daß sich hinter der äußersten Verschärfung der Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelprobleme in den 70er Jahren eine tiefe Strukturkrise des kapitalistischen Systems der internationalen Arbeitsteilung verbirgt. Die Gesamtheit der Erschütterungen, „weltumfassende Krisen, wirtschaftliche, politische, nationale und internationale Krisen von ungeahnter Intensität“⁴, ist eine der Bewegungsformen der sich immer mehr vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Inflationsprozeß gerät außer Kontrolle

Die Schärfe dieser oder jener Äußerungsformen der Krise kann sich in Abhängigkeit von einer Reihe konkreter historischer Bedingungen wesentlich verändern. Jedoch verhinderten weder die in den letzten Jahren auf dem kapitalistischen Weltmarkt eingetretenen Veränderungen noch die Gesamtheit der staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen die Ausplünderung der Naturreichtümer und Menschenreserven durch den Kapitalismus, so daß auch die damit verbundenen Störungen im Reproduktionsmechanismus nicht aufhörten.

Die Widersprüche des Kapitalismus zeigen sich in der Gegenwart besonders deutlich in der Verschärfung der Währungs- und Finanzkrise, mit der sich viele Diskussionsteilnehmer befaßten. Hierbei wurden gewisse Unterschiede in der Auslegung der eigentlichen Kategorie der Inflation deutlich. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Inflation im wissenschaftlichen Sinne eine Preiserhöhung darstellt, die lediglich infolge Überfüllung der Geldzirkulationskanäle mit Papiergeld über den in Gold ausgedrückten Bedarf der Warenzirkulation hinaus erfolgt. Quelle der Inflation ist unbedingt das Defizit des Staatshaushaltes, das durch Papiergeldemission gedeckt wird. Im Zusammenhang damit betonte eine Reihe von Diskussionsrednern den komplexen Vielfaktoren-Charakter der modernen Inflation. Die Kräfte, die die Inflation in Gang bringen, liegen nicht so sehr in der Zirkulationssphäre, als vielmehr (und vor allem) in der Sphäre der kapitalistischen Produktion, Verteilung und Umverteilung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes.

Die tiefergehende und allgemeinere Grundlage aller Veränderungen im Mechanismus der Preisbildung und der Geldzirkulation ist die Entwicklung des

4 Ebenda, Bd. 23, Berlin 1957, S. 313.

staatsmonopolistischen Kapitalismus; auf dieser Basis bilden sich die wirtschaftlichen Prozesse heraus, die zum Zusammenbruch der Goldwährung und zur Herausbildung eines neuen, durch einseitige Elastizität gekennzeichneten Mechanismus der Geldzirkulation führen. Die objektive Tendenz des Preisanstiegs wird durch das Wettrüsten und das System staatsmonopolistischer Maßnahmen zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums verstärkt. Deshalb wurde auch hervorgehoben, daß der ständige schnelle Preisanstieg in der Wirtschafts- und sozialpolitischen Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus selbst, in der Spezifik seiner Funktion seine Wurzeln hat.

Die Diskussionsteilnehmer stellten einhellig fest, daß der Inflationsprozeß immer mehr außer Kontrolle gerät. Der in den letzten Jahren zu beobachtende rasche Anstieg der Lebenshaltungskosten in den kapitalistischen Ländern beweist anschaulich das Scheitern der staatsmonopolistischen Regulierung und „Kontrolle“, die in den 60er und Anfang der 70er Jahre in die USA, den westeuropäischen Ländern und Japan eingeführt wurde.

Ein hervorstechendes Merkmal des Anstiegs der Lebenshaltungskosten in der jetzigen Etappe der allgemeinen Krise ist, daß die Inflationstendenzen in verschiedenen kapitalistischen Ländern synchron verlaufen. Die Inflation weitet sich immer mehr zu einem das ganze kapitalistische System erfassenden Prozeß aus. Im Preisanstieg zeigt sich die sich verstärkende Herrschaft der kapitalistischen Monopole und des imperialistischen Staates besonders deutlich. Der Gesamtindex der Warenpreise auf dem kapitalistischen Weltmarkt stieg zu Beginn des Jahres 1974 gegenüber dem Stand von 1963 um mehr als zwei Drittel.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurden die begrenzten Möglichkeiten der staatsmonopolistischen Regulierung der Wechselkurse und der Zahlungsbilanzen sowie das Unvermögen des modernen Kapitalismus deutlich, die Bewegung gewaltiger Kapitalmengen von Land zu Land zu unterbinden. Das wird insbesondere durch die bedeutende Verschärfung der Krise des kapitalistischen Währungssystems in den letzten Jahren bewiesen.

Im Verlauf der Diskussion wurde auf Ansichten hingewiesen, nach denen die Währungskrise mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus begonnen und, als einer ihrer ständigen Wesenszüge, chronischen, „permanenten“ Charakter habe. Eine solche Konzeption lenkt nach Meinung einiger Diskussionsteilnehmer zu Recht die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die Hauptfaktoren der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems ständig einen destabilisierenden Einfluß auf die Währungsbeziehungen der kapitalistischen Länder ausüben und einen günstigen Nährboden für die Entstehung von Krisenerscheinungen auf diesem Gebiet schaffen. Jedoch ist die Konzeption der „permanenten“ Währungskrise sowohl von den Tatsachen her als auch in methodischer Hinsicht anfechtbar, weil sie dazu verleitet, die realen Entwicklungsprozesse des kapitalistischen Währungsmechanismus außer acht zu lassen.

Eine Veränderung der Währungssysteme ist letztlich durch die Erfordernisse des weiteren internationalen Warenaustausches und seines Wachstums unter dem

Einfluß der sich entwickelnden staatsmonopolistischen Beziehungen bedingt. Deshalb sind neben dem ständigen Einfluß der Hauptfaktoren der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Krisensituationen in der Währungssphäre auch die gesetzmäßige Folge der Entwicklung von Widersprüchen im internationalen Währungs- und Verrechnungsmechanismus selbst. Unter diesem Aspekt stellt sich die heutige Währungskrise des Kapitalismus als Strukturkrise des „Gold-Devisensystems“ dar, das auf der Konferenz von Bretton Woods juristisch verankert wurde.

Nach Meinung der Diskussionsteilnehmer läßt sich die Entwicklung der Währungs- und Finanzkrise als Ergebnis der neuerlichen Verschärfung folgender Hauptwidersprüche charakterisieren:

1. Doppelnatur des Kreditgeldes. Es trägt einerseits zum intensiven Kapital-export bei und fördert andererseits die Inflation, macht das Geldsystem krisenanfälliger (es wächst die Gefahr der Nichterfüllung von Zahlungsforderungen und des Reißens eines Gliedes der Kreditkette).

2. Langzeitige Loslösung der Wechselkurse von der Wertgrundlage. Heute ist der „nicht äquivalente“ Währungsaustausch zur Regel geworden, was durch das unterschiedliche Tempo der nationalen Geldentwertung und die allseitige Ausnutzung des Wechselkurses als Mittel der Außen- und Binnenwirtschaftspolitik der bürgerlichen Staaten bedingt ist. Dieser Austausch rief einen neuen, überaus ernsten Widerspruch zwischen den Maßnahmen der Regierungen zur Festsetzung der Wechselkurse und den objektiven ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus hervor. Infolgedessen kann sich der reale Wechselkurs seinen Weg nur über krisenhafte Erschütterungen des Währungs- und Finanzsystems bahnen.

3. Herausbildung einer neuen Art parasitären Kapitals in Form „heißen Geldes“, das durch Devisen-, Wertpapier-, Gold- und andere Spekulationen gebildet wird. Dieses Geld beschleunigt die Inflation, gestaltet die Währungsbeziehungen chaotisch, erschwert die Ergreifung von staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen, „speist“ die Währungskrise und wird immer häufiger zu einer der Ursachen für das erneute Aufflackern dieser Krise. Jedoch ist der gegenwärtige Kapitalismus nicht imstande, sich von dem „heißen Geld“ frei zu machen. Gleichzeitig birgt seine Anhäufung in der kapitalistischen Welt ernste Gefahren in sich.

Somit werden die Widersprüche auf dem Gebiet der Währungs- und Finanzbeziehungen nicht nur nicht geglättet, sondern verstärken sich ständig; den alten antagonistischen Widersprüchen gesellen sich immer neue hinzu.

Verstärkung der Kapitalwanderung

In der Nachkriegszeit wurde in den kapitalistischen Ländern eine unvergleichlich höhere Stufe der Vergesellschaftung der Produktion, Konzentration und Zentralisierung des Kapitals erreicht als in der gesamten bisherigen Geschichte. Es entwickeln sich Prozesse der wirtschaftlichen Integration. All das verstärkt die wechselseitige Abhängigkeit der Glieder der kapitalistischen Wirtschaft und führt

zur ständigen Vertiefung des Grundwiderspruches des Kapitalismus. Jedoch versuchen die bürgerlichen Regierungen, Methoden zur Lösung der inneren Probleme in der Regel durch Schaffung einzelner Integrationsgruppierungen im Interesse des Monopolkapitals ihrer Länder zu finden.

Unter diesen Bedingungen ist nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer die jetzige Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch durch den sich vertiefenden Widerspruch zwischen der Internationalisierung der Wirtschaft und den bestehenden nationalen sowie zwischennationalen, aber monopolistisch geschlossenen Leitungsformen der Produktion gekennzeichnet, was natürlich den Konkurrenzkampf in der kapitalistischen Weltwirtschaft gewaltig verschärft. Im Zusammenhang mit der enorm gestiegenen Abhängigkeit von den Weltwirtschaftsbeziehungen ist der Kapitalismus einerseits nicht fähig, ein genügend autonomes Funktionieren der Wirtschaft in den einzelnen Staaten zu gewährleisten, und kann andererseits kein internationales Lenkungssystem schaffen, das dem neuen Niveau der Produktivkräfte entsprechen würde. Hieraus ist die fieberhafte Suche nach einem Regelmechanismus für die kapitalistische Weltwirtschaft zu verstehen.

Ein besonders scharfer Widerspruch auf diesem Gebiet ergibt sich aus der Wirkung internationaler Monopole. Die Rolle, die diese gigantischen kapitalistischen Vereinigungen heute spielen, läßt sich mit folgenden Ziffern belegen: Anfang der 70er Jahre erreichte der Wert der von ihnen realisierten Industrieproduktion und Dienstleistungen ein Drittel des Bruttosozialproduktes aller kapitalistischen Länder zusammen. Die ungeheure Verstärkung der Wanderung des Kapitals im internationalen Maßstab stellt ein entscheidendes Feld des Kampfes zwischen den Imperialisten in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar.

Wie die Diskussionsteilnehmer feststellten, ist auch ein anderer Aspekt des Problems in Betracht zu ziehen – die gewaltige Verschärfung der Widersprüche zwischen der Tätigkeit der internationalen Monopole und der im nationalen Rahmen und auf der Ebene der verschiedenen Integrationsgruppierungen erfolgenden staatsmonopolistischen Regulierung. Wenn sich in einem kapitalistischen Land die Wirtschaftskonjunktur verschlechtert und dadurch ein weiterer Profitzuwachs in den Zweigbetrieben gefährdet ist, drosseln die internationalen Monopole ohne zu zögern die Produktion in dem betreffenden Land und verlagern einen Teil des Kapitals in andere Staaten.

Die Spekulationen der internationalen Monopole fördern die Desorganisation der Waren- und Kapitalmärkte. Somit übt die Tätigkeit der internationalen Monopole einen destabilisierenden Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung aus. Der Kapitalexport und die Wirtschaftsweise der Monopole in der kapitalistischen Weltwirtschaft tragen zur weiteren Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung bei und verleihen dem Funktionsmechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft immer mehr Elemente der Desintegration und Spaltung.

Wachsen der sozialen Spannungen

Die Diskussionsteilnehmer betonten, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus auf sozialem Gebiet mit außerordentlicher Schärfe in Erscheinung tritt. In bedeutendem Maße hängt das Anwachsen der sozialen Spannungen mit den Versuchen der Monopole und bürgerlichen Staaten zusammen, die Folgen der sich verschlechternden Wirtschaftslage auf die Werktätigen abzuwälzen. Die wachsende Inflation trifft in erster Linie die Arbeiterklasse, insbesondere die niedrigbezahlten Kategorien, sowie verschiedene Gruppen der Mittelschichten. In vielen Ländern erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen. Anzeichen für Massenarbeitslosigkeit zeigen sich sogar dort, wo sie angeblich nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Im Zusammenhang damit kritisierten die Diskussionsteilnehmer die schematische Vorstellung, daß die in den 70er Jahren in den Ländern des Kapitals zu beobachtende deutliche Verstärkung der sozialen Spannungen nur eine einfache Projektion der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen in der Wirtschaft darstelle. Solche wichtigen Besonderheiten des Klassenkampfes und des politischen Lebens der letzten Zeit wie die wachsende Bedeutung sozialer Probleme (Bildungs-, Gesundheitswesen, Ökologie, „Lebensqualität“), das Stellen neuer Forderungen an die herrschenden Klassen der kapitalistischen Länder durch die Werktätigen und die wachsende politische Unsicherheit in diesen Ländern lassen sich nur unter Berücksichtigung der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus in der sozialen Sphäre selbst verstehen.

In diesem Zusammenhang unterstrich eine Reihe von Diskussionsteilnehmern besonders die außerordentlich große Bedeutung, die der Entwicklung neuer Bedürfnisse der Arbeiterklasse, vor allem unter dem Einfluß des Wettbewerbs der beiden Gesellschaftssysteme, auf sozialem Gebiet zukommt. Gleichzeitig wiesen viele Diskussionsredner auf die Notwendigkeit der komplexen Untersuchung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozesse hin, da die Verstärkung der inneren Spannungen und des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern in den 70er Jahren durch eine Verflechtung von für alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens geltenden Faktoren hervorgerufen wurde. Diese Komplexität von sozialpolitischen Krisenursachen in einer Reihe kapitalistischer Länder ist ein weiterer überzeugender Beweis für die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Nach Ansicht einiger Diskussionsteilnehmer trat in der letzten Zeit der Zwang zu „technokratischem“ Herangehen an gesellschaftliche Probleme, das für bestimmte Kreise der herrschenden Klasse charakteristisch ist, noch stärker in Erscheinung. Das zeigt sich in der Forderung nach absoluter Priorität der ökonomischen Kennziffern und in einer Überbetonung des wirtschaftlichen Nutzeffekts. Das sogenannte ausgewogene Wirtschaftswachstum werde als Allheilmittel für die Lösung aller sozialen Probleme dargestellt, mit der Begründung, daß es angeblich den Interessenausgleich von Kapital und Arbeiterklasse gewähr-

leiste, die Frage der Umverteilung des Nationaleinkommens vom Tisch bringe und den „sozialen Frieden“ garantiere.

In der Diskussion wurde betont, daß viele Vertreter der herrschenden Kreise in den 70er Jahren anfangen zu verstehen, daß das Wirtschaftswachstum die sozialen Fragen nicht löst und viele andere Probleme noch verschärft. Dazu ist außerdem zu sagen, daß das Wirtschaftswachstum – wie es die letzten Jahre besonders deutlich gezeigt haben – überaus ungleichmäßig und widersprüchlich ist, wodurch die Disproportionen verstärkt werden und neue Probleme entstehen. Die Klassenauseinandersetzungen verschärfen sich nicht nur unter der Einwirkung solcher Erscheinungen wie zunehmende Arbeitslosigkeit und sinkender Lebensstandard der Volksmassen. Wirtschaftswachstum und Kampf für die Erhöhung des Lebensstandards tragen zur Entwicklung gesellschaftlicher und persönlicher Bedürfnisse bei, die wiederum auf Beschränkungen stoßen, die durch das kapitalistische System hervorgerufen sind. Immer mehr soziale Bedürfnisse auf dem Gebiet des Naturschutzes, des Gesundheitswesens, der Volksbildung usw. bleiben unbefriedigt.

Keine Lösung der wachsenden sozialen Probleme

Es ist zu erwarten, daß unter den Bedingungen der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Weltsystem und in dem Bestreben, eine Ausweitung der revolutionären Bewegung zu verhindern, der bürgerliche Staat immer stärker auf die soziale Sphäre Einfluß nehmen wird. Das ist auch darauf zurückzuführen, daß die neuen sozialen Bedürfnisse mit den traditionellen privatkapitalistischen Methoden nicht ausreichend befriedigt werden können. Unter dem Druck der werktätigen Massen sind die bürgerlichen Staaten gezwungen, die Sozialausgaben zu steigern. Das bedeutet jedoch keineswegs eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Werktätigen, da die Haushalte der kapitalistischen Länder im wesentlichen auf den Steuern von Arbeitern und Angestellten und deren Versicherungsabgaben beruhen.

Die sozialpolitischen Möglichkeiten des bürgerlichen Staates sind durch die Natur der bürgerlichen Gesellschaft begrenzt. Das betrifft besonders die Befriedigung der geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und das Streben nach sozialer Gleichberechtigung und Würde. Für die Werktätigen wird die allumfassende Abhängigkeit von den in der Gesellschaft herrschenden Klassenkräften immer unerträglicher. Immer stärker in den Vordergrund treten darum die Forderungen nach Garantie des Rechtes auf Arbeit, nach realer Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung der Produktion auf allen Ebenen, d. h. Forderungen, die aufgrund ihrer Natur im kapitalistischen System ohne revolutionäre Veränderungen in der sozialpolitischen Struktur der Gesellschaft nicht erfüllt werden können.

In der Diskussion wurde unterstrichen, daß sich die gegenwärtige Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus vor dem Hintergrund des krassen Widerspruchs zwischen den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften und der

Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung der grundlegenden sozialen Probleme entwickelt. Die in unserer Zeit stark gestiegenen sozialen Bedürfnisse der Werktätigen sind in vieler Hinsicht durch die Besonderheiten der weltgeschichtlichen Situation, in erster Linie aber dadurch bedingt, daß sich die Massen der kapitalistischen Länder zunehmend der sozialen Stellung der Werktätigen in den sozialistischen Ländern bewußt geworden sind. Die Diskussion bewies die Notwendigkeit der allseitigen Untersuchung des Prozesses des Anstiegs der Bedürfnisse der Werktätigen in den bürgerlichen Staaten und seiner Bedeutung bei der Vertiefung der Widersprüche des Kapitalismus.

Eine Reihe von Diskussionsrednern wandte sich im Zusammenhang damit der Rolle zu, die der Rückgang bzw. der Verlust der Arbeitsfreude beim Niedergang der vorsozialistischen Gesellschaftsformationen gespielt hat. In den 70er Jahren ist die Unzufriedenheit mit der Arbeit, die bei den Werktätigen immer mehr um sich greift, zu einem akuten Problem der entwickelten kapitalistischen Länder geworden.

Soziologische Untersuchungen, insbesondere in den USA, zeigen, daß im Unterschied zu früheren Jahren heute ein großer Teil der Beschäftigten von ihrer Arbeit nicht befriedigt sind, wobei dieser Prozentsatz unter der Jugend und bei Menschen mit relativ hohem Bildungsniveau am stärksten ist. In einer Reihe von Industriezweigen der USA hat die Fluktuation ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Somit ergeben sich für die kapitalistische Gesellschaft aus der Verschärfung der sozialen Probleme Aufgaben, die sie äußerst schwer bewältigen kann, und zugleich wächst die Unzufriedenheit der Massen.

Auch die ungleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, die Kluft zwischen den Einkünften der Bourgeoisie und denen der Werktätigen nimmt zu. Die bürgerliche Statistik beruft sich gewöhnlich auf den steigenden Gesamtanteil des Arbeitslohns am Nationaleinkommen der kapitalistischen Länder. Im Wachstumstempo übertrifft jedoch der Durchschnittsprofit (selbst wenn man den in Kapital angelegten Teil abzieht, also der durchschnittliche „Unternehmergewinn“) den durchschnittlichen Arbeitslohn beträchtlich. Nach vorliegenden Berechnungen stieg nach 1950 der absolute Unterschied im Einkommen z. B. in den USA auf mehr als das Dreifache, in Frankreich um fast das Sechsfache und in Japan auf mehr als das Zehnfache.

Selbst in den wirtschaftlich am stärksten entwickelten kapitalistischen Ländern sind nach wie vor ausgedehnte „Armutszonen“ vorhanden. Arbeitslose, Rentner, Vertreter der unterdrückten Minderheiten und Bewohner von Bezirken mit stagnierender Wirtschaft haben beträchtlich unter dem Existenzminimum liegende Einkünfte. Die zunehmende Differenz zwischen den Existenzbedingungen der Bourgeoisie und denen der werktätigen Massen fördert den sozialen Protest, den der heutige Kapitalismus mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen versucht.

Energische Aktionen der Arbeiterklasse

Daraus läßt sich die Ausdehnung des Klassenkampfes des Proletariats in der Gegenwart erklären. Einige Diskussionsredner verwiesen auf die für die letzte Zeit charakteristische Verflechtung von defensivem und offensivem Klassenkampf der Arbeiterbewegung. Trotz der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Angriffe der Monopole auf das Lebensniveau der Werktätigen setzen sich die Arbeiter nicht nur zur Wehr, sondern verlangen immer energischer eine Umverteilung der Einkünfte, erweiterte Rechte für die Gewerkschaften und soziale Reformen.

Die gewaltigen Aktionen der englischen Arbeiterklasse (fünfzehnmonatige Besetzung von Betrieben, erfolgreicher Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz und der Streik der Bergarbeiter, der zum Rücktritt der konservativen Regierung führte) sind deshalb besonders wichtig, weil durch sie praktisch die Frage nach einer anderen sozialökonomischen Politik gestellt wurde. Neben der Gewährleistung eines garantierten Lohnminimums und einer wirksamen Preiskontrolle verlangen die britischen Gewerkschafter die Umverteilung der Einkünfte über die Besteuerung, die weitere Verstaatlichung, die Beteiligung der Gewerkschaften an der Leitung der verstaatlichten Industriezweige und der privaten Gesellschaften, die verstärkte staatliche Kontrolle über den privaten Sektor, die Erweiterung des gemeinnützigen Wohnungsbaus usw.

Ebenso war der Kampf der italienischen Arbeiter – der Streik vom Sommer 1974 – nicht nur ein Protest gegen Preisanstieg und zunehmende Arbeitslosigkeit, sondern auch der Ausdruck des Verlangens nach einer neuen sozialökonomischen Politik, die auf die Überwindung der Rückständigkeit des Südens, den Aufschwung der Landwirtschaft und auf Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie im Wohnungsbau gerichtet ist. Die tiefen Klassegegensätze hinsichtlich des Gesamtkomplexes der sozialökonomischen Politik treten immer mehr zutage, es wächst die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung.

Es konnte also mit der staatsmonopolistischen Regulierung, die ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum und den „sozialen Frieden“ sichern sollte, weder das eine noch das andere Ziel erreicht werden. Nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer deuten viele Anzeichen darauf hin, daß der staatsmonopolistische Mechanismus heute in zahlreichen Ländern total versagt hat. Unter diesen Bedingungen suchen die herrschenden Kreise einerseits den Ausweg in einer Straffung der sozialen Regulierung, der Zügelung der Gewerkschaften, der Verstärkung der vollziehenden Gewalt und hoffen andererseits auf eine größere soziale Flexibilität.

Der innere Kampf im Lager der Monopolbourgeoisie kommt auch auf politischem Gebiet zum Ausdruck. Während in den einen Parteien reformistische Tendenzen die Oberhand gewinnen, sind in anderen (z. B. bei den britischen Konservativen) Tendenzen der Konfrontation mit der Arbeiterklasse zu beobachten.

Die Verstärkung des Klassenkampfes und der inneren Widersprüche des Monopolkapitalismus kennzeichnen die wachsende politische Instabilität in den 70er

Jahren. Es gibt eine ganze Reihe von Anzeichen hierfür: Unbeständigkeit der Regierungen, Häufung von vorfristigen Parlamentsauflösungen, Trennung der Wählermassen in zwei etwa gleich große Lager, wachsender politischer Zwang u. ä. Besonders symptomatisch ist die Abkehr eines beträchtlichen Teils der Wähler (in Großbritannien, Frankreich, Dänemark) von den etablierten politischen Parteien. In den 50er und 60er Jahren war die Aufteilung der Wähler zwischen den Parteien weitaus stabiler.

Die Diskussionsredner wiesen auf den Umstand hin, daß der Kapitalismus selbst bei Mobilisierung all seiner Kräfte und Möglichkeiten zur Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen nicht in der Lage ist, die Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems aufzuhalten und das auf Untergang der bürgerlichen Gesellschaft lautende Urteil der Geschichte aufzuheben.

Neue Stufe der imperialistischen Widersprüche und Strategie des Neokolonialismus

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß sich unter den Bedingungen der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht nur die zwischen den imperialistischen Staaten schon bestehenden Widersprüche verschärfen, sondern auch neue entstehen und sich die Rivalität in Wirtschaft und Politik der kapitalistischen Welt verstärkt. In dieser Beziehung haben sich in den letzten Jahren tiefgreifende qualitative Veränderungen vollzogen.

Das Gesamtbild der imperialistischen Widersprüche wurde nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer durch die Bildung des „Dreiecks“ der imperialistischen Hauptkonkurrenten USA, Westeuropa (EWG) und Japan am stärksten geprägt. Die Herausbildung von drei Zentren des Monopolkapitalismus bedeutet in erster Linie eine Erweiterung des Ausmaßes der sich zwischen ihnen entwickelnden Widersprüche. Im Konkurrenzkampf stoßen geschlossene Blöcke des staats- und privatmonopolistischen Kapitals zusammen, die sich auf ein gewaltiges Industrie-, wissenschaftlich-technisches, Finanz- und Außenhandelspotential stützen. Die Härte des Konkurrenzkampfes wird an den Tendenzen zur verstärkten Selbstständigkeit und Geschlossenheit jedes der drei Hauptzentren deutlich. In einigen Diskussionsbeiträgen wurde unterstrichen, daß sich die imperialistischen Widersprüche dadurch verstärken, daß von Zeit zu Zeit Versuche der Annäherung der Standpunkte in einzelnen handelsökonomischen oder Finanz- und Währungsfragen zwischen zwei Zentren im Gegensatz zum dritten unternommen werden.

Ungeachtet des sich fortsetzenden Integrationsprozesses werden solchen kapitalistischen Bündnissen durch ständig neue Ausbrüche der Währungs- und Energiekrise, die die ohnehin ernsten Widersprüche zwischen den USA, den EWG-Ländern und Japan verschärfen, heftige Schläge versetzt. Die Auswirkungen dieser Krisen haben nach Ansicht einer Reihe von Diskussionsrednern keinen konjunkturbedingten, sondern beständigen, langfristigen Charakter. Welche vor-

übergehenden und Teilmaßnahmen auch immer zur Linderung der Währungs- und Energieprobleme unternommen werden mögen, ihre Lösung trifft auf wachsende Schwierigkeiten. Die Schaffung eines entsprechenden Mechanismus zur Regelung der Währungs-, Finanz-, Energie-, Rohstoff- und anderer akuter Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft stößt, wie zum Ausdruck gebracht wurde, unvermeidlich auf tief verwurzelte Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen und regionalen Gruppierungen des Monopolkapitals, in erster Linie zwischen den USA, den EWG-Ländern und Japan. Eine Analyse dieser Widersprüche zeigt, daß die ökonomische Rivalität USA-EWG-Japan in wachsendem Maße jene enge Partnerschaft auflöst, die für die Periode des „kalten Krieges“ charakteristisch war, weil sich nunmehr immer stärker die Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz zwischen den drei Zentren des Monopolkapitalismus durchsetzen.

Zwei Zentren der imperialistischen Rivalität – Westeuropa und Japan – aktivieren, wie in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen festgestellt wurde, den Kampf um die Herstellung gleicher Positionen und in einigen Fällen auch um die Überlegenheit ihrer Positionen in der internationalen Politik und Wirtschaft gegenüber den USA. Das Ende der 60er bzw. der Anfang der 70er Jahre ist durch ein verstärktes Einströmen westeuropäischen Kapitals in die USA gekennzeichnet. Auch die Bilanz der Lizenzvergabe hat sich zwischen diesen beiden Machtzentren verändert. Das Abwandern von „know how“, das sich in der Vergangenheit so nachteilig auf das wissenschaftlich-technische Potential Westeuropas ausgewirkt hat, ist heute merklich zurückgegangen.

Die zunehmende Bedeutung Japans in der Weltwirtschaft hat auf die Entwicklung der Rivalität zwischen den USA und Westeuropa einen großen Einfluß. Der westeuropäische Kapitalismus setzt der Expansion Japans Widerstand entgegen, betrachtet die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan aber gleichzeitig als Gegengewicht zu seiner früheren einseitigen Ausrichtung auf die USA. Bei den japanisch-westeuropäischen Beziehungen ist keine so starke Unterteilung in „jüngere“ und „ältere“ Partner spürbar. Die gegenwärtige industrielle Entwicklung Japans mit steigender Produktion technisch progressiver Erzeugnisse führt zu einer Annäherung der Wirtschaftsstrukturen der westeuropäischen Länder und Japans und läßt den Faktor der geographischen Entfernung weniger bedeutsam werden. Andererseits sind die westeuropäischen Länder relativ schwach auf dem japanischen Markt vertreten, so daß in ihrem Handel mit Japan ein ständiges Defizit besteht.

Zentren imperialistischer Rivalität

Die Analyse der während des Meinungsaustausches angeführten Tatsachen zeigt, daß in den letzten Jahren eine wachsende Nichtübereinstimmung der außenpolitischen Interessen der USA, der westeuropäischen Länder und Japans zu beobachten ist, was jedoch Tendenzen zur Abstimmung ihrer Politik nicht ausschließt.

Die Vertiefung der imperialistischen Widersprüche unterhöhlt immer mehr die Grundlagen des in der kapitalistischen Welt in der Nachkriegszeit entstandenen „amerikanozentrischen“ Systems der Wechselbeziehungen. Die Tatsache, daß dieser in erster Linie durch die inneren Gesetzmäßigkeiten der Wechselbeziehungen der kapitalistischen Staaten bedingte Prozeß ungeachtet des Interesses der Monopolbourgeoisie an einem Zusammenschluß der Kräfte für den Klassenkampf gegen die wachsenden revolutionären Strömungen der Gegenwart weitergeht, ist ein konkreter Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ein zusätzlicher Faktor für ihre weitere Vertiefung.

Im Zusammenhang damit betonten die Diskussionsredner, daß das System der Wechselbeziehungen der kapitalistischen Staaten in bestimmtem Maße den sich verändernden inneren und äußeren Bedingungen angepaßt wird. Die sich vertiefende allgemeine Krise des Kapitalismus auf diesem Gebiet macht jedoch die Festlegung und Durchsetzung der allgemeinen Strategie des Imperialismus nicht unmöglich.

Eine wichtige Rolle in dieser Strategie spielen die Politik des Neokolonialismus und Tendenzen der Einigkeit und Widersprüchlichkeit des Imperialismus in dieser Sphäre.

Die Zentren der imperialistischen Rivalität bemühen sich fieberhaft um die Schaffung eigener Einflußzonen in den Entwicklungsländern. Man kann annehmen, daß der westeuropäische Kapitalismus alles daransetzt wird, um seine Positionen im afroasiatischen Raum, der japanische Kapitalismus im Raum des Stillen Ozeans auszubauen. Selbstverständlich wird zugleich jedes Zentrum bemüht sein, ähnlich den USA eine auf die Erweiterung der Einflußsphäre in allen Regionen gerichtete globale Strategie zu verfolgen.

Eine besondere Rolle spielen dabei die internationalen Monopole, die bereits heute versuchen, der „dritten Welt“ ein solches System der internationalen Arbeitsteilung aufzuzwingen, bei dem weniger komplizierte, sogenannte „schmutzige“ und energieintensive Produktionen in Randgebiete verlagert werden. Diese Strategie des Imperialismus, so wurde in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen festgestellt, steht in unversöhnlichem Gegensatz zu den nationalen Interessen der Entwicklungsländer, die, nachdem sie einen selbständigen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, nicht mehr Anhängsel der imperialistischen Machtzentren sein wollen; sie bestehen auf Unabhängigkeit und Gleichberechtigung in der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß die Entwicklungsländer mit immer größerem Nachdruck eine Revision des Systems der Investitions-, Preis-, Währungs-, Finanz-, Steuer- und anderer Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern anstreben. Ihr Kampf für echte nationale Unabhängigkeit ist einer der Hauptfaktoren, die den Prozeß der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der heutigen geschichtlichen Situation kennzeichnen.

Friedensoffensive des Sozialismus bestimmt internationale Beziehungen

Nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer hat die Evolution der Wechselbeziehungen der kapitalistischen Staaten zugleich einen widersprüchlichen Einfluß auf die Entwicklung des globalen Systems internationaler Beziehungen. Einige Aspekte dieser Evolution laufen den positiven Prozessen der internationalen Politik unserer Tage zuwider, andere spiegeln den wachsenden Realismus in der Politik einiger kapitalistischer Länder wider, ihren Übergang vom „kalten Krieg“ zur Entspannung. Die Friedensinitiativen der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft, die konsequente Verwirklichung des vom XXIV. Parteitag der KPdSU verabschiedeten Friedensprogramms bremsen die Entwicklung von negativen Tendenzen in der Politik einer Reihe von kapitalistischen Ländern und tragen aktiv zur Festigung und Vertiefung der in der internationalen Lage eingetretenen positiven Wandlungen bei. Dadurch werden die Voraussetzungen für den Aufbau eines solchen Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen geschaffen, das auf internationaler Sicherheit und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit basiert.

Einer der Wesenszüge der heutigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Tendenz zur verstärkten Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik im imperialistischen System. Einerseits ist eine erhöhte „Empfindlichkeit“ der Außenpolitik gegenüber Veränderungen in der Gruppierung der Klassenkräfte innerhalb der imperialistischen Staaten sowie gegenüber verstärkten außenpolitischen Kursschwankungen zu beobachten, die sich aus der Ablösung einer herrschenden Partei oder Parteiengruppierung durch eine andere in der bürgerlich-demokratischen Ordnung ergeben. Andererseits wirken sich äußere Faktoren immer stärker auf die Innenpolitik aus, werden internationale Fragen zu einem Gegenstand immer heftigerer innenpolitischer Auseinandersetzungen in den imperialistischen Staaten.

Die wissenschaftlich-technische Revolution im Militärwesen hat eine erhöhte Aufmerksamkeit der Volksmassen für Veränderungen in der internationalen Arena zur Folge, die mit der Frage von Krieg und Frieden verbunden sind. Die technische Umwälzung in den Massenkommunikationsmitteln führte zu einer starken Zunahme der allgemein zugänglichen Informationen über die Außenwelt. Auf dieser Basis wächst die politische Bewußtheit und Aktivität sowie die antiimperialistische Bewegung breiter gesellschaftlicher Schichten.

Die Dynamik der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten beider Gesellschaftssysteme erlangte für die Entwicklung der internationalen Beziehungen insgesamt entscheidende Bedeutung. In immer stärkerem Maße ist der Kampf für eine revolutionäre Umgestaltung in den westlichen Ländern mit dem Kampf für die Durchsetzung einer realistischen Politik auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit verflochten.

Horst Heiniger

Methodologische Fragen der Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Aus: IPW-Berichte, Berlin/DDR, Heft 4/1975

In den letzten Jahren zeichnen sich in der Ökonomie und Politik des Imperialismus in verstärktem Maße krisenhafte Prozesse ab, die eine neuerliche Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verdeutlichen. In zahlreichen sowjetischen Arbeiten sind diese Prozesse mit einem bedeutenden Erkenntnisgewinn analysiert worden. Auch bei uns sind in den letzten beiden Jahren zahlreiche Arbeiten über die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus erschienen. Wenn man diese gesamte Literatur überblickt, kann man eine weitgehende Übereinstimmung in zwei Fragen feststellen.

1. Mit dem Übergang zu den 70er Jahren tritt eine qualitativ neue Zuspitzung in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ein (unabhängig davon, wie diese neue Qualität begrifflich definiert wird).

2. Charakteristische Merkmale dieser qualitativ neuen Zuspitzung sind – kurz zusammengefaßt – die neue Stufe des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, die zunehmende innere Labilität der kapitalistischen Gesellschaft und das Erstarken des Proletariats sowie die Krise des Neokolonialismus und das Erstarken der nationalen Befreiungsbewegung.

Dennoch: Trotz dieser Übereinstimmung in wichtigen Fragen der Einschätzung der neuen Entwicklungsprozesse bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet – bleibt eine bestimmte Unsicherheit. Sie besteht vor allem in solchen Fragen: Wie sind diese Prozesse in die Entwicklung innerhalb der 3. Etappe der allgemeinen Krise einzuordnen? Ergeben sie zusammengekommen bereits eine neue Etappe der allgemeinen Krise? Oder: Verfügen wir in der marxistisch-leninistischen Theorie von der allgemeinen Krise über ausreichende Kriterien, um solche Schlußfolgerungen ziehen zu können? Was ist wirklich als neue Qualität in der Zuspitzung der Konflikte des imperialistischen Systems – oder was ist lediglich Ausdruck einer zeitweiligen Verknüpfung bestimmter Widersprüche?

Sicherlich stammt die Unsicherheit bei der Beantwortung dieser Fragen zu einem Gutteil einfach daher, daß wir die einzelnen Krisenprozesse noch nicht gründlich genug analysiert haben. Es erweist sich jedoch gleichzeitig, daß bei der Klärung dieser Fragen bestimmte methodologische Ansätze eine wichtige Rolle spielen müssen. Es ist kein Zufall, daß die Diskussion über die qualitativ neuen Prozesse des jetzigen Kapitalismus an einem bestimmten Punkt in eine Diskussion über generelle methodologische Fragen der Theorie von der allgemeinen Krise überleitete.

In letzter Zeit sind hierzu durch die Sowjetwissenschaft wertvolle Anregungen gegeben worden, z. B. in den verschiedenen Beiträgen des Gen. *Ponomarjow*¹ oder in Materialien des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO)². Ich beziehe mich aber auch auf die interessanten Beiträge, die bei uns z. B. von *Dieter Klein* (Lehrheft „Allgemeine Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Berlin 1974 und Artikel „Wirtschaftswissenschaft“ Heft 12/1974) sowie von *Peter Hess* (IPW-Bericht 8/72), *Jürgen Kuczynski*, *Lutz Maier* (IPW-Bericht 5/73 und Einheit 12/1974) und anderen Genossen veröffentlicht wurden³.

Ich möchte in meinem Beitrag auf einige methodologische Fragen der Theorie von der allgemeinen Krise eingehen und dabei auf einige Probleme der Analyse des jetzigen Entwicklungsstandes der allgemeinen Krise hinweisen. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Frage nach dem Wesen und den grundlegenden Merkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab. Sie erfaßt alle Seiten dieses Systems: die Ökonomie, Politik und Ideologie. Dieser allgemeinen Definition stimmen alle zu, soweit gibt es keine Meinungsverschiedenheit.

Diese „Definition“ bedarf aber einiger Erläuterungen und Präzisierungen. Wie *Lenin* in seiner Imperialismustheorie nachwies, bedeutet der Übergang zum Monopolkapitalismus, daß der Kapitalismus zum sterbenden Kapitalismus wird, da alle objektiven, materiellen Voraussetzungen zu seiner Ablösung durch die neue Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, herangereift sind und die inneren Konflikte des kapitalistischen Systems zu dieser Ablösung treiben. Es ist darum der Auffassung *Jürgen Kuczynskis* – wonach der Kapitalismus bereits seit der Jahrhundertwende und nicht erst seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sterbender Kapitalismus ist – völlig zuzustimmen.

Der historische Niedergang des Kapitalismus beginnt also mit dem Übergang zum Imperialismus – d. h. im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Das entscheidende qualitative Merkmal ist der Übergang zum Monopol. Es gibt kein weiteres Stadium des Kapitalismus (auch der staatsmonopolistische Kapitalismus ist eine Entwicklungsstufe innerhalb dieses Stadiums). Es handelt sich auch während der allgemeinen Krise um das höchste Stadium des Kapitalismus, den Imperialismus.

1 Hierzu gehören vor allem die Aufsätze, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie. Berlin 1971; Internationale Situation und revolutionärer Prozeß, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 6/1974.

2 So z. B. die Beiträge, Über die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 8/1974; Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus, IPW-Berichte 12/1974.

3 Siehe hierzu auch das Gespräch in der Redaktion der IPW-Berichte „Die allgemeine Krise heute“, IPW-Berichte 9/1974.

Aber: Diese Betonung der richtigen These von der allgemeinen Krise als „sterbender“ oder „niedergehender“ Kapitalismus darf m. E. nicht dazu führen, daß wir die allgemeine Krise in ihrem historischen Verlauf mit dem Übergang zum Imperialismus datieren und damit die marxistisch-leninistische Theorie von der allgemeinen Krise des Kapitalismus als eigenständigen Bestandteil der Leninschen Imperialismustheorie negieren. Die These *Jürgen Kuczynskis*, die allgemeine Krise habe bereits mit dem Übergang zum Imperialismus begonnen⁴, ist m. E. deshalb anzuzweifeln, weil der Sieg des Sozialismus in dem ersten Land – in Rußland – nicht schlechthin einen Einschnitt im historischen Niedergangsprozeß des Kapitalismus darstellt.

Die allgemeine Krise ist jene historische Periode im Niedergang des Kapitalismus, in dem dieser nicht mehr als einziges die internationalen Beziehungen und die Weltwirtschaft beherrschendes System existiert; denn der Sozialismus ist nicht mehr nur Ziel des Kampfes der Arbeiterbewegung, sondern real existierende historische Alternative. Dies ist seit dem ersten Weltkrieg – der ersten Krise des kapitalistischen Weltsystems und dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland der Fall.

Mit dem Eintreten in die allgemeine Krise entfalten sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus unter der Einwirkung des Sozialismus. Dieser schränkt die äußeren Expansionsmöglichkeiten des Imperialismus ein und erlangt wachsenden Einfluß auf die inneren Entwicklungsprozesse (ökonomische und politische Entwicklung), die zwischenimperialistischen Gegensätze und den Widerspruch zu den kolonialen und abhängigen Ländern.

Die allgemeine Krise ist daher weder hinsichtlich der Existenzbedingungen, des „Milieus“ des Kapitalismus, noch in der historischen Datierung mit dem Imperialismus gleichzusetzen. Sie markiert einen historischen Einschnitt und umfaßt eine besondere Periode im Niedergangsprozeß des Kapitalismus.

Als die wesentlichen Grundmerkmale der allgemeinen Krise bilden sich heraus: 1. die Spaltung der Welt in zwei Systeme und die wachsende Stärke des Sozialismus. 2. die zunehmende innere Labilität des kapitalistischen Systems und das Erstarken der Kampfkraft des Proletariats sowie die Entfaltung der zwischenimperialistischen Konflikte. 3. die Krise und der Zerfall des Kolonialsystems und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung. Diese Grundmerkmale bilden zugleich die entscheidenden Kriterien für die Einschätzung des Verlaufs und der Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diese Feststellungen über das Wesen der allgemeinen Krise sind aber erst der Ausgangspunkt für methodologische Überlegungen. Im folgenden geht es um drei weitere methodologische Fragen einer Analyse der Triebkräfte und Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

4 Diese Auffassung vertrat J. Kuczynski erst unlängst in einem Artikel in der Jungen Welt,

1. Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Entfaltung des revolutionären Weltprozesses

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution lebt die Menschheit in der Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Als Hauptwiderspruch dieser Epoche wirkt der Widerspruch zwischen dem erstarken Sozialismus und dem niedergehenden Kapitalismus. Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist ein Ausdruck, ein Bestandteil dieser Epoche. Der revolutionäre Weltprozeß hat im Sozialismus seine Hauptkraft, auf die sich die beiden anderen Hauptströme – die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung „stützen“. Welche Wechselwirkung ergibt sich nun zwischen der allgemeinen Krise und dem revolutionären Weltprozeß?

Von entscheidender Bedeutung ist die Gestaltung des internationalen Kräfteverhältnisses auf ökonomischem, militärischem und politischem Gebiet zugunsten des Sozialismus. Die wachsende Stärke des Sozialismus auf diesen Gebieten schränkt die äußeren Expansionsmöglichkeiten des Imperialismus ein und verbessert die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung. Gleichzeitig erweist sich mit der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, daß die inneren Konflikte des Systems aufgrund der objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung anwachsen. Reife und Überreife der materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus bedeuten aber noch keine Ablösung des Kapitalismus. Es gibt keinen automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus.

Entscheidende Bedeutung hat der subjektive Faktor. Es geht um die Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte, um objektive Möglichkeiten auszunutzen und dem Imperialismus neue Niederlagen beizubringen. Sieg der sozialistischen Revolution in weiteren Ländern und wachsender Einfluß des Sozialismus auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen – vor allem auf die Frage von Krieg und Frieden – führen zu grundlegenden strategischen Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und damit zur Einschränkung der Macht des Kapitalismus. Sie bedeuten zugleich eine Stärkung der Positionen der beiden anderen Hauptströme des revolutionären Weltprozesses – der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker.

Es zeigt sich damit, daß die Entwicklung des Hauptwiderspruches unserer Epoche und die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses einen wesentlichen und stetig wachsenden Einfluß auf den Niedergang des Kapitalismus gewinnt. Der erstarkende Sozialismus ist nicht einfach ein „Merkmal“ der allgemeinen Krise. Er ist seit dem zweiten Weltkrieg immer mehr ein das „Milieu“ des Kapitalismus, dessen Existenzbedingungen beeinflussender Faktor geworden. „Der Widerspruch zwischen den beiden Gesellschaftssystemen – der unsere Epoche

*bestimmende Grundwiderspruch – prägt auch die allgemeine Krise des Kapitalismus.*⁵

Wenn wir vorhin von den Grundmerkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus sprachen, dann handelt es sich um objektive ökonomische und politische Prozesse des niedergehenden Kapitalismus – zugleich aber um bestimmte Klassenkräfte, über deren politisches Handeln sich diese Prozesse verwirklichen. Die bewußte Organisation dieser Klassenkräfte zum Kampf gegen den Imperialismus entscheidet über das Tempo dieses Niedergangsprozesses.

Jede neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird daher in erster Linie durch eine neue Stufe der Entwicklung des revolutionären Weltprozesses gekennzeichnet. Eindeutiges Kriterium für diese grundlegenden Einschnitte im Niedergangsprozeß des Kapitalismus ist die unmittelbare Schwächung des Kapitalismus durch den Sieg des Sozialismus in weiteren Ländern oder/und durch andere wesentliche qualitative Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus. Historisch war das im Ergebnis des ersten Weltkrieges und der Oktoberrevolution, im Ergebnis des zweiten Weltkrieges mit der Bildung des sozialistischen Weltsystems und in der zweiten Hälfte der 50er Jahre der Fall, als der Sozialismus begann, die Entwicklungsrichtung der Weltpolitik und Weltwirtschaft maßgeblich zu beeinflussen.

Dieser Zusammenhang zwischen allgemeiner Krise und revolutionärem Weltprozeß ist unter methodologischen Gesichtspunkten in mehrfacher Hinsicht wichtig. Einmal zeigt er uns die Bedeutung der Entfaltung des revolutionären Weltprozesses für die Bestimmung von Kriterien für die Herausbildung einer Etappe der allgemeinen Krise und zum anderen weist er uns auf wesentliche Momente hin, die auch eine polit-ökonomische Analyse der Entwicklung der allgemeinen Krise berücksichtigen muß, wenn sie auch natürlich keinesfalls alle Grundfragen der Entfaltung des revolutionären Weltprozesses in sich aufnehmen sollte.

Solche Fragen sind u. a.

- Hauptrichtungen der Einwirkung des Sozialismus auf das „Milieu“ des Kapitalismus und die Ermittlung von Kriterien für die Bestimmung und Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus;

- die Veränderungen der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, die wachsende Rolle des subjektiven Faktors und neue Grundfragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes gegen den Imperialismus;

- der Zusammenhang des Klassenkampfes der sozialistischen Länder gegen den Imperialismus mit dem antimonopolistischen Kampf der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die neuen Bedingungen des Überganges zum Sozialismus vor allem in Westeuropa;

5 Über die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 8/1974, S. 1082.

– der Klassencharakter der nationalen Befreiungsbewegung, die Differenziertheit der einzelnen Gruppen von Entwicklungsländern und die Perspektiven der sozialökonomischen Entwicklung dieser Länder in den nächsten beiden Jahrzehnten.

2. Das Verhältnis von inneren und äußeren Widersprüchen bei der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

In mehreren Arbeiten über die allgemeine Krise des Kapitalismus – z. B. bei *Dieter Klein* – wird gerade auf diesen methodologischen Grundzug aufmerksam gemacht. Nach meinem Überblick gibt es vor allem in den folgenden beiden Punkten übereinstimmende Auffassungen:

a) Der Niedergang des Kapitalismus vollzieht sich in der Wechselwirkung der vom Standpunkt des kapitalistischen Weltsystems inneren und äußeren Widersprüche.

b) Die bestimmende Rolle für die Entwicklung der allgemeinen Krise spielen die inneren Widersprüche.

Letztere Frage ist aber bei näherem Zusehen wesentlich komplizierter, als es zunächst scheint. Wenn wir davon sprechen, daß primär die inneren Widersprüche die bestimmende Rolle in der Entwicklung der allgemeinen Krise spielen, dann bedeutet das in erster Linie das Vorantreiben des Monopolisierungsprozesses und damit die Vertiefung des kapitalistischen Grundwiderspruchs. Die verstärkte Monopolisierung umfaßt sowohl privatmonopolistische als auch staatsmonopolistische Formen, und sie vollzieht sich im „nationalen“ wie im internationalen Maßstab.

Dabei gilt es zu erkennen, daß der Übergang zu neuen Stufen der Monopolisierung durch die gleichen inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems hervorgerufen wird, die historisch mit der vollen Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise hervortraten und auch für den Übergang zum Monopolkapitalismus maßgeblich waren: die inneren Widersprüche der Kapitalverwertung, der Bedingungen der Profitproduktion und -realisierung. Die neuen Stufen der Monopolisierung sind die kapitalistische Antwort auf die Erfordernisse der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion. Die Dialektik dieses Prozesses besteht darin, daß die gesellschaftlichen Konflikte und Bedingungen des Klassenkampfes gerade mit dem Wachstum des Kapitalismus, mit der Anwendung der modernen Produktivkräfte – und nicht im Ergebnis einer Stagnation – mit neuer Qualität hervortreten, neue Dimensionen annehmen.

Diese Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus vollzieht sich aber während der allgemeinen Krise zunehmend unter der Einwirkung des Sozialismus. Die Wirkungen des Sozialismus und des erfolgreichen Aufschwungs des revolutionären Weltprozesses überhaupt beeinflussen auch den Übergang zu neuen Stufen der Monopolisierung, wenngleich die inneren Konflikte die Haupttriebkraft bleiben.

Betrachtet man die entscheidenden Etappen im Prozeß der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so heben sich bisher deutlich 4 Einschnitte ab: der erste Weltkrieg mit dem staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus in den imperialistischen Hauptländern – die „Große Krise“ von 1929 bis 1932, in deren Ergebnis wesentliche Veränderungen in der ökonomischen Rolle des Staates eintraten – der zweite Weltkrieg mit einem neuen Höhepunkt des staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus – und zum Ende der 50er Jahre der allgemeine Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern.

Wollte man die qualitativen Einschnitte in der Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus zum Hauptkriterium für den Übergang zu einer neuen Etappe der allgemeinen Krise machen, müßte man bereits von vier Etappen der allgemeinen Krise sprechen. Wie wir aber in den Ausführungen zum Zusammenhang zwischen revolutionärem Weltprozeß und allgemeiner Krise hervorhoben, markieren eine krisenhafte Zuspitzung innerhalb der kapitalistischen Länder und auch eine neue Qualität im Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus allein noch nicht eine neue Etappe des Niederganges des Kapitalismus. In erster Linie eine neue Stufe der Entfaltung des revolutionären Weltprozesses, vor allem eine wesentliche qualitative Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus kennzeichnet den Übergang zu einer neuen Etappe. Im Fall der „Großen Krise“ führte die krisenhafte Situation infolge der Schwäche des subjektiven Faktors nicht zu einer solchen Veränderung.

Mit dieser Fragestellung verbinden sich wichtige Probleme der Einschätzung auch der jetzigen Entwicklung. Wenn man z. B. die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen Krisenhaftigkeit als Hauptausdruck der gegenwärtigen Vertiefung der allgemeinen Krise ansieht oder diese Krisenhaftigkeit faktisch mit der Vertiefung der allgemeinen Krise gleichsetzt, kommt man auch zur Auffassung, eine neue Etappe der allgemeinen Krise sei bereits eingetreten.

3. Zu den Merkmalen der Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Hauptmerkmale einer Etappe sind die konkreten Entwicklungsstufen der drei Grundprozesse der allgemeinen Krise: die Spaltung der Welt in zwei Systeme und die wachsende Stärke des Sozialismus, die Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus sowie die Krise und der Zerfall des Kolonialsystems. Wesentlich für die Einschätzung des gesamten Entwicklungsverlaufs einer Etappe ist die gründliche Analyse der neuen Qualität der drei Grundprozesse, die den Übergang zu einer neuen Etappe der allgemeinen Krise markiert. Es zeigen sich hier zwei wichtige Momente: einmal müssen wir berücksichtigen, daß sich die neue Qualität eines solchen Grundmerkmals in der gesamten Etappe „entfaltet“. Neue Fakten und Erscheinungsformen z. B. im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus

und Kapitalismus sind in der Regel Ausdruck des Wirkens dieser neuen Qualität und nicht bereits eine weitere Entwicklungsstufe dieses Grundprozesses.

Zum anderen „entfaltet“ sich die neue Qualität eines solchen Grundmerkmals während einer Etappe nicht gleichförmig oder nur in aufsteigender Linie; denn es geht um die Bewegung und den Kampf von Klassenkräften. Aufschwung und Abschwächung dieses Kampfes innerhalb einer historischen Etappe sind keine Ausnahmeerscheinung.

Ein historisches Beispiel für diesen Entwicklungsverlauf innerhalb einer Etappe der allgemeinen Krise bietet die 1. Etappe der allgemeinen Krise. Die Einwirkung des ersten sozialistischen Staates auf die internationalen Beziehungen unterschied sich in der Zeit der Intervention und des Kriegskommunismus wesentlich von der Einwirkung in der Periode vor dem zweiten Weltkrieg – oder: die ökonomische Stärke des Sozialismus und damit die Einwirkung auf den Kapitalismus waren in der Zeit der „Großen Krise“ von größerem Gewicht als zu Beginn der 20er Jahre. Trotzdem sprechen wir zu Recht von einer Entwicklung innerhalb derselben Etappe. Gerade dieser historische Rückblick vermittelt m. E. Erkenntnisse, die auch für die Einschätzung der jetzigen Situation Bedeutung haben.

Neben diesen Hauptmerkmalen einer Etappe werden zu Recht noch weitere Merkmale angeführt, die vor allem die Krisenhaftigkeit der inneren Prozesse des kapitalistischen Systems charakterisieren – nämlich charakteristische Merkmale der Labilität des Wirtschaftssystems, der sozialpolitischen Labilität und der Bedingungen des Klassenkampfes sowie der zwischenimperialistischen Gegensätze.

Zu Recht warnen sowjetische Autoren davor, solche Merkmale schematisch von einer Etappe auf eine andere oder auf mehrere Etappen zu „übertragen“. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, als solche Merkmale der 1. Etappe wie chronische Massenarbeitslosigkeit, chronische Nichtauslastung von Produktionskapazitäten, Zurückbleiben des Welthandels hinter der -produktion als die charakteristischen Merkmale der 2. oder auch teilweise der 3. Etappe der allgemeinen Krise bezeichnet wurden. Ein weiteres Problem besteht darin, die Verflechtung von zyklischen und langfristigen Krisenprozessen zu berücksichtigen, d. h. Erscheinungen einer zyklischen Krise nicht mit akuten Zuspitzungen langfristiger Krisenprozesse zu verwechseln. Als Merkmale der gegenwärtigen Vertiefung der allgemeinen Krise werden u. a. herausgestellt: Energie-, Rohstoff-, Handels-, Währungskrise sowie Zahlungsbilanz-, Struktur-, Haushalts-, Finanzkrise usw. Dabei besteht Unsicherheit, welche Krisenprozesse nun wirklich als qualitativ neue Merkmale des niedergehenden Kapitalismus anzusehen sind und welche nur zeitweiligen Charakter haben.

Nach meiner Auffassung geht es in methodologischer Hinsicht weniger darum, den einzelnen Prozessen nachzuspüren (auch das muß natürlich in qualifizierter Weise geschehen) als vielmehr die Grundzusammenhänge der Krise des Systems genauso zu analysieren. Welche Stufe hat die Krisenhaftigkeit des staatsmonopo-

listischen Kapitalismus wirklich erreicht? Worin unterscheidet sie sich von der Entwicklung in den 50er Jahren? Was ist ihre neue gesellschaftliche Dimension angesichts der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution? Welche Grundtendenzen der Internationalisierung von Produktion und Kapital zeichnen sich ab? usw. Erst dann wird auch eine größere Sicherheit in der Einschätzung einzelner „Merkmale“ vorhanden sein.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich nun aus diesen drei behandelten methodologischen Aspekten für die Einschätzung der jetzigen Vertiefung der allgemeinen Krise?

Als erstes muß man m. E. von der Kennzeichnung der 3. Etappe der allgemeinen Krise ausgehen. Wodurch wurde der Übergang zur 3. Etappe in der zweiten Hälfte der 50er Jahre gekennzeichnet?

Seine Besonderheit lag bekanntlich darin, daßer sich im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Etappen nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg vollzog. Das entscheidende Merkmal des Überganges bestand darin, daß der Sozialismus bei wachsender Unterstützung durch die anderen Hauptströme der weltrevolutionären Bewegung einen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklungsrichtungen der Weltwirtschaft und -politik auszuüben begann. Ferner: es vollendete sich der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, und es verstärkten sich die Widersprüche zwischen der anwachsenden nationalen Befreiungsbewegung und dem Neokolonialismus der imperialistischen Staaten. Und: Es wuchsen die inneren Konflikte des kapitalistischen Systems; da diese mit dem Versuch einer „kapitalistischen Bewältigung“ der wissenschaftlich-technischen Revolution immer mehr den Charakter von Gesellschaftskonflikten annehmen.

Diese Veränderungen bedeuteten eindeutig eine neue Stufe des revolutionären Weltprozesses vor allem hinsichtlich des neuen Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus und der Erfolge des antiimperialistischen Kampfes der drei Hauptströme dieses Prozesses. Gleichzeitig verband sich dieser Übergang mit einer neuen Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus – wir sprechen hinsichtlich aller entwickelten kapitalistischen Länder vom vollständigen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus – sowie mit dem Beginn einer beschleunigten Internationalisierung des Wirtschaftslebens im allgemeinen und der kapitalistischen ökonomischen Integration in Westeuropa im besonderen. Als Ausdruck dieser Tendenzen veränderten sich seit Mitte der 50er Jahre bekanntlich die Wachstumsrelationen zwischen kapitalistischer Weltindustrieproduktion und kapitalistischem Welthandel erstmalig seit einem halben Jahrhundert wesentlich zugunsten des letzteren.

Wenn wir nun die Entwicklung seit dem Ende der 60er Jahre überblicken und die Hauptkennzeichen dieser Entwicklung auf dem Gebiet der Ökonomie, der Politik und Ideologie analysieren, zeigt sich m. E. vor allem, daß sich qualitativ neue Momente in der Entfaltung jener grundlegenden Prozesse abzeichnen, die für die 3. Etappe der allgemeinen Krise charakteristisch sind. Es vollzieht sich ein Aufschwung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern der

sozialistischen Gemeinschaft, und die sozialistische ökonomische Integration ist durch neue wesentliche Fortschritte gekennzeichnet. Aufgrund dieser wachsenden Stärke des Sozialismus und mit Unterstützung der beiden anderen Hauptströme des revolutionären Weltprozesses ist der Einfluß des Sozialismus auf den Imperialismus weiter gewachsen. Und vor allem: Wesentliche Erfolge im Kampf um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz konnten erzwungen und gesichert werden. Wir waren und sind Zeuge der „Entfaltung“ jener entscheidenden Änderung in dem Kräfteverhältnis, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Sozialismus die internationale Entwicklung maßgeblich zu beeinflussen beginnt.

Auch in der Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung zeigen sich seit dem Ende der 60er Jahre qualitativ neue Züge. Die antiimperialistische Bewegung hat sich verstärkt, und die antiimperialistischen Nationalstaaten üben einen neuartigen und wachsenden Einfluß auf Weltpolitik und Weltwirtschaft aus. Ihre dramatische Zuspitzung fand diese Entwicklung bekanntlich gerade in den letzten beiden Jahren im Zusammenhang mit der „Erdölkrise“ und der verstärkten Initiative der Entwicklungsländer im System der Vereinten Nationen. Der Zusammenbruch des letzten Kolonialreiches, des portugiesischen Kolonialsystems in Afrika, ist ein weiteres Anzeichen für diese neue Qualität. Auch hier handelt es sich um qualitativ neue Züge in der weiteren Ausprägung eines Grundmerkmals der dritten Etappe der allgemeinen Krise. Wesentlich komplizierter verhält es sich mit der Einschätzung der neuen Qualität der inneren ökonomischen und politischen Konflikte in den kapitalistischen Ländern und der Widersprüche zwischen ihnen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat sich knapp zwei Jahrzehnte in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern nunmehr gewissermaßen „auf eigener Grundlage“ entwickelt. Die mit dem Versuch einer kapitalistischen Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Gesellschaftskonflikte weisen auf neue Art über die Grenzen des Kapitalismus hinaus. Ein Ausdruck dieser Grundkonflikte ist die wachsende Labilität des Wirtschaftssystems. Diese Labilität drückt sich in einer beschleunigten Inflationierung, in wachsender Arbeitslosigkeit, in strukturellen Krisen der Wirtschaft und anderen Krisenerscheinungen aus. Es ist nun sehr genau zu prüfen, welche dieser Krisenerscheinungen wirklich langfristiger Art sind und eine neue Qualität der Labilität des Wirtschaftssystems kennzeichnen: denn zyklische Überlagerungen sind gerade gegenwärtig besonders stark. Es bleibt also wiederum die Frage nach der Qualität der jetzigen Systemkonflikte des Kapitalismus.

Bekanntlich sprechen die französischen Genossen schon seit Jahren von der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Sinne der Krise der staatsmonopolistischen Regulierung. Auch bei uns findet dieser Begriff „Krise der staatsmonopolistischen Regulierung“ weitgehend Verwendung. Zugleich wird von einer Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus gesprochen. In Veröffentlichungen des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen werden solche Kennzeichnungen für die Krisenhaftigkeit der Regu-

lierung gefunden, wie: Versagen und Krise der privatkapitalistischen ökonomischen Beziehungen (angesichts der neuen Anforderungen von Wissenschaft und Technik, Bildung usw.) oder: Einengung der Sphäre des Funktionierens des privatkapitalistischen ökonomischen Mechanismus.

Es haben sich also bereits viele Begriffe zur Kennzeichnung der Krisenhaftigkeit der staatsmonopolistischen Regulierung eingestellt. In ihrem Kern zielen sie alle auf den gleichen Fakt hin, nämlich auf das Versagen staatsmonopolistischer Regulierung und Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des grundlegend veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Es ist bisher nicht abzusehen, ob die verstärkten Konflikte in der Gegenwart bereits einen sich vorbereitenden Übergang zu einer neuen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzeigen. Heißt dies eine größere oder mindere ökonomische Rolle des Staates? Welche Rolle spielt die beschleunigte Entwicklung der internationalen Konzerne? Wie wird die Entwicklungstendenz auf diesem Gebiet verlaufen, welche Konflikte werden sich zwischen Staat und internationalen Konzerne ergeben? usw. Viele Fragen sind hier bisher unbeantwortet, doch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir es bei der Entwicklung der inneren Konflikte des kapitalistischen Systems in der Tat mit einer solchen neuen Entwicklungsstufe zu tun haben, die nicht mehr als eine „Entfaltung“ der Grundqualität der dritten Etappe der allgemeinen Krise bezeichnet werden kann.

Ein Ausdruck dieser Situation sind auch die verstärkte sozialpolitische Labilität und die politischen Krisen in mehreren hochentwickelten Ländern. Wenn ich generell von der verstärkten Rolle des subjektiven Faktors sprach, dann trifft das für die gegenwärtige Situation in besonderem Maße zu.

Eine spezifische Krisensituation hat sich auch in den zwischenimperialistischen Beziehungen entwickelt. Es kam zur Herausbildung der drei Zentren imperialistischer Rivalität – USA, Westeuropa und Japan. Gegenwärtig hat sich eine eigenartige Labilität der Kräfteverhältnisse zwischen diesen Zentren ergeben. Die uneingeschränkte und unangefochtene Vormachtstellung der USA ist seit mehreren Jahren nicht mehr vorhanden. Gleichzeitig zeigen Westeuropa und besonders Japan eine weit höhere Anfälligkeit gegenüber Rohstoff- und Energiekrisen als die USA. Auf dem Gebiet des Währungssystems und des Welthandels sind die Positionen Westeuropas noch immer am stärksten, wenngleich auch innerhalb Westeuropas die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung verstärkt vortritt. Die erhöhte Labilität des kapitalistischen Systems und die zunehmende Ungleichmäßigkeit der Entwicklung bilden die Hauptursache für diese eigenartige Labilität der Kräfteverhältnisse, die für rasche Wandlungen im Konkurrenzkampf und in der Kräftekonstellation die Grundlage bilden. Auch dieser Prozeß ist ein Spezifikum der jetzigen Entwicklung und bedeutet einen wichtigen qualitativen Einschnitt in den zwischenimperialistischen Beziehungen.

Wenn wir also den Grad der Zuspitzung der inneren Konflikte des Kapitalismus betrachten, hat es den Anschein, als ob sich hier für die gesamte Nachkriegsperiode gesehen, bestimmte neue Wendepunkte abzeichnen.

Fassen wir zusammen:

Nach meiner Auffassung befinden wir uns inmitten einer Entwicklung, die durch eine Zuspitzung der inneren und äußeren Konflikte des Kapitalismus gekennzeichnet ist. Es sind Prozesse und damit auch Klassenkräfte in Bewegung gesetzt, ohne daß gegenwärtig genau zu überblicken ist, welchen Grad die Zuspitzung der Widersprüche annehmen wird. Gerade weil sich die Rolle des subjektiven Faktors derart erhöht hat, ist eine solche Voraussage außerordentlich schwierig. So wie die Dinge bisher liegen, würde ich sagen, daß die Entwicklung des Hauptwiderspruchs zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie die Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung eine neue Qualität im Rahmen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus erreicht haben. Die inneren Widersprüche tendieren zu einer tiefergreifenden Veränderung als das mit dem Übergang zur dritten Etappe der allgemeinen Krise bereits zu erkennen war. Insgesamt würde ich also sagen, daß wir es gegenwärtig nicht oder noch nicht mit einer neuen Etappe der allgemeinen Krise zu tun haben.

Noch einige Bemerkungen zur Diskussion über die Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ich glaube, daß nicht die Diskussion um Termini, sondern die Diskussion um den neuen Inhalt der gegenwärtigen Prozesse die Hauptsache ist. Ich fasse also alle Bemerkungen über eine neue Phase in der Vertiefung der allgemeinen Krise, wie sie z. B. von *Ponomarew* (einmal in einem Beitrag) und in den Dokumenten unserer Partei gemacht wurden, vor allem als Charakterisierung der neuen Qualität der Konflikte im heutigen Kapitalismus auf, von der auch in meinem Vortrag die Rede war. Ich bin der Meinung, daß es zu nichts führt, die Kennzeichnung „neue Phase“ dem Begriff „Etappe“ oder „neue Qualität der Widersprüche“ entgegenzusetzen.

Autorenkollektiv (Höhme, Hanke, Ludemann,
Nitsche, Claußnitzer, Stebner)

Die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft zur Jahreswende 1974/75

Aus: *IPW-Berichte, Berlin/DDR, Heft 1/1975, S. 2–16*

Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich gegenwärtig in ihrer krisenhaftesten Situation seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die objektive Grundlage dieser Krisensituation des Imperialismus, die Ausdruck seines historischen Niedergangsprozesses ist, besteht in der außerordentlich starken Verflechtung des vertieften Grundwiderspruchs des Kapitalismus – des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung – mit dem Hauptwiderspruch unserer Epoche, dem Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Damit verflochten sich die aus den inneren Bewegungsgesetzen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses resultierenden Widersprüche mit den Erscheinungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. In der aktuellen ökonomischen Entwicklung spiegelt sich daher stärker als jemals zuvor der Niedergang des gesamten Systems des Imperialismus wider. Die außerordentliche Verschärfung der ökonomischen Widersprüche innerhalb einer relativ kurzen Zeit wurde vor allem durch das zeitliche Zusammentreffen folgender Entwicklungen verursacht:

– In fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern ist die Hochkonjunktur des Jahres 1973 von einer zyklischen Abwärtsbewegung abgelöst worden, die Ende 1974 ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hatte. Dabei vollzog sich im Unterschied zum Konjunkturverlauf der 60er Jahre der Umschlag von der Hochkonjunktur zur zyklischen Krise in jüngster Zeit in allen imperialistischen Hauptländern annähernd gleichzeitig. In keinem dieser Länder ist gegenwärtig die konjunkturelle Tendenz noch aufwärts gerichtet. Die zyklische Abwärtsbewegung wird unter anderem dadurch verstärkt, daß die Automobilindustrie – die in vielen Ländern als „Wachstumsindustrie“ jahrelang die Rolle einer „Konjunkturlokomotive“ spielte – jetzt in eine weit über den zyklischen Produktions- und Absatzrückgang hinausreichende strukturelle Krise geraten ist. Die akute Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt hat auch andere längerfristige Strukturkrisen vertieft, die sich z. B. im Zurückbleiben ganzer Wirtschaftsbereiche – u. a. der Infrastruktur – zeigen.

– Die gegenwärtige Krisensituation läßt den sozialen Grundkonflikt der kapitalistischen Gesellschaft – den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – stärker hervortreten. Die derzeitige zyklische Überproduktionskrise ist von Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und sinkendem Realeinkommen der noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten, also von einer Einschränkung der Massenkaufkraft, begleitet. Diese Begrenzung der zahlungsfähigen Nachfrage, die

ohnehin ein wesentliches Element der zyklischen Krise ist, wird durch die Versuche der Monopole, noch stärkeren Druck auf die Löhne auszuüben, weiter verschärft und vertieft damit in der Tendenz die Krise.

– Unter diesen Umständen haben die Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern im Laufe des Jahres 1974 an Breite und Dynamik zugenommen. Da die Unfähigkeit der herrschenden Kräfte, die dringendsten Probleme zu lösen, immer offenkundiger wird, hat auch die politische Labilität des staatsmonopolistischen Systems weiter zugenommen, wie die zahlreichen Regierungswechsel und Regierungskrisen zeigen. Die gegenwärtige Krise beweist, daß die seit Jahren unternommenen Versuche, mit Hilfe der staatsmonopolistischen Regulierung die tiefgreifenden Widersprüche des kapitalistischen Systems, die zyklische Entwicklung seiner Wirtschaft und die daraus resultierenden Konflikte zu überwinden, gescheitert sind.

– Die für die herrschenden Kräfte des Imperialismus komplizierter gewordene ökonomische Gesamtsituation ist insbesondere durch das Zusammentreffen der zyklischen Abwärtsbewegung mit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus bedingt. Die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Länder wird von längerfristigen ökonomischen Krisenprozessen bestimmt, die sich in ihrer Wirkung durch die intensivere Verknüpfung mit den zyklischen Widersprüchen außerordentlich zuspitzen. Solche längerfristigen, chronischen Krisenprozesse sind vor allem die Inflation, die Krise des kapitalistischen Währungssystems, die Energiekrise und das Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Disproportionen.

Es handelt sich also bei der gegenwärtigen Situation nicht allein um eine der üblichen Krisen, sondern um eine Krise der gesamten ökonomischen Basis des Kapitalismus. Deshalb haben in der letzten Zeit auch jene Krisenfaktoren, die sich nicht unmittelbar aus dem zyklischen Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ergeben, erheblich an Bedeutung gewonnen. Sie haben bereits zu der zyklischen Abwärtsbewegung beigetragen; sie werden aber in noch stärkerem Maße die zeitweilige Lösung der zyklischen Widersprüche erschweren, denn der wesentlichste ökonomische Ausdruck der Verschärfung der allgemeinen Krise in der Gegenwart ist die immer größer werdende Kluft zwischen den aus der Entwicklung der modernen Produktivkräfte erwachsenden objektiven Erfordernissen und der Unfähigkeit des staatsmonopolistischen Systems, sich diesen anzupassen.

Verschärfte Widersprüche in den kapitalistischen Außenwirtschaftsbeziehungen

Das Ausmaß und die Tiefe der zyklischen Abschwächung wie auch der chronischen Krisenerscheinungen der ökonomischen Basis des Imperialismus werden gegenwärtig in besonders starkem Maße von den internationalen kapitalistischen Handels- und Währungsbeziehungen beeinflusst. In dieser Hinsicht hat sich die Lage für das kapitalistische Weltwirtschaftssystem im Vergleich mit ähnlichen

zyklischen Krisensituationen in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend verändert.

So war z. B. in den Jahren 1957/58 die Grundtendenz der zyklischen Bewegung in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder ebenfalls abwärts gerichtet. Diese Entwicklung ging jedoch zu einer Zeit vor sich, als die internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen im großen und ganzen noch funktionierten, was auf das relativ schnelle Herauskommen aus der Krise einen nicht geringen Einfluß hatte. Das Währungssystem von Bretton Woods ruhte noch relativ fest auf seinen beiden Pfeilern; der USA-Dollar übte – in Übereinstimmung mit der Hegemonie der USA im imperialistischen System – seine Funktion als kapitalistische Leitwährung noch voll aus (was auch die Goldkonvertibilität des Dollars einschloß), und die fixierten Wechselkurse, die nur selten durch Ab- bzw. Aufwertungen verändert wurden, gaben der Entwicklung des kapitalistischen Welthandels einen starken Rückhalt.

In den verschiedenen Verhandlungs„runden“ des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) wurde ein schrittweiser Abbau der Zölle und anderer protektionistischer Außenhandelspraktiken erreicht. Es gab kaum größere „Aus-schläge“ und „Ungleichgewichte“ in den Handels- und Zahlungsbilanzen der kapitalistischen Länder. Die Verfügung des internationalen Monopolkapitals über die Rohstoff- und Energieressourcen der gesamten kapitalistischen Welt – einschließlich jener an den jungen Nationalstaaten, die damals gerade dabei waren, das Kolonialjoch abzuschütteln und die politische Unabhängigkeit zu erkämpfen – war damals noch weitgehend gesichert.

Im Vergleich dazu ist die gegenwärtige Labilität der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen besonders augenfällig:

– Die ungleichmäßige Entwicklung im Kapitalismus führte zur Herausbildung der drei imperialistischen Zentren USA, Westeuropa und Japan. Dies trug zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes und zu forcierten Versuchen der Staaten und Gruppierungen bei, mit handels- und währungspolitischen Maßnahmen die eigenen Positionen zu verbessern.

– Der Zusammenbruch des bisherigen kapitalistischen Währungssystems wurde vor allem durch die Schwächung des USA-Dollars als Konsequenz der Jahr für Jahr entstehenden hohen Zahlungsbilanzdefizite verursacht, die eine ökonomische Folge der Globalstrategie des USA-Imperialismus waren. Die Flut der Dollarmilliarden in andere imperialistische Länder trug dort dazu bei, die Inflation zu beschleunigen.

– Die Labilität der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen wird auch dadurch verstärkt, daß die internationalen Konzerne an Gewicht gewonnen haben. Diese Konzerne, die in der Lage sind, finanzielle Mittel zu mobilisieren, die doppelt so groß sind wie die Währungsreserven sämtlicher kapitalistischer Industrieländer zusammen, operieren ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen von Staaten. Sie orientieren sich nur an den eigenen Profitinteressen. Ihre Transaktionen an den internationalen Geldkapitalmärkten (z. B. am „Eurodollarmarkt“, dessen Volumen gegenwärtig auf 150 bis 200 Mrd. Dollar

geschätzt wird) unterliegen keinerlei Kontrolle. Sie sind oft den konkreten wirtschaftspolitischen Absichten von Regierungen imperialistischer Länder entgegengesetzt.

– Den stärksten unmittelbaren Einfluß auf die Entwicklung der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen üben gegenwärtig jedoch jene Veränderungen aus, die im Verhältnis zwischen den imperialistischen Ländern bzw. den internationalen Konzernen und den ölexportierenden Ländern im Gange sind, und die noch nicht abzusehende Wirkungen für die künftige Außenwirtschaftssituation der imperialistischen Hauptländer haben. Die fortschreitende Nationalisierung der Ölvorkommen und die autonome Festsetzung der Ölpreise bzw. der Abgaben der Ölkonzerne an die Förderländer sind Kennzeichen der mit den weiteren Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses verbundenen Schwächung der imperialistischen Positionen in der Weltarena.

Auch die von den Ölländern in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Erlangung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit vom Imperialismus waren nur möglich auf der Grundlage des erfolgreichen Kampfes der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem der UdSSR, um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen und um die Durchsetzung des Rechts der jungen Nationalstaaten, ihre volle politische und ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen.

Entwicklungstendenzen des Außenhandels

Im Laufe des Jahres 1974 hat sich das Defizit der Handelsbilanzen aller kapitalistischen Industrieländer gegenüber den Vorjahren beträchtlich vergrößert, im 1. Halbjahr 1974 gegenüber dem 1. Halbjahr 1973 etwa vervierfacht (Tabelle 1). Die Entwicklung des Außenhandels dieser Länder verläuft nach wie vor sehr ungleichmäßig: Während in den meisten Ländern das Defizit sprunghaft angewachsen ist, gelang der BRD im 1. Halbjahr noch einmal eine Verdoppelung ihres Außenhandelsüberschusses.

Allein diese Tatsache beweist, daß weder die zahlreichen Ab- und Aufwertungen von Währungen kapitalistischer Länder während der vergangenen Jahre noch der im März 1973 erfolgte allgemeine Übergang zu schwankenden Wechselkursen („Floating“) die „Ungleichgewichte“ in den Handels- und Zahlungsbilanzen beseitigen konnten. Damit ist die ständige Gefahr des offenen Ausbruchs von Handelskriegen, d. h. des Kampfes um Marktpositionen mit Hilfe der Währungspolitik (durch Abwertungen) und der Außenhandelspolitik (durch protektionistische Maßnahmen), noch größer geworden. Gegenwärtig zeigen sich diese Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern bzw. Zentren in erster Linie in den Auseinandersetzungen um die Lösung akuter Probleme im Zusammenhang mit der veränderten Rohstoff- und Energiesituation des Imperialismus.

Die von den anderen imperialistischen Hauptländern noch immer abweichende Tendenz der Außenhandelsentwicklung der BRD hat vor allem folgende Gründe: Die BRD-Monopole konnten ihre Positionen auf dem kapitalistischen

Tabelle 1
Handelsbilanzen imperialistischer Hauptländer
Salden in Mio Dollar

	1972	1973	1. Hj. 1973	1. Hj. 1974
OECD-Länder insges.	-7200	-11940	-6549	-26079
USA	-9084	-1885	-2004	-2281
Japan	+5124	-1380	-489	-6657
BRD	+6444	+12948	+4650	+9951
Frankreich	-828	-1428	-660	-3876
Italien	-732	-5580	-2649	-6150
Großbritannien	-3516	-8292	-3474	-8388

Quelle: Statistics of Foreign Trade (Hrsg. OECD), Paris, Serie A, September 1974; für USA: International Financial Statistics (Hrsg. IWF), Washington, September 1974

Tabelle 2
Volumen und Preise des Außenhandels imperialistischer Hauptländer
Veränderung im 1. Halbjahr 1974 gegenüber dem 1. Halbjahr 1973
in Prozent

	Warenimport Volumen	Preis ¹	Warenexport Volumen	Preis ¹
USA	-3,4	+47,2	+13,2	+28,3
Japan	+7,8	+76,5	+10,2	+39,0
BRD	-3,8	+23,9	+15,9	+13,2
Frankreich	+6,7	+51,9	+13,4	+23,8
Italien ²	+8,0	+78,0	+25,0	+33,0
Großbritannien	+4,5	+56,7	+5,6	+26,4

1 Die Steigerung der Außenhandelspreise wird in der Statistik ausgewiesen als „Index der Durchschnittswerte“. – 2 Jeweils nur I. Quartal.

Quelle: Statistics of Foreign Trade (Hrsg. OECD), Paris, Serie A, September 1974

Weltmarkt in der jüngsten Zeit auch infolge der erheblich niedrigeren und seit 1973 kaum noch beschleunigten Inflationsrate behaupten. Im Außenhandel zeigt sich dies im langsameren Ansteigen der Exportpreise im Vergleich mit den wichtigsten Konkurrenzländern (Tabelle 2). Zu einer solchen Position haben in erster

Linie die bisher noch relativ günstige konjunkturelle Entwicklung in einigen kleineren westeuropäischen Ländern (an deren Außenhandel die BRD einen sehr hohen Anteil hat), die besonders vorteilhafte Exportstruktur und solche Faktoren wie Lieferfähigkeit, Kundendienst usw. beigetragen. Die Bewegung einer Handelsbilanz wird jedoch auch von der Entwicklung des Warenimports bestimmt: In dieser Beziehung läßt Tabelle 2 erkennen, daß im 1. Halbjahr 1974 das Volumen der Wareneinfuhr der BRD bereits geringer war als im 1. Halbjahr 1973, während es in den meisten anderen Ländern, die für den BRD-Warenexport von besonderer Bedeutung sind, noch zunahm.

Sprunghafte Veränderung der Währungsreserven

Die Verschlechterung der Handelsbilanzen der kapitalistischen Industrieländer insgesamt ist fast ausschließlich auf die Vergrößerung des Defizits gegenüber den Entwicklungsländern zurückzuführen und dabei vor allem auf die wesentlich teurer gewordenen Ölimporte. Die Importe der westeuropäischen Staaten aus Nahost-Ländern, bei denen es sich überwiegend um Ölländer handelt, sind im 1. Halbjahr 1974 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 10,2 Mrd. Dollar angestiegen (dies ist fast ausschließlich eine Folge der höheren Ölpreise), während die Exporte in diese Länder in der gleichen Zeit nur um 1,8 Mrd. Dollar zunahmen. In dieser Diskrepanz zeigt sich, daß es den Ölländern nicht möglich ist, ihre Warenimporte aus kapitalistischen Industrieländern in sehr kurzer Zeit in dem Maße zu steigern, wie ihre Einnahmen aus dem Ölexport angewachsen sind.

Die Veränderung im Verhältnis zwischen den imperialistischen Hauptländern und den Entwicklungsländern, vor allem den Ölländern unter ihnen, beginnt sich daher bereits auch in der Bewegung der Währungsreserven bemerkbar zu machen. Bei der Bewertung der Angaben in Tabelle 3 muß berücksichtigt werden, daß es sich nicht um die Summen von Deviseneinnahmen oder -ausgaben handelt, sondern nur um die Veränderung der Salden nach Abzug sämtlicher außenwirtschaftlicher Transaktionen. Die Währungsreserven der Ölländer haben sich innerhalb eines halben Jahres mehr als verdoppelt, obwohl ein wesentlicher Teil der Abgaben der Ölkonzerne für den Warenimport sowie als Kapitalanlage in imperialistischen Finanzzentren verwendet wurde. Eine Fortsetzung der Tendenz des 1. Halbjahres 1974 würde bedeuten, daß einige Ölländer binnen weniger Monate über größere Währungsreserven verfügen als die meisten imperialistischen Länder. Auch aus solchen Veränderungen erklärt es sich, warum sich die führenden Kräfte des internationalen Finanzkapitals gegenwärtig fieberhaft bemühen, das „Recycling“, die Rückführung der Einnahmen der Ölländer in den kapitalistischen Wirtschaftsprozess, zu organisieren.

Ein zusammenfassender Überblick über die allgemeine Situation des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems an der Jahreswende 1974/75 läßt erkennen: verstärkte Ungleichmäßigkeit und daher verschärfter Kampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt; ein zusammengebrochenes Währungssystem, dessen „Reform“ bisher scheiterte; tiefgreifende Veränderungen in den ökonomischen Beziehun-

Tabelle 3
Währungsreserven kapitalistischer Industrieländer und Entwicklungsländer
in Mio Dollar

	Ende 1970	Ende 1971	Ende 1972	Ende 1973	Ende Juni 1974
Alle IWF-Länder	92 605	130 590	158 720	184 275	199 415
darunter:					
Kapitalistische					
Industrieländer	74 317	107 195	126 593	139 557	136 882
BRD	13 610	18 657	23 785	33 147	34 225
USA	14 487	13 190	13 150	14 378	14 946
Japan	4 840	15 360	18 365	12 246	13 428
Frankreich	4 960	8 253	10 015	8 529	8 168
Großbritannien	2 827	6 582	5 647	6 476	6 711
Italien	5 352	6 787	6 079	6 001	5 285
Entwicklungsländer	18 285	23 390	32 125	44 715	62 530
davon:					
Ölländer*	4 869	8 266	10 714	14 247	29 377
Saudi-Arabien	662	1 444	2 500	3 876	7 087
Iran	208	621	960	1 237	5 439
Venezuela	1 021	1 522	1 732	2 400	4 609
Libyen	1 590	2 666	2 925	2 127	2 996
Irak	462	600	782	1 553	2 878
Übrige					
Entwicklungs- länder	13 416	15 124	21 411	30 468	33 153

* Summe der Währungsreserven folgender 9 Länder: Saudi-Arabien, Iran, Venezuela, Libyen, Irak, Nigeria, Algerien, Indonesien, Kuwait.

Quelle: International Financial Statistics (Hrsg. IWF), Washington, September 1974

gen zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern mit dem Ergebnis, daß das Handelsdefizit der kapitalistischen Industrieländer allein im Jahre 1974 etwa 59 Mrd. Dollar betragen haben dürfte.

Dies ist die labiler gewordene ökonomische Grundlage des Imperialismus, auf der sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern vollzieht.

Abnahme der Industrieproduktion – sinkende Investitionen

Die zyklische Bewegung der kapitalistischen Weltwirtschaft ist ungeachtet einiger Differenzierungen zwischen den einzelnen Ländern in ihrer Grundtendenz abwärts gerichtet. In den meisten Ländern ist die ökonomische Situation ferner dadurch gekennzeichnet, daß Industriezweige, deren rasche Entwicklung bislang eine wichtige Triebkraft für das relativ hohe Wachstumstempo war, von besonders tiefgreifenden Überproduktionskrisen erfaßt sind. Das trifft vor allem für die Automobilindustrie und den Wohnungsbau zu. Die akuten Krisen in diesen Zweigen sind offensichtlich nicht allein Ausdruck einer zyklischen Überproduktion. Sie resultieren auch aus strukturellen Disproportionen und Anpassungsprozessen, die langfristig wirken und deshalb die Lage der betroffenen Bereiche noch über die Krisenphase des gegenwärtigen Zyklus hinaus bestimmen werden.

Insgesamt stagniert die Industrieproduktion aller entwickelten kapitalistischen Länder bereits seit September 1973, wie auch die Zahlen der Aufstellung verdeutlichen¹.

Index der Industrieproduktion aller OECD-Länder, 1970 = 100

1973		1974	
I. Quartal	116	I. Quartal	120
II. Quartal	118	II. Quartal	120
III. Quartal	120		
IV. Quartal	121		

Diese Stagnation der Produktion hat sich in den Veränderungsraten gegenüber den vergleichbaren Vorjahrszeiträumen bisher noch nicht voll widerspiegelt. So lag die Industrieproduktion der OECD-Länder

im III. Quartal 1973 noch um 10,1 Prozent,

im IV. Quartal 1973 noch um 7,1 Prozent,

im I. Quartal 1974 noch um 3,4 Prozent und

im II. Quartal 1974 noch um 1,7 Prozent

über dem Niveau des entsprechenden Vorjahrsquartals. Erst mit Beginn des III. Quartals 1974 zeichnete sich der zyklische Rückgang auch in den Vergleichsdaten gegenüber dem Vorjahr nachhaltiger ab: Im III. Quartal sank die Industrieproduktion der sechs imperialistischen Hauptländer auch im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal erstmals um knapp 1 Prozent².

1 Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, Sept. 1974.

2 Berechnet nach ebenda, lfd., und Pressemeldungen.

Die folgenden Faktoren deuten darauf hin, daß der Tiefpunkt des gegenwärtigen Zyklus im Maßstab der kapitalistischen Weltwirtschaft noch nicht erreicht ist:

– Der zyklische Rückgang der Investitionstätigkeit hat in einigen Ländern und Wirtschaftsbereichen (z. B. in der USA-Industrie) gerade erst begonnen und wird sich deshalb noch stärker als bisher auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken.

– Die tiefe Überproduktionskrise solcher Schlüsselzweige wie der Autoindustrie und der Bauwirtschaft hat noch nicht in vollem Maße auf die indirekt abhängigen Bereiche und Zweige der Wirtschaft durchgeschlagen.

– Die Wirtschaftsentwicklung einiger anderer kapitalistischer Industrieländer (z. B. Kanada, die Benelux-Staaten oder Österreich), die zunächst noch relativ hohe Wachstumsraten zu verzeichnen hatten, wurde erst mit einiger Verzögerung in den Sog der zyklischen Abwärtsbewegung derjenigen imperialistischen Hauptländer hineingezogen, von denen sie ökonomisch besonders stark abhängig sind³.

– Schließlich muß angesichts der beträchtlichen Defizite und Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen sowie der rückläufigen Binnenkonjunktur in der nächsten Zeit verstärkt mit der Möglichkeit protektionistischer Maßnahmen in einigen Ländern und damit einer Einengung des Außenhandelspielraums gerechnet werden.

USA

In den USA sinkt die Industrieproduktion seit November 1973. Im November 1974 lag der Produktionsausstoß um 4,3 Prozent unter dem Vorjahrsniveau.

Besonders stark ist der Produktionsrückgang in der Automobilindustrie, der Bauwirtschaft – vor allem dem Wohnungsbau – und deren Zulieferindustrien. Die Produktion der US-amerikanischen Automobilindustrie, die mit 750 000 Beschäftigten und weiteren 12 Millionen Beschäftigten der Zulieferindustrien einen Anteil von einem Sechstel am Sozialprodukt hat, lag im Oktober 1974 um 26,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Die zyklische Abschwächung auch in anderen Zweigen setzt sich immer stärker durch, selbst in der bislang noch expandierenden Investitionsgüterindustrie sind die Auftragseingänge spürbar zurückgegangen. Im III. Quartal 1974 verringerte sich die Auslastung der Industriekapazitäten auf 79,2 Prozent⁴. Nur noch 11 Prozent der amerikanischen Unternehmen verbuchten im Oktober 1974 steigende Aufträge. Da von der auch weiterhin rückläufigen konsumtiven Nachfrage ebenso wenig konjunkturelle Impulse zu erwarten sind wie von der Investitionstätigkeit, die bei starker Differenzierung im 1. Halbjahr 1974 real um 3,1 Prozent unter Vorjahresniveau lagen⁵, ist mit einem Anhalten der Krisenerschei-

3 Vgl. dazu: Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt (Main), 4. 11., 8. 11., 12. 11. 1974.

4 IFO-Schnelldienst (Hrsg. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung), München, Nr. 30 vom 21. 10. 1974.

5 Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 11. 11. 1974.

nungen bis in der Jahr 1975 hinein und noch mit einer weiteren Vertiefung der zyklischen Abwärtsbewegung zu rechnen.

Japan

Japan mußte von allen kapitalistischen Industrieländern im bisherigen Verlauf des Jahres 1974 den schärfsten wirtschaftlichen Abschwung hinnehmen. Die Industrieproduktion hatte im IV. Quartal 1973 und im I. Quartal 1974 noch um 16 bzw. 7 Prozent über dem jeweiligen Vorjahresquartal gelegen; im III. Quartal war bereits eine Minusrate von 4,1 Prozent zu verzeichnen, im Oktober 1974 betrug sie sogar 9,4 Prozent gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahrsmonats. Die Stahlindustrie verzeichnete noch bis Mitte des Jahres relativ hohe Wachstumsraten, während insbesondere die Automobil-, Textil-, aber auch in immer stärkerem Maße die Elektro-, Elektronik- und Investitionsgüterindustrie mit sinkender Inlandsnachfrage und auch schlechteren Exportaussichten konfrontiert sind.

In der Investitionstätigkeit wird 1974 ebenfalls ein deutlicher realer Rückgang eintreten. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die im Fiskaljahr 1973/74 (1. 4. 1973 bis 31. 3. 1974) noch um 14,4 Prozent zunahmen, werden im jetzt laufenden Fiskaljahr um mehr als 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgehen; die öffentlichen Investitionen, die 1973/74 schon um 9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren, werden nach der Mitte Oktober 1974 veröffentlichten Konjunkturprognose des japanischen Wirtschaftsplanungsamtes 1974/75 nochmals um 11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr sinken⁶.

BRD

Die Situation der BRD-Wirtschaft wird von der weiteren Fortsetzung der zyklischen Abwärtsbewegung und längerfristig wirkenden, strukturellen Krisenerscheinungen bestimmt. Die Industrieproduktion lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 1974 um 0,4 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau; im Oktober ergab sich bereits eine Minusrate von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahrsmonat. Dabei war die Produktion im Oktober in allen großen Bereichen der Industrie rückläufig; sie sank gegenüber Oktober 1973 in der Grundstoffindustrie um 5,7, der Investitionsgüterindustrie um 5,6, der Verbrauchsgüterindustrie um 6,5 und der Bauindustrie um 9,0 Prozent⁷.

Besonders krasse Produktionsrückgänge sind in der Automobilindustrie, im Wohnungsbau sowie in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie zu verzeichnen.

Die Auslastung der Produktionskapazitäten der Industrie geht seit April 1973 (88 Prozent) ständig zurück; sie erreichte im Juni 1974 81 Prozent und im Oktober 79 Prozent⁸. Im Krisenjahr 1967 hatte die durchschnittliche Kapazi-

6 Japan Economic Journal, Tokio, 8. 10. 1974.

7 Bundesanzeiger, Köln, 9. 11. 1974.

8 IFO-Schnelldienst, 5. 12. 1974.

tätsauslastung der BRD-Industrie 81 Prozent betragen. (Tiefpunkt April 1967: 77 Prozent.)

Die realen Auftragseingänge der Industrie lagen in den ersten zehn Monaten 1974 um mehr als 3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahrsstand. Hieran wird deutlich, daß die in zusehends langsamerem Tempo wachsende Auslandsnachfrage nicht mehr ausreichte, um den Rückgang der Inlandsaufträge auszugleichen, die im genannten Zeitraum um mehr als 8 Prozent absanken⁹. Die realen Ausrüstungsinvestitionen der Industrie lagen im Sommerhalbjahr 1974 um 8 Prozent unter dem Vorjahrsniveau.

Zu der abgeschwächten Investitionstätigkeit in der BRD trägt auch das forcierte Tempo der Kapitalanlagen im Ausland bei. Das Entwicklungstempo der im Vergleich zu anderen imperialistischen Ländern dem Volumen nach geringen Direktinvestitionen im Ausland (1973 = 32,2 Mrd. gegenüber 178,4 Mrd. DM Export) ist beträchtlich. Sie erhöhten sich von 1961 bis 1973 um 622 Prozent, während die Exporte im gleichen Zeitraum um 199 Prozent stiegen. Angesichts der Rohstofflage und der Lohnsituation orientieren sich die Monopole immer stärker auf die Eroberung der Außenmärkte und forcieren gegenwärtig die Direktinvestitionen im Ausland.

Auch die realen Staatsinvestitionen sind seit 1970 um 10 Prozent zurückgegangen. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen, der 1967 noch 16,6 Prozent betragen hatte, sank im Jahre 1973 auf 13,3 Prozent.

Die real sinkenden Investitionen und der Druck auf die Massenkaufkraft werden den Rückgang der Binnennachfrage nach Produktions- und Konsumtionsmitteln noch verstärken. Da seit September 1974 auch die Dynamik der Auslandsnachfrage abnimmt, wird die zyklische Abwärtsentwicklung anhalten, wobei der Tiefpunkt des zyklischen Rückgangs im Jahre 1974 noch nicht erreicht wurde.

Frankreich

Die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich ist durch zyklische Abschwächungstendenzen gekennzeichnet, die in den letzten Monaten des Jahres 1974 an Schärfe zugenommen haben. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion, die im I. Quartal 1974 noch bei 6 Prozent lag, erreichte im III. Quartal nur noch 3 bis 4 Prozent. Die Konsumgüterproduktion, die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft zeigten bereits im Laufe des Jahres deutliche Krisenerscheinungen. Die Autoproduktion lag in den ersten neun Monaten um 2,5 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum und geriet seit dem III. Quartal noch tiefer in die roten Zahlen¹⁰. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sank schon zu Anfang des Jahres um 20 Prozent. Das Wachstum der gesamten Investitionen hat sich gegenüber dem Vorjahr halbiert. Ebenso wie in der BRD, dem Hauptkonkurrenten des französischen Monopolkapitals, stellte bei relativ schwachem

9 Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung, Stuttgart und Mainz, 11/1974.

10 Le Monde, Paris, 25. 10. 1974.

Inlandsmarkt, vor allem auf dem Konsumgütersektor, der Export die wichtigste „Konjunkturstütze“ dar. Seit September begannen die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland allgemein zurückzugehen. Die französische Industrie- und Handelskammer erklärte Anfang November, daß an einer eindeutigen Rezession nicht mehr viel fehle¹¹.

Italien

Dem kurzen zyklischen Aufschwung, der 1973 in der Wirtschaft Italiens eingesetzt hatte, wurde im 2. Halbjahr 1974 unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftszerrüttung des staatsmonopolistischen Systems im rasch fortschreitenden Maße ein Ende gesetzt. Die Industrieproduktion stieg in den ersten zehn Monaten 1974 zwar noch um 7,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum, jedoch mit stark abnehmenden Zuwachsraten. Im III. Quartal stagnierte die Produktion bereits¹². Im Oktober 1974 lag sie 5 Prozent unter dem Vorjahrsmonat. Von Stagnation und Krise waren vor allem die Textil- und Chemiefaserindustrie, die einen relativ hohen Anteil an der Gesamtindustrie hat, die Automobilindustrie, die einschließlich Handel und Zulieferer 700 000 Werk-tätige beschäftigt, und die Bauwirtschaft betroffen.

Die restriktive Kreditpolitik schränkt vor allem die Investitions- und Produktionstätigkeit der großen Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen in allen Industriezweigen ein, so daß die Konkursfälle zunehmen. Die Krisentendenzen werden verschärft durch die sinkende Massenkaufkraft und den gerade für Italien gravierenden Rückgang des Tourismus.

Die Investitionen stiegen noch um etwa 6 Prozent. Die Investitionstätigkeit liegt jedoch beträchtlich unter den Erfordernissen, die von den großen volkswirtschaftlichen Disproportionen ausgehen, welche sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung herausgebildet haben. Eine Hauptursache dafür ist die ständig zunehmende Kapitalflucht, die einen Abfluß notwendiger Investitionsmittel darstellt und die von Italien aufgenommenen Auslandsanleihen übersteigt.

Für 1975 ist nur geringes Wachstum bzw. Stagnation zu erwarten. Regierungs-offizielle Prognosen rechnen mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 1,5 Prozent bei einer gleichzeitigen Verringerung der Investitionstätigkeit um 6 bis 7 Prozent¹³.

Großbritannien

In Großbritannien lag die Industrieproduktion in den ersten zehn Monaten 1974 um 2,3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahrsniveau. Trotz massiver Begünstigungen durch wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung ist die Investitionsentwicklung entsprechend der bereits seit Jahren anhaltenden Grundtendenz sehr schwach. Für das Jahr 1974 war ursprünglich die Illusion gehegt wor-

11 Ebenda, 7. 11. 1974.

12 Neue Zürcher Zeitung, 6. 12. 1974.

13 Blick durch die Wirtschaft, 1. 10. 1974.

den, daß die Investitionen um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen würden. In Wirklichkeit blieb das gesamte Investitionsvolumen in den ersten neun Monaten auf dem Niveau des Vorjahres stehen mit der Tendenz zum absoluten Rückgang¹⁴. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich damit die Unfähigkeit des staatsmonopolistischen Systems zur Lenkung oder auch nur zur Prognostizierung der Wirtschaftsentwicklung. 1973 war die Investitionsrate pro Arbeiter in der britischen Industrie um mehr als die Hälfte niedriger als in Frankreich, Japan und den USA und noch wesentlich niedriger als in der BRD und Italien. Charakteristisch für den Widerspruch zwischen den Zielen der nationalen Wirtschaftspolitik und den Interessen der Monopole ist, daß sich zugleich die direkten Auslandsinvestitionen der britischen internationalen Konzerne Ende 1973 auf 9,725 Mrd. Pfund Sterling beliefen¹⁵. Dies ist neben dem zyklischen Rückgang einer der Hauptgründe für das anhaltend niedrige Investitionsniveau in der britischen Industrie.

Hohe Inflationsraten, Lohndruck, steigende Monopolprofite

In allen imperialistischen Ländern hielten die inflationären Preissteigerungen beim Hineingleiten in die zyklische Überproduktionskrise unvermindert an. Die industriellen Erzeugerpreise und die Großhandelspreise weisen dabei ein hohes, zum Teil doppelt so schnelles Steigerungstempo auf wie die Verbraucherpreise (Tabelle 4 und „Statistik“, S. 73). Verschiedene Faktoren – so die unterschiedlichen Auswirkungen der veränderten Situation auf den Roh- und Brennstoffmärkten, verschiedenartige politische und ökonomische Bedingungen für Einsatz und Wirkungsmöglichkeiten der staatsmonopolistischen „Stabilitätspolitik“ sowie das differenzierte Expansionstempo des inneren Kreditmarktes und des Staatshaushalts – haben zu einer erheblichen Differenzierung des Inflationsstempos der kapitalistischen Länder geführt.

Die in ihrem Tempo unterschiedlichen Inflationsraten sind ein wesentlicher Faktor der vertieften Widersprüche und offenen Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern und Gruppierungen. Die inflationären Prozesse verstärken insbesondere auch die politischen und sozialen Konflikte in den kapitalistischen Ländern. Während im Jahre 1973 die Verbraucherpreise der kapitalistischen Hauptländer um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr stiegen, lag die Steigerung im dritten Quartal 1974 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei über 16 Prozent.

Beschneidung der Massenkaufkraft durch Reallohnabbau

Die seit längerem anhaltende Tendenz der verstärkten Beschneidung der Masseneinkommen führte dazu, daß in einigen kapitalistischen Ländern, wie z. B.

14 The Financial Times, London, 8. 10. 1974.

15 France nouvelle, Paris, 15. 10. 1974, und Neue Zürcher Zeitung, 5. 12. 1974.

der BRD, bereits in der konjunkturellen Aufschwungsphase des Jahres 1973 die Nachfrage nach Konsumgütern und daher auch die Einzelhandelsumsätze stagnierten bzw. sogar zurückgingen (s. „Statistik“, S. 74). Der insbesondere durch die Inflation bewirkte anhaltende Druck auf die Massenkaufkraft verstärkte sich in dem Maße, wie sich die Wirtschaftssituation verschlechterte. In allen kapitalistischen Ländern führte dies auch dazu, daß sich die Disproportionen zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumgütern vertieften und den in Tabelle 5 dargestellten längerfristigen Trend der Verschiebung der Relationen zwischen Akkumulation und Konsumtion verstärkten.

Der wachsende Druck auf die Lohnforderungen der Arbeiterklasse, die zunehmende Ausplünderung der werktätigen Klassen und Schichten insbesondere durch inflationären Preisanstieg, Steuer- und Abgabenbelastung haben zu einem Reallohnabbau in der Mehrzahl der imperialistischen Länder geführt.

In einigen imperialistischen Ländern weist bereits ein Vergleich des von den Werktätigen erkämpften nominalen Lohnzuwachses auf der Basis der Bruttostundenlöhne – also ohne Berücksichtigung der überproportional wachsenden Lohnsteuern und Sozialabgaben und ohne Einrechnung des monatlichen Lohnausfalls durch Kurzarbeit und Abbau von Überstunden – auf die Verringerung der Massenkaufkraft im 1. Halbjahr 1974 hin.

Zur Entwicklung der Nettostundenlöhne liegen keine international vergleichbaren Angaben vor. Bei Annahme einer Progression der Lohnsteuer und der Sozialabgaben von durchschnittlich 45 Prozent (Belastung des nominalen Lohnzuwachses, sog. Grenzbelastung) und einer Abgabenbelastung des gesamten Bruttolohnes von durchschnittlich 30 Prozent, wie in der BRD, ergeben sich für die USA, Japan und Großbritannien erhebliche Rückgänge, für die BRD und Frankreich nur ein sehr geringer Anstieg der realen Nettostundenlöhne. Der tatsächliche Reallohnabbau liegt jedoch noch höher (Tabelle 6).

In den USA stiegen die Lebenshaltungskosten im Oktober 1974 auf 12,2 Prozent im Vorjahresvergleich. Der durchschnittliche Verlust an Realeinkommen betrug im Sommer gegenüber dem Herbst 1972 fast 7 Prozent. Die Wochenverdienste sind real auf den Stand von 1965 zurückgefallen¹⁶. Im Jahresdurchschnitt 1974 wird mit einem Anstieg der Bruttostundenlöhne um 7,4 Prozent und mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 11,8 Prozent gerechnet. Hinzu kommt der Rückgang der effektiven Arbeitsstunden. Das Ministerium für Arbeit nimmt an, daß die Reallöhne 1974 um 4,6 Prozent zurückgehen werden.

In der Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten steht Japan nach wie vor in der Spitzengruppe der imperialistischen Hauptländer, wenn auch das Tempo der Inflationsbeschleunigung etwas nachgelassen hat. Im Oktober 1974 betrug die Preissteigerungsrate 25,8 Prozent. Die beschlossene Aufhebung der Festpreise wird in den nächsten Monaten stärker auf die Verbraucherpreise durchschlagen. Die in der Frühjahrsoffensive der Werktätigen errungenen lohnpolitischen Erfol-

¹⁶ Handelsblatt, 7./8. 9. 1974.

ge wurden damit längst zunichte gemacht. Von Juni bis Oktober sank der Reallohn um 6,9 Prozent.

In Großbritannien hat sich die inflationäre Entwicklung beträchtlich verstärkt. Im November betrug die Steigerung der Verbraucherpreise 18,3 Prozent. Anfang Oktober 1974 lagen die Reallöhne um 4 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Die Lebenshaltungskosten in der BRD stiegen in den ersten zehn Monaten 1974 um 7,1 Prozent. Die Gefahr einer weiteren Steigerung der Inflationsrate wird an der anhaltend starken Verteuerung der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter – ohne Nahrungsmittel – deutlich, deren Preisniveau sich im Juli/August um 8,5 Prozent erhöhte. Da es zum Jahresende zu einer weiteren Verlangsamung des Lohnanstiegs kam – die Bruttolohn- und -gehaltssumme ist im 2. Halbjahr nur um etwas mehr als 8 Prozent gegenüber 9,5 Prozent im 1. Halbjahr gestiegen¹⁷ –

Tabelle 4

Verbraucherpreise und Großhandelspreise für industrielle Erzeugnisse
Durchschnittliche jährliche Steigerungsraten in Prozent

	1960/ 1965	1965/ 1970	1970	1971	1972	1973	1974 III.
Verbraucherpreise							
USA	1,2	4,2	5,8	4,3	3,2	6,2	11,7
Japan	6,2	6,8	7,8	6,1	4,9	11,7	24,8
BRD	3,5	1,9	3,8	5,3	5,5	6,9	7,1
Frankreich	2,1	4,3	5,5	5,5	5,9	7,3	14,5
Großbritannien	3,4	4,7	6,4	9,5	6,9	8,3	16,6
Italien	4,8	3,0	4,9	4,8	5,6	10,4	21,1
Großhandelspreise für industrielle Erzeugnisse							
USA	0,4	2,6	3,6	2,9	3,3	6,8	20,4*
Japan	0,4	2,0	1,7	0,8	0,0	15,0	28,6*
BRD	1,2	0,8	9,9	8,0	4,6	8,3	15,3*
Frankreich	2,0	3,6	6,8	4,0	5,4	10,9	31,0*
Großbritannien	2,1	3,9	7,5	10,2	6,0	8,0	26,2*
Italien	2,5	2,6	11,2	1,3	2,9	16,7	41,4*

* Juli 1974 gegenüber Juli 1973.

Berechnungen nach Angaben in: National Accounts (Hrsg. OECD), Paris 1973; Monthly Bulletin of Statistics, (Hrsg. UN), New York, August 1974; Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, lfd.

¹⁷ DIW-Wochenbericht (Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Westberlin, 40/1974.

Tabelle 5

Anteil der individuellen Konsumtion am Bruttosozialprodukt in Prozent, in Preisen der jeweiligen Jahre

	1950	1960	1970
USA	67,5	63,8	61,1
Großbritannien	70,9	65,5	62,4
BRD	64,3	57,0	53,8
Frankreich	67,2	61,3	60,4
Italien	70,8	64,0	63,4
Japan		56,9	51,0

Berechnet nach: National Accounts 1961–1972 (Hrsg. OECD), Paris 1974

Tabelle 6

Entwicklung der Brutto- und Nettostundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft imperialistischer Hauptländer
Veränderung im 1. Halbjahr 1974 gegenüber dem 1. Halbjahr 1973 in Prozent

	Brutto- stunden- löhne nominal	Netto- stunden- löhne nominal	Lebens- haltungs- kosten	Brutto- stunden- löhne real	Netto- stunden- löhne real
	1	2	3	4	5
USA	+ 7,2	+ 5,7	+10,3	-2,8	-4,2
Japan ^{1 2}	+ 22,8	+17,9	+24,3	-1,2	-5,1
BRD	+12,2	+ 8,8	+ 7,2	+4,6	+1,5
Frankreich	+16,7	+13,0	+12,4	+3,8	+0,5
Großbritannien	+12,3	+ 9,7	+14,0	-1,5	-3,8
Italien ²	+25,3	+16,4	+14,8	+8,3	+1,4

1 Monatslöhne. — 2 Durchschnitt der Monate Januar bis Mai.

Quellen: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, lfd.; für die BRD berechnet nach: Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt (Main), 26. 9. 1974 sowie Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), lfd.; für die USA vgl. auch Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 6/1973, S. 619; für Großbritannien vgl. The Guardian, London, 19. 3. 1973 und 8. 10. 1974

ist mit einer Stagnation der Reallöhne für die aktive Arbeiterarmee (bei einem vorausgesagten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf eine Million im Winter 1974/75) zu rechnen.

In Frankreich erreichten die Lebenshaltungskosten im Oktober eine Steigerungsrate von 14,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr¹⁸. Für das gesamte Jahr 1974 wird mit einer Inflationsrate von 14 Prozent gerechnet. *Georges Marchais*, der Generalsekretär der FKP, stellte in diesem Zusammenhang fest, daß „mit den Preis-, Miet- und Steuererhöhungen ... die reale Kaufkraft der Lohnempfänger praktisch seit 1969 stagniert“¹⁹. Auch in Frankreich wird mit einer Million Arbeitslosen im Winter 1974/75 gerechnet.

Italien hat zur Zeit die höchste Inflationsrate unter den entwickelten kapitalistischen Industrieländern. Sie erreichte im Oktober 1974 25,7 Prozent gegenüber dem Vorjahrsmonat. Die Nominallöhne der Industriearbeiter blieben hinter dieser Entwicklung zurück. Damit setzte sich auch in Italien eine Reallohnsenkung im 2. Halbjahr deutlicher durch.

Monopolprofite steigen trotz Krise

Im Jahre 1973, als die Konjunkturabschwächung bereits einsetzte, hatten die 200 internationalen Konzerne ihre offiziell ausgewiesenen Nettogewinne gegenüber dem Vorjahr um 47,3 Prozent auf 40,8 Mrd. Dollar gesteigert²⁰. Während sich die Tendenz zur Reallohnsenkung durch Inflation und Lohndruck immer mehr verstärkt, hält die Zunahme der Monopolprofite trotz zyklischen Abschwungs und chronischer Krisenerscheinungen auch weiterhin an. Die Monopole erzielten vor allem durch verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung der Produktionskosten sowie durch ihr Preisdiktat Extragewinne. Dadurch blieb die Schere zwischen den Realeinkommen der Werktätigen und den Konzernprofiten auch 1974 weit geöffnet.

Konkrete Angaben über die Profitentwicklung 1974 liegen bisher vor allem für die USA-Konzerne vor. Nach Untersuchungen der First National City Bank lagen die Profite von 853 Kapitalgesellschaften im 1. Halbjahr 1974 um 23 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum; im III. Quartal 1974 erhöhte sich die Profitsteigerungsrate sogar auf 28 Prozent²¹. Den Löwenanteil dieses Profitzuwachses schluckten die Ölkonzerne, die die Energiekrise zur Steigerung ihrer Extragewinne ausnutzten und allein im 1. Halbjahr 1974 eine Profitzunahme um 82 Prozent erzielten. Besonders hohe Zuwachsraten ihrer Profite erreichten im 1. Halbjahr auch die USA-Konzerne der NE-Metallindustrie mit + 94 Prozent, der Stahlindustrie mit + 65 Prozent und der chemischen Industrie mit + 52 Prozent.

18 Le Monde, 3. 12. 1974.

19 l'Humanité, Paris, 25. 9. 1974.

20 Wirtschaftswoche, Düsseldorf – Frankfurt (Main), Nr. 48 vom 22. 11. 1974.

21 Blick durch die Wirtschaft, 1. 11. 1974.

Die 100 größten Industriekonzerne der BRD kassierten im Jahre 1973 einen Nettoprofit von 37,6 Mrd. DM, 28 Prozent mehr als 1972. Das war die höchste Zuwachsrate und zugleich die größte Profitmasse, die diese Monopolunternehmen bisher in einem Jahr erzielten²². Diese Entwicklung hielt auch im Jahre 1974 an. Trotz der wirtschaftlichen Krisensituation registrierten die meisten Konzerne der Industrie, wie selbst Monopolblätter konstatieren müssen, „*fast peinliche Gewinnsprünge*“²³. So wuchs der Gewinn der Bayer AG im 1. Halbjahr 1974 um 31,1 Prozent, die BASF erreichte eine Steigerung von 30,9 Prozent²⁴.

Die IG Metall der BRD wies nach, daß allein die Gewinne der Stahlindustrie 1973 auf rund 2 Mrd. DM anstiegen und nochmals 2 Mrd. DM allein im 1. Halbjahr 1974 von dieser Branche kassiert wurden. Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß es die Mehrzahl der BRD-Monopole verstanden hat, die Krise auf die Werkstätigen, die nichtmonopolisierte Bourgeoisie – wie die wachsende Zahl der Konkurse und Insolvenzen beweist – und auf die durch den Exportboom der BRD in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratenen Handelspartner abzuwälzen.

Auch in anderen Ländern des Kapitals wuchsen die Profite der großen Konzerne trotz wirtschaftlicher Krisenerscheinungen weiter an. So nahmen im Vorjahresvergleich 1973 die Profite von 494 untersuchten Unternehmen in Großbritannien um 40 Prozent zu, für 1974 erwartet man 21 Prozent Zuwachs, obwohl Schatzkanzler *Healey* von der Gefahr eines „*totalen Wirtschaftszusammenbruchs*“ spricht²⁵.

Trotz dieser Entwicklung haben die Monopole und kapitalistischen Regierungen die Stirn, zu behaupten, daß die Arbeiter und Angestellten mit ihren Lohnforderungen an den Krisenerscheinungen schuld hätten. Sie verbreiten die These, daß die Profite steigen müßten, damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen höhere Investitionen durchgeführt werden könnten. Darum sollten die Arbeiter und ihre Gewerkschaften bei Lohnforderungen „zurückstecken“. Aber den Monopolen geht es nicht um die Arbeitsplätze. Es geht ihnen um die Verwertung ihres Kapitals, um höchstmöglichen Profit. In der Krise bevorzugen sie besonders stark Rationalisierungsinvestitionen, die die Zahl der Arbeitsplatzverluste noch erhöhen.

Wachsende Arbeitsplatzunsicherheit

In allen kapitalistischen Industrieländern haben die strukturellen und zyklischen Krisenerscheinungen und die verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen der Monopole zu steigender Bedrohung der Arbeitsplätze geführt. Das kommt vor allem im Rückgang der Beschäftigtenzahlen, in wachsenden Arbeits-

22 H. Tammer, Die Profite der BRD-Industriekonzerne im Jahre 1973; in: IPW-Berichte, Berlin, 12/1974, S. 30 ff.

23 Frankfurter Allgemeine, Frankfurt (Main), 4. 9. 1974.

24 H. Tammer, a.a.O.

25 Blick durch die Wirtschaft, 28. 10. 1974.

losen- und Kurzarbeiterziffern, im Rückgang der Arbeitskräftenachfrage sowie in einer Zunahme der „versteckten“ Arbeitslosigkeit zum Ausdruck.

Allein für die sechs großen kapitalistischen Industrieländer USA, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien sagen die Experten der Organisation der kapitalistischen Industriestaaten (OECD) bis Mitte 1975 ein Anwachsen der Arbeitslosenziffern um 3 bis 4 Millionen voraus²⁶.

Die längerfristige Zunahme der Arbeitslosigkeit für die EWG-Länder wird an folgenden Kennziffern deutlich: im Jahre 1960 hatten die heutigen neun EWG-Länder bei 101,5 Millionen Erwerbstätigen 1,9 Millionen Arbeitslose. Im Jahre 1972 betrug die Zahl der Arbeitslosen 2,6 Millionen bei 103,3 Millionen als erwerbstätig Registrierten. Im August 1974 schnellte die Zahl der Arbeitslosen in den EWG-Ländern bereits auf 3,2 Millionen hoch, und in einer gegen Ende des Jahres 1974 veröffentlichten Prognose der EWG-Kommission wurde die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1975 auf über 4 Millionen geschätzt²⁷.

Das gegenwärtige und künftig zu erwartende Ausmaß der Bedrohung der Arbeitsplätze in einigen imperialistischen Hauptländern machen folgende Angaben deutlich:

In den USA ist seit Anfang 1974 die Arbeitslosigkeit um 1,2 Millionen gestiegen. Allein im Oktober 1974 betrug der offizielle Zugang nahezu eine halbe Million. Mitte 1975 wird eine Arbeitslosenrate von 8 Prozent (mehr als 7 Millionen Arbeitslose) für möglich gehalten²⁸.

In der BRD hat die Arbeitslosigkeit im Herbst 1974 ein lange nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Mit 799 300 Arbeitslosen und 461 500 Kurzarbeitern wurde im November 1974 der seit 16 Jahren höchste Stand erreicht. In hohem Grade sind von der Entlassungswelle insbesondere die ausländischen Arbeiter betroffen. Im Winter 1974/75 ist ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen bis zur Millionenengrenze zu erwarten.

In Japan ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 1974 um rund 1,4 Millionen zurückgegangen. Das Arbeitsministerium rechnet im 1. Quartal 1975 mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenziffer.

In Großbritannien erreichte die offizielle Arbeitslosenrate im August und September 1974 erstmalig seit 16 Monaten wieder 3 Prozent. Mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf über eine Million bis Ende 1974 und auf 2 Millionen im nächsten Jahr wird gerechnet²⁹.

Für Italien wird bis Ende 1974 ein Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 1,5 Millionen erwartet. Die Zahl der Kurzarbeiter lag bereits im Herbst 1974 bei 3 Millionen.

26 Frankfurter Allgemeine, 31. 7. 1974.

27 Ebenda, 28. 10. 1974; Wirtschaftswoche, Nr. 48 vom 22. 11. 1974.

28 The Christian Science Monitor, Boston, 22. 7. 1974.

29 The Economist, London, Nr. 24 vom 30. 8. 1974.

In Frankreich stieg die Arbeitslosenrate seit den Herbstmonaten sprunghaft an. Allein im September und Oktober verloren insgesamt 200 000 Werktätige ihre Arbeit. Die Arbeitslosenzahl von 630 000, die Ende Oktober erreicht wurde, ist die höchste seit 30 Jahren³⁰; es wird erwartet, daß sie in der nächsten Zeit auf eine Million steigt.

Tabelle 7
Arbeitslosigkeit in den imperialistischen Hauptländern
in 1 000

	1971	1972	1973	1974		
				1. Hj.	Sept.	Okt.
USA	4 993	4 840	4 304	4 688	5 312	5 979*
Japan	547	584	527	535		1 000*
BRD	185	247	282	478	557	799*
Großbritannien	776	855	611	579	643	653
Frankreich	337	380	394	425	548	630
Italien	613	697	699	535	1 096	

*November

Quellen: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, lfd.; nach Pressemeldungen ergänzt

Fazit: Zyklische Überproduktionskrise

Zieht man das Fazit der dargelegten jüngsten Entwicklung von Produktion, Investitionen, Preisen, Massenkaufkraft und Arbeitslosigkeit in den sechs imperialistischen Hauptländern, so kann festgestellt werden:

- Die USA, die BRD und Großbritannien befinden sich bereits in einer zyklischen Wirtschaftskrise.

- In Japan und Italien dominiert eine relativ schnelle zyklische Abwärtsbewegung, die sich gleichfalls zur Krise vertiefen wird.

- In Frankreich hat die konjunkturelle Abschwächung bisher noch nicht zu einem absoluten Rückgang der Industrieproduktion geführt, jedoch sind zahlreiche andere Krisensymptome wie Arbeitslosigkeit, Außenhandelschwierigkeiten und steigendes Inflationsstempo bereits stark ausgeprägt.

Da die gesamte Industrieproduktion der entwickelten kapitalistischen Länder schon seit September 1973 stagniert, die Grundtendenz der zyklischen Entwicklung überall weiter abwärts gerichtet ist, die zyklischen Krisenerscheinungen

30 Le Monde, 22. 11. 1974.

somit noch weiter um sich greifen werden und auch die von den chronischen Krisenerscheinungen ausgehenden Wirkungen sich in der nächsten Zeit weiter verstärken werden, ist einzuschätzen, daß die kapitalistische Weltwirtschaft sich gegenwärtig in einer allgemeinen zyklischen Überproduktionskrise befindet, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird:

- Die zyklische Krise ist besonders eng mit den ökonomischen Erscheinungsformen der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus – insbesondere der Inflation, der Währungskrise, der Energiekrise – verflochten.

- Der konjunkturell bedingte Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten verbindet sich mit Strukturkrisen in wichtigen Bereichen und Zweigen, die bislang zu den Hauptträgern des ökonomischen Wachstums gehörten.

- Die zyklische Krise wird durch die längerfristig wirksamen Strukturveränderungen und Widersprüche in den internationalen Handels- und Währungsbeziehungen der kapitalistischen Weltwirtschaft verschärft. Die vielfältigen Regulierungsversuche internationaler staatsmonopolistischer Organisationen auf diesem Gebiet scheitern nicht zuletzt immer wieder an den Währungs- und Finanztransaktionen multinationaler Konzerne.

- Neben der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit ist eine wachsende kapitalistische Freisetzung von Arbeitern und Angestellten als Folge struktureller Krisen und „Anpassungsprozesse“ zu verzeichnen. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit erhält damit auch langfristig für den Kapitalismus wachsende Bedeutung.

- Im Gegensatz zu ähnlichen Situationen früherer Zyklen haben der Druck auf die Realeinkommen und die zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit bereits weit vor dem Beginn der zyklischen Krise in einigen Ländern zum Absinken oder zur Stagnation der Massenkaufkraft geführt und den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion vertieft.

Krise der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik

Die aus der wachsenden Labilität des imperialistischen Gesamtsystems hervorgehenden politischen und sozialen Konflikte sowie die stärkere Verflechtung der zyklischen Widersprüche mit lang andauernden chronischen Krisenerscheinungen ließen besonders in jüngster Zeit die innere Widersprüchlichkeit der Wirtschaftspolitik, die objektiven Grenzen, innerhalb derer die staatsmonopolistische Regulierung wirkt, immer deutlicher hervortreten.

Die jüngste Entwicklung machte offenkundig, daß trotz verstärkter staatsmonopolistischer Maßnahmen und Eingriffe die Wirtschaftsentwicklung dominierend durch die Konkurrenz und Anarchie der kapitalistischen Reproduktion bestimmt wird. Die Hauptursache dafür liegt darin begründet, daß sich der überwiegende Teil des Eigentums an Produktionsmitteln in privatmonopolistischer Verfügungsgewalt befindet und die Operationsmöglichkeiten der internationalen Monopole die Labilität der kapitalistischen Wirtschaft im Weltmaßstab ständig bedeutend vergrößern.

Die verengten Wachstumsmöglichkeiten und die daraus erwachsenden höheren Anforderungen an die staatsmonopolistische Wirtschaftstätigkeit und die Kapitalakkumulation führten dazu, daß Regierungen und Monopole sich den Spielraum für die Ausdehnung der Investitionen und der Staatsausgaben in verstärktem Maße zu Lasten der Masseneinkommen, vor allem durch verstärkte steuerliche Umverteilung von Arbeitseinkommen und Lohndruck, zu verschaffen suchen.

Während die erste Anpassungsphase der kapitalistischen Weltwirtschaft an die veränderten Energie- und Rohstoffmarktbedingungen noch weitgehend mit Krediten finanziert wurde, wird künftig ein noch direkterer Druck auf die Konsumtionsentwicklung erfolgen. Die in jüngster Zeit wiederholt abgegebenen Maßhalteappelle von verantwortlichen Politikern und Monopolinstitutionen sind dafür Beweis. Die First National City Bank, die die Ansichten der führenden Finanzkrise zum Ausdruck bringt, empfiehlt für die nächste Zeit eine Politik der 7- bis 8prozentigen Arbeitslosigkeit als „Medizin“ zur Drosselung des Inflationsstemplos. In der BRD erklärte der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1974 kategorisch die Drosselung der Lohnentwicklung zugunsten einer kräftigen Steigerung der Profite zur Maxime der Wirtschaftspolitik³¹.

Mit der Beschleunigung des Inflationsstemplos und der Tatsache, daß die Inflation zu einer Begleiterscheinung aller Zyklusphasen wurde, war bereits seit Anfang der 70er Jahre das Problem der Inflationsdrosselung in den Mittelpunkt der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik gerückt. Mit Kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen, Begrenzungen des Wachstums bzw. Reduzierung von Staatsausgaben, Lohndruck, staatlicher Lohn- und Preiskontrolle bzw. -stopps wurde auch im Jahre 1974 versucht, das Inflationsstempo zu drosseln. Da jedoch mit all diesen Maßnahmen nicht die eigentlichen Ursachen der Inflation getroffen wurden und die unkontrollierbaren internationalen Geld- und Kapitalverbindungen „nationale“ Maßnahmen in ihrer Wirkung egalisierten, erhöhte sich das Inflationsniveau in allen kapitalistischen Ländern. Faktisch ist die Inflation gegenwärtig außer Kontrolle des staatsmonopolistischen Kapitalismus geraten.

Angesichts des Zusammenfallens von zyklischem Rückgang mit hohen Inflationsraten und Zahlungsbilanzdefiziten wurde im Jahre 1974 die Mehrzahl der imperialistischen Länder veranlaßt, restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen länger als bei früheren zyklischen Abwärtsbewegungen beizubehalten. Hinsichtlich der Intensität geld- und kreditpolitischer Restriktionen gibt es allerdings beträchtliche Unterschiede. Während es seit dem Frühjahr 1974 z. B. in Großbritannien, der BRD und anderen EWG-Ländern partielle Lockerungen gab, wurde in Frankreich und Italien der restriktive Kurs verschärft. Die BRD, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Dänemark ergriffen Maßnahmen, um den Zustrom von Arbeitskräften aus Drittländern abzubremesen. Die 1972/73 von der Mehrzahl der imperialistischen Regierungen eingeleiteten „Stabilitätsprogramme“ verstärkten seit Ende 1973 den konjunkturellen Abwärtstrend.

31 Deutscher Bundestag, Drucksache 7/2848, Bonn 1974.

Wegen der Auswirkungen, die ein scharfer wirtschaftlicher Einbruch auf die Entwicklung der politischen Krise des Systems hätte, wurden seit Anfang 1974 schrittweise Restriktionen zurückgenommen bzw. durch gezielte konjunkturstimulierende Maßnahmen ersetzt. In den USA wurden zur Inflationsdrosselung Haushaltskürzungen und zur Konjunkturstimulierung Arbeitsbeschaffungsprogramme verfügt, die dem Volumen nach aber viel zu gering sind, um nennenswerte gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf die Inflation bzw. die zyklische Situation auslösen zu können.

Die Konjunkturpolitik der BRD-Regierung war bis zum Herbst 1974 überwiegend restriktiv. Sie trachtete danach, jede inflationistisch wirkende wirtschaftspolitische Maßnahme zu vermeiden, um die Exportoffensive der BRD-Konzerne nicht zu gefährden. Der absolute Produktionsrückgang im III. Quartal veranlaßte sie, ihren wirtschaftspolitischen Kurs zu ändern. Mitte Dezember beschloß die BRD-Regierung ein Krisenprogramm, das in seinem Kern vorsieht, die Investitionstätigkeit steuerlich zu begünstigen. Danach erhalten ab 1. Dezember 1974 bis Mitte 1975 alle Investoren eine Prämie von 7,5 Prozent des Investvolumens. Darüber hinaus werden 1,13 Mrd. DM zur Konjunkturstimulierung bereitgestellt. Von diesen Maßnahmen ist keine unmittelbare Konjunkturbelebung zu erwarten, da Investitionsentscheidungen der Konzerne nicht nach kurzfristigen steuerpolitischen Bedingungen getroffen werden. Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme der BRD wird sich aus dem sprunghaften Anwachsen des Defizits aller öffentlichen Haushalte auf 55 bis 60 Mrd. DM im Jahre 1975 ergeben.

Alle Expertisen, die für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der kapitalistischen Regierungen für 1975 abgegeben werden, offenbaren ihr tiefes Dilemma, die innere Widersprüchlichkeit und Konzeptionslosigkeit, die auch das offenkundige Scheitern der neokeynesianischen Konzeption der globalen Wirtschaftssteuerung widerspiegelt. Trotz der verstärkten Notwendigkeit für die Monopolbourgeoisie, angesichts des Vormarsches aller drei Hauptströme der revolutionären Weltbewegung die sozialpolitischen Konflikte stärker zu berücksichtigen, ist die gegenwärtige Grundtendenz der kapitalistischen Wirtschaftspolitik durch den Versuch der Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen gekennzeichnet.

Werktätige kämpfen gegen Krisenpolitik

Mit an Härte und Umfang zunehmenden Protestaktionen und Streikämpfen, in denen sich immer häufiger soziale und politische Forderungen verbinden, setzen sich die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auch unter den komplizierten Bedingungen des Wirtschaftsabschwungs zur Wehr; die Übersicht zeigt das Anwachsen der Streikbewegung.

Die neue Qualität der Klassenkämpfe, die bewußtere Aktivität der Arbeiterklasse kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die Aktionen nicht nur

Streiktage je 1 000 Beschäftigte

	1960–1972	1973	1974 1.Hj.
USA		304	241
BRD	28	25	46
Frankreich	260	233	200
Großbritannien	285	318	391
Italien	1 172	1 564	526

Quellen: EWG-Statistik, zitiert nach: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (Hrsg. Presse- und Informationsamt der BRD-Regierung), Bonn, 114/1974; für die USA berechnet nach: Survey of Current Business, Washington, 5/1974

Abwehrcharakter tragen. Immer häufiger beeinflussen politische Aspekte den Klassenkampf.

In Frankreich richteten sich machtvolle Aktionen der Arbeiter und Angestellten gegen eine Regierungspolitik im Interesse der Finanzoligarchie. In Italien streikten Millionen Menschen gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten und die neofaschistische Gefahr. In Großbritannien richteten sich ihre Aktionen gegen die Antigewerkschaftsgesetze, in Japan gegen USA-Militärstützpunkte und für das Streikrecht im öffentlichen Dienst. In den USA und in der BRD haben Gewerkschaften, die seit Jahrzehnten nicht in Streikaktionen eingereicht waren, Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten geführt.

Der immer noch dominierende Kampf um die Sicherung der Reallöhne verbindet sich mit Forderungen, die auf die Erhaltung der Arbeitsplätze, gegen intensive Ausbeutungsmethoden und gegen die Diskriminierung der werktätigen Frauen, der ausländischen Arbeitskräfte und nationale Minderheiten gerichtet sind.

Die Werktätigen kommen immer häufiger direkt mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus in Konflikt: Forderungen nach Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle, nach grundlegenden Veränderungen des Bildungswesens, nach sozialer Sicherheit stoßen immer mehr an die Grenzen des staatsmonopolistischen Regulierungs- und Ausbeutungsmechanismus.

Der Kampf um höhere Löhne konfrontiert die Arbeiter und Angestellten mit der staatlichen Einkommenspolitik. Staatliche Eingriffe in die Lohn- und Tarifpolitik und die Tarifautonomie der Gewerkschaften rufen den steigenden Widerstand der Arbeiterklasse hervor. So ist es in Italien, in den USA und in Großbritannien gelungen, die „Preis-Lohnstopp“-Politik der Regierungen, die sich faktisch nur als Beschränkung der berechtigten Lohnforderungen äußerte, zu beseitigen oder weitgehend unwirksam zu machen.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse hat sich erhöht. Die Bourgeoisie aber hat infolge der zyklischen Krisenerscheinungen einen verringerten Spielraum für ökonomische Zugeständnisse. Dadurch wird das „Klima“ der Tarifaussinandersetzungen rauher. Dabei üben die Regierungen und Unternehmerverbände unter Krisenbedingungen mit der Scheinalternative „Arbeitslosigkeit oder Verzicht auf Reallohnzuwachs“ erhöhten Druck auf die Gewerkschaftsführungen aus. Das bleibt infolge der sozialreformistischen Bindung eines Teils der Gewerkschaftsführungen nicht ohne Wirkung.

Die Verschärfung des internationalen Kampfes um die Märkte führt zu verstärkter Rationalisierung und erhöht den Ausbeutungsdruck. Es wächst der Widerstand der Arbeiterklasse gegen besonders intensive Ausbeutungsmethoden. Das zeigt sich besonders in der international verbreiteten Kampflosigkeit und Bewegung „Weg vom Fließband“.

Eindeutig in den Vordergrund tritt unter Krisenbedingungen der Kampf um die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze. Es verstärkt sich die Tendenz, die Forderungen im Rahmen der Tarifikämpfe auf die Sicherung der Arbeitsplätze durch Sozialpläne und Rationalisierungsschutz-Abkommen auszudehnen. Hinzu kommen in wachsendem Maße Kampfaktionen gegen Betriebsstillegungen, Betriebsbesetzungen und einzelne Beispiele der Weiterführung des Betriebes durch die Arbeiter. Diese Bewegungen zeigen ein hohes Maß an Kampfbereitschaft und Geschlossenheit der Arbeiter.

Es gibt auch verstärkte Tendenzen des gemeinsamen Vorgehens von Arbeitern und Bauern, vor allem in Frankreich und Italien. Die Einbeziehung neuer Schichten in die Massenkämpfe – der Intelligenz, der staatlichen Angestellten – setzte sich auch 1974 fort.

Bedeutsam ist das einheitlichere Auftreten der Gewerkschaften im Kampf gegen multinationale Konzerne und in der Konfrontation mit dem imperialistischen Staat und den Unternehmerverbänden. Das zeigt sich besonders am gemeinsamen Aufruf der drei großen Gewerkschaften Italiens, CGIL, CISL und UIL, Generalstreiks zur Sicherung der Reallöhne und der Arbeitsplätze auf der Grundlage eines gemeinsamen Streikprogramms durchzuführen. Mit den Streiks von mehr als 10 Millionen Arbeitern und Angestellten in der Industrie, im öffentlichen Dienst, im Handel und Verkehrswesen solidarisierten sich Handwerker, Gewerbetreibende, Kulturschaffende, Lehrer, Staatsangestellte, Professoren und Studenten. In Frankreich vereinbarten die in Aktionseinheit handelnden Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN, die 80 Prozent aller Betriebsräte in Frankreich vertreten, Protestmärsche und einheitliche Aktionen in den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen und für die Garantie der Arbeitsplätze.

Die FKP erklärte zu den sozialen Kämpfen in Frankreich: „Die Arbeiter weigern sich, weiter die Lasten der Krise zu tragen, für die einzig und allein die Regierung und die Großbourgeoisie verantwortlich sind...“³²

32 L.Humanité, 15. 11. 1974.

W. Rymalow

Das Allgemeine und das Besondere in der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft*

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau, Heft 11/1974, S. 83–103*

Vor fast 150 Jahren brach im Schoße der jungen und scheinbar voller unbegrenzter innerer Kräfte steckenden kapitalistischen Produktionsweise eine Weltwirtschaftskrise aus. Ihr Schwerpunkt lag in England, der damaligen industriellen Hauptmacht des Kapitalismus, die schon einen Weltmarkt geschaffen hatte und Ansprüche auf die Weltherrschaft anmeldete.

Seither wurde das kapitalistische Weltsystem, das sich intensiv in die Breite und die Tiefe entwickelte, regelmäßig von Wirtschaftskrisen erschüttert. Auf Jahre verhältnismäßig schnellen Aufstiegs folgte unweigerlich eine Zeit absoluten Rückgangs oder jährr Verringerung der Zuwachsrates der Weltproduktion und des internationalen Handels. Auf die Krise folgten dann die Depression, die Belebung und ein neuer Aufstieg¹.

* *Anmerkung der sowjetischen Redaktion:* Die Besonderheiten der gegenwärtigen zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft wurden in der Diskussion erörtert, die im April 1973 im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR stattfand. Die Materialien sind in mehreren Nummern der Zeitschrift „*Mirowaja ekonomika i meshdunaradnyje otnoschenija*“, Jahrgang 1973 und 1974, veröffentlicht worden. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einem der aufgeworfenen, aber noch nicht ausreichend dargestellten Probleme – den spezifischen Merkmalen des Weltzyklus der kapitalistischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Da die Zeitschrift schon mehrere Artikel dazu veröffentlicht hat, geht dieser Beitrag von der Analyse der langfristigen Tendenzen in der Nachkriegsentwicklung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems aus. Die Redaktion hält es für zweckmäßig, die in diesem Artikel aufgeworfenen Probleme weiter zu diskutieren.

1 Halten wir fest, daß isolierte Erscheinungsformen dieser Entwicklung der kapitalistischen Produktion in einzelnen Industriezweigen verschiedener Länder schon vor der ersten Wirtschaftskrise, der Krise des Jahres 1825, auftraten. Aber vom zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts an wird der zyklische Charakter im Wirtschaftswachstum des Kapitalismus wirklich international. Karl Marx wies im „*Kapital*“ auf die wichtigsten historischen Voraussetzungen für die Entstehung des Weltzyklus der kapitalistischen Wirtschaft hin. Er schrieb dazu, daß erst mit dem Anbruch der Epoche, die die maschinelle Industrie genügend tiefe Wurzeln geschlagen hatte, weshalb der Außenhandel über den Binnenhandel zu dominieren begann, der Weltmarkt sich allmählich über weite Gebiete der Neuen Welt, Asiens und Australiens ausdehnte und schließlich die Industrienationen, die den Kampf aufgenommen hatten, zahlreich genug waren; erst in dieser Epoche begannen die wiederkehrenden Zyklen, deren aufeinanderfolgende Phasen sich über mehrere Jahre erstrecken, die Zyklen, die immer mit einer allgemeinen Krise enden, welche das Ende des einen und der Ausgangspunkt des anderen Zyklus ist (vgl. Marx/Engels: Werke, Bd. 49, S. 244 [russ.]).

Die Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die innerhalb des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner Bestandteile die periodischen krisenhaften Produktionsrückgänge auslösen, war somit für die politische Ökonomie des Kapitalismus zu einer Kardinalaufgabe geworden. Wie unanfechtbare Tatsachen bezeugen, behielt dieses Problem in allen folgenden Entwicklungsstadien des Weltkapitalismus seine bleibende Bedeutung. Das gilt bis auf den heutigen Tag.

Es ist nur natürlich, daß die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft diesem für das kapitalistische Wirtschaftssystem brennenden Thema zunehmende Beachtung schenkt. Jeder abgelaufene Weltwirtschaftszyklus wird eingehend untersucht, und die zahlreichen Fakten werden geklärt, die in den jeweiligen Ländern und Industriezweigen zu einem verlangsamten oder beschleunigten Wachstum der Produktion führten. Aber die bürgerlichen Ökonomen erfüllen einen bestimmten Auftrag und sind deshalb im allgemeinen nolens, volens bestrebt, um jeden Preis die Analyse jener primären Ursachen für die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu umgehen, die unerbittlich zeigen, daß die unversöhnlichen sozialökonomischen Widersprüche objektiver Natur sind.

Marx, der als erster das sozialökonomische Fundament des Kapitalismus einer wirklich wissenschaftlichen Analyse unterzog, enthüllte theoretisch den Kausalzusammenhang zwischen der Bewegung des Weltwirtschaftszyklus und der zyklischen Entwicklung seiner Bestandteile einerseits und den tiefgreifenden Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise andererseits. Gerade um diese marxistische Schlußfolgerung entspann sich in der bürgerlichen Politökonomie und Soziologie der Nachkriegszeit eine heftige Polemik. Viele ihrer namhaften Vertreter leugnen dabei nicht, daß die Wirtschaftszyklen und die Überproduktionskrisen in der Vergangenheit dem Weltkapitalismus inhärent waren. Sie legen aber die besondere Betonung darauf, daß die bürgerliche Gesellschaft in der Nachkriegsperiode angeblich in ein prinzipiell neues Stadium krisenfreier Entwicklung eingetreten ist, in dem die einstigen Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise ihre Heftigkeit verlieren und überwunden werden.

Der Nachkriegszyklus der Industrieproduktion

Die Entwicklung des heutigen kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hat tatsächlich wesentliche Besonderheiten, die die Ungleichmäßigkeit und die Sprunghaftigkeit im Wachstum seiner verschiedenen Bestandteile erheblich verstärken. Durch diese Besonderheiten wiederum wird es merklich komplizierter, den Zusammenhang zwischen der zyklischen Bewegung der Produktion in den einzelnen nationalen Wirtschaften aufzudecken. Aber dieser Zusammenhang und diese Wechselwirkung zwischen den nationalen Zyklen innerhalb des einheitlichen Weltzyklus bleiben in der Nachkriegsperiode bestehen. Als Beweis dafür mögen folgende Berechnungen gelten, die sich auf die internationale Statistik der UNO gründen (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Zuwachsraten der Industrieproduktion in den Ländern der kapitalistischen Weltwirtschaft (in % zum Vorjahr)

Jahre Länder	Quote 1973 ¹	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Gesamt	100	9,0	2,0	7,5	0	10,5	4,5	3,0	-2,5	10,0	7,0	3,5
darunter												
USA	39,8	8,3	3,1	7,6	-5,2	13,2	4,0	0,5	-6,3	13,3	2,4	1,2
Westeuropa	33,5	9,4	1,4	5,5	7,5	9,8	4,5	4,3	1,4	6,8	8,8	4,6
Großbritannien	5,5	5,9	-3,3	6,3	7,0	5,0	0	2,0	-1,3	5,0	7,7	1,1
Belgien	1,0	13,0	-4,4	-1,5	6,2	8,8	6,0	0	5,6	4,0	7,8	4,8
Niederlande	1,3	-3,5	0	9,8	10,0	11,1	5,5	2,0	0	9,0	12,4	4,6
Italien	3,1	15,2	2,6	7,7	9,5	9,6	7,1	6,6	4,2	11,7	14,8	9,1
Frankreich	5,0	14,6	-7,6	1,1	8,9	8,9	5,9	9,0	3,1	2,3	7,7	3,6
BRD	6,1	13,9	7,3	9,0	12,5	14,8	8,1	5,4	3,1	8,2	11,4	5,7
Japan	9,2	40,0	0	7,8	10,9	6,7	24,7	15,1	1,0	24,0	20,1	20,1
Kanada	3,1	5,6	5,3	7,2	-1,2	15,2	8,8	-1,4	-1,3	8,1	3,8	0
Entwicklungsländer	12,5	7,1	4,4	0	7,2	11,1	8,9	6,6	6,2	7,2	13,5	7,1
Jahre Länder	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 ¹
Gesamt	6,0	6,5	8,0	7,5	7,0	2,5	7,0	8,0	2,5	2,0	7,0	9,5
darunter												
USA	8,0	5,5	8,0	8,3	9,4	2,3	5,3	5,1	-4,1	0,7	7,9	8,6
Westeuropa	5,6	5,3	8,0	4,7	5,4	0,8	7,6	9,4	5,7	2,7	4,6	8,2
Großbritannien	1,0	4,2	8,0	2,8	1,8	0	6,2	2,5	0,8	0,8	2,9	7,1
Belgien	6,9	7,5	4,0	4,8	1,8	1,8	5,3	10,1	3,0	3,0	5,8	6,1
Niederlande	4,4	5,3	10,0	5,4	6,0	4,9	10,9	11,9	10,0	6,3	8,6	7,4
Italien	9,5	8,7	2,0	3,9	11,3	8,5	6,3	3,7	6,4	-2,7	4,1	9,6
Frankreich	4,4	5,3	7,0	2,8	8,3	3,4	4,1	12,7	5,6	5,3	7,5	8,1
BRD	3,2	3,1	8,0	7,4	0,9	-2,6	12,3	12,5	6,9	1,6	3,4	6,7
Japan	7,1	11,1	16,0	3,4	13,3	19,1	17,3	16,1	13,9	2,0	7,5	17,3
Kanada	11,9	6,4	10,0	8,2	6,7	3,2	6,9	6,4	2,0	5,2	7,5	8,1
Entwicklungsländer	4,4	5,3	10,0	7,3	5,9	4,8	8,4	9,2	7,1	7,2	8,4	9,3

1 geschätzt

Quellen: „The Growth of World Industry“, Vol. I. U. N., New York, 1973;
„Statistical Yearbook“, U. N.; „Monthly Bulletin of Statistics“ für die entsprechenden Jahre

Schon diese überschlägigen Berechnungen, die mehr als neun Zehntel der Industrieproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft erfassen, lassen einige Verallgemeinerungen zu. Wir erkennen, auf welch unsicherem Fundament von Tatsachen die bürgerliche Konzeption von der krisenfreien, „harmonischen“ Wirtschaftsentwicklung des heutigen Kapitalismus beruht. Zugleich bestätigen sie anschaulich, wie recht die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien des Jahres 1969 mit ihrer Schlußfolgerung hatte: „Die staatsmonopolistische Regulierung, die in Form und Umfang den Interessen des Monopolkapitals entspricht und die Aufrechterhaltung seiner Macht bezweckt, ist jedoch nicht imstande, die spontan wirkenden Kräfte des kapitalistischen Marktes zu bändigen. Kaum ein kapitalistischer Staat hat bedeutende zyklische Schwankungen und Rückschläge im Wirtschaftsleben vermeiden können. Perioden hoher Zuwachsraten der Industrie in einzelnen Ländern wechseln mit Perioden ab, in denen die Zuwachsraten sinken und oft auch die Produktion zurückgeht.“²

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, sind die krassesten Veränderungen an den Zuwachsraten der Industrieproduktion nach wie vor in den führenden kapitalistischen Ländern zu verzeichnen, obwohl dort die antizyklische staatsmonopolistische Regulierung sehr aktiv und in großen Ausmaßen vorgenommen wird. Doch der Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben schaltet die primären Ursachen für die zyklischen Krisen nicht aus. Sein wirklicher Effekt ist kurzzeitig und gering. Bestenfalls ist die Krankheit für eine gewisse Zeit verdrängt worden. Zugleich haben die Maßnahmen der kapitalistischen Staaten zum erheblichen Teil die Nachkriegsspezifika geprägt, die der Bewegung der einzelnen Phasen des Weltzyklus der Industrieproduktion anhaften.

In den weitaus meisten Entwicklungsländern sind überhaupt keine antizyklischen Regulierungsmaßnahmen getroffen worden. Aber es ist nicht zu übersehen, daß die zyklischen Schwankungen in den Zuwachsraten ihrer Produktion in diesem Zeitraum etwas stabiler waren als in den industriellen Zentren des Kapitalismus. Obwohl diese Länder verhältnismäßig wenig dazu beigetragen haben, die Eigenart der Bewegung des Nachkriegszyklus zu prägen, kann man doch nicht umhin festzustellen, daß die in den Nachkriegsjahren beobachtete Tendenz zum beschleunigten Wachstum des Industriepotentials in der „Dritten Welt“ die zyklischen Schwankungen der Industrieproduktion in der kapitalistischen Weltwirtschaft in gewissem Maße gemildert hat.

In den betreffenden Jahren erkennt man in diesem Wirtschaftssystem hinter den ständigen Konjunkturschwankungen in der Wirtschaft einzelner Länder deutlich einige zyklische Anstiege und Rückgänge der Produktion. Jeder hat seine hervorstechenden Besonderheiten. Das ist nichts Außergewöhnliches, denn in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus hat es keinen einzigen Zyklus gegeben, der den vorausgegangenen völlig geglichen, nicht spezifische Wesenszüge

2 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969. Berlin 1969, S. 21.

der konkreten Situation in der Wirtschaft bestimmter Länder und bei der Internationalisierung ihrer gesellschaftlichen Produktion widergespiegelt hätte. Untersucht man diese Besonderheiten des Weltzyklus der Nachkriegszeit, so tritt wie ehedem unweigerlich das Problem ihrer Wechselwirkung mit der zyklischen Entwicklung der führenden kapitalistischen Staaten auf.

Selbst wenn man die Ergebnisse der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung der kapitalistischen Welt ganz allgemein analysiert, fallen folgende Tatsachen auf. Die beiden krisenhaften Rückgänge der allgemeinen Zuwachsraten der Industrieproduktion Anfang und Ende der fünfziger Jahre waren das Ergebnis der zyklischen Rezession der Wirtschaftskonjunktur in fast allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Auch in der gesamten Gruppe der Entwicklungsländer gingen die Zuwachsraten der Produktion in diesen Perioden etwas zurück. Während des Weltzyklus zu Beginn der fünfziger Jahre war der Rückgang der Industrieproduktion in den USA am größten (1954 betrug die absolute Größe 5,2). Das bestimmte dann auch das Nullwachstum der Industrie in der nichtsozialistischen Welt insgesamt (1954), denn mehr als die Hälfte ihrer gesamten Industrieproduktion entfiel damals auf die USA.

Die folgende zyklische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft begann Ende 1957. Ihren Tiefpunkt erreichte sie 1958, als die Industrieproduktion zum erstenmal in dem untersuchten Zeitraum absolut zurückging. Die Krise erfaßte ausnahmslos alle industriellen Zentren des Kapitalismus gleichzeitig, auch Japan, das sich jedoch am dynamischsten entwickelte. Der Jahreszuwachs seiner Industrieproduktion verringerte sich von fast 25 Prozent im Jahre 1956 auf 15 Prozent im Jahre 1957 und ein Prozent im darauffolgenden Jahr. Ein charakteristisches Merkmal dieser Krise war, daß viele Länder an der Rohstoffbasis der kapitalistischen Weltwirtschaft schon am Ende der vorangegangenen Aufstiegsphase in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten. Dabei ging während der Krise von 1958 die Zuwachsrate ihrer Industrieproduktion zwar im ganzen zurück, blieb aber relativ hoch. Zugleich befanden sich einige führende Wirtschaftszweige der jungen Nationalstaaten, besonders die Exportzweige, in einer äußerst schwierigen Lage. Das war von einer merklichen Schwächung der Positionen dieser Staaten auf dem kapitalistischen Markt begleitet³. Die einzelnen Länder oder Ländergruppen bekamen also die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1958 keineswegs gleich stark zu spüren.

3 Der durchschnittliche Preisindex für Exporterzeugnisse der Agrarrohstoffländer ging auf dem kapitalistischen Weltmarkt merklich zurück, ihr mengenmäßiges Exportvolumen vergrößerte sich fast gar nicht, und der Import verringerte sich absolut. Näheres dazu s. V. Rymalov, V. Tjagunenko. Slaborazvitye strany v mirovom kapitalističeskom chozjajstve. Moskva, 1961, str. 365–374.

Synchronität und Asynchronität

In den sechziger Jahren verstärkte sich in der kapitalistischen Wirtschaft das ungleichmäßige Wachstum ihrer verschiedenen Teile. Das mußte sich zwangsläufig auf die nächsten Weltzyklen auswirken. In einigen Industriestaaten und in vielen Entwicklungsländern wirkten die Tendenzen zu einer gewissen Beschleunigung des industriellen Wachstums, die sich in den Nachkriegsjahren abgezeichnet hatten, weiter⁴.

Diese Beschleunigung, die dazu beiträgt, die Bewegung der Wirtschaftszyklen in einzelnen Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft immer asynchroner werden zu lassen, spiegelt sich auch in den zusammenfassenden Kennziffern für die Dynamik der industriellen Entwicklung wider. Infolge der Zunahme dieser Ungleichmäßigkeit war das Ausmaß der Schwankungen im Weltzyklus in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre im Durchschnitt weniger extrem als im vorausgegangenen Jahrzehnt. Die Auswirkungen der ernsthaften Krisenerscheinungen in den einzelnen Ländern wurden in der Statistik für die kapitalistische Welt insgesamt durch höhere Zuwachsraten in den anderen Ländern so oder so kompensiert. Eine deutliche zyklische Verlangsamung der Produktion war zum Beispiel 1961 in den USA, in Großbritannien, Frankreich, der BRD, den Niederlanden und in einigen anderen kapitalistischen Staaten gleichzeitig zu verzeichnen. Aufgrund der ziemlich hohen Zuwachsraten der Produktion in einigen Ländern, darunter in Japan (20 %), Italien (9 %) und in der „Dritten Welt“ (7 %), betrug jedoch der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Industrieproduktion 1961 in der gesamten nichtsozialistischen Welt 3,5 Prozent, während es 1960 noch 7 Prozent waren.

Im folgenden Jahrfünft erlebten abwechselnd Frankreich (1965), Großbritannien (1962 und 1966–1967), Italien (1964), Japan (1965), Belgien (1966), die BRD (1967) und einige andere industriell hochentwickelte Staaten krisenhafte Rückschläge. Im genannten Zeitraum ließ die Wachstumsdynamik der Industrieproduktion in der gesamten Gruppe der Entwicklungsländer zweimal (1962 und 1967) merklich nach. Dennoch waren in diesen Jahren insgesamt die Ergebniskennziffern des industriellen Wachstums der kapitalistischen Weltwirtschaft verhältnismäßig hoch und stabil. Sie gingen nicht unter die Jahreshöhe von 5 Prozent zurück und beliefen sich im Durchschnitt für den Zeitraum 1962 bis 1966 auf 6,9 Prozent.

Zu einer wesentlichen Verringerung des industriellen Wachstums in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft (bis auf 2,5 %) kam es dann 1967, als in den

4 In der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt betrug der jährliche durchschnittliche Zuwachs der Industrieproduktion im Zeitraum 1949 bis 1960 5,4 % und 1961 bis 1973 betrug er 6 %. Die entsprechenden Gesamtwerte für die Gruppe der hochentwickelten kapitalistischen Länder lauteten 5,3 bzw. 5,9 %, für die Gruppe der Entwicklungsländer 7,2 bzw. 7,4 % („Statistical Yearbook 1968“. U. N., New York, 1969; „Monthly Bulletin of Statistics“, August 1974; vgl. „ME i MO“ Nr. 4/1973, str. 109–112).

meisten ihrer industriellen Zentren sich die ökonomischen Kennziffern deutlich verschlechterten. Zugleich blieb in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern (zum Beispiel Japan und Italien) sowie in den meisten Entwicklungsländern eine günstigere Konjunkturlage bestehen. Die späteren Ereignisse zeigten, daß das alles die Vorstufe zur nächsten zyklischen Rezession Anfang der siebziger Jahre gewesen war. Das Zentrum der Krise lag, wie schon zuvor, in den USA. Dabei wurden in die schwerwiegenden zyklischen Veränderungen auch so große Industriestaaten wie die BRD, Großbritannien, Italien und in beträchtlichem Maße auch Japan und Belgien hineingezogen. Doch auch diese Krise verringerte die Zuwachsraten der Industrieproduktion in vielen Ländern der „Dritten Welt“ und in einigen hochentwickelten Staaten (zum Beispiel Frankreich und den Niederlanden) nicht nennenswert.

Diese in ihren Ergebniskennziffern im Weltmaßstab ermittelte Zunahme der Ungleichmäßigkeit und der Häufigkeit des Wechsels der einzelnen Phasen des Zyklus für die verschiedenen Länder bewirkte, daß in den letzten 15 Jahren die Industrieproduktion der kapitalistischen Welt kein einziges Mal absolut zurückging, obwohl der Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Punkt recht beträchtlich war. Dieser Abstand hatte sich im Weltwirtschaftszyklus Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf mehr als das Vierfache erhöht. Zugleich mußte festgestellt werden, daß es in den USA, in Italien und in einer Reihe anderer Länder zu einem absoluten Rückgang der Produktion kam.

Ist die Asynchronität im Nachkriegszyklus einzelner Länder ein qualitativ neuer Prozeß? Diese Frage bleibt besonders akut und aktuell. Folgt doch daraus logisch eine andere Fragestellung zum gleichen Problem: Gibt es einen einheitlichen kapitalistischen Weltzyklus, oder bewirken die Hauptentwicklungstendenzen der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen, daß er mehr und mehr in isolierte nationale Zyklen zerfällt?

Daß die verschiedenen Phasen des Zyklus in den letzten Jahren zeitlich, in der Dauer und der Intensität sowie in der Stärke der krisenhaften Rückgänge in den einzelnen nationalen Wirtschaften divergierten, ist in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft durchaus keine Ausnahmeerscheinung. Im Gegenteil, aus der Analyse der vorausgegangenen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist ersichtlich, daß diese Divergenz im allgemeinen eine gesetzmäßige Form des Ablaufs des Weltzyklus ist. In diesen Zyklen kommt zwar die innere Einheit der nationalen Zyklen zum Ausdruck, aber das bedeutet keineswegs, daß die einen wie die anderen identische Einheiten bilden. Mehr noch, in diesem so komplizierten und vielschichtigen Prozeß bleibt es sehr wahrscheinlich, daß die Bewegung der Zyklen in den einzelnen Ländern nicht übereinstimmt und sich die weltwirtschaftlichen Erscheinungsformen der Zyklichkeit von ihren spezifischen, nationalen Aspekten wesentlich unterscheiden⁵. Zahlreiche Fakten liefern zum Beispiel den Beweis, daß das Eintreten aller Hauptländer in die Wirtschaftskrise

5 Vgl. G. Kumanin, *Razorvannyj ili edinyj mirovoj cikl* („ME i MO“, Nr. 12/1973, str. 97).

in der Geschichte der zyklischen wirtschaftlichen Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems auch schon in der Vergangenheit mehrfach asynchron war⁶.

Aus der Analyse der zyklischen Entwicklung der Nachkriegsproduktion in den kapitalistischen Ländern folgt jedoch keineswegs, daß dort die Zunahme der Asynchronität die einzige Tendenz und der Weltzyklus immer mehr auseinandergerissen war. In der kapitalistischen Weltwirtschaft wirkt zugleich auch die entgegengesetzte Tendenz. Sie ist vor allem die Folge der stetig zunehmenden Internationalisierung der gesellschaftlichen Produktion und bewirkt objektiv, daß die zyklische wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder und der wichtigsten Produktionszweige synchroner wird. Zeitweilig tritt bald die eine, bald die andere dieser widerstreitenden Tendenzen deutlicher in Erscheinung. Das ist von zahllosen konkreten Umständen abhängig. Dennoch besteht insgesamt ausreichend Grund zu der Annahme, daß in den Nachkriegsjahren der offenkundige Zusammenhang der Perioden des zyklischen Anstiegs und Rückgangs der Zuwachsraten der Produktion nicht nur zwischen den meisten Ländern, sondern auch zwischen den wichtigsten Industriezweigen der kapitalistischen Welt überwog.

Die Bestätigung für diese These liefern die Angaben in Tabelle 1. Nach der Weltwirtschaftskrise von 1958 trat zum Beispiel in allen kapitalistischen Ländern eine verhältnismäßig kurze Periode ein, in der die Zuwachsraten der Produktion erheblich in die Höhe schnellten. Dann schwächte sich die Entwicklung fast allenthalben ab und erreichte ganz zu Anfang der sechziger Jahre ihren niedrigsten Stand. Doch Mitte dieses Jahrzehnts traten in der Wirtschaft der meisten kapitalistischen Staaten und Entwicklungsländer wiederum relativ hohe Werte auf, die dann zu Beginn der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in vielen Ländern erneut zurückgingen. Das führte 1967 zu einem erheblichen Abfall der Zuwachsraten der kapitalistischen Industrie in der ganzen Welt. Anschließend trat die überwiegende Zahl der kapitalistischen Staaten wieder in die Phase eines kurzzeitigen zyklischen Aufschwungs ein. Anfang der siebziger Jahre begann für sie der nächste zyklische Rückgang der Produktion. Den höchsten Punkt des Aufschwungs erreichte der überwiegende Teil der Länder der kapitalistischen Welt in diesem Zyklus ebenfalls annähernd gleichzeitig, nämlich 1973.

Aber durchschnittliche Jahreskennziffern reichen natürlich nicht aus, um die zyklische Bewegung der kapitalistischen Weltwirtschaft gründlich zu charakterisieren. Sie helfen nur die allgemeinsten Tendenzen dieser Bewegung ermitteln, weil darin der Verlauf des kapitalistischen Zyklus innerhalb eines kurzen Zeit-

6 So erlebte das kapitalistische Weltsystem zwischen 1857 und 1933 neun Überproduktionskrisen. Nur zwei davon (1857 und 1907) brachen in allen kapitalistischen Hauptländern gleichzeitig aus. Die weltweite Krise der industriellen Überproduktion von 1873 erfaßte zum Beispiel erst 1878 die britische Wirtschaft mit besonderer Heftigkeit, während die zyklische Krise, die in den meisten Ländern der kapitalistischen Welt 1890 einsetzte, Frankreich ein Jahr später und die USA erst 1893 erreichte (vgl. „Mirovye ekonomičeskie krizy 1848–1935 gg.“, pod obščej redakciej E. Vargi, t. 1, Moskva, 1937).

raums gemittelt, geglättet wird. Will man also Synchronität und Asynchronität der zyklischen Schwankungen verschiedener Teile der kapitalistischen Weltwirtschaft sowie die Größe des Abstandes zwischen dem höchsten und dem tiefsten Punkt jedes Zyklus untersuchen, so muß man die Jahreskennziffern weiter zerlegen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Analyse der Quartalswerte. Sie bieten eine klarere Vorstellung davon, wie sich die Tendenzen der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft bei den ständigen Fieberkurven in den einzelnen Quartalen gestalten. Eine anschauliche Illustration dazu sind die Berechnungen über die quartalweise Bewegung des Index der Industrieproduktion in einigen Hauptgebieten der nichtsozialistischen Welt zur Zeit der Weltwirtschaftskrise Anfang der siebziger Jahre.

Tabelle 2

Quartalsveränderungen der Indices für das Wachstum der Industrieproduktion in der kapitalistischen Weltwirtschaft
(in % zu den Kennziffern des vorangegangenen Quartals)

Länder	1960		1970		1971				
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Gesamt	4,8	-2,4	2,5	-3,9	4,0	-0,6	0,6	-1,9	5,3
davon									
hochentwickelte kapitalistische Länder	5,5	-2,5	2,3	-4,0	4,1	-0,5	0,6	-2,6	6,1
darunter									
Westeuropa	13,0	-2,3	2,8	-6,8	13,8	-3,2	0,6	-7,2	13,4
Nordamerika	1,4	-2,7	0,5	-2,1	0,7	1,4	0,7	-1,4	2,2
Entwicklungsländer	3,1	-1,2	3,7	1,8	2,3	-0,6	0,5	2,3	3,4

Quelle: „Monthly Bulletin of Statistics“ für die entsprechenden Jahre

Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und die Besonderheiten der Quartalschwankungen in den Zuwachsraten der Produktion in der gesamten Nachkriegsperiode für die verschiedenen Länder und Gebiete der kapitalistischen Weltwirtschaft zu klären, muß Gegenstand einer speziellen großen Forschungsarbeit sein. Diese Aufgabe geht weit über den Rahmen dieses Beitrags hinaus⁷. Dennoch

7 Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht das Material der bereits erwähnten Diskussion. Dort werden die langfristigen Tendenzen der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft komplex untersucht. Die angeführten Berechnungen charakterisieren unter anderem das Wirken der Tendenz zu einer bestimmten Glättung der Asynchronität in den Quartalschwankungen des Wachstums der Industrieproduktion in den führenden kapitalistischen Ländern in den Nachkriegsjahren im Vergleich zu der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (vgl. „ME i MO“ Nr. 12/1973, str. 98–101).

deuten die gerundeten Kennziffern in der Tabelle auf eine deutliche Übereinstimmung der Quartalschwankungen in einigen Hauptgebieten der kapitalistischen Welt hin. Der nennenswerteste absolute Produktionsrückgang trat sowohl 1970 als auch 1971 im ersten und im dritten Quartal fast gleichzeitig ein. In den anderen Quartalen dieser beiden Jahre nahm das Produktionsvolumen mehr oder minder intensiv zu.

Die Zahlen in der Tabelle können unseres Erachtens für einige aktuelle Fragen der derzeitigen zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft als ein gewisser Anhaltspunkt dienen. Sie beweisen zum Beispiel, daß in ein und derselben Phase des Zyklus hinsichtlich der Rückgangsrates und der Zuwachsrates der kapitalistischen Produktion ziemlich erhebliche Schwankungen auftreten können. Selbst in jenen Ländern der kapitalistischen Welt, die im Zentrum der Krise der beginnenden siebziger Jahre lagen, war kein kontinuierlicher Rückgang der Zuwachsrates der Produktion zu beobachten. Auf eine absolute Verringerung des Produktionsvolumens in den einen Quartalen folgte eine Erhöhung in den anderen.

Diese Angaben führen noch zu einem anderen Schluß. Nach den Jahresdurchschnittsindizes verringerte sich das Volumen der kapitalistischen Weltproduktion Anfang der siebziger Jahre zwar nicht absolut, nimmt man aber die Kennziffern für die Quartale, so läßt sich eindeutig ein Sinken erkennen. Das Verhältnis zwischen dem höchsten Punkt des vorangegangenen zyklischen Aufschwungs (IV. Quartal 1969) und dem niedrigsten Punkt dieser Krise (III. Quartal 1970) betrug 3,3 Prozent. Ein absoluter Rückgang des Volumens der Industrieproduktion war entsprechend in fast allen Hauptgebieten der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verzeichnen. In Westeuropa belief er sich zum Beispiel auf 5,5 Prozent (zwischen dem III. Quartal 1969 und dem III. Quartal 1970), während die Jahresdurchschnittsindizes derselben Jahre ein Wachstum der Industrieproduktion der westeuropäischen Länder um insgesamt 5,7 Prozent auswiesen. In der Gruppe der Entwicklungsländer gab es in diesem Weltzyklus auch Perioden des Rückgangs der Industrieproduktion (I. Quartal 1970 und I. Quartal 1971) usw.

Untersucht man die Veränderungen der kapitalistischen Weltproduktion im letzten Vierteljahrhundert nach Quartalen, so kann man behaupten, daß in der überwiegenden Zahl der Länder das Produktionsvolumen im Zeitraum zwischen den Quartalen mit dem höchsten und dem tiefsten Punkt jedes Wirtschaftszyklus absolut zurückging. Indessen darf nicht übersehen werden, daß die Quartalsangaben an sich ohne Verbindung zur Produktionsentwicklung im Jahresdurchschnitt nicht als bestimmendes Instrument, als statistische Hauptquelle für die Untersuchung der langfristigen Tendenzen in den zyklischen Schwankungen der kapitalistischen Weltwirtschaft gewertet werden können. Kommt es doch auch in Phasen des Aufschwungs wiederholt vor, daß sich das Produktionswachstum in einzelnen Quartalen jäh verlangsamt oder daß die Produktion sogar zurückgeht⁸.

8 Im Vergleich zum vorausgegangenen Quartal war beispielsweise im III. Quartal 1968

Diese Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen und Sphären der kapitalistischen Weltwirtschaft in deren zyklischer Entwicklung muß also vor allem auf der Analyse der Jahreskennziffern fußen.

Der kapitalistische Markt und der Weltzyklus

Die Vorstellung, der Verlauf der zyklischen Entwicklung des Weltkapitalismus spiegele eine mechanische Gesamtheit der Bewegungen der nationalen Zyklen wider, ist ebenso ungerechtfertigt wie die Meinung, das zyklische Wachstum der kapitalistischen Produktion in den einzelnen national isolierten Wirtschaften vollziehe sich nur auf der Grundlage ihrer inneren Entwicklungsfaktoren. Die nationalen Wirtschaften der einzelnen Länder werden vom System der internationalen Arbeitsteilung auf dem kapitalistischen Weltmarkt organisch zu einem einheitlichen Wirtschaftsmechanismus verbunden.

Marx unterstreicht wiederholt, daß die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den regelmäßig wiederkehrenden krisenhaften Schwankungen des kapitalistischen Weltmarktes ihren verallgemeinerten Ausdruck findet. Als Gesamtergebnis der zyklischen Entwicklung der einzelnen Länder erfassen sie die wichtigsten Seiten ihres Reproduktionsprozesses. „Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden“, sagte Marx im „Kapital“. „Die einzelnen Momente, die sich also in diesen Krisen zusammenfassen, müssen also in jeder Sphäre der bürgerlichen Ökonomie hervortreten und entwickelt werden, und je weiter wir in ihr vordringen, müssen einerseits neue Bestimmungen dieses Widerstreits entwickelt, andererseits die abstrakteren Formen desselben als wiederkehrend und enthalten in den konkreteren nachgewiesen werden.“⁹

Diese Schlußfolgerung ist mit anderen überaus wichtigen Leitsätzen der marxistischen Politökonomie logisch verbunden, die die Gesetzmäßigkeiten im Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise als eines Weltsystems erschließt, dessen Teile sich auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung zu einem einheitlichen Ganzen verbinden. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hob Marx die Rolle dieser Beziehungen beim Aufbau der kapitalistischen Großindustrie hervor. Er stellte fest, daß bereits bei diesem Entwicklungsstand „die von nationalem Boden losgelöste Großindustrie einzig und allein vom Welthandel, vom internationalen Austausch, von einer internationalen Arbeitsteilung abhängt“¹⁰. Später entwickelte er diesen Gedanken in folgender Feststellung

(-3,6 %), im III. Quartal 1969 (-2,1 %) und im II. Quartal 1972 (-2,4 %) ein absoluter Rückgang des Volumens der Weltindustrieproduktion zu verzeichnen („Monthly Bulletin of Statistics“, February 1971; May 1972; August 1974).

9 Marx/Engels, Werke, Bd. 26.2, S. 512.

10 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 154.

weiter: „Die kapitalistische Produktion beruht auf dem Wert oder der Entwicklung der in dem Produkt enthaltenen Arbeit als gesellschaftlicher. Dies aber nur auf Basis des Foreign trade und des Weltmarkts. Dies also sowohl Voraussetzung als Resultat der kapitalistischen Produktion.“¹¹

Seit diese theoretischen Leitsätze formuliert wurden, hat die Internationalisierung der gesellschaftlichen Produktion durch das Kapital zu einer immensen Verstärkung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt geführt¹². In den letzten Jahrzehnten haben sich dort einige neue Richtungen in den Wirtschaftsbeziehungen, die mit der schnellen Entwicklung des internationalen Austauschs wissenschaftlich-technischer Kenntnisse und Erfahrungen, den neuen Formen des Kapitalexportes, der beispiellos gewachsenen internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion, der Entwicklung neuer Transportmittel, dem weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes usw. zusammenhängen, merklich ausgedehnt und beträchtliche Ausmaße angenommen.

Das alles erschwert zweifellos die Endanalyse der Prozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ein roter Faden dieser Analyse ist jedoch nach wie vor die Dynamik des internationalen Handels. Als zusammenfassendste Kennziffern können in dieser Hinsicht die jährlichen Veränderungen in der Wachstumsrate (bzw. Rückgangsrate) des mengenmäßigen Volumens des kapitalistischen Weltexports dienen, der im Grunde genommen den Warenumsatz auf dem kapitalistischen Weltmarkt charakterisiert.

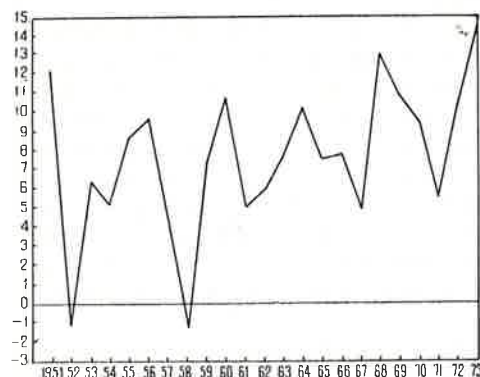
Die Berechnungen in dem Diagramm 1 zeigen, daß sich, wie früher, so auch in der Nachkriegsperiode durch die zahllosen Schwankungen der Spontaneität des kapitalistischen Weltmarktes eine bestimmte Zyklizität seiner Entwicklung Bahn bricht, die stabil und langfristig ist. Einem zyklischen Aufschwung auf dem kapitalistischen Weltmarkt folgt unbedingt eine Depression, die einem neuen Aufschwung weicht, welcher unweigerlich eine krisenhafte Depression in sich birgt, usw. Im betreffenden Zeitraum kann man mehrere solcher Zyklen erkennen.

11 Marx/Engels, Werke, Bd. 26.3, S. 250.

12 Trotz der wiederholten krisenhaften Erschütterungen erhöhte sich der internationale Warenumsatz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nochmals. Besonders schnell wuchs er nach dem zweiten Weltkrieg. In der vom Sozialismus stark eingeeengten kapitalistischen Weltwirtschaft der Nachkriegszeit vergrößerte sich das Außenhandelsvolumen 1973 im Vergleich zu 1938 mengenmäßig insgesamt auf fast das 5,7fache. Bei Waren der verarbeitenden Industrie war es fast das 8fache. Anfang der siebziger Jahre ging fast ein Viertel aller Erzeugnisse der materiellen Produktion (einschließlich der verarbeitenden Industrie) aller nichtsozialistischen Länder in den internationalen Warenumsatz ein. (Errechnet nach folgenden Quellen: Statističeski publikacij Ligi Nacii; M. B. Vol'f i V. S. Klupt. Statističeskij spravočnik po ekonomičeskoj geografii kapitalističeskogo mira. M., 1937; M., 1959; „Statistical Yearbook 1968“; „Statistical Yearbook 1973“; „Yearbook of National Accounts Statistics“, vol. III, New York, 1974; „Monthly Bulletin of Statistics“, April 1974.)

Diagramm 1

Dynamik des Handels auf dem kapitalistischen Weltmarkt
(in % zum Vorjahr)



So wich der recht wesentliche Rückgang der Zuwachsrates des kapitalistischen Welthandels Anfang der fünfziger Jahre, der 1952 zu einer absoluten Verringerung geführt hatte, später einem Aufstieg, der 1956 seinen Höhepunkt erreichte. Der nächste Zyklus begann 1958 mit einem noch deutlicheren krisenhaften Rückgang. Später zeichnen sich diese Zyklen nicht so klar ab. Aber auch in diesen Jahren werden mindestens drei eindeutig krisenhafte Rückgänge und Anstiege in den Zuwachsrates des kapitalistischen Welthandels sichtbar. Ihre tiefsten Punkte hatten sie 1961, 1967 und 1971, ihre höchsten 1964, 1969 und 1973. Anders ausgedrückt, bei allen Unterschieden war jeder Nachkriegszyklus des kapitalistischen Weltmarktes im Durchschnitt vier bis fünf Jahre lang und merklich kürzer als die Periodizität der zyklischen Schwankungen dieses Marktes in seinen vorangegangenen Entwicklungsstadien.

Wenn man die Dynamik der Zuwachsrates des internationalen Warenumsatzes in der kapitalistischen Weltwirtschaft der Nachkriegszeit analysiert, fällt einem folgende Besonderheit auf. Während in den fünfziger Jahren die untersten Krisenphasen des Zyklus durch absoluten Rückgang der Zuwachsrates gekennzeichnet waren, trat später dieser Rückgang nicht ein. Er war relativ gesehen weniger tiefgreifend und betrug im Vergleich zum Vorjahr höchstens 5,4 Prozent. Daraus ergibt sich ganz natürlich die Frage: Ist die für die sechziger und die siebziger Jahre charakteristische Zyklizität im Wachstum des kapitalistischen Marktes eine völlig neue Erscheinung, das heißt, müssen nicht bei der Analyse seiner Entwicklung in der Nachkriegszeit zwei Etappen gesehen werden, die sich qualitativ voneinander unterscheiden? Endeten doch in den fünfziger Jahren die Krisenphasen der Weltzyklen mit einer absoluten Verringerung des Welthandelsvolumens, während sie in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre nur in einem relativen Rückgang der Zuwachsrates zum Ausdruck kamen.

Die Krisenphase und die Phase des zyklischen Aufschwungs

Diese Frage berührt wiederum das Problem, das Verhältnis zwischen den Kennziffern zu beurteilen, die die Phasen des Aufschwungs und der Krise in der zyklischen Entwicklung der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft charakterisieren. Das läuft auf folgende Frage hinaus: Ist es gerechtfertigt, die Jahre, in denen sich das Wachstum der Produktivkräfte dieser Wirtschaft wesentlich verlangsamt, zur Krisenphase zu rechnen, während so außerordentlich wichtige Kennziffern wie das Volumen der Weltproduktion und des Welthandels nicht unter den Stand der vorangegangenen Jahre beim zyklischen Aufschwung zurückgehen? Hieraus ergibt sich eine andere Fragestellung: Besteht eine einigermaßen krasse qualitative Grenze zwischen den ersten und den letzten Weltwirtschaftszyklen der Nachkriegszeit? Um das zu klären, muß man die entsprechenden Fakten in der vorherigen Geschichte der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft untersuchen.

In der sowjetischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur war seinerzeit recht weit die Meinung verbreitet, jedem Zyklus der kapitalistischen Weltwirtschaft müsse eine Krisenphase innewohnen, bei der ein tiefgreifender und langandauernder absoluter Rückgang der Industrieproduktion und des Welthandels obligatorisch ist. Großen Einfluß auf die Entstehung dieses Standpunktes hatte die zyklische Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933, in deren Verlauf das mengenmäßige Volumen des Welthandels um fast zwei Drittel und der Weltindustrieproduktion um etwa ein Fünftel abnahm. Doch die Erfahrungen aus der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft besagten, daß diese Krise einzigartig war. Überdies war die Krisenphase selbst in den „klassischen“ Weltzyklen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, über die zusammengefaßte statistische Angaben vorliegen, keineswegs immer durch ein absolutes Sinken der Kennziffern im internationalen Wirtschaftsgeschehen des kapitalistischen Systems gekennzeichnet. So belief sich im Krisenjahr 1882 das Wachstum des Welthandels auf rund 4,5 Prozent. Im Vergleich zu der vorausgegangenen Periode des Aufschwungs (1880 betrug das Wachstum 9,3 %) war diese Kennziffer allerdings auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Im folgenden Jahr verminderten sich die Zuwachsrates des Handels bei einer gewissen absoluten Verringerung des Volumens der Industrieproduktion erheblich, wenn es auch mengenmäßig über dem Stand von 1882 verharrte. Auch die Krise von 1890 war nicht von absolutem Rückgang des Welthandels begleitet; er wuchs um etwa drei Prozent gegenüber sieben Prozent im Vorjahr. Obwohl im weiteren der Welthandel abnahm, lag der niedrigste absolute Stand im Zyklus der neunziger Jahre entsprechend über der höchsten Kennziffer des vorausgegangenen Zyklus. Im Krisenjahr 1900 stiegen die Weltindustrieproduktion insgesamt um mehr als fünf Prozent und der Warenumsatz der wichtigsten handeltreibenden Länder der kapitalistischen Welt um sechs Prozent¹³. Laut UNO-Statistik blieb im folgenden Jahr der Index des

13 Vgl. „Mirovye ekonomičeskie krizisy 1848–1935 gg.“, str. 482–485.

mengenmäßigen Welthandelsvolumens auf dem Stand von 1900, der Index der Weltproduktion in der verarbeitenden Industrie stieg sogar etwas¹⁴. Von der Dynamik des zyklischen Rückgangs der Zuwachsraten in der verarbeitenden Industrie während der Weltwirtschaftskrisen, die an der Schwelle des 20. Jahrhunderts einander folgerichtig ablösten, zeugen folgende Tatsachen (s. Tab. 3).

Tabelle 3

Zuwachsraten der verarbeitenden Industrie in Perioden weltweiter zyklischer Überproduktionskrisen (in % zum Vorjahr)

Jahre ¹	darunter								
	gesamte Welt	USA	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Rußland	Schweden	Belgien	Italien
1889	8,6	7,1	7,2	8,2	2,5	18,2	-1,4	6,7	0
1890	4,8	8,4	-1,4	4,5	9,6	0,4	25,2	-3,0	4,7
1891	1,5	2,5	0,2	2,4	0	7,7	2,7	-3,1	-5,5
1892	1,2	8,6	-5,0	-3,7	-0,2	7,6	9,3	2,1	4,2
1899	4,7	10,0	3,6	4,2	9,5	11,0	0	-3,7	20,0
1900	0,1	2,0	-1,0	1,3	-0,5	8,6	5,6	0	-15,2
1901	3,6	12,8	-1,3	1,3	-9,0	0,3	1,1	-12,7	10,7
1902	7,9	12,2	1,2	7,0	6,8	2,2	3,9	27,3	6,5
1906	4,7	7,4	3,1	5,8	7,7	7,8	8,3	7,0	15,1
1907	3,1	1,4	0,8	-0,5	7,3	4,5	3,2	2,1	10,7
1908	-8,2	-17,5	-6,3	-3,6	-1,0	2,0	1,2	-5,5	1,1
1909	9,7	18,8	1,9	5,6	7,5	2,1	-4,8	11,3	3,2

1 Wir haben die Jahre herausgegriffen, die nach der Klassifikation von Wargha zur Anfangsperiode beim Eintreten von Weltindustriekrisen gehören (vgl. „Mirovye ekonomičeskie krizisy 1848–1935 gg.“ t. I, Moskva, 1937, str. 4).

Quelle: League of Nations, Industrialization and Foreign Trade. Geneva, 1945, pp. 132–135

So bedingt die Kennziffern auch sind, sie bieten doch die Möglichkeit zu einigen vergleichenden Verallgemeinerungen.

Erstens gestatten sie die Schlußfolgerung, daß der Verlauf der zyklischen Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes, bei der die Jahreskennziffern des internationalen Warenumsatzes in den untersten Phasen einiger Nachkriegszyklen mengenmäßig nicht absolut zurückgingen oder sich nur recht kurzzeitig verringerten, keine aus dem Rahmen fallende Erscheinung ist. In der Geschichte der

14 „Statistical Yearbook 1969“, p. 54.

kapitalistischen Weltwirtschaft traten solche Fälle mehrfach auf. Dasselbe läßt sich auch über die sprunghafte Wachstumsdynamik der Industrieproduktion in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft sagen. Im Verlaufe ihrer langfristigen Entwicklung gab es auch früher schon Weltwirtschaftskrisen mit einem wesentlichen, aber nur relativen Rückgang der Zuwachsraten des Welthandels und der Weltindustrieproduktion gegenüber den vorausgegangenen Phasen des Anstiegs.

Zweitens ist in diesem Zusammenhang wohl kaum die Annahme richtig, das ausschlaggebende Kriterium für den Ausbruch einer zyklischen Weltwirtschaftskrise sei auch in früheren Etappen der kapitalistischen Entwicklung unbedingt der absolute und langandauernde Rückgang der wichtigsten Jahreskennziffern der kapitalistischen Weltwirtschaft im Vergleich zum Stand der vorausgegangenen Jahre gewesen. Die Periodizität der zyklischen Schwankungen, die Ausmaße, die Tiefe und die Dauer von Weltwirtschaftskrisen werden nur in allgemeiner Form von den wichtigsten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise determiniert. Im wirklichen Leben hängt der Verlauf jeder Krise vom Zusammenwirken einer riesigen Zahl historischer „Zufälle“ und den jeweiligen Umständen in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder im System der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung ab.

Wie Akademiemitglied Wargha mit Recht feststellte, haben jeder Weltzyklus und jede Weltkrise ihren eigenen historischen Charakter, der von einer Fülle verschiedenartigster wirtschaftlicher und außenwirtschaftlicher Faktoren geprägt wird. Dabei „hat nicht nur jede Weltkrise ihre besonderen Charakterzüge. Auch in den einzelnen Ländern verläuft die Entwicklung ungleichmäßig; innerhalb der einzelnen Länder wiederum entwickeln sich die einzelnen Industriezweige außerordentlich ungleichmäßig. Es gibt schnell wachsende ‚neue‘ Zweige und daneben ‚alte‘, die unabhängig vom zyklischen Verlauf der Reproduktion eine sinkende Tendenz erkennen lassen.“¹⁵

Die Erfahrungen aus der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft geben diesen Thesen recht. Aber diese Erfahrungen geben nicht genügend Veranlassung, sich in jeder Hinsicht mit der Meinung einverstanden zu erklären, die Wargha ebenfalls Mitte der dreißiger Jahre äußerte: „Mit der Entwicklung des Kapitalismus können sich die Krisen nicht mildern, sondern müssen allgemeiner, tiefer und häufiger werden.“¹⁶ Auf jeden Fall veranschaulichen das die oben angeführten statistischen Ergebniskennziffern zu den jährlichen Wachstumsraten des kapitalistischen Weltmarktes der Nachkriegszeit. Die Häufigkeit der zyklischen Rezessionen hat tatsächlich zugenommen. Aber keine einzige hat in ihrer Tiefe und in ihren Ausmaßen die Krise von 1929 bis 1933 erreicht. Mehr noch, bei der gewissen allgemeinen Beschleunigung des Wachstums der Produktivkräfte in den meisten kapitalistischen Staaten und in den meisten Entwicklungsländern werden diese krisenhaften Rezessionen hauptsächlich in einer rela-

15 „Mirovye ekonomičeskie krizisy 1848–1935 gg.“, str. 11.

16 Ebenda, S. 9.

tiv verminderten Zunahme des Welthandels und der Weltproduktion sichtbar; relativ gesehen stärkere Rezessionen wechselten mit weniger starken ab.

Will man jeden Weltzyklus auf seine Besonderheit hin untersuchen, so muß man die konkreten historischen Faktoren in Betracht ziehen, zum Beispiel die verschiedenen Erscheinungsformen der heutigen wissenschaftlich-technischen Revolution, die folgerichtige Zunahme des ökonomischen Wettbewerbs zwischen den beiden gegensätzlichen Gesellschaftssystemen, die Ausdehnung der staatsmonopolistischen Regulierung in den führenden kapitalistischen Ländern auch innerhalb der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft, die sozialen und ökonomischen Folgen des Zusammenbruchs des imperialistischen Kolonialsystems und die Verstärkung des Klassenkampfes der werktätigen Massen für ihre Lebensrechte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern.

Drittens. Selbst die einschneidendsten krisenhaften Rezessionen des kapitalistischen Weltmarktes, bei denen sich das Volumen des Welthandels und der Weltindustrieproduktion vermindert, sind im Grunde genommen zeitweilig, denn sie lassen sich nur zu den vorausgegangenen Phasen des Aufschwungs ins Verhältnis setzen. Zugleich liegt der niedrigste Punkt jeder neuen Krise hinsichtlich der absoluten Kennziffern im allgemeinen über dem entsprechenden Stand der vorausgegangenen Krisen und darüber hinaus über dem der vorausgegangenen Phasen des zyklischen Aufschwungs¹⁷.

Hierin liegt eine der wesentlichsten Gesetzmäßigkeiten für das Wachstum der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Wirtschaftskrisen hemmen periodisch ihre Entwicklung und schaffen zugleich die objektiven Voraussetzungen für den anschließenden zyklischen Aufschwung. Zwischen 1880 und 1913 geriet die kapitalistische Wirtschaft viermal in Weltwirtschaftskrisen, der internationale Warenumsatz aber erhöhte sich in diesem Zeitraum etwa auf das 2,7fache, das heißt, die Zuwachsraten betrugen im Jahresdurchschnitt rund drei Prozent. Das Volumen der Weltindustrieproduktion stieg bei einem jährlichen Zuwachs von über vier Prozent auf fast das Vierfache. In den folgenden 35 Jahren (1913 bis 1948), in denen es zu zwei Weltkriegen und zu der härtesten zyklischen Krise in der Geschichte des Weltkapitalismus, der Krise von 1929 bis 1933, kam, ging die jährliche Durchschnittsrate des Wirtschaftswachstums rapide zurück. Im Welthandel belief sich diese Rate auf nur 0,6 Prozent und in der Weltindustrieproduktion auf 2,4 Prozent. Aber schon in den anschließenden 25 Jahren (1948 bis 1973) erreichten entsprechende durchschnittliche Jahreskennziffern in der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft 7,3 beziehungsweise 5,7 Prozent¹⁸.

17 Im Krisenjahr 1958 war zum Beispiel der Weltwarenumsatz mengenmäßig um fast zwei Drittel höher als 1929, im Jahr mit dem höchsten Vorkriegsstand, und mehr als doppelt so hoch wie 1932, als die Krise ihren tiefsten Stand erreicht hatte. Das Gesamtvolumen der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder war 1958 etwa 2,4 mal so groß wie 1929 („Statistical Yearbook 1969“, p. 54; „Ekonomičeskoe položenie kapitalističeskih stran“, Beilage zu „ME i MO“, Nr. 8/1963, S. 5).

18 Errechnet nach „Mirovye ekonomičeskie krizisy 1848–1936 gg.“, Moskva, 1937; M. B. Volf i V. S. Klupt. Statisticeskij spravočnik po ekonomičeskoj geografii stran kapitalističes-

Während eines langen Entwicklungszeitraums waren also längst nicht immer sinkende zusammenfassende Kennziffern im Volumen von Handel und Industrieproduktion der Anhaltspunkt für die Beurteilung der Krisenphase im Weltzyklus. Ein solcher Anhaltspunkt für die Aufeinanderfolge der Zyklen kann auch ein mehr oder weniger langer und einschneidender Rückgang der Gesamtwachsraten des Welthandels und der Weltproduktion sein. Ebenso muß der Übergang von der Krisenphase zum Aufschwung innerhalb ein und desselben Weltzyklus nicht unbedingt damit verbunden sein, daß der maximale Entwicklungsstand des vorausgegangenen Zyklus in den absoluten Kennziffern übertroffen wird, sondern er kann auch von Tendenzen zur erheblichen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gegenüber dem tiefsten Punkt des bereits abgelaufenen Zyklus bestimmt werden.

Zuwachsraten und Dynamik der zyklischen Entwicklung

Beim Vergleich mehrerer aufeinanderfolgender Weltzyklen muß man ein System von Orientierungskennziffern schaffen, mit denen sich die Ausmaße der Schwankungen in den beiden extremen Phasen der Zyklen gegenüberstellen lassen. Dem dienen vor allem die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten in einem bestimmten Zeitabschnitt. Mit ihnen kann man die Gesetzmäßigkeiten der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Weltwirtschaft, gemessen an den langfristigen Entwicklungstendenzen, umfassender verfolgen als anhand von Angaben für Quartale oder Monate. In den verschiedenen Etappen der kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen wiesen diese Tendenzen selbstverständlich recht erhebliche Unterschiede auf. Im allgemeinen umfassen sie mehrere aufeinanderfolgende Zyklen. Dabei spiegelt jede einzelne wiederum auf längere Sicht die Ungleichmäßigkeit und Instabilität der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren einzelnen Entwicklungsetappen wider. Wie schon gesagt, waren die durchschnittlichen Jahreszuwachsraten des Welthandels in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg wesentlich höher als zwischen den beiden Weltkriegen, aber deutlich niedriger als die Zuwachsraten heute. Deshalb konnten die Zuwachsraten des mengenmäßigen Warenaustauschs Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – er betrug vier bis fünf Prozent im Jahr – als Beweis für den zyklischen Aufschwung gelten, während dasselbe Wachstum heute Anzeichen für einen neuen krisenhaften Rückgang des kapitalistischen Welthandels sein kann. So verursachte die Tendenz zur Verminderung der Zuwachsraten in den Jahren 1965 bis 1967 hier einen Rückgang auf etwa die Hälfte – von zehn Prozent im Jahre 1964 auf fast fünf Prozent im Jahre 1967.

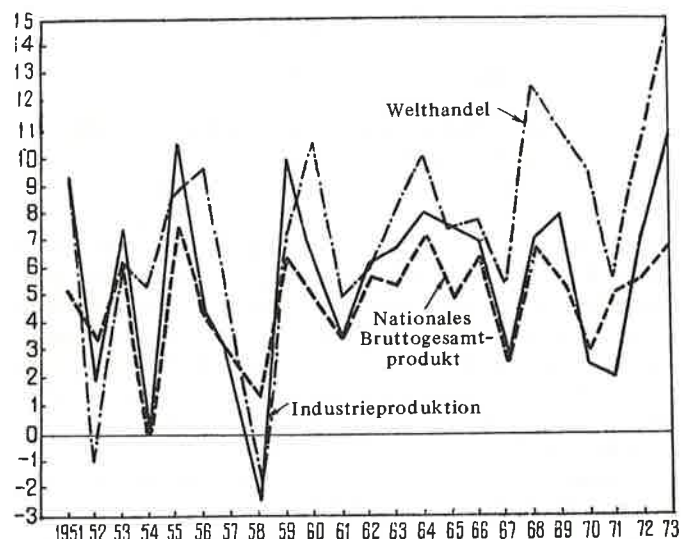
Aber haben vielleicht die erheblichen Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten auf dem kapitalistischen Weltmarkt vor sich gegangen sind, bewirkt, daß

kogo mira. Moskva, 1959; „Statistical Yearbook 1969“; „Monthly Bulletin of Statistics“, August 1974.

seine zyklischen Schwankungen den zyklischen Charakter der kapitalistischen Weltwirtschaft und vor allem seiner industriellen Grundlage nicht mehr so adäquat wiedergeben, wie es zu Zeiten von *Marx* der Fall war? Um das zu klären, wollen wir die Kennziffern für die Nachkriegsentwicklung des internationalen Handels, der Industrieproduktion und des Bruttosozialprodukts in der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft vergleichen (Diagramm 2).

Diagramm 2

Dynamik der Industrieproduktion, des Welthandels und des nationalen Bruttogesamterzeugnisses (in % zum Vorjahr)



Die Tatsachen beweisen ganz eindeutig, daß die synchrone Bewegung dieser Kennziffern, die in ihrer Gesamtheit die Gesetzmäßigkeiten des heutigen kapitalistischen Weltzyklus widerspiegeln, erhalten geblieben ist. Instabilität, Sprunghaftigkeit und Zyklizität sind nach wie vor ein unveräußerlicher Wesenszug der kapitalistischen Weltwirtschaft, so spezifisch die Bedingungen für die Entwicklung der Produktivkräfte seit Beendigung des zweiten Weltkrieges auch sein mögen.

Für die kapitalistische Wirtschaft wird in der Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine relative Häufung ihrer zyklischen Schwankungen und eine deutliche Modifikation der Phasen der Weltzyklen im Vergleich zu den vorangegangenen Entwicklungsstadien des Kapitalismus typisch. So sehr sich auch ein Zyklus vom anderen unterscheiden mochte, sie dauerten alle, wie aus dem Dia-

gramm ersichtlich, im Durchschnitt etwa vier bis fünf Jahre¹⁹. Wir erkennen also eine deutliche zeitliche Verkürzung der Zyklen. Das kommt durch abnehmende Dauer aller Phasen zustande, besonders der Depressions- und der Belebungsphasen. Auf jede Krisenphase folgt im allgemeinen eine ziemlich schnelle, aber kurze Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie wird unentwegt von einem krisenhaften Rückgang der Zuwachsraten abgelöst, der wiederum in eine verhältnismäßig kurzzeitige Anstiegsphase übergeht, usw.

Die Industriezweige im heutigen Zyklus

Nach der Lehre von *Marx* liegen die Triebfedern für die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in der Sphäre der industriellen Produktion. Die weiter oben untersuchten Kennziffern charakterisieren in großen Zügen das Gesamtbild dieser Entwicklung. Zweifellos müssen sie nicht nur für die einzelnen Länder und Ländergruppen, sondern auch für die verschiedenen Industriezweige weiter präzisiert und konkretisiert werden. Wie verlief das zyklische Wachstum der Weltwirtschaft für die Hauptzweige der industriellen Produktion?

Vor allem fällt auf, daß die Zuwachsraten der rohstoff erzeugenden und der verarbeitenden Industrie offenkundig voneinander abhängig sind (Tab. 4). Diese Abhängigkeit ist durchaus erklärlich. Sie wird vor allen Dingen durch den Bedarf an mineralischen Rohstoffen und Brennstoffen bedingt, der sich während der zyklischen Entwicklung der verarbeitenden Industrie periodisch verändert. In den Jahren, die in die Phase des Aufschwungs fallen, ist allerdings die Zuwachsrate der Produktion in der ersten Zweiggruppe gewöhnlich niedriger als in der zweiten. Darin spiegelt sich die objektive Tendenz zur verzögerten Nachkriegsentwicklung der rohstoff erzeugenden Industrie wider. Die durchschnittlichen Jahreszuwachsraten betrugen hier im Zeitraum 1953 bis 1973 nur 4,1 Prozent, in der verarbeitenden Industrie aber 5,3 Prozent. Analysiert man jedoch ihre Entwicklung unter dem Blickwinkel unseres Problems, so erkennt man, daß sich ihre zyklischen Schwankungen zeitlich im allgemeinen decken. Obwohl der Anteil der Produktion von mineralischen Rohstoffen und Brennstoffen an der gesamten Industrieproduktion der nichtsozialistischen Welt verhältnismäßig klein ist, bestimmte die eindeutige Synchronität dieser Schwankungen in den rohstoff erzeugenden und in den verarbeitenden Zweigen zum großen Teil den periodischen Wechsel der Phasen des heutigen kapitalistischen Weltzyklus voraus, der in Diagramm 2 dargestellt ist.

¹⁹ In der langen Periode der vorangegangenen Entwicklung des Weltkapitalismus schwankte die periodische Wiederkehr der Zyklen zwischen 7 und 11 Jahren. Im Durchschnitt sind es, wie Akademiestatistikler feststellte, etwa 8 bis 10 Jahre (vgl. „Mirovyje ekonomičeskie krizisy 1848–1935 gg.“, str. 6).

Tabelle 4

Zuwachsraten der rohstoffherzeugenden Industrie und der Hauptzweige der verarbeitenden Industrie in den Ländern der kapitalistischen Weltwirtschaft (in % zum Vorjahr)

Zweige	Quote 1963	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
I	7,8	4,0	1,0	9,0	5,5	3,5	-3,0	4,0	7,5	3,5	4,5	5,0	5,0	4,0	4,5	3,5	6,0	5,5	6,0	2,0	3,5	6,0
II	85,6	7,5	0	10,5	4,5	3,0	-2,5	11,0	7,0	3,5	6,0	6,5	8,5	8,0	8,0	2,5	7,0	9,0	2,0	2,0	7,0	10,0
III	54,1	9,5	-1,5	13,5	4,0	3,5	-4,5	13,0	8,5	3,5	8,0	7,0	10,0	9,0	9,0	2,5	8,0	9,0	2,0	1,0	8,0	12,0
IV	31,5	4,5	3,0	6,0	5,5	3,0	0	8,0	4,0	3,5	4,5	5,0	6,0	5,5	5,5	1,5	6,0	5,0	2,5	3,0	6,0	6,0
1	11,5	4,0	3,0	4,5	3,5	3,5	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0	4,5	3,5	3,5	5,0	4,0	4,0	4,5	5,5
2	5,4	7,5	2,0	5,0	4,5	2,0	-3,5	9,0	3,5	2,5	4,5	4,0	6,0	4,0	5,5	0	8,0	6,5	0	4,5	6,5	5,5
3	4,2	4,0	-1,0	7,0	5,5	3,0	-1,0	9,0	4,5	3,0	5,5	4,0	5,0	4,0	3,5	-2,0	4,5	1,5	-2,0	2,5	4,0	3,0
4	6,8	10,0	6,0	11,0	5,0	2,5	1,0	10,0	4,5	4,5	4,5	5,5	7,0	6,5	8,0	1,5	5,5	7,0	1,5	0,5	7,0	6,0
5	3,2	2,0	4,0	9,5	1,5	-2,0	0	11,0	3,5	3,5	5,5	4,0	8,0	6,5	4,5	1,5	7,5	4,0	0,5	5,0	8,5	7,0
6	6,1	5,5	4,0	11,5	5,0	2,5	-1,0	11,0	6,0	4,5	6,0	5,0	10,0	4,5	3,5	1,0	7,5	7,0	1,5	5,0	7,5	8,0
7	11,9	10,0	6,0	13,0	7,5	7,0	3,0	12,0	10,0	6,0	9,5	8,5	11,0	9,0	10,5	6,5	12,0	10,0	5,0	6,0	9,0	9,0
8	7,0	6,5	-6,0	22,0	1,0	1,0	-13,0	13,0	8,0	1,0	3,0	6,5	13,5	6,0	3,5	-1,0	8,0	10,5	0	-3,5	9,0	13,5
9	30,1	10,0	-3,0	13,5	4,5	3,5	-4,5	13,0	8,0	3,8	8,0	6,5	8,0	9,0	10,0	2,5	7,5	8,5	0,5	0,5	7,0	13,5

Gesamtzweige: I Bergbau, II gesamte verarbeitende Industrie, III Schwerindustrie, IV Leichtindustrie, einzelne Zweige der verarbeitenden Industrie: 1 Nahrungsmittelindustrie, 2 Textilindustrie, 3 Bekleidungs- und Schuhindustrie, 4 Papier- und polygrafische Industrie, 5 Holzverarbeitende Industrie, 6 Verwertung von Steinen und Erden (Baustoffe), 7 chemische Industrie, 8 Metallurgie, 9 metallverarbeitende Industrie.

Quellen: „The Growth of World Industry“, vol. 1; „Statistical Yearbook“; „Monthly Bulletin of Statistics“ für die entsprechenden Jahre

Tabelle 4
Zuwachsraten der rohstoffliefernden Industrie und der Hauptzweige der
verarbeitenden Industrie in den Ländern der kapitalistischen Weltwirtschaft
(in % zum Vorjahr)

Zweige	Quote 1963	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
I	7,8	4,0	1,0	9,0	5,5	3,5	-3,0	4,0	7,5	3,5	4,5	5,0	5,0	4,0	4,5	3,5	6,0	5,5	6,0	2,0	3,5	6,0
II	85,6	7,5	0	10,5	4,5	3,0	-2,5	11,0	7,0	3,5	6,0	6,5	8,5	8,0	8,0	2,5	7,0	9,0	2,0	2,0	7,0	10,0
III	54,1	9,5	-1,5	13,5	4,0	3,5	-4,5	13,0	8,5	3,5	8,0	7,0	10,0	9,0	9,0	2,5	8,0	9,0	2,0	1,0	8,0	12,0
IV	31,5	4,5	3,0	6,0	5,5	3,0	0	8,0	4,0	3,5	4,5	5,0	6,0	5,5	5,5	1,5	6,0	5,0	2,5	3,0	6,0	6,0
1	11,5	4,0	3,0	4,5	3,5	3,5	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0	4,5	3,5	3,5	5,0	4,0	4,0	4,5	5,5
2	5,4	7,5	2,0	5,0	4,5	2,0	-3,5	9,0	3,5	2,5	4,5	4,0	6,0	4,0	5,5	0	8,0	6,5	0	4,5	6,5	5,5
3	4,2	4,0	-1,0	7,0	5,5	3,0	-1,0	9,0	4,5	3,0	5,5	4,0	5,0	4,0	3,5	-2,0	4,5	1,5	-2,0	2,5	4,0	3,0
4	6,8	10,0	6,0	11,0	5,0	2,5	1,0	10,0	4,5	4,5	4,5	5,5	7,0	6,5	8,0	1,5	5,5	7,0	1,5	0,5	7,0	6,0
5	3,2	2,0	4,0	9,5	1,5	-2,0	0	11,0	3,5	3,5	5,5	4,0	8,0	6,5	4,5	1,5	7,5	4,0	0,5	5,0	8,5	7,0
6	6,1	5,5	4,0	11,5	5,0	2,5	-1,0	11,0	6,0	4,5	6,0	5,0	10,0	4,5	3,5	1,0	7,5	7,0	1,5	5,0	7,5	8,0
7	11,9	10,0	6,0	13,0	7,5	7,0	3,0	12,0	10,0	6,0	9,5	8,5	11,0	9,0	10,5	6,5	12,0	10,0	5,0	6,0	9,0	9,0
8	7,0	6,5	-6,0	22,0	1,0	1,0	-13,0	13,0	8,0	1,0	3,0	6,5	13,5	6,0	3,5	-1,0	8,0	10,5	0	-3,5	9,0	13,5
9	30,1	10,0	-3,0	13,5	4,5	3,5	-4,5	13,0	8,0	3,8	8,0	6,5	8,0	9,0	10,0	2,5	7,5	8,5	0,5	0,5	7,0	13,5

Gesamtzweige: I Bergbau, II gesamte verarbeitende Industrie, III Schwerindustrie, IV Leichtindustrie, einzelne Zweige der verarbeitenden Industrie: 1 Nahrungsmittelindustrie, 2 Textilindustrie, 3 Bekleidungs- und Schuhindustrie, 4 Papier- und polygrafische Industrie, 5 Holzverarbeitende Industrie, 6 Verwertung von Steinen und Erden (Baustoffe), 7 chemische Industrie, 8 Metallurgie, 9 metallverarbeitende Industrie.

Quellen: „The Growth of World Industry“, vol. 1; „Statistical Yearbook“, „Monthly Bulletin of Statistics“ für die entsprechenden Jahre

Aus der Tabelle ist auch ersichtlich, daß sich der Zyklus der Industrie im System der kapitalistischen Weltwirtschaft wie früher schon vorwiegend in der Sphäre der verarbeitenden Industrie bildet. Dabei spielen ihre verschiedenen Zweige in diesem Prozeß bei weitem nicht alle dieselbe Rolle. Die in dieser Hinsicht merklichen Unterschiede zwischen ihnen werden von den Ergebniskennziffern des zyklischen Wachstums der Leicht- und der Schwerindustrie charakterisiert. Gerade in den verarbeitenden Zweigen der Schwerindustrie bildet sich in entscheidendem Maße der heutige Weltzyklus der Industrieproduktion, dessen wichtigste Entwicklungsimpulse von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ausgehen. Anfang der siebziger Jahre entfielen auf sie rund 93 Prozent der Erzeugnisse der Schwerindustrie der nichtsozialistischen Welt.

Für die Analyse der langfristigen Tendenzen in der Entwicklung des kapitalistischen Weltzyklus ist von erstrangiger Bedeutung, daß sich die Perioden des Anstiegens und des krisenhaften Rückgangs der Zuwachsraten in der Leicht- und der Schwerindustrie ziemlich genau decken. Aber der Bereich der Schwankungen zwischen den höchsten und den tiefsten Phasen des Zyklus war gewöhnlich in der ersten Zweiggruppe nicht so nennenswert wie in der zweiten. Das lag zu einem bestimmten Teil an den geringeren Zuwachsraten der Leichtindustrie²⁰. Mit anderen Worten, das, was ihre zyklische Bewegung von der der Schwerindustrie unterschied, milderte in gewissem Maße die zyklischen Schwankungen, die in den Ergebniskennziffern der Entwicklung der Schwerindustrie insgesamt und folglich der Weltindustrieproduktion überhaupt zum Ausdruck kommen.

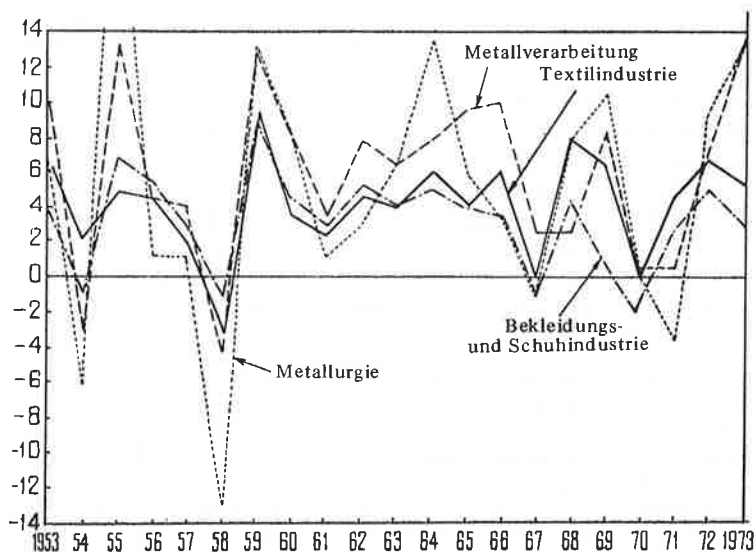
Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges hat es faktisch keinen einzigen großen Zweig der verarbeitenden Industrie gegeben, dessen Entwicklung der oben untersuchten Dynamik des kapitalistischen Weltzyklus zuwidergelaufen wäre. Aufgrund spezifischer Bedingungen treten jedoch in einigen Zweigen die zyklischen Schwankungen nicht so offenkundig zutage, sondern gemilderter. Dazu gehört vor allem die Nahrungsmittelindustrie, in der die Schwankungen der Zuwachsraten verglichen mit Zweigen der Leichtindustrie, wie beispielsweise der Textil-, der Bekleidungs- und der Schuhindustrie, immer relativ gering waren. In dem untersuchten Zeitraum ging die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion niemals unter drei Prozent zurück, überstieg aber auch nicht fünf Prozent Zuwachs im Jahr. Auch in der Schwerindustrie gibt es Zweige, in denen in den Krisenphasen der Nachkriegsweltzyklen die Zuwachsraten der Produktion nur relativ zurückgingen. In der chemischen Industrie z. B., die sich unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stürmisch entwickelt, lagen

20 So gingen im Weltzyklus der Industrieproduktion der ausgehenden sechziger und der beginnenden siebziger Jahre, der in der Krise von 1970/71 gipfelte, die Zuwachsraten in der Schwerindustrie auf weniger als ein Siebtel zurück (von 9% im Jahre 1969 auf 1,2% im Jahre 1971), während sie in der Leichtindustrie um 60 Prozent geringer wurden (von 5,9% im Jahre 1968 auf 2,3% im Jahre 1970). Die gleichen Tendenzen waren auch in den vorausgegangenen Weltzyklen zu beobachten („Monthly Bulletin of Statistics“, May 1974, p. XIV).

diese Zuwachsraten niemals unter drei Prozent, obwohl die zyklischen Veränderungen hier ziemlich deutlich waren. Im Zyklus 1954 bis 1958 betrug zum Beispiel der Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Jahresstand mehr als das Vierfache – 13 Prozent bzw. 3 Prozent. In der Baustoffproduktion, bei der es in der gesamten Nachkriegszeit nur ein einziges Mal einen absoluten Rückgang gab, war das Gefälle noch erheblicher. Im Zyklus der ausgehenden sechziger und der beginnenden siebziger Jahre erreichte dieser Wert das Fünffache. Die einzelnen Gruppen von Industriezweigen beeinflussen also den Verlauf und die Entwicklung des kapitalistischen Weltzyklus unterschiedlich. Führend sind in dieser Hinsicht die Metallurgie und die Metallverarbeitung. In Verbindung mit den entsprechenden Erhöhungen und Rückgängen der Zuwachsraten in einigen Zweigen der Leichtindustrie (der Textil-, der Bekleidungs- und der Schuhindustrie) spielen die zyklischen Schwankungen hier bei der Bildung des Weltzyklus der Industrie in der Zeit seit dem zweiten Weltkrieg die aktivste Rolle. Sie waren es auch in erster Linie, die die Tiefe seiner Krisenphasen bestimmten (s. Diagramm 3). Die Zweiganalyse des Zyklus in der Industrie ist nicht nur für die Klärung der früheren und der jetzigen, sondern auch der kommenden Tendenzen in der zyklischen Entwicklung der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft von wesentlicher Bedeutung.

Diagramm 3

Zuwachsraten einiger der wichtigsten Industriezweige der kapitalistischen Weltwirtschaft (in % zum Vorjahr)



Läßt sich der Wirtschaftszyklus voraussagen?

Zu wiederholten Malen hat die bürgerliche Ökonomie erklärt, nunmehr sei die Ära der krisenfreien Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft angebrochen. Nach dem zweiten Weltkrieg, unter den Bedingungen des ökonomischen Wettbewerbs der beiden Gesellschaftssysteme, hat sie ihre Bemühungen in dieser Richtung außerordentlich verstärkt. Viele bürgerliche Ökonomen nutzen die Besonderheiten in der Zyklizität der kapitalistischen Weltwirtschaft der Nachkriegszeit tatkräftig für den Versuch, den Gedanken verstärkt zu propagieren, in dieser Wirtschaft bestehe die praktische Möglichkeit, die zyklischen Erschütterungen auszuschalten und der kapitalistischen Produktion zu einem krisenfreien, „harmonischen“ Wachstum zu verhelfen. In der bürgerlichen Literatur der Nachkriegszeit tauchten sporadisch immer wieder neue Konzeptionen auf, die diesen Gedanken untermauern sollten. Die Autoren dieser Konzeptionen analysieren die Entwicklung der vorausgegangenen Zyklen und bieten, davon ausgehend, alle möglichen Rezepte an, mit denen weitere Krisen der kapitalistischen Wirtschaft verhütet oder gemildert werden sollen²¹.

Eine großangelegte Propagandakampagne wurde um diese Konzeptionen gewöhnlich in Perioden zyklischen Aufschwungs entfacht. Bei neuen krisenhaften Rezessionen griffen die westlichen Ökonomen auf die These zurück, dieser Rückgang sei lediglich mit gewissen „Störungen“ im Ablauf des „Geschäftszyklus“ zu erklären. Neben ihrer unmittelbaren Bedeutung haben solche Veröffentlichungen gleichzeitig noch ein weitreichendes ideologisches Ziel. Sie sollen eine Grundthese der marxistischen politischen Ökonomie widerlegen, die These nämlich, daß in der zyklischen Entwicklung der Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems mit elementarer Gewalt zum Durchbruch kommt und die einander ablösenden Perioden zyklischen Anstiegs und zyklischer Krisen der Produktion „wie der natürliche Wechsel der Jahreszeiten ertragen werden (müssen), solange das System existiert“²².

Besonders große Hoffnungen setzen viele Repräsentanten der heutigen bürgerlichen Ökonomie in diesem Zusammenhang auf die staatsmonopolistischen Methoden der Antikrisenpolitik. Die Verfasser des Wirtschaftsberichts, den Präsident John F. Kennedy 1962 dem USA-Kongreß erstattete, schrieben zum Beispiel: „Der Wirtschaftszyklus wirkt nicht mit der Gesetzmäßigkeit des kalendrischen Wechsels der Jahreszeiten.“²³ Derselbe Gedanke war auch im darauffolgenden Wirtschaftsbericht des USA-Präsidenten enthalten. Aber diese Idee divergierte so stark mit allen Fakten der Vergangenheit wie mit den Tendenzen in der laufenden Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, daß die „New York Herald Tribune“ mit durchaus erklärlichem Sarkasmus dazu schrieb: „Die

21 Vgl. I. Osadčija, S. Aukusioneck, Buržuaznaja politekonomija i ekonomičeskij cikl („ME i MO“ Nr. 10/1974, str. 136–142).

22 Marx/Engels, Werke, Bd. 12, S. 571.

23 „Economic Report of the President“, 1962, p. 17.

Regierung Kennedy äußert die Vermutung, die USA könnten den Geschäftszyklus verändern. Das ist fast (wenn auch nicht ganz) dasselbe, als behauptete man, man könne das Gravitationsgesetz verändern. Zu behaupten, die Rezession folge nicht unbedingt auf den Boom, ist ungefähr dasselbe, als würde man sagen, ein in die Luft geworfener Gegenstand falle nicht auf den Boden zurück.²⁴

In der westlichen Literatur, besonders in den Veröffentlichungen, die von den traditionellen Postulaten der bürgerlichen Politökonomie nicht allzusehr beherrscht werden, vergrößert sich – das sei betont – die Tendenz, den objektiven Charakter der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren regelmäßig wechselnden krisenhaften Rezessions- und Anstiegsperioden in irgendeiner Form anzuerkennen. Doch die Versuche, in die objektiven Ursachen für die Zyklizität tiefer einzudringen, gehen mit dem unbeirrbaren Bestreben einher, sie jedesmal außerhalb der allgemeinen sozialökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise mit irgendwelchen konkreten spontanen Prozessen der Wirtschaftskonjunktur zu erklären. Wie Marx seinerzeit schrieb, behandeln die bürgerlichen Wissenschaftler bei der Untersuchung der zyklischen Entwicklung des Kapitalismus „jede neue Krise als eine isolierte Erscheinung . . ., welche erstmalig am sozialen Horizont erscheint und folglich nur durch jene Ereignisse, Bewegungen und Faktoren erklärt werden muß, die ausschließlich für eine Periode, die gerade zwischen der vorletzten und der letzten Erschütterung liegt, charakteristisch sind oder als charakteristisch angesehen werden. Wenn Naturforscher nach der gleichen schülerhaften Methode verfahren, müßte selbst das Wiedererscheinen eines Kometen die Welt überraschen“²⁵.

Zugleich stößt man in der seit Ende des zweiten Weltkrieges im Westen erschienenen Literatur immer häufiger auf die Erkenntnis, daß der Kapitalismus auch in Zukunft mit der Unvermeidlichkeit der verheerenden Folgen zyklischer Krisen rechnen muß. Besonders beunruhigt sind die Vertreter der herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder über die ständige Gefahr, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung des Elements Inflation, der wachsenden Instabilität des Währungs- und Finanzsystems des Weltkapitalismus, der krassen Zuspitzung seiner Energieprobleme usw. jede neue Wirtschaftskrise zu tiefgreifenden wirtschaftlichen Erschütterungen führen kann. Allerdings suchen sie die primäre Ursache für diese Gefahr natürlich nicht in der Natur der kapitalistischen Produktion und nicht in deren unlöslichen Widersprüchen, sondern in der Wahrscheinlichkeit, daß einzelne Staatsmänner eine „kurzsichtige“, „unvollkommene“ Wirtschaftspolitik betreiben, oder in schwerwiegenden Verstößen gegen den Mechanismus der Weltwirtschaftsbeziehungen von der Art der Energiekrise.

Als die kapitalistische Weltwirtschaft nach dem kurzzeitigen Aufschwung von 1972/73 wieder in die zyklische Depression abzugleiten begann, schrieb die britische Zeitung „The Economist“: „England droht vielleicht die stärkste Wirtschaftskrise nach der Periode zwischen den beiden Weltkriegen, denn aus der

24 „New York Herald Tribune“ vom 23. 1. 1963.

25 Marx/Engels, Werke, Bd. 12, S. 571.

Krisenperiode 1970/71 sind Fehler in fünffachem Ausmaß unbedacht wiederholt worden.“²⁶

Etwa zu derselben Zeit ließ sich der Präsident des Direktoriums der „Chase Manhattan Bank“, David Rockefeller, mit der Warnung vernehmen, die Energiekrise könne in der ganzen Welt zu einer tiefgreifenden Wirtschaftsdepression führen²⁷. Josef Alsop, Kommentator der „Washington Post“, kam Anfang 1974 ebenfalls zu dem Schluß, daß „aus der Weltwirtschaftskrise leicht etwas Unangenehmes werden kann, was an die weltweite Zerrüttung der Wirtschaft erinnert, die 1929 begann. Diese Zerrüttung kann etwas gemildert werden, weniger quälend sein als seinerzeit die große Depression, aber es wird sehr schwer sein, ihr zu entgehen“²⁸. Auf die reale Wahrscheinlichkeit, daß der Kapitalismus Mitte der siebziger Jahre in eine neue zyklische Weltwirtschaftskrise eintritt, wies auch „Journal of Commerce“, das Organ der Wallstreet, hin²⁹.

Diese alarmierenden Prognosen sind höchst symptomatisch. Hier zeigt sich die Einsicht in die Tatsache, daß die zahlreichen Antikrisenmaßnahmen in einzelnen kapitalistischen Ländern für die kapitalistische Weltwirtschaft nicht den erhofften Effekt erzielen³⁰. Die letztlich nicht zu steuernde Elementargewalt dieser Wirtschaft läßt deren Entwicklung zyklisch werden und birgt ein Zerstörungspotential von erheblicher Kraft in sich.

Die Versuche, einen Blick in die Zukunft der Bewegung des weltweiten kapitalistischen Zyklus zu werfen, verfolgen jedoch, wenn sie auch in der bürgerlichen ökonomischen Literatur unternommen werden, niemals das Ziel, eine einigermaßen langfristige Prognose aufzustellen. Sie beschränken sich darauf, die nächsten Perspektiven einzuschätzen, und sie werden meist zu einer Zeit abgegeben, in der die wichtigsten Marktindikatoren schon die Annäherung einer neuen zyklischen Krise anzeigen.

Kann man aber die Periodizität der Weltwirtschaftszyklen überhaupt auf mehr oder weniger lange Sicht prognostizieren? Im Unterschied zur bürgerlichen Politökonomie beantwortet die marxistische Wissenschaft diese Frage positiv.

26 „The Economist“ vom 23. 3. 1974, S. 15.

27 „The New York Times“ vom 8. 2. 1974.

28 „The Washington Post“ vom 13. 2. 1974.

29 Vgl. „Journal of Commerce“ vom 25. 1. 1974.

30 Schon Mitte der sechziger Jahre mußten einige prominente bürgerliche Theoretiker dieser Politik voller Bitterkeit gestehen, daß sie wenig erfolgreich ist. „Viele empfanden die Notwendigkeit, von der bewußten Regulierung abzugehen und statt dessen ein automatisches System der Anpassungen zu entwickeln“, schrieb Hansen in diesem Zusammenhang (A. Hansen, Business Cycles and National Income, New York, 1964, p. 543). W. Heller, einer der größten Verfechter der staatlichen Antikrisenpolitik in den USA, ehemaliger Vorsitzender des Rates der Wirtschaftsberater beim USA-Präsidenten, bekannte 1966, daß aus der Regulierung der zyklischen Entwicklung des Kapitalismus nichts geworden war, und stellte fest: „Das antizyklische Syndrom der fünfziger Jahre gehört der Vergangenheit an“ (W. Heller, New Dimensions of Political Economy, Cambridge [Mass.], 1966, p. VII).

Natürlich kann niemand die exakten Zeitparameter für die künftigen zyklischen Rezessionen und Anstiege der Konjunktur des kapitalistischen Weltmarktes, die Ausmaße, die Tiefe und die Dauer der künftigen Krisen mit absoluter Sicherheit voraussagen. Der konkrete Verlauf jedes Weltzyklus wird von einer unendlichen Vielzahl von „Kräftevektoren“ beeinflusst, die nicht nur ökonomischer Natur sind. Eine erhebliche Zahl läßt sich überhaupt nicht genau erfassen. Dennoch ist es Marx gelungen, eine Methodologie für die langfristige Entwicklungsprognostizierung des Zyklus der kapitalistischen Weltwirtschaft zu schaffen. Er schrieb: *„Versucht man die Gesetze aufzudecken, von denen die Krisen des Weltmarktes beherrscht werden, dann muß man nicht nur ihren periodischen Charakter, sondern auch die genauen Daten dieser periodischen Wiederkehr erklären. Überdies dürfen die unterschiedlichen Merkmale, die jeder neuen Handelskrise eigen sind, nicht die ihnen allen gemeinsamen Aspekte überschatten.“*³¹ Im Verlaufe dieses Prozesses werden Folgen zu Ursachen, betonte er, und Erscheinungen, die anfänglich nicht regelmäßig und scheinbar zufällig waren, beginnen die Gesetzmäßigkeiten im Wechsel der Phasen des weltweiten Zyklus zunehmend zu beeinflussen. Bei der Arbeit an der französischen Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ gab Marx den Hinweis, daß bisher die periodische Dauer dieser Zyklen zehn oder elf Jahre betrug. Es bestehe jedoch kein Grund zu der Annahme, diese Zahl sei konstant. Im Gegenteil, die dargelegten Gesetze der kapitalistischen Produktion ließen den Schluß zu, daß diese Zahl veränderlich ist und die Periode der Zyklen nach und nach kleiner wird³².

Diese Leitsätze der marxistischen politischen Ökonomie, von unumstößlichen historischen Tatsachen belegt, schaffen nicht nur für die Analyse der vergangenen, sondern auch der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltzyklen, die sich im Durchschnitt über eine Periode von etwa vier bis fünf Jahren erstrecken, die theoretische Ausgangsbasis.

Aus der Analyse der langfristigen Tendenzen dieser Entwicklung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kann man als gesetzmäßig ableiten, daß Mitte der siebziger Jahre eine neue weltweite zyklische Rezession eintritt. Dafür machten sich schon 1974 deutliche Anzeichen bemerkbar. Unseres Erachtens hatten gewisse bürgerliche Ökonomen ausreichend Grund, als sie die Befürchtung äußerten, bei dem derzeit in vielen kapitalistischen Staaten und in Entwicklungsländern stetig anschwellenden Inflationsprozeß, der schroffen Zuspitzung der Währungs-, Finanz- und Energieprobleme des Weltkapitalismus könnte diese Rezession eine der einschneidendsten, wenn nicht die einschneidendste der Nachkriegszeit sein. Diese Krise muß den Wirtschaftszyklus der ersten Hälfte der siebziger Jahre abschließen und den nächsten kapitalistischen Weltzyklus einleiten. Vermutlich wird er sich in seiner Dauer von den vorangegangenen auch nicht wesentlich unterscheiden. Zumindest sprechen die oben dargelegten Tendenzen der zyklischen Entwicklung für diese Meinung. Mit anderen Worten, ihre Analyse

31 Marx/Engels, Werke, Bd. 12, S. 571.

32 Marx/Engels, Werke, Bd. 49, S. 224–225 (russ.).

läßt die Vermutung zu, daß die Aufschwungsperiode des nächsten Zyklus, deren höchster Stand sehr wahrscheinlich in der Mitte der zweiten Hälfte der siebziger Jahre liegen wird, an der Schwelle der achtziger Jahre mit einer neuen Krisenphase endet. Diese wiederum leitet den nächsten Weltzyklus ein.

Das Studium der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der zyklischen Bewegung der heutigen kapitalistischen Wirtschaft schließt natürlich keineswegs aus, daß die konkreten Erscheinungsformen und die innere Logik dieser Bewegung in den einzelnen Ländern und Produktionszweigen im einheitlichen Zyklus der kapitalistischen Welt untersucht werden. Im Gegenteil, das ist dringend notwendig. Je mehr sich der Einfluß der heutigen wissenschaftlich-technischen Revolution auf Wachstum und Internationalisierung der Produktivkräfte verstärkt, desto komplizierter und umfangreicher wird zweifellos die Aufgabe werden, die Kardinalprobleme der zyklischen Entwicklung des Weltsystems der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt wie einzelner ihrer Bestandteile im Komplex zu erforschen. Solange dieses System existiert, bleiben diese Aufgaben bei der Untersuchung seiner antagonistischen Widersprüche, die in den weltweiten Wirtschaftszyklen zutage treten, vordringlich.

O. Bogdanow

Die Währungserschütterungen und die kapitalistische Weltwirtschaft

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen*, Moskau, Heft 11/1974, S. 36–47

Bei der augenblicklichen Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen beeinflußt der intervalutarische Bereich die verschiedenen Seiten der kapitalistischen Weltwirtschaft und der kapitalistischen Politik immer stärker. Nie zuvor hat er in den internationalen Beziehungen eine so zentrale Stellung eingenommen.

Das Währungssystem ist zu einer Art neuralgischem Punkt geworden, der auf alle Wechselfälle und Komplikationen der Innen- wie der Außenpolitik der kapitalistischen Mächte heftig reagiert. Im Westen ist sogar von einer neuen Richtung der internationalen Beziehungen die Rede – der „Währungsdiplomatie“. Devisenkurse, Zahlungsbilanzen und Kapitalbewegungen sind Probleme, die auf allen internationalen Konferenzen und bei Treffen auf höchster Ebene immer wieder auf der Tagesordnung stehen.

Im intervalutarischen Bereich konzentrieren sich wie in einer Sammellinse die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Hier treten letztlich viele komplizierte Situationen in den Auseinandersetzungen innerhalb des imperialistischen Systems zutage. Man wird schwerlich ein anderes Gebiet finden, auf dem die ökonomischen Interessen der imperialistischen Mächte so eng miteinander verwoben und verflochten sind wie im System der Währungsbeziehungen. Das Funktionieren des Währungsmechanismus bestimmt zum großen Teil die Entwicklungsperspektiven der Reproduktion und des Weltmarktes. Störungen in diesem Mechanismus haben für die Wirtschaft jedes einzelnen kapitalistischen Landes weitreichende Folgen.

Die Währungsbeziehungen sind ein wichtiger Faktor, der die Auseinandersetzung zwischen den drei Hauptzentren des heutigen Kapitalismus – der USA, Westeuropas und Japans – und die Gruppierung der Hauptkräfte des Imperialismus beeinflußt.

Zunehmend beeinflußt der intervalutarische Bereich auch die sozialen und politischen Prozesse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie in der „Dritten Welt“. Die staatlichen Maßnahmen zur Regulierung der Zahlungsbilanzen, Währungsverfall und Währungsspekulationen – all das wirkt sich unmittelbar auf die Lage der Klassen und der sozialen Gruppen in den kapitalistischen Ländern wie in den jungen Nationalstaaten aus und stellt die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung vor eine Reihe neuer Probleme.

Für die gewachsene Bedeutung der Währungsbeziehungen spricht die Aufmerksamkeit, die ihnen von führenden Staatsmännern kapitalistischer Länder entgegengebracht wurde und entgegengebracht wird. *John F. Kennedy* sagte, er fürchte nichts so sehr wie einen Kernwaffenkrieg und ein Zahlungsbilanzdefizit.

Nach Aussagen der US-amerikanischen ökonomischen Wochenzeitung „*Business Week*“ war der ehemalige USA-Präsident *Richard Nixon* überzeugt, daß „Probleme wie Handel und Währungsreform zu einer der größten Sorgen seiner zweiten Amtsperiode werden“¹. Die Währungs- und Finanzprobleme stehen auch für den neuen USA-Präsidenten, *Gerald Ford*, im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. In einer seiner ersten programmatischen Reden im Kongreß gestand er: „*Bei uns im Lande ist die Inflation der Feind Nr. 1 der Gesellschaft.*“

Währungssystem und internationale Wirtschaftsbeziehungen

Der verstärkte Einfluß der Währungsbeziehungen auf Wirtschaft und Politik des heutigen Kapitalismus steht mit der Tendenz zur ständigen Erhöhung der Rolle der Außenwirtschaftsbeziehungen, mit der Internationalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft und mit der zunehmenden Abhängigkeit der Staaten voneinander in enger Verbindung.

Der gesamte Verlauf der internationalen Entwicklung hat den Gedanken bestätigt, den *Friedrich Engels* 1847 in den „Grundsätzen des Kommunismus“ äußerte. Er schrieb dort: „*Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht.*“²

Die Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft hat sich nach dem zweiten Weltkrieg besonders beschleunigt. Infolge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich das Kapital und die Interessen der verschiedenen Monopolgruppen in der Welt enger verflochten. Wissenschaftlich-technische Revolution, Einführung von Methoden der Massenproduktion und Automatisierung verlangen eine immense Vergrößerung der Absatzmärkte, verstärken die Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens und fördern die internationale Spezialisierung der Produktion.

Wie sich die Weltwirtschaftsbeziehungen intensivieren, ist im Außenhandel deutlich zu erkennen. In 20 Nachkriegsjahren (von 1951 bis 1970) hat sich der Außenhandel in der kapitalistischen Welt vervierfacht, während er in den vorausgegangenen vierzig Jahren nur um 70 Prozent zugenommen hatte. Diese Ausdehnung des internationalen Handels war dabei in besagten 20 Jahren um etwa 50 Prozent größer als das Wachstum der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder. Sehr bezeichnend ist, daß sich in diesen Jahren die Entwicklung des

¹ „*Business Week*“, 9. 12. 1972, P. 24.

² Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 374.

kapitalistischen Welthandels auch weiter beschleunigt hat: Von 1951 bis 1960 belief sich die jährliche Wachstumsrate auf 6,6 Prozent und von 1960 bis 1970 auf 8,6 Prozent. Ständig vergrößert sich der Teil des Nationalprodukts, der im Außenhandel realisiert wird. An der Schwelle der siebziger Jahre gingen schon an die 25 Prozent der industriellen und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der kapitalistischen Länder auf den Weltmarkt.

Der Kapitalexport, der internationale Austausch wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse sowie vieler Dienstleistungsarten und die Wanderung der Arbeitskräfte, ingenieurtechnisches Personal, Verwaltungspersonal und Wissenschaftler eingeschlossen, nehmen merklich schneller zu als die kapitalistische Weltproduktion. Die Außenwirtschaftsbeziehungen, früher von zweitrangiger Bedeutung, sind heute ein selbständiger und zudem wichtiger Sektor der nationalen Wirtschaft.

In seiner Rede auf der Internationalen Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau sagte Leonid Breschnew zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Ländern unter anderem, daß „sich heutzutage die gegenseitige Durchdringung der Kapitalien dieser Länder verstärkt, daß die gegenseitige Abhängigkeit ihrer nationalen Wirtschaften zunimmt“³.

Die Währungsbeziehungen sind einer der vermittelnden Mechanismen, die die Wirtschaft der einzelnen Länder zum einheitlichen System der kapitalistischen Weltwirtschaft verbinden. Ihr Charakter hängt deshalb vom Stand der kapitalistischen Produktion und des Austausches, vom wechselnden Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern und vom Grad der Kooperation und der Zusammenarbeit ab, den sie bei dem unaufhörlichen Konkurrenzkampf innerhalb des imperialistischen Systems zu erreichen vermögen. Das Währungssystem wiederum übt auf den Gang der Reproduktion, den Außenhandel, den Kapitalexport und andere Formen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einen bestimmten Einfluß aus, denn es fördert oder bremst deren Entwicklung.

Währungssysteme und Geldsysteme

Um Rolle und Stellung des Währungssystems in der kapitalistischen Weltwirtschaft beurteilen zu können, muß der Begriff Währungssystem präzisiert werden. In der ausländischen Literatur findet man als Synonyme für Währungssystem die Termini „Internationale Finanzen“ (International Finance), „Internationales Verrechnungssystem“ (International Payments System) und „Internationales Geldsystem“ (International Monetary System). Diese Buntscheckigkeit in der Terminologie ist mit der unterschiedlichen Betrachtung des Währungssystems zu erklären. M. Southard, ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds,

3 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969. Berlin 1969, S. 177.

schreibt, das Währungssystem sei die Gesamtheit der nationalen Geldsysteme⁴. Der amerikanische Ökonom Hendrickson wiederum ist der Meinung: „Jeder souveräne Staat ist jetzt nichts anderes als eine Provinz der internationalen Welt des Geldes“⁵.

Viele Definitionen, die bürgerliche Finanzexperten für das Währungssystem gebrauchen, betonen die technische Seite der Angelegenheit. Der namhafte bürgerliche Ökonom Harry Johnson vertritt zum Beispiel die Auffassung, das Währungssystem sind „die Bedingungen, zu denen Privatpersonen oder Organisationen eines Landes Zahlungen vornehmen oder von Privatpersonen oder Organisationen eines anderen Landes Zahlungen empfangen können“⁶. Diese Fragestellung engt das Währungssystem durch die Bestimmungen für den Zahlungsverkehr zwischen den privaten Wirtschaftssektoren der einzelnen Länder ein und läßt die zwischenstaatlichen Verrechnungen und deren Ausgleich außer acht.

Andere Finanzwirtschaftler verlagern den Schwerpunkt auf den institutionellen Aspekt der Währungsbeziehungen, denn sie betrachten sie als ein System internationaler Organisationen und Abkommen, die den internationalen Zahlungsmechanismus regeln. Diesen Standpunkt vertritt der US-amerikanische Ökonom Aliber: „Das internationale Währungssystem besteht aus einer Reihe unterschiedlicher Bestimmungen für die Regelung der Unausgeglichenheit des Zahlungsverkehrs zwischen einzelnen Ländern und die Beseitigung dieser Unausgeglichenheit. Das Währungssystem ist ein Produkt verschiedener Verträge, Währungsorganisationen und spezieller Abkommen.“⁷

In der sowjetischen Literatur werden außer Währungssystem noch die Begriffe „Währungs- und Finanzsystem“ und „Geld- und Währungssystem“ gebraucht.

Die meisten sowjetischen Wissenschaftler setzen Währungssystem und Geldsystem gleich, wenn sie auch zugeben, daß der intervalutarische Bereich relativ selbständig ist. Mironow z. B. gibt in der Ökonomischen Enzyklopädie folgende Definition: „Das Währungssystem ist die Organisationsphäre der Geldbeziehungen, die vom Entwicklungsstand der Warenproduktion bestimmt wird. Umfaßt die innere Geldzirkulation und den Kreditverkehr und die Sphäre der internationalen Verrechnungen. Entsteht ursprünglich innerhalb der nationalen Wirtschaften.“⁸ Dieselbe Meinung vertritt Anikin. Er bezeichnet das Währungs- und Finanzsystem des Kapitalismus als das „System der Geldbeziehungen und der entsprechenden wirtschaftlichen Einrichtungen (Schatzämter, Banken, Börsen u. a.), die sowohl für die nationale Wirtschaft jedes einzelnen Landes als auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen da sind.“⁹

4 Money in the International Order, Dallas, 1964, pp. 24, 25.

5 R. Hendrickson, The Future of Money, Englewood Cliffs, 1970, p. 124.

6 The World Banking Challenge, Washington, 1972, p. 38.

7 R. Z. Aliber, Choices for Dollar, Washington, 1969, p. 6.

8 Ekonomičeskaja enciklopedija. Političeskaja ekonomija, t. 1 Moskva, 1972, str. 213.

9 Voprosy ekonomiki Nr. 2/1973, str. 63.

Die Verfechter dieses Standpunktes gehen davon aus, daß beide Sphären der Geldbeziehungen (die innere und die äußere) eng miteinander verbunden sind. Zerrüttung der Finanzen, des Kreditverkehrs und der Geldzirkulation in einem kapitalistischen Land verschlechtern im allgemeinen die Stellung der Währung dieses Landes auf dem Weltmarkt. Auf der anderen Seite können Währungsstörungen die innere Finanz-, Kredit- und Geldsphäre und die nationale Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Da das Geldsystem und das Währungssystem relativ selbständig sind, setzen wiederum einige Wirtschaftswissenschaftler zwischen ihnen kein Gleichheitszeichen. Sie betrachten vielmehr den intervalutarischen Bereich als verselbständigten Teil der Geldsphäre. Drosdow ist folgender Ansicht: „Das Währungssystem ist ein Bestandteil des Geldsystems.“¹⁰

Wechselwirkung und gegenseitige Abhängigkeit dieser beiden Sphären sind nicht zu leugnen. Dennoch kann man sich mir ihrer Identifizierung schwerlich einverstanden erklären. Ihre Aufgaben, die Bedingungen für ihr Funktionieren und ihr Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder und der kapitalistischen Weltwirtschaft sind bei weitem nicht identisch. Die Regulierung der Geldsysteme sind bei weitem nicht identisch. Die Regulierung der Geldsysteme liegt in den Händen des Schatzamtes und der Zentralbanken, souveräner Staaten, und soll die Bedingungen für das Funktionieren der nationalen Wirtschaft sichern. Das Währungssystem hingegen ist einer der Mechanismen, der die einzelnen nationalen Wirtschaften zur einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft verbindet. Das Währungssystem wird nicht zentral reguliert, sondern im Interessenkampf der verschiedenen Staaten und Gruppierungen und über Kompromisse zwischen ihnen.

Mit zunehmender Internationalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft verstärkt sich natürlich der wechselseitige Zusammenhang zwischen den Währungen. Von einer Verschmelzung der Geld- und der Währungssysteme zu sprechen, wäre jedoch noch verfrüht. Für die Methodologie der wissenschaftlichen Analyse empfiehlt sich daher, das Währungssystem zu einer selbständigen Kategorie zu erheben.

Das internationale Währungssystem entstand mit dem kapitalistischen Weltmarkt. Bis dahin gab es Außenhandel nur in begrenztem Umfang, und die Devisenmärkte hatten sich im Embryonalzustand befunden. Die erste Organisationsform des Währungssystems – der Goldstandard – setzte sich in den kapitalistischen Hauptländern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch. Die Geldzirkulation basierte damals auf Gold- und Silbermünzen. Die verschiedenen Länder tauschten ihre Münzen untereinander nach deren Metallgehalt. Für diese Periode kann man von einer Identität zwischen den Geld- und den Währungssystemen sprechen. Ein internationales Währungssystem als solches gab es nicht, es existierte eine Summe von nationalen Geldsystemen. Der Mechanismus der

10 V. Drosdov, Kritika buržuaznych teorij regulirovanija denežnoj sistemy kapitalizma, Moskva, 1972, str. 15.

internationalen Verrechnungen war eine Weiterführung der nationalen Geldzirkulation.

Von dem Zeitpunkt an, da im inländischen Geldumlauf weitgehend Papier- und Kreditgeld eingesetzt wurde, ergab sich jedoch das Problem, die Vielzahl der unabhängigen Geldeinheiten in einen einheitlichen Komplex zu integrieren. Historisch wurde diesem Problem auf zwei Wegen zu Leibe gerückt: Die internationalen Währungsbeziehungen wurden entweder mit Gold hergestellt (Goldstandard) oder auf der Grundlage einer nationalen Währung (Pfund Sterling und Dollar) und des Goldes (Golddevisenwährung).

Aber weder das eine noch das andere System hielt den Prüfungen der Zeit stand, sie zerbrachen in dem Maße, wie sie mit den Entwicklungsbedürfnissen der kapitalistischen Weltwirtschaft in Kollision gerieten.

Die Wechselbeziehungen im Reproduktionsprozeß

Die gegenseitige Beeinflussung von Währungsbeziehungen und kapitalistischer Reproduktion ist ein Schlüsselproblem bei den Untersuchungen des Verhältnisses zwischen inneren und äußeren Faktoren, die auf die wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Kapitalismus einwirken. Diese Wechselbeziehung ist kompliziert und widersprüchlich. Der Stand der Wirtschaft eines Landes und die Entwicklung der Weltwirtschaftsbeziehungen werden letztlich von den Grundprozessen der kapitalistischen Reproduktion bestimmt. Die Verhältnisse im Verkehr zwischen den Nationen sind die Fortsetzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die innerhalb der Länder bestehen. Marx definiert sie als „Sekundäres und Tertiäres, überhaupt abgeleitete, übertragene, nicht ursprüngliche Produktionsverhältnisse“¹¹. Zugleich wurden die Währungsfaktoren zu einem sehr aktiven Hebel des Reproduktionsprozesses. Sie reflektieren nicht nur, was in der Produktion geschieht, sondern beeinflussen sie auch aktiv.

Das Währungssystem entsteht je nach den Erfordernissen der Produktion und des Austauschs. Wenn die Proportionen zwischen diesen Sphären erheblich gestört sind, reagiert es akut mit Währungskrisen. Die Maßnahmen einzelner Länder zur Überwindung der Währungskrise führen häufig zu einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums oder sogar zu einer Drosselung der Produktion und des Inlandsverbrauchs. Die Versuche, den Export zu forcieren, den Import zu beschränken, mit den Kursen zu manipulieren und auf diese Weise die eigenen Währungsschwierigkeiten auf die Handelspartner abzuwälzen, verschärfen die Widersprüche innerhalb des imperialistischen Lagers. Die Instabilität der Devisenkurse und die Tätigkeit der internationalen Monopole, die riesige Kapitalsummen aus einem Land in ein anderes verlagern, machen das Währungssystem zum „Träger der Inflationsseuche“, besonders in Richtung USA – west-

11 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1974. S. 29.

europäische Staaten, denn sie desorganisieren deren Kredit- und Geldmechanismus.

Um die Inflation zu bekämpfen, erhöhten die bürgerlichen Regierungen 1973/74 die Kreditzinssätze bis auf 11, 13 und mehr Prozent – eine in der Nachkriegsperiode beispiellose Höhe – und kürzten die staatlichen Ausgaben für soziale Aufwendungen. Diese Maßnahmen brachten jedoch die steil ansteigende Inflationsspirale nicht zum Stehen. Ihr Hauptergebnis waren 1974 in den meisten kapitalistischen Ländern eine Verringerung der Zuwachsraten der Produktion und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Das alles verstärkt die Instabilität der kapitalistischen Weltwirtschaft und legt das Fundament für tiefgreifende wirtschaftliche und politische Erschütterungen.

Aber die Abhängigkeit zwischen der kapitalistischen Reproduktion und dem Zustand des Währungssystems ist nicht gradlinig. Es wäre nutzlos, in der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt wie in den einzelnen Ländern, eine unmittelbare Verbindung zwischen der Währungssituation und den Zuwachsraten der Produktion und des Austausches zu suchen. In bestimmten Zeiträumen ist sogar das Umgekehrte zu beobachten: Während der heftigsten Währungskrisen (1967 bis 1973) nahm die Wachstumsrate der Produktion und des internationalen Handels nicht etwa ab, sondern stieg sogar. Die Antriebskraft für das Wirtschaftswachstum war die Inlandsnachfrage. Sie wurde infolge der Politik, mit der die Regierungen verschiedener Länder die Steigerung der Produktion fördern wollten, stärker. Mit Haushalts-, Kredit- und Geldinstrumenten konnten die bürgerlichen Staaten die negativen Auswirkungen der Währungskrise auf die Wirtschaftsdynamik in gewissem Grade neutralisieren.

Diese Tatsachen lassen uns das Verhältnis von inneren und äußeren Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gegenwart und die Rolle der Währungsbeziehungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft mit anderen Augen betrachten. Auf der einen Seite ist eine klare Tendenz zur Internationalisierung der Beziehungen im Kapitalismus, zur Vergrößerung der Abhängigkeit voneinander und der Verflechtung der nationalen Wirtschaften zu beobachten, auf der anderen Seite bleibt die relative Autonomie in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder und Gruppen im Verhältnis zueinander wie hinsichtlich des Weltmarktes insgesamt bestehen. Neue Methoden kamen auf, die nationalen Wirtschaften vor der verheerenden Auswirkung der Währungskrisen zu schützen. Deshalb war der Zerfall des Nachkriegswährungssystems von Bretton Woods nicht mit einer weltweiten Wirtschaftserschütterung verbunden wie in den Jahren 1929 bis 1933, als der Zusammenbruch des Goldstandards mit der einschneidendsten Weltwirtschaftskrise in der gesamten Geschichte des Kapitalismus einherging. Im Gegenteil, unter dem Einfluß innerer Faktoren entwickelten sich die kapitalistische Produktion und der internationale Handel ungeachtet der Währungskrise in hohem Tempo. Grundlage aller dieser Tatsachen ist die Entwicklung von Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung, die sich – allerdings mühsam – auch international ihren Weg bahnen. In dieser Richtung wirkt auch die vollzogene Abgrenzung zwischen den nationalen Kredit- und Geld-

systemen und dem Währungssystem. Zur Zeit des Goldstandards waren Konjunkturschwankungen in einem Land sofort in anderen Ländern zu spüren, und die Bewegung des Wirtschaftszyklus wurde weltumspannend, dehnte sich als Kettenreaktion auf fast alle Staaten aus.

In der gegenwärtigen Epoche ist nach dem Zusammenbruch des Goldstandards, der Entwicklung der nationalen Papiergeldsphären und deren Umgestaltung mit Hilfe der Instrumente der Geld-, Kredit- und Haushaltsregulierung der direkte Zusammenhang zwischen den nationalen Geld- und Kreditsystemen und dem Währungssystem zerstört worden. Die Möglichkeit, daß sich Konjunkturschwankungen und zyklische Schwankungen automatisch von einem Land zum anderen übertragen, ist geringer geworden. Dem Marktmechanismus stellen sich in Form verschiedener Maßnahmen der staatsmonopolistischen Geld-, Kredit-, Budget- und Währungsregulierung, mit der der negative Einfluß äußerer Faktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gemildert werden soll, Hindernisse in den Weg. Die inneren Faktoren des Wirtschaftswachstums haben sich in Verbindung mit den staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen als fähig erwiesen, den negativen Einflüssen der Krise des Währungssystems entgegenzuwirken.

Die Internationalisierung der Beziehungen im Kapitalismus dehnt sich immer mehr auf die Produktion aus. Doch diesem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte steht die relative Isolierung der nationalen Kredit- und Geldmechanismen entgegen. Dieser Widerspruch war ein Hauptgrund für die Krise des heutigen Währungssystems und der Anstoß dazu, es den Erfordernissen der gegenwärtigen Etappe entsprechend umzugestalten.

Über die Zahlungsbilanz, die Devisenkurse und die Kapitalbewegung beeinflußt das Währungssystem die nationale Wirtschaft. Die Maßnahmen, die die Regierungen ergreifen, um Preise und Löhne zu regulieren, Abwertungen und Aufwertungen vornehmen usw., beeinflussen in letzter Instanz die Zuwachsraten der Produktion, die Höhe der Kapitalinvestitionen, den Beschäftigungsgrad und den Konsum der Bevölkerung, d. h. die Schlüsselgrößen für den Zustand der Wirtschaft und die Lage der Werktätigen. Bei Instabilität der Währungen desorganisiert es die Geldzirkulation und verschärft es die Inflationsprozesse, wenn in großem Umfang kurzzeitiges Kapital aus einem Land in ein anderes verlagert wird.

Aber die Folgen von Währungsstörungen für die wirtschaftlichen und die soziale Lage sind in den einzelnen Ländern in Art und Ausmaß unterschiedlich. Am empfindlichsten treffen sie gewöhnlich diejenigen Staaten, deren Wirtschaft besonders stark von den Außenmärkten abhängt. Beträchtliche Bedeutung haben auch der Währungsstatus und das Ausmaß der Verwendung der Währung im internationalen Zahlungsverkehr. Die Länder mit konvertierbarer Währung, besonders jene, deren Währungen von den Zentralbanken anderer Länder als Reserve benutzt werden, müssen in ihrer nach innen gerichteten Wirtschaftspolitik mehr mit den äußeren Faktoren rechnen als die Besitzer nicht konvertierbarer Währung.

Als Beispiel sei Großbritannien genannt, dessen wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung in höchstem Grade von der Devisenlage bestimmt wurde. Die ausschlaggebenden Kriterien für die Gestaltung seiner Wirtschaftspolitik waren bis Ende der sechziger Jahre die Lage des Pfund Sterling, die Zahlungsbilanz und die Goldwährungsreserven. Der amerikanische Ökonom Krause schrieb dazu: „In der ganzen Zeit nach dem zweiten Weltkrieg litt die britische Wirtschaft unter äußeren Problemen. Die Hinterlassenschaft des Krieges, obendrein die Verantwortung, die die Verwaltung der Reservewährung mit sich bringt, waren eine immense Belastung für die Wirtschaft, der es Schwierigkeiten bereitete, sich auf die sich verändernden ökonomischen Kräfte einzustellen.“¹²

Obwohl der US-Dollar die Leitwährung der kapitalistischen Welt ist, machte sich der Einfluß der äußeren Faktoren auf die Wirtschaft der USA bis Anfang der siebziger Jahre weit weniger bemerkbar als in Großbritannien und in vielen anderen kapitalistischen Ländern. In der Wirtschaftspolitik der USA gehörte die Priorität eindeutig den Problemen der inneren Entwicklung. Das ist mit dem verhältnismäßig geringen Anteil der Auslandsgeschäfte am Nationaleinkommen der USA zu erklären. Mit der Zuspitzung der Dollarkrise war die USA-Regierung jedoch zu Maßnahmen gezwungen, mit denen sie ihre Währung schützen und die Zahlungsbilanz ausgleichen kann. Washington versucht, der Ausdehnung der Folgen der Währungskrise auf die Wirtschaft der USA einen Riegel vorzuschieben und die belastenden Ergebnisse aus den Maßnahmen zur Rettung des Dollars seinen wichtigsten Partnern aufzubürden – Westeuropa, Japan und Kanada.

Der Einfluß auf den Welthandel

Auf lange Sicht hängen die Zuwachsraten des Welthandels in letzter Instanz vom allgemeinen Verlauf der Reproduktion innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft ab. Bei allgemeinem Wirtschaftswachstum dehnt sich der Welthandel selbst dann aus, wenn das kapitalistische Währungssystem in einer Krise steckt. So konnten die lang andauernde Abwertung des Dollars und die Zuspitzung des Problems der internationalen Zahlungsfähigkeit nicht verhindern, daß der Welthandel rapide zunahm. In den Jahren 1971 bis 1973, auf dem Höhepunkt der Währungskrise, erweiterte sich der Welthandel sehr rasch.

Dennoch steht der Einfluß der Währungskrise auf den Welthandel außer Zweifel. Er ist um so gewichtiger, als in der gegenwärtigen Etappe des Währungswirrwarrs nicht nur reine Währungsmaßnahmen getroffen werden, die den Außenhandelsumsatz indirekt berühren, sondern auch einige Aktionen in der Außenhandelspolitik der führenden Mächte der kapitalistischen Welt hinzukommen, das Schutzzollsystem verstärkt wird und andere Erscheinungsformen des Handelskrieges auftreten. Es fällt auf, wie widersprüchlich die Währungskrise auf die

¹² Readings in Money, National Income and Stabilization Policy, Ed. by Smith and Teigen, Homewood (Ill), 1970, p. 556.

Entwicklung des Welthandels wirkt. In den verschiedenen Etappen ist das unterschiedlich.

Zuspitzung von Währungsschwierigkeiten und Verstärkung der Währungslabilität können sogar zeitweilig das Wachstum des Welthandels anregen. Viele Exporteure und Importeure haben es eilig, Geschäfte abzuschließen, bevor sich die Währungssituation weiter verschlechtert, oder weil sie befürchten, eine Veränderung der Devisenkurse könne Verluste bringen. Offensichtlich ist zum Beispiel, daß der krasse Anstieg der Rohstoffpreise im Jahre 1973, teilweise durch die zweimalige Abwertung des Dollars hervorgerufen, viele Gesellschaften veranlaßte, langfristige Lieferverträge abzuschließen. Mehr noch, das zunehmende Mißtrauen gegenüber den kapitalistischen Papierwährungen äußerte sich in Angstkäufen und Warenhortung und in der Anlage von Geld in realen Werten.

Der „Warenboom“, ausgelöst von der Diskreditierung der kapitalistischen Papierwährungen und der Instabilität der Devisenkurse und 1973/74 vom Ausbruch der Energiekrise stimuliert, dämpfte etwas die negative Auswirkung der Zerrüttung des Währungssystems auf den Welthandel. Der „Warenboom“ erhöhte die Einnahmen der Rohstoffe exportierenden Staaten, und aus der Furcht, ihr Devisenerlös könnte seinen Wert verlieren, waren diese bestrebt, ihn möglichst schnell für den Import von Ausrüstungen und Fertigerzeugnissen aus den industriell entwickelten Ländern zu verwenden. Das vergrößerte den Warenumsatz allgemein.

Auf lange Sicht bringen jedoch die Währungskrise und die instabilen Devisenkurse für den Welthandel schwierige Probleme. Sie vergrößern das Risiko bei notwendigen Entscheidungen und erschweren den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen und Kreditabkommen.

Die größte Schwierigkeit ist für die Gesellschaften bei Währungskrisen die Unsicherheit. In dieser Atmosphäre behindert der eine Partner entweder den Abschluß einiger Geschäfte, oder er treibt den Preis für deren Realisierung in die Höhe. Ein schwedischer Schiffseigner bestellt zum Beispiel bei einer westdeutschen Werft einen Tanker, um ihn dann an eine amerikanische Erdölgesellschaft zu vermieten. Der Bau des Tankschiffes wird in D-Mark bezahlt, der Frachttarif in Dollar erhoben. Für die Finanzierung des Tankerbaus kann der Schiffseigner auf dem Euro-Devisenmarkt einen mittelfristigen Kredit aufnehmen. Bis 1971 war das höchst einfach. Da die Einnahmen für die Fracht in Dollar eingegangen wären, hätte der Schiffseigner, um dem Währungsrisiko zu entrinnen, auch den Kredit in Dollar aufgenommen. Beim nächsten Zahlungstermin könnte der Schiffseigner einen Teil des Kredits in Mark konvertieren und die fällige Summe an die Werft, die das Tankschiff in Auftrag genommen hatte, überweisen. Angesichts des Chaos in den Devisenkursen zwingt die drohende Aufwertung der Mark den Schiffseigner jedoch, sich mit zusätzlichen Maßnahmen vor dem Währungsrisiko zu schützen. Er kann zum Beispiel den Tanker im voraus bezahlen oder, um bei diesem Geschäft nicht an den Zinsen zu verlieren, westdeutsche Obligationen kaufen und bei jedem Zahlungstermin einige davon abstoßen. Diese Operation verteuert und kompliziert die Geschäfte erheblich, denn sie muß sich

der Währungsregulierung der einzelnen Länder anpassen. Daraus erhellt, daß die Ungewißheit über die Bewegung der Devisenkurse für den Abschluß von Außenhandelsverträgen, besonders langfristigen, ein schwerwiegendes Hindernis ist.

Das Vorstandsmitglied der niederländischen Amsterdam-Rotterdam-Bank, K. Bijen, verweist auf drei Aspekte des negativen Einflusses der Währungsinstabilität auf den Welthandel: Sie erschwert die langfristige Planung des Exports, verteuert die Versicherung gegen Währungsrisiken und kompliziert die Verwaltung der Finanzen der transnationalen Gesellschaften. Das zwingt sie, im „Leads and Lags“¹³ ihr Heil zu suchen, das heißt in der Vorwegnahme oder der Verzögerung der Zahlungen im internationalen Verrechnungsverkehr. All das muß letztlich die Entwicklung des Welthandels verlangsamen.

Während aber die Unterhöhnung des Mechanismus des Welthandels durch die Währungskrise, bedingt durch entgegenwirkende Faktoren, im verborgenen abläuft, tritt der Einfluß auf die Richtung der Warenströme direkt und viel schneller zutage. Die Veränderungen an den Kursrelationen verändern die Kräftekonstellation im Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten.

Im Vergleich zur Zeit vor dem zweiten Weltkrieg ist zwar die Effektivität der Aufwertung und der Abwertung als einer Art Instrument der Handelsexpansion heute deutlich schwächer geworden, aber die Ereignisse der letzten Jahre sprechen dafür, daß die veränderte Parität und der Kurs im Handelskrieg häufig als Waffe benutzt worden sind.

Das im Dezember 1971 abgeschlossene Smithonian Agreement über die Abwertung des Dollars und die Aufwertung einiger westeuropäischer Währungen und des japanischen Yen führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Ein Jahr später war die Handelsbilanz der USA nicht etwa besser, sondern im Gegenteil sogar noch schlechter geworden. Trotz einer erheblichen Aufwertung des Yen erhöhten sich auf der anderen Seite die Aktiva der japanischen Handelsbilanz, unter anderem, und das ist besonders wichtig, im Handel mit den USA. Aus diesen Tatsachen wurde übereilt geschlossen, im Konkurrenzkampf seien die Preisfaktoren unwirksam. So betonte das Sekretariat des GATT im Bericht über den internationalen Handel im Jahre 1972, infolge der allgegenwärtigen Inflation habe „die Preiskonkurrenz einen großen Teil ihrer Bedeutung verloren“, und die Unternehmen hätten „die gestiegenen Geschäftskosten ohne Mühe getragen“¹⁴.

Tatsächlich vermindern die wissenschaftlich-technische Revolution und die Vergrößerung des Anteils an Fertigwaren, besonders an Erzeugnissen der modernen, wissenschaftsintensiven Zweige, im Welthandel die Rolle der Preiskonkurrenz im Kampf um die Märkte etwas. Die Nachfrage ist nicht mehr so vom Preis abhängig. Einen bestimmten Einfluß hat sicherlich auch die Entwicklung der transnationalen Gesellschaften, deren Unternehmen in den verschiedenen Ländern untereinander einen erheblichen Warenaustausch haben und feste Verbindungen unterhalten.

13 Vgl. „The Business of Banking“. London, 1973, p. 94.

14 „Le Monde“ vom 31. 10. 1973.

Dennoch bleibt die Preiskonkurrenz im Kampf um die Außenmärkte ein ernst zu nehmender Faktor, obwohl ihre Wirkung mit einer bestimmten zeitlichen Verzögerung eintritt. So machte sich die Veränderung der Kursrelation zwischen den kapitalistischen Hauptwährungen von 1971 bis 1973 erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 bemerkbar. Besonders war das bei den USA und Japan zu beobachten, deren Devisenkurse sich wesentlich veränderten. Da der Export infolge der zwei Dollarabwertungen schnell zunahm, war die Handelsbilanz der USA 1973 aktiv.

Anders das Bild in Japan. Die jähe Erhöhung der Kurse des Yen zum Dollar bewirkte 1973, daß der Import zunahm und die Zuwachsrate des Exports, namentlich im Handel mit den USA, kleiner wurde. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1973 erhöhte sich der Export der USA nach Japan um 72 Prozent, die Ausfuhr aus Japan aber nur um 8,5 Prozent.

Diese auffallend raschen Veränderungen in den Handelsbilanzen sprechen dafür, daß die Preiskonkurrenz infolge Veränderung der Relationen der Devisenkurse auch heute noch wirksam ist.

Für die enge Abhängigkeit zwischen dem Zustand des Währungssystems und der Entwicklung des Welthandels spricht der heftige Kampf, der in der Frage, welcher Zusammenhang zwischen den kommerziellen Verhandlungen und der Reform des Währungssystems bestehen muß, unter den kapitalistischen Hauptländern entbrannt ist. Die Vereinigten Staaten sind zu einem Abkommen über die Reform des Währungssystems bereit, sofern der Außenhandel „liberalisiert“ wird. Unter anderem ist Washington bestrebt, die nicht tarifären Hindernisse im Handel zu beseitigen oder erheblich abzubauen. Vor allem soll die allgemeine Landwirtschaftspolitik der EWG verändert werden, die den Amerikanern nicht paßt. Die USA haben auch etwas gegen Präferenzabkommen zwischen dem Gemeinsamen Markt und Ländern, die der Gemeinschaft nicht angehören. Gleichzeitig treten sie dafür ein, daß die westeuropäischen Länder die Beschränkungen für den Import japanischer Waren mildern, so daß Japan den Export in die USA verringern könnte.

Bei Japan möchte Washington die Verringerung der Quoten für Hauptpositionen des amerikanischen Exports wie elektronische Datenverarbeitungsanlagen, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Kohle, Äthylalkohol und Schuhwaren durchsetzen. Überdies beharrt es auf der Gewährung umfangreicherer Möglichkeiten und auf der Erteilung von Lieferaufträgen aus japanischen Regierungsverträgen. Die USA wollen die Vorschriften für Kapitalanlagen revidiert sehen, die es den amerikanischen Firmen gegenwärtig nicht gestatten, auf den japanischen Binnenmärkten wirksam in Aktion zu treten.

Bei der Eröffnung der Jahrestagung des IWF im September 1972 in Washington erklärte der USA-Präsident: „Wir müssen das Währungssystem als Teil der allgemeinen Reform des internationalen Wirtschaftslebens betrachten, das auch den Handel und die Kapitalinvestitionen einschließt.“ Die Länder des Gemeinsamen Marktes erklärten sich jedoch mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Sie unterstrichen, für die Entwicklung des Handels bedürfe es vor allem eines

festgefügt Währungs- und Finanzsystems. „Wie kann sich Europa auf Zugeständnisse im Handel einlassen, wenn sich die Vereinigten Staaten die Möglichkeit vorbehalten, sich mit einer einfachen einseitigen Währungsmanipulation erhebliche Vorteile zu verschaffen?“ schrieb die französische „Nation“. „Deshalb müssen die vereinigten Europäer die ihnen gestellte Falle umgehen, welche darin besteht, ohne vorherige Regelung der Währungsprobleme Handelsgespräche aufzunehmen.“ Der „Figaro“ äußerte: „Es ist lächerlich anzunehmen, man könne viele Monate über die Senkung der Zölle um zwei bis drei Prozent verhandeln, während spekulative Erschütterungen immer größere Kluften zwischen den Währungen aufreißen, die sich unverzüglich auf den Handel auswirken.“

Die EWG-Länder (namentlich Frankreich) forderten, den Währungswirrwarr vor den Handelsgesprächen zu beseitigen. Die USA konnten jedoch eine Kompromißformulierung durchsetzen, wonach über Währungsfragen und Handelsfragen parallel Gespräche geführt werden. Dieses „Parallelitätsprinzip“ wurde in der Deklaration der GATT-Konferenz im September 1973 in Tokio formuliert. Das Zustandekommen des Kompromisses bedeutet keineswegs, daß die strittigen Probleme geregelt wären. Im Gegenteil, der Knoten der Widersprüche auf dem Gebiet der Währung und des Handels wird noch fester geschürzt.

Soziale Folgen

Die Verschärfung der Währungskrise in den kapitalistischen Ländern verstärkt die sozialen Konflikte, besonders den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital.

In Geschäftskreisen und akademischen Kreisen sucht man den Einfluß des Währungswirrwarrs auf die Lage der Werktätigen zu leugnen. Lord Robbins, Direktor einer Londoner Wirtschaftshochschule, tat zum Beispiel öffentlich verwundert: Wen beschäftigt denn das Währungsdurcheinander überhaupt, „außer denjenigen von uns, die unmittelbar mit diesen Angelegenheiten verbunden sind?“¹⁵

In Wirklichkeit besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Währungszerrüttung und der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Massen. Quellen und Ursachen der Inflation liegen vor allem in der Gesamtheit der Widersprüche, die der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des staatsmonopolistischen Wirtschaftsmechanismus in jedem einzelnen kapitalistischen Land anhaften. Die Inflation resultiert in erster Linie aus den inneren Gesetzen der kapitalistischen Reproduktion. Dennoch spitzen äußere Faktoren, namentlich Währungsfaktoren, das Inflationsproblem kraß zu.

Die Instabilität der Kurse in der Währungskrise löst eine mächtige Woge von Devisenspekulationen aus und läßt gewaltige liquide Mittel in die Länder mit der jeweils stabilsten Währung fließen. Das vergrößert die Geldmassen in diesen Ländern immens und beschleunigt damit die Entwicklung der Inflation. Schatz-

15 Zitiert nach „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, H. 4/1973, S. 560.

ämter und Zentralbanken sind außerstande, diese „importierte Inflation“ zu bekämpfen, denn die Finanzgewalt der internationalen Monopole, die ihre freien Mittel aus einem Land in das andere pumpen, ist um ein Vielfaches größer als die Währungsreserven aller Zentralbanken in den kapitalistischen Ländern. Versuche, der Inflation durch Erhöhung der Kreditzinssätze Einhalt zu gebieten, verschärfen die Inflation nur noch mehr, da die Kreditverteuerung höhere Produktionskosten nach sich zieht. Die Monopole kompensieren diese gewachsenen Aufwendungen durch Preissteigerungen.

Die Geldentwertung wiederum untergräbt das Vertrauen in die kapitalistischen Währungen und regt zur Flucht der Geldaktiva in reale Werte an. Damit steigt die Nachfrage nach Waren. Diese Prozesse wiederum sind die Ursache für die weitere Zunahme der Inflation. Mit der „Währungskrise und ihren Folgen für die Arbeiterklasse und die Völker der kapitalistischen Länder Europas“ beschäftigte sich ein internationales Colloquium, das die kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder im November 1973 im Pariser Vorort Saint Denis veranstaltet hatten. Jacques Duclos, Mitglied des Politbüros der Französischen Kommunistischen Partei, stellte in seiner Eröffnungsansprache fest, daß der Währungskrise die Politik der großen Finanzgruppen zugrunde liegt. Diese Politik löst die Inflation aus und verstärkt die wirtschaftliche Instabilität in verschiedenen kapitalistischen Ländern.

Den engen Zusammenhang zwischen den Währungsbeziehungen und der Lage der Werktätigen müssen auch einige bürgerliche Presseorgane zugeben. Die „Washington Post“ schrieb in einem redaktionellen Artikel: „Für die meisten Länder bedeutet die Außenwirtschaftspolitik eine weit größere Gefahr als die meisten anderen Richtungen der Außenpolitik, denn sie wirkt sich schonungslos und unmittelbar auf den Beschäftigungsgrad und den Lebensstandard aus.“¹⁶

Preisanstieg und Erhöhung der Lebenshaltungskosten sind an der Zuspitzung der sozialen und politischen Widersprüche und an der Verschärfung des Klassenkampfes maßgeblich beteiligt. Das Unvermögen der staatlichen Regulierung, die Zahlungsbilanzen und die Devisenkurse stabil zu halten, nötigt die kapitalistischen Länder, den Import dadurch einzuschränken, daß sie die Löhne einfrieren. Die Schwächung der wirtschaftlichen Positionen Großbritanniens und die Krise der britischen Währung, des Pfund Sterling, in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre bedingten, daß dieses Mittel in Großbritannien weitgehend genutzt wurde, um die Zahlungsbilanz zu regeln. Auch die USA stoppten die Löhne, um die inneren wie die äußeren Schwierigkeiten zu bekämpfen, die die Dollar-krise und das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz mit sich gebracht haben. Die Einführung der Lohnkontrolle ging in diesen Ländern mit einer unablässigen Preistreiberei einher.

Außerdem wurden im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Währungslage in einigen Staaten in den letzten Jahren die Aufwendungen für soziale Zwecke rigoros gekürzt. Die USA-Regierung beschneidet z. B. 1973/74 die Zuwen-

16 „The Washington Post“ vom 3. 10. 1972.

dung finanzieller Mittel für die dringenden Sozialprogramme erheblich. Festgestellt sei auch, daß die protektionistischen Tendenzen unter den Bedingungen der Währungskrise die Exportmöglichkeiten vieler kapitalistischer Länder verringern. Das wiederum führt zum Rückgang der Produktion und zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den für den Export arbeitenden Zweigen. All das ist die Ursache für die weitere Zuspitzung der Klassegegensätze und den verstärkten Kampf gegen die Monopole.

Mit der Aktivierung der inneren Widersprüche im imperialistischen Lager hat die Währungskrise bestimmte Voraussetzungen für energische Aktionen der revolutionären Kräfte geschaffen. Das von den kommunistischen und Arbeiterparteien kapitalistischer Länder erarbeitete Kampfprogramm für die Überwindung der Währungs- und Finanzwidersprüche, die jedoch nicht zu Lasten der Werktätigen geht, nimmt in Politik und Taktik dieser Parteien einen wichtigen Platz ein. Als demokratische Alternative unterbreiten die fortschrittlichen Kräfte ihr eigenes Programm für die Lösung der Währungsprobleme und die Bekämpfung der Inflation im Interesse der Volksmassen. Dieses Programm sieht in erster Linie vor, die Militärausgaben rigoros zu senken. Der Abzug der Truppen von ausländischen Territorien und die Einstellung der Militär-„Hilfe“ für die reaktionären Regimes in verschiedenen Teilen der Welt könnten für die Länder der Reservewährung, d. h. die USA und Großbritannien, teilweise dazu beitragen, die Zahlungsbilanzen in Ordnung zu bringen. Die Kürzung der Militärbudgets würde die Möglichkeit bieten, mehr staatliche Gelder für den Bau von Wohnungen und Kulturstätten, für Bildung und Gesundheitswesen, Umweltschutz und andere dringende soziale Erfordernisse bereitzustellen. Diese Maßnahmen könnten nicht nur den Lebensstandard der Bevölkerung heben, sondern auch zu einer gewissen Gesundung der Wirtschaft führen.

Die demokratischen Kräfte fordern, die Allmacht der Monopole, besonders der internationalen Gesellschaften, deren Tätigkeit auf den Devisen- und Warenmärkten die Geldzirkulation desorganisiert, zu beschneiden. Die fortschrittliche Öffentlichkeit verlangt ein Preisbildungssystem, das den Anstieg der Preise und der Profite der Monopole begrenzt, sowie die demokratische Kontrolle über die Devisengeschäfte der Monopole, über die Verlagerung „heißer Gelder“ und über den Kapalexport.

Die Währungserschütterungen der letzten Jahre haben sich faktisch auf alle Sphären der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgewirkt: auf die Produktion, den Welthandel, die Kapitalbewegung, die Geldzirkulation und auf das Kreditwesen. Sie haben auch die Widersprüche im imperialistischen Lager und die sozialen Konflikte in den kapitalistischen Ländern zugespitzt. Im Verein mit der Energiekrise, der Inflation und den anderen akuter gewordenen Problemen macht die Währungskrise die Grundpfeiler der kapitalistischen Weltwirtschaft noch instabiler.

S. V. Safronov

Die Lage in der amerikanischen Wirtschaft

Aus: USA. Wirtschaft – Politik – Ideologie, Moskau 1975, Heft 3, S. 3–14

1974 hat sich die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten stark verschlechtert. Der andauernde schwere Produktionsrückgang in der Wirtschaft insgesamt und außerdem in der Mehrzahl der wichtigsten Industriezweige, das für Friedenszeiten beispiellose Ausmaß der Inflation, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Verschlechterung der materiellen Lage von breiten Bevölkerungsschichten, die weitere Entwicklung der Energie- und der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Vertiefung der Widersprüche auf dem Gebiet des Außenhandels, die zunehmenden Konflikte zwischen Kapital und Arbeit – diese bei weitem nicht vollständige Liste der zyklischen und chronischen Leiden der amerikanischen Wirtschaft aus dem letzten Jahr gibt Grund zu der Annahme, ihren allgemeinen Zustand im vergangenen Jahr für den kritischsten seit der Krise der 30er Jahre zu halten.

Die führenden Staatsmänner der USA mußten anerkennen, daß die Wirtschaftsprobleme des Landes außergewöhnlich ernsthaft und vielfältig sind. In diesem Zusammenhang ist z. B. die Erklärung von Präsident Ford Ende 1974 sehr bezeichnend: „Die Vereinigten Staaten und die Mehrzahl der (kapitalistischen, S. S.) Länder sieht sich der ernsthaftesten Herausforderung der gesamten Nachkriegszeit gegenüber.“

Noch düsterer beurteilt die amerikanische Presse die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten, die von dem Gespenst der „großen Depression“ schreibt, die das Land wie in den 30er Jahren bedrohe.

Die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft zeichnete sich im Jahre 1974 besonders durch eine starke Widersprüchlichkeit aus und wurde durch ungewöhnlich komplizierte Verflechtungen verschiedener innenpolitischer und internationaler Faktoren bestimmt. Die Untersuchung dieser Fragen erlaubt es, wesentlich neue Momente und Erscheinungen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der führenden imperialistischen Macht zu beobachten.

Die Darstellung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA (siehe Tab. 1) im vergangenen Jahr muß zweckmäßigerweise mit der Entwicklung ihres allgemeinsten Gradmessers, des Bruttosozialproduktes (BPS), beginnen. Obwohl es in Effektivpreisen im Vergleich zu 1973 um 7,7 % gestiegen ist und nach den vorläufigen Angaben 1393 Mrd. Dollar betragen wird, ist diese Steigerung ausschließlich einem neuen kräftigen Ansteigen der Preise zu verdanken. In Festpreisen jedoch verwandelt sich das Wachstum des BPS, das sich schon während der zweiten Hälfte von 1973 verlangsamt hatte, im folgenden Jahr in allen vier Quartalen in einen absoluten Rückgang. Mit dem Ergebnis, daß die Produktion von Gütern und Dienstleistungen 1974 – berechnet in den Preisen von 1958 – 819 Mrd. Dollar betrug, das ist um 20 Mrd. oder um 2,5 % weniger als 1973. Außerdem war das BPS 1974 im vierten Quartal in Festpreisen

Tabelle 1
Grundlegende wirtschaftliche Kennziffern, in Mrd. Dollar

	1965	1970	1972	1973	1974*
Bruttosozialprodukt**	618	723	793	839	819
Index der Industrieproduktion***	89,2	106,6	115,2	125,6	124,9
Private Bruttoinvestitionen**	99	103	125	138	127
Konsumausgaben der Bevölkerung**	398	478	527	552	544
Staatliche Ausgaben zum Einkauf von Waren und Diensten**	115	139	143	144	146
Index der Einzelhandelspreise***	94,5	116,3	125,3	133,1	146,5
Index der Großhandelspreise***	96,6	110,4	129,1	134,7	159
Umfang der Neuaufträge, die von den Wirtschaftszweigen zur Herstellung langlebiger Güter ausgegeben wurden (in Effektivpreisen)	276	329	411	493	543
Bestand an nicht ausgeführten Aufträgen in den Wirtschaftszweigen für die Herstellung langlebiger Güter (in Effektivpreisen am Jahresende)	65	73	81	110	133
Export	26,7	42,7	49,2	70,8	98
Import	21,4	40	55,6	69,1	101
Saldo der Handelsbilanz	+5,3	+2,7	-6,4	+1,7	-3
Saldo der Zahlungsbilanz (auf der Basis der Liquidität)	-1,3	-3,9	-13,8	-7,8	-12
					I-III Quartal
Währungsreserve in Gold, unter Einschluß (am Jahresende)	15,5	14,5	13,2	14,4	15,9

um 4,5 % niedriger als das maximale Quartalsniveau, das im Oktober-Dezember 1973 erreicht wurde¹.

So kann man schon heute, allein aufgrund der Ergebnisse des vergangenen Jahres annehmen, daß die im Jahre 1974 sinkende Produktion von Waren und

1 Hier und im folgenden werden die Kennziffern der Wirtschaftsentwicklung in den USA, wenn nicht anders angegeben, zitiert nach: „Survey of Current Business“, Washington, December 1974. Einige der Daten sind vorläufig.

Gütern insgesamt sowohl durch ihre Dauer als auch im absoluten und relativen Ausmaß nicht hinter der amerikanischen Wirtschaftskrise von 1957–58 zurückbleiben wird. Wenn man berücksichtigt, daß sich das BPS in den ersten Monaten des Jahres 1975 wahrscheinlich weiter verringern wird und außerdem die Auswirkungen dieses Rückgangs mit vielen anderen ersten Wirtschaftsproblemen zusammentreffen, dann wird offensichtlich, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise in den USA sich als die ernsteste der Zeit nach dem Kriege erweist.

In der Erklärung der demokratischen Partei, die auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1974 verabschiedet wurde, wird festgestellt, daß die USA in die „stärkste Rezession seit der großen Depression geraten sind und in die stärkste Inflation, die wir je in Friedenszeiten erlebt haben ... Die Wirtschaftsprognosen sprechen davon, daß 1975 die Arbeitslosigkeit 8 % erreichen und die Rekordhöhe der Inflationsraten nur unbedeutend zurückgehen wird. Immer häufiger brechen Wirtschaftsunternehmen zusammen, und die Aktienkurse an der Börse fallen weiter. Die potentiellen Einbußen sind heute größer als die Verluste des großen Zusammenbruchs 1929. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere Wirtschaft befindet sich auf einem seltenen Tiefstand“. Obwohl das von den Demokraten vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm im wesentlichen Maßnahmen vorsieht, die ihre Ineffektivität schon bewiesen haben, spricht die düstere, pessimistische Einschätzung der ökonomischen Lage des Landes für sich.

Der wesentlichste Grund für die Verringerung des Bruttosozialproduktes (in der realen Berechnung, d. h. unter Ausklammerung des Preisanstiegs) im Jahre 1974 war der Rückgang der Konsumausgaben der Bevölkerung, eine der wichtigsten Komponenten des BPS. In Preisen von 1958 betrugen sie 544 Mrd. Dollar, das ist um 1,5 % niedriger als 1973. Das ist der bedeutendste Rückgang der Konsumnachfrage in der Zeit nach dem Kriege. Er ist seinerseits durch eine Reihe von Gründen bedingt: einer der wichtigsten sind die schon seit zwei Jahren hintereinander sinkenden Realeinkünfte breiter Bevölkerungsschichten infolge der zunehmenden Teuerung. Das Realeinkommen der Bevölkerung nimmt deutlich immer schneller ab: sank 1973 der durchschnittliche Wochenlohn von Arbeitern und Angestellten, die in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren der Wirtschaft beschäftigt waren, nach Abzug der Steuern und unter Berücksichtigung der Preissteigerung um 1,5 %, so waren es 1974 schon 5 %, und der Lohn befand sich nun faktisch unter dem Niveau von 1956.

Der Rückgang der Konsumnachfrage bestimmte auch die ohnehin schon große Verschuldung durch Kreditkäufe, die sich in den letzten Jahren, vor allem aber 1973 angesammelt hatte. Vergrößerte sie sich von 1965–1972 jährlich um durchschnittlich 8 Mrd. Dollar, so wuchs sie allein im Jahre 1973 um 22 Mrd. Dollar. So begannen die amerikanischen Verbraucher das Jahr 1974 mit einer Verschuldung von bisher nicht gekannten Ausmaßen – nämlich 179 Mrd. Dollar. Nach den Berechnungen des Handelsministeriums der USA wurden von der Bevölkerung im Durchschnitt ca. 16 % der gesamten Einkünfte zu ihrer Tilgung aufgewandt.

Einen negativen Einfluß auf die Konsumnachfrage hat auch die allgemeine Labilität der amerikanischen Wirtschaft, durch die beim Verbraucher ein Gefühl der Unsicherheit erzeugt wird und der Wunsch, den Kauf neuer Waren „auf bessere Zeiten“ zu verschieben. Die von der New Yorker Forschungsorganisation „Conference Board“ berechneten Kennziffern für „Konsumpläne“ und „Konsumzuversicht“ fielen 1974 unter das Krisenniveau von 1970. Spezielle Umfragen des Gallup-Institutes zeigten, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Verlauf des Jahres eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage des Landes erwarten². „Unter der kombinierten Wirkung von Inflation und verstärkter Rezession“, schreibt die Wochenzeitung „Newsweek“, „sank das Vertrauen des Verbrauchers auf ein bisher nicht gekanntes Niveau ab. Bei fortwährendem Anstieg der Preise und der Zinsrate wollen viele Verbraucher ihr Geld einfach nicht für irgend etwas ausgeben, außer für die allernötigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs.“³

Alle diese und noch einige andere Faktoren wirken sich in erster Linie auf die Ausgaben der Bevölkerung für langlebige Güter aus, die, in Festpreisen ausgedrückt, im Vergleich zu 1973 um 6 % zurückgegangen sind, wobei der Kauf von Autos um 20 % gesunken ist. Zum erstenmal in der Zeit nach dem Kriege ging auch der Konsum kurzlebiger Konsumgüter um etwa 2,2 % zurück, der sich sonst durch relative Stabilität auszeichnet. Von den wesentlichsten Ausgabenposten der Bevölkerung wuchsen nur die Ausgaben für Dienstleistungen etwas, aber ihre Zuwachsrate hat sich stark verlangsamt.

Gleichzeitig mit den Konsumausgaben verringerte sich eine weitere Komponente des BPS, die privaten Bruttoinvestitionen. In Preisen von 1958 verringerten sie sich um 11 Mrd. Dollar oder um 6 %. Dabei ist zu beachten, daß ihr allgemeiner Rückgang ausschließlich im Zusammenhang mit den nachlassenden Investitionen im Wohnungsbau vor sich ging; er betrug im Jahr fast 10 %, dabei aber im vierten Quartal des Jahres 1974 im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 29 %. Die Gründe liegen in der allgemein abgeschwächten Verbrauchernachfrage bei gleichzeitig ungewöhnlich hohen Kreditzinsen. Wie sehr der Wohnungsbau zurückgegangen ist, kann man auch an den folgenden Zahlen ersehen: Ende 1972/Anfang 1973 betrug die Zahl der begonnenen Häuser, umgerechnet auf das vergangene Jahr, 2,5 Mio., im Sommer 1974 fiel sie auf 1,5 Mio. und im November 1974 auf 990.000, d. h. auf den niedrigsten Stand der letzten acht Jahre⁴. „Das ist zweifellos die schwerste Krise (im Wohnungsbau, S. S.) seit den 30er Jahren“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Vereinigung für Wohnungsbau⁵.

Die Investitionstätigkeit in den anderen Wirtschaftssektoren verlief etwas aktiver. So erreichten z. B. die privaten Kapitalinvestitionen im Baugewerbe und

2 The New York Times, November 24, 1974.

3 Newsweek, December 2, 1974, S. 42.

4 The Wall Street Journal, December 18, 1974; The New York Times, October 23, 1974.

5 U.S. News and World Report, September 2, 1974, S. 33.

in andern Objekten außerhalb des Wohnungsbaus und auch für Maschinen und technische Einrichtungen im zweiten Quartal von 1974 die Maximalhöhe der letzten Zeit, die jedoch nur um 2,3 % höher war als in der Vergleichsperiode von 1973. Im weiteren Verlauf bauten die amerikanischen Gesellschaften – je mehr sich die Konjunktur verschlechterte und sich die Anzeichen für eine Überfüllung der Lager mehrten – ihre Investitionsprogramme ab. Mit dem Ergebnis, daß der allgemeine Zuwachs an Kapitalinvestitionen in Bauunternehmungen und Ausrüstungen äußerst gering blieb, insgesamt 1,2 Mrd. Dollar.

Außerdem entwickelten sich die Investitionsprozesse in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit einer ganz unterschiedlichen Dynamik. Bei einer Vergrößerung der realen Kapitalinvestitionen (d. h. die Kosten der Ausrüstung und der Bauarbeiten sind um den Preiszuwachs berichtigt worden) in der verarbeitenden Industrie insgesamt und auch im Eisenbahntransport gingen die Investitionen im Lufttransport und Nachrichtenwesen und auch im Handel und in den anderen Zweigen des Dienstleistungssektors zurück. In den einzelnen Zweigen der verarbeitenden Industrie entwickelte sich der Investitionsprozeß auch sehr ungleichmäßig. Am meisten vergrößerten sich die Investitionen in den Wirtschaftszweigen, in denen Werkstoffe und Halbfabrikate hergestellt werden, wodurch sich die starke Verknappung solcher Erzeugnisse wie Eisen- und Buntmetalle, der Erdölprodukte, von Zellulose und Papier und Chemikalien erklärt. Gleichzeitig ging in solchen Wirtschaftszweigen wie der Textil-, Nahrungsmittel-, Baumaterialindustrie und bei Gummi- und Kunststoffserzeugnissen eine merkliche Verkürzung der Kapitalinvestitionen vor sich.

In Verbindung mit der Verkürzung der Investitionsprogramme Ende 1974 griffen die Gesellschaften in immer stärkerem Maße zu dem Mittel, früher aufgegebenen Bestellungen für Maschinen und Ausrüstungen zu annullieren. Eine spezielle Umfrage zeigte, daß im Juli 1974 12 % der Gesellschaften planten, ihre Aufträge zu annullieren oder zurückzustellen, während es im September schon 24 % waren und im November 33 %⁶. Außerdem sanken im Herbst die eingehenden neuen Bestellungen. Dies zusammen bedingte, daß sich erstmals seit 1974 die Order in den Auftragsbüchern bei den Wirtschaftszweigen, die Investitions- und langlebige Gebrauchsgüter herstellen, verringerten.

Sehr bezeichnend ist auch die Entwicklung des Umfanges an Produktionsvorräten. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres vergrößerten sich die Bestände der Hersteller und Gesellschaften, d. h. der Großverbraucher; und auch in der Zirkulationssphäre wuchsen sie im allgemeinen weiterhin. Aber die Bestände wurden wesentlich langsamer ergänzt. Und schon im Herbst 1974 wurde zum erstenmal seit drei Jahren auch ein absoluter Rückgang der Bestände festgestellt. Letzten Endes nahmen in dem Jahr die Investitionen der Gesellschaften für die Bestände nur wenig zu und zeigten keinen wie auch immer gearteten wesentlichen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Konjunktur; viel-

6 The Wall Street Journal, New York, December 12, 1974.

mehr verschlechterte sie sich durch die im Herbst beginnende Auflösung der überflüssigen Bestände noch weiter.

Im Vergleich zu den privaten Bruttoinvestitionen und den Konsumausgaben der Bevölkerung war der Einfluß der staatlichen Ausgaben auf die Entwicklung des Bruttosozialproduktes nicht sehr groß. Gegenüber dem Niveau von 1973 wuchsen sie in der realen Berechnung um insgesamt 1 %. Außerdem nahmen nur die Ausgaben der lokalen Behörden zu, während die Bundesaussgaben um 2 % zurückgingen (es wurden hauptsächlich die Gelder für soziale und kulturelle Bedürfnisse gestrichen). Inzwischen sind die Militärausgaben der USA in Effektivpreisen aufs neue deutlich gestiegen, von 78,8 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1973/74 auf 87,9 Mrd. Dollar im Jahre 1974/75.

Die besondere Entwicklung der Gesamtnachfrage im vergangenen Jahr hat in vielem die Entwicklung der industriellen Produktion bestimmt (siehe Tab. 2). Ihr

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion (1967 = 100)

	1965	1970	1972	1973	1974*
Allgemeiner Umfang	89,2	106,6	115,2	125,6	125
Weiterverarbeitende Industrie	89,1	105,2	114	125,1	125
Hüttenindustrie	104	106,9	113,1	127	125
Metallwaren	92,6	109,4	114,8	130,5	131
Allgemeiner Maschinenbau	84,7	100,5	105,7	125	132
Elektrotechnischer Maschinenbau	83,4	100,1	109,6	126,8	126
Transportmaschinenbau	91,3	90,4	99	109,1	98
Werkzeug- u. Vorrichtungsbau	82,9	110,8	120,2	138,3	145
Chemische Industrie	82,2	120,3	139,6	150,2	156
Erdölverarbeitung	93,1	112,6	120,6	127,4	124
Gummi- u. Kunststoffherzeugnisse	84,1	115,77	145,5	163,8	165
Baumaterialien	101,3	106,4	118,6	129,8	127
Textilien	95,3	106,3	117,4	127,3	124
Konfektion	98,4	97,8	105,7	113,2	107
Papier	92,1	113,3	128,2	135,4	136
Nahrungsmittel	92	111,7	118,6	122,7	126
Extraktive Industrie	93,9	109,7	108,8	110,3	110
Energieproduktion	86,3	130,5	149,4	161,1	158

*Vorläufige Angaben.

Quelle: The Handbook of Basic Economic Statistics, 1974; Survey of Current Business, December 1974

allgemeiner Umfang verringerte sich um etwas weniger als 1 %, während er sich 1973 um 9 % vergrößert hat.

Die industrielle Produktion ging schon im ersten Quartal von 1974 stark zurück, vor allem weil sich die Energiekrise verschärfte. Im zweiten Quartal nahm der Produktionsausstoß ziemlich stark zu, während er im dritten Quartal stagnierte. Schließlich ging im vierten Quartal unter dem Einfluß der nachlassenden Verbrauchernachfrage, dem Rückgang der Investitionstätigkeit und der Bestände die Industrieproduktion aufs neue stark zurück, wobei im Dezember 1974 ihr Umfang schon um 7 % niedriger als das maximale Monatsniveau vom November 1973 war.

Die Industrieproduktion ging auf Kosten der Gebrauchsgüter zurück, von denen insgesamt 2 % weniger erzeugt wurden, während des 1973 noch 6,6 % mehr waren. Besonders stark war der Rückgang in der Automobilherstellung; sie verringerte sich um 17 %, wobei gegen Ende des Jahres 1974 der Absatz im Vergleich zu den letzten Monaten des vergangenen Jahres um 35 % fiel. Als Ergebnis sammelten sich, ungeachtet des Produktionsrückgangs, in den Werkslagern und bei den Händlern Rekordvorräte von unverkauften Autos an. Die Massenentlassungen in der Automobilindustrie führten dazu, daß jeder fünfte Beschäftigte in diesem Industriezweig arbeitslos wurde.

In der Konfektionsindustrie ging die Produktion um 6 % zurück, in der Textilindustrie um 3 %. Um ungefähr 5 % verringerte sich die Herstellung von Fernsehapparaten, Radios und elektrischen Haushaltsgeräten, und deshalb wurde auch die Produktion im Elektromaschinenbau im allgemeinen geringer. Der Produktionsrückgang in der Automobilindustrie ist auch der Hauptgrund für die rückläufige Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie.

Gleichzeitig wuchs die Produktion von Gebrauchsgütern um 5,5 %; das bedeutet jedoch, daß sich das Entwicklungstempo dieses Industriesektors im Vergleich zu 1973 fast um das Dreifache verlangsamt hat. Am stärksten ist die Produktion noch bei spanabhebenden Werkzeugmaschinen, Schmiede- und Preßausrüstungen, Zubehör, Straßenbaumaschinen und bei der Landwirtschaftstechnik gewachsen. Aber die verstärkte Produktion dieser Maschinenarten und Ausrüstungen war nicht primär durch die Steigerung der Produktionskapazitäten bedingt, sondern durch den Wechsel und die Modernisierung von schon vorhandenen Ausrüstungen. Darin drückt sich das Bemühen der Unternehmer aus, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren zu erhöhen und die Ausgaben pro Produktionseinheit zu senken, vor allem die Ausgaben für die Arbeitskraft.

In der extraktiven Industrie hat sich das Produktionsniveau im Vergleich zu 1973 im ganzen faktisch nicht geändert. Obwohl sich der Umfang der Bohrarbeiten in der Öl- und Gasindustrie und die Versorgungslücke in der Produktion stark vergrößert haben, ging die Fördermenge dieser Brennstoffarten weiter zurück, und es wurde wesentlich mehr Kohle gefördert.

In große Schwierigkeiten gerieten die Gesellschaften, die elektrischen Strom herstellen. Die Probleme kamen sowohl dadurch zustande, daß die Belieferung mit Brennstoff unterbrochen wurde als auch durch die fehlenden Mittel, um die

Programme zur Kapazitätserweiterung zu finanzieren. Gleichzeitig ließ aber eine deutliche Erhöhung der Strompreise die Nachfrage zurückgehen. All das führte dazu, daß in den USA zum erstenmal seit Ende des II. Weltkrieges weniger Strom erzeugt wurde.

Obwohl die Produktion und die Nachfrage zurückgingen, verlangsamte sich der inflationäre Prozeß nicht nur nicht, sondern wurde im Gegenteil noch wesentlich schneller. Die Einzelhandelspreise stiegen in einem Jahr um 12,2 %, die im Großhandel um 18 %, während es im Jahre 1973 6,2 % bzw. 13,1 % waren. In der ganzen Zeit nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein schnellerer Preisanstieg nur 1947 registriert, d. h. nachdem die in den Kriegsjahren eingeführte Preiskontrolle aufgehoben wurde.

Was die Struktur der Inflation betrifft, so soll von den vielen Fragen, die zu diesem Problem gehören, hier nur eine angesprochen werden. Während 1973 die Preise am meisten für landwirtschaftliche Güter stiegen, so traten sie 1974 diesen Platz an die Industriegüter ab: deren Großhandelspreise stiegen im Durchschnitt um 20,5 %, während die Steigerung 1973 6,8 % betrug. Am stärksten – um 50 % – stiegen die Preise für Brennmaterial (1973 um 13 %), für Metalle und Metallserzeugnisse: um 28 % (7,5 %), für Chemikalien: um 27 % (5,6 %). Der Preisanstieg für Maschinen und Ausrüstungen nahm stark zu, von 3 % auf 13 %. Gleichzeitig gingen die Zuwachsraten der Großhandelspreise für landwirtschaftliche Güter von 41 % auf 8 % zurück.

Die Gründe für einen solch extremen Preisanstieg sind vielfältig. Es zeigt sich, daß eine besonders große Rolle vor allem solch rein inflationäre Faktoren spielen wie die ständigen riesigen Defizite des Staatsbudgets und die weitere starke Vergrößerung der im Umlauf befindlichen Geldmengen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß allein in den Finanzjahren von 1971–1974 das summarische Defizit des Bundeshaushaltes mehr als 60 Mrd. Dollar betrug. Das Finanzjahr 1975 sollte nach den Berechnungen der Regierung ohne Defizit abschließen, jedoch schon im Januar, d. h. ein halbes Jahr vor seinem Ende, wurde aufs neue ein gewaltiges Defizit von 30 Mrd. Dollar festgestellt. Die Zeitung „Washington Post“ schreibt in einem redaktionellen Beitrag, daß dies die höchsten Defizite in Friedenszeiten in der ganzen Geschichte des Landes sind. Was die Zuwachsraten der in Umlauf befindlichen Geldmengen anbetrifft, so hat die amerikanische Regierung dieses Mittel eingesetzt, um die Wirtschaft nach der Krise von 1969–1970 anzukurbeln, mit dem Ergebnis, daß zwischen 1971–1973 die Menge im Durchschnitt um 6,5 % im Jahr zunahm.

Gleichzeitig wurde der inflationäre Prozeß durch die Entwicklung der Energie- und Rohstoffkrise weiter angeheizt, weil der durch sie hervorgerufene Preisauftrieb für Brennmaterial und viele Rohstoffarten die Ausgaben und Preise für viele andere Waren erhöhte. In die gleiche Richtung wirkte die Lebensmittelkrise, von der die kapitalistische Landwirtschaft weltweit ergriffen wurde, und in gewissem Maße auch die ökologische Krise, die große Ausgaben zur Erhaltung der Umwelt erforderte, die von den Gesellschaften auf viele Produkte umgelegt wurden.

Zu einem weiteren Faktor für den Preisanstieg wurde die Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle im April 1974, die etwas mehr als zwei Jahre in Kraft gewesen war: ihre Abschaffung diente den amerikanischen Gesellschaften als neuer Vorwand für einen scharfen Preisanstieg.

Letzten Endes gelang es dem Monopolkapital 1974 mit Hilfe des Inflationsschubs wahrscheinlich in größerem Maße als jemals zuvor, die Last der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Schultern breiter Bevölkerungsschichten abzuwälzen und, während sich die Realeinkünfte der Bevölkerung verringerten, einen Gewinnzuwachs zu erzielen, der ohne Vorbild für Zeiten ist, in denen die Produktion zurückgeht. So betrug 1974 in den ersten drei Quartalen der Gewinn der Gesellschaften nach Abzug der Steuern 87 Mrd. Dollar, d. h. er vergrößerte sich im Vergleich mit der Vorjahresperiode um 18 %.

Die Kreditgeldbeschränkungen, die unter dem Schlagwort: „Kampf der Inflation“ eingeführt worden sind, vor allem die Erhöhung des Diskontsatzes auf das höchste Niveau in der Geschichte der USA, auf 8 %, waren einer der Gründe für die weitere Rezession im Baugewerbe und in der Wirtschaft insgesamt. Diese Rezession vergrößerte ihrerseits unausweichlich die Zahl der Arbeitslosen stark. Im Dezember vergangenen Jahres erreichte die Zahl der **offiziell registrierten** Arbeitslosen das Maximum für die ganze Periode seit der „**großen Depression**“: 6,5 Mill. Außerdem nahm die Zahl derjenigen Personen stark zu, die **verzweifelt** Arbeit suchen, aber nicht in den offiziellen Statistiken als Arbeitslose auftauchen: nach einigen Schätzungen sind dies nicht weniger als 600.000 Personen⁷. Ungewöhnlich häufig gibt es auch teilweise Arbeitslosigkeit; sie hat sich durch die zeitweise Schließung vieler Unternehmen oder durch die Einführung zusätzlicher freier Tage und Ferien ohne entsprechende Bezahlung verbreitet.

Die starke Verschlechterung der allgemein-wirtschaftlichen Konjunktur Ende 1974 und die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Verschärfung sozialer Konflikte haben die amerikanische Regierung gezwungen, ein neues Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, das in der Botschaft des Präsidenten an den Kongreß vom Januar 1975 formuliert wurde. Dieses Programm basiert auf solchen Maßnahmen wie z. B. einer gewissen Kürzung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, einer neuen, bedeutenden Vergrößerung des Defizits des Staatsbudgets, einer Abschwächung der Kreditgeldbeschränkung. Außerdem wird unter dem Vorwand, die Inflation zu bekämpfen, gefordert, einige staatliche Programme im sozialen Bereich zu kürzen, was sich für die materielle Lage einiger Schichten der amerikanischen Bevölkerung äußerst ungünstig auswirken wird. Um die Schwierigkeiten auf dem Energiesektor zu mindern, ist vorgesehen, alle übriggebliebenen Kontrollmaßnahmen für die Ölpreise aufzuheben und strenge Importbeschränkungen einzuführen.

Ohne hier eine vollständige Beschreibung des Programms zu geben⁸, wollen wir nur anmerken, daß die Notwendigkeit mit der Krise, der Inflation und den

⁷ The New York Times, December 9, 1974.

⁸ In der folgenden Nummer unserer Zeitschrift wird ein Artikel über die Botschaften des

Schwierigkeiten in der Energieversorgung gleichzeitig zu kämpfen, eine gewisse Begrenztheit und Inkonsequenz der administrativen Maßnahmen bedingt. Die ausgewählten staatsmonopolistischen Mittel gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind überaus vielfältig und wirken oft gegeneinander. Letzten Endes widerspricht ein Teil des neuen Programms dem andern, wie so berühmte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wie *Milton Friedman* und *Paul Samuelson* festgestellt haben, und gerade das kann zum Mißerfolg der angestrebten Ziele führen⁹.

Die allgemeinwirtschaftlichen Schwierigkeiten ergänzten und verstärkten in gewissem Maße die relativ ungünstige Lage, in der sich die Landwirtschaft befand (siehe Tab. 3). Nach den vorläufigen Angaben ging die Gesamtproduktion in der Landwirtschaft der USA 1974 im Vergleich mit dem Maximum des Vorjahres um ungefähr 4 % zurück. Dieser Rückgang ging ausschließlich auf Kosten der pflanzlichen Produktion vor sich, die sich fast um 8 % verringerte, während die Tierzucht sich um ungefähr 4 % erhöhte. Die pflanzliche Produktion hat sich ihrerseits hauptsächlich durch einen bedeutsamen (ungefähr um ein fünftel) Rückgang des geernteten Futtergetreides vermindert; dieser war eine Folge von außerordentlich ungünstigen klimatischen Bedingungen (ein übermäßig feuchter Frühling, ein dürre Sommer, frühe Fröste). Auch der Anbau von Baumwolle, Zuckerrüben, Olivenbäumen und einigen anderen Kulturen ist stark zurückge-

Tabelle 3
Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse
in Mill. Tonnen

	1965	1970	1972	1973	1974*
Weizen	35,8	37,3	42	46,6	48,5
Mais	103,7	104,1	141	143,3	118
Hafer	13,5	13,2	10,1	10,8	10,3
Gerste	8,5	8,9	9,2	9,3	9,2
Hirse	16,9	17,7	20,6	23,8	15,5
Sojabohnen	23	30,6	34,9	42,6	36
Baumwolle	3,2	2,2	3	2,9	2,8
Milch	56,4	53,5	54,6	53,1	52,5
Fleisch	14,3	16,4	16,8	16	17

*Schätzung.

Crop Produktion, November 1974

amerikanischen Präsidenten und sein neues Wirtschaftsprogramm veröffentlicht. Anm. der Red.

9 The New York Times, January 22, 1975.

gangen. Wegen der ungünstigen Wetterverhältnisse stieg die Weizenernte insgesamt nur um 4 %, ungeachtet der vergrößerten Anbauflächen. Von den Haupterzeugnissen des Pflanzenbaus wurde ein merklicher Zuwachs nur bei solchen Kulturen wie Reis, Tabak und Zitrusfrüchten festgestellt. In der Tierzucht ist eine wesentliche Vergrößerung bei der Produktion von Rind- und Schweinefleisch zu verzeichnen, bei gleichzeitig rückläufiger Produktion von Hammelfleisch und Milch. Stark verringert hat sich vor allem die Produktion von Geflügel, die Produktion von Eiern ist praktisch gleich geblieben.

Der allgemeine Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitigen großen Preissteigerungen für Dünger, Futtermittel, Saatgut, Brennstoff und landwirtschaftliche Geräte ließ die Einkünfte der Farmer spürbar sinken. Nach den vorläufigen Angaben betrugen die reinen Einkünfte der Farmer ungefähr 27 Mrd. Dollar, das sind 5 Mrd. Dollar oder 16 % weniger als im Vorjahr¹⁰. Charakteristisch ist, daß 1974 die seit acht Jahren größte Spanne verbucht werden konnte zwischen den Preisen, die von den Farmern gezahlt werden und denen, die sie selbst erhalten und auch zwischen den Preisen, die die Farmer gezahlt bekommen und denen, die von den Einzelhandelskäufern für die Produkte gezahlt werden müssen. Diese Erscheinung, die „Preisschere“, gibt zusammen mit den verringerten Einkünften der Farmer und den verteuerten Lebensmitteln einen Hinweis darauf, daß die Gesellschaften, die den Einkauf und die Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion monopolisieren, die entstandene ökonomische Situation ausnutzen und den Zuwachs ihrer Gewinne faktisch durch die Verschlechterung der materiellen Lage sowohl der ländlichen als auch der städtischen Bevölkerung gesichert haben.

Im Unterschied zu den meisten Wirtschaftszweigen, die einen Stillstand oder Rückgang der Produktion erleben, wuchs der Außenhandel beträchtlich. Aber durch diese Entwicklung lebt – nach einer Unterbrechung von einem Jahr – das große Defizit in der Handelsbilanz wieder auf, vor allem durch die stark wachsenden Kosten für importierten flüssigen Brennstoff, dessen Preis im Durchschnitt um das 3,5fache stieg.

Nach den vorläufigen Zahlen betrug der Import der USA in Effektivpreisen ungefähr 10 Mrd. Dollar, d. h. er vergrößerte sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 45 % und gegenüber dem Zuwachs von 1973 um 24 %. Der Export wuchs auf 98 Mrd. Dollar, d. h. um 38 % gegenüber 44 %. Als Resultat des überhandnehmenden Importzuwachses verwandelte sich die aktive Handelsbilanz des Jahres 1973 (1,7 Mrd. Dollar), die mit großer Mühe erreicht worden war, aufs neue in eine passive (3 Mrd.).

Insbesondere ist darauf zu achten, daß die hohen Zuwachsraten im Außenhandel des Jahres 1974 in größerem Maße als je zuvor mit einem Aufschwung der Außenhandelspreise verbunden waren. Die wirklichen Zuwachsraten des Exports (nach dem mengenmäßigen Umfang berechnet) verringerten sich von 25 % im Jahre 1973 auf 13 % 1974, und der Import nahm im mengenmäßigen

10 Demand and Price Situation, U.S. Department of Agriculture, November 1974.

Umfang im Vergleich zu einem 7 %igen Zuwachs 1973 sogar um 2,5 % ab. Außer der Energiekrise beeinflussten 1974 auch die Folgen der zweimaligen Dollarabwertung die Entwicklung des Außenhandels; außerdem wirkten sich die im Vergleich zu den USA noch höheren Inflationsraten in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern aus. Infolgedessen erhöhte sich die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Produktion sowohl auf dem inneren als auch auf dem Außenmarkt merklich und im Land ließ die Nachfrage nach Importgütern, vor allem nach Gebrauchsgegenständen relativ nach. Das erwies sich als wichtiger Faktor zur Vergrößerung des Exports und zur Zügelung des Importzuwachses.

Zu einem neuen Problem für den Außenhandel der USA wurde das ungeheure Defizit im Warenverkehr mit den Entwicklungsländern, vor allem mit den ölfördernden Ländern. Nach nur neun Monaten im Jahre 1974 betrug dieses Defizit 5,5 Mrd. Dollar im Vergleich mit einer aktiven Bilanz von 0,3 Mrd. Dollar in der Vergleichsperiode vom Vorjahr 1973. Große Defizite bleiben beim Handel der USA mit ihren Hauptkonkurrenten, der BRD und Japan und auch mit Kanada, erhalten: nach neun Monaten betrugen sie 1,3 Mrd. bzw. 1,1 und 1,7 Mrd. Dollar¹¹.

Das Riesendefizit im Außenhandel war seinerseits der Hauptgrund für neue Passiva in der Zahlungsbilanz der USA, die nur teilweise durch die wachsenden Einkünfte aus ausländischen Investitionen der USA und der Vergrößerung ausländischer Investitionen im Land gedeckt wurden. Insgesamt blieben nach drei Quartalen auf der Passivseite der Zahlungsbilanz, berechnet nach der Liquidität, 12 Mrd. Dollar gegenüber 10 Mrd. in der Vergleichsperiode von 1973.

Durch das Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefizit wurden die gegenseitigen Beziehungen zwischen den USA und den anderen Ländern sehr gespannt. Washington beschuldigte seine Konkurrenten des Dumping und führte neue Importbeschränkungen ein. Als Mittel in dem Handels- und Wirtschaftskrieg wurden aufs neue solche Maßnahmen wie Exportbeschränkungen von verschiedenen Waren eingesetzt. Charakteristisch sind in diesem Zusammenhang die sich verschärfenden Widersprüche mit Kanada und der „Fleisch“- und „Energie“-krieg zwischen diesen beiden Mächten. Die Widersprüche zwischen den USA und den Entwicklungsländern verschärfen sich zusehends, vor allem mit den ölfördernden Staaten, die sich aktiv für eine schnellere und radikale Umgestaltung des vom Kolonialismus ererbten ungerechten Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen.

Welche wesentlichen Schlüsse kann man aus der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft im letzten Jahr ziehen?

Offensichtlich ist, daß sie mit außergewöhnlich ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und auch weiterhin damit zu kämpfen hat. Der Charakter und das Ausmaß dieser Schwierigkeiten lassen folgenden Schluß zu: im Jahre 1974 begann in den USA eine neue Wirtschaftskrise. Wobei eine Reihe der oben erwähnten Momente, vor allem der absolute Rückgang der Investitionen und der

Bestände in der zweiten Jahreshälfte den zyklischen Charakter dieser Krise bestätigen, deren Beginn durch die verstärkten Disproportionen der amerikanischen Wirtschaft zu Beginn der 60er Jahre, **durch die Zuspitzung** der Energiekrise Ende 1973/Anfang 1974, dem **außerordentlich intensiven Preisanstieg** und auch durch die antiinflationären Maßnahmen der **Regierung beschleunigt** wurde.

Wahrscheinlich ist, daß die wesentlichen Faktoren, die den Rückgang der Produktion von Waren und Dienstleistungen im letzten Jahr bedingten, auch in diesem Jahr ihre Auswirkungen haben werden, zumindestens während der ersten Jahreshälfte. In der Tat dürften die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, die sogar nach offiziellen Schätzungen bis zu 8 % oder mehr ansteigen kann, der unaufhaltsame Preisanstieg, die merklich gesunkenen Realeinkünfte der Werktätigen in den letzten zwei Jahren, all das dürfte die Nachfrage der Konsumenten auf einem relativ niedrigen Niveau halten, das nicht ausreichen wird, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wesentlich anzukurbeln. Außerdem weisen der Auftragsrückgang für Ausrüstungen in den letzten Monaten des Jahres 1974 und die Ergebnisse der Umfragen bei den Gesellschaften über die möglichen Investitionsmaßnahmen mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine weitere Abschwächung der Investitionstätigkeit im Lande hin. Was die staatlichen Maßnahmen gegen die Krise betrifft, so kann sich ihr Einfluß auf die Wirtschaft im günstigsten Fall in der zweiten Jahreshälfte bemerkbar machen. Dazu kommt, daß die Effektivität solcher Maßnahmen, die schon normalerweise nicht sehr groß ist, in diesem Fall noch weiter dadurch beschränkt wird, daß die Regierung gleichzeitig gegen die Krise und die Inflation kämpfen muß.

All das gibt Grund zu der Annahme, daß die Entwicklung der Krise 1975 weiter fortschreiten wird. Die Tatsache, daß die amerikanische Wirtschaft drei Jahre nach der Krise von 1969–1970 einer neuen, noch ernsteren Erschütterung gegenüber steht, zeugt ein weiteres Mal davon, daß sich ihre Labilität auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe einer allgemeinen Krise des Kapitalismus weiter verstärkt.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten führt auch deutlich vor Augen, daß die ungewöhnliche Verbindung von Produktionsrückgang und Beschleunigung des inflationären Prozesses, die sich zum erstenmal 1969–1970 gezeigt hatte, typisch wird. Eine solche Verbindung verstärkt ihrerseits die Wirtschaftskrisen noch weiter, macht es sehr schwierig, einen Ausweg zu finden und verschärft alle vorhandenen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Außerdem kommt noch hinzu, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA im wesentlichen international sind und sich deshalb die Gründe für diese Schwierigkeiten und die Mittel, um sie zu überwinden, nicht nur innerhalb des Landes finden lassen, sondern auch außerhalb seiner Grenzen. In der Tat können all diese amerikanischen Probleme nicht allein durch die Anstrengungen der Vereinigten Staaten gelöst werden, weder können sie allein ihre Handelsbilanz ausgleichen, noch die Devisen- und Finanzlage des Landes verbessern, noch die Versorgungslücke an Energiequellen und Rohstoffen besei-

11 Berechnet nach: Highlights of U.S. Export and Import Trade, September 1974.

tigen. Die Lösung dieser Fragen verlangt übereinstimmende Handlungen und Zusammenarbeit vieler Staaten. Das wird unter den heutigen Bedingungen immer offensichtlicher, da sich die Internationalisierung des Weltwirtschaftslebens immer schneller entwickelt und die einzelnen kapitalistischen Staaten voneinander immer abhängiger werden.

Übrigens stecken nicht nur die Vereinigten Staaten in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch die andern imperialistischen Länder. Deutlich sichtbar wird, daß die in der Nachkriegsperiode zerstörte Gleichzeitigkeit der zyklischen Schwankungen in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder sich wieder herstellt, wobei die Energiekrise und die Inflation in der kapitalistischen Welt das Ausmaß verschärft haben. Diese Tatsachen drücken den wirtschaftlichen Problemen in den USA ihren Stempel auf, komplizieren sie und verhindern ihre Abschwächung über den Mechanismus der Außenhandelsbeziehungen. Es ist nicht erstaunlich, daß die wirtschaftlichen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten und auch zwischen den USA und den Staaten der „Dritten Welt“ sich noch weiter verschärft haben und man von einer Übereinkunft in der Frage, welche für alle Seiten akzeptablen Wege im Kampf gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eingeschlagen werden sollen, jetzt weiter als je zuvor entfernt ist.

Viele Staatsmänner des Westens mußten zugeben, daß es enge direkte und abgeleitete Verbindungen gibt zwischen der Wirtschaftskrise, die das kapitalistische System ergriffen hat, und den verschärften Widersprüchen zwischen den einzelnen Staaten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung von *Henry Kissinger* auf einer Sitzung der Finanzkommission des Senats im Dezember 1974: „*Es gibt viele Gründe für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Aber eines der wesentlichsten Probleme ist, daß zu viele Länder nicht bereit sind, anzuerkennen, daß sie voneinander abhängig sind. Wenn immer mehr Einschränkungen (in Bezug auf die ausländischen Konkurrenten, S. S.) eingeführt werden und hartnäckig versucht wird, die nationalen Privilegien unbegrenzt auszunutzen, droht für die Welt eine Rückkehr zur Politik der 30er Jahre, als jeder nur um sein eigenes Wohl besorgt war.*“

Während sie jedoch in Worten für gemeinsame Bemühungen aller Länder beim Kampf gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen die kapitalistische Welt sich befindet, plädieren, streben die Vereinigten Staaten faktisch danach, die Schwierigkeiten auf ihre Partner-Konkurrenten abzuwälzen und den Ländern der „Dritten Welt“ ihren Willen aufzuzwingen, um die fehlenden Rohstoffe zu für sie selbst günstigen Bedingungen zu erhalten. Davon zeugt das am Ende des letzten Jahres verabschiedete amerikanische Gesetz über die Handelsreform, das bekanntlich eine Reihe von Bestimmungen enthält, die bestimmte Kreise benutzen wollten, um sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Dieses Gesetz schränkt im wesentlichen für die Mitglieder der Organisation der ölexportierenden Länder (OPEC) und auch für solche Staaten, die das Eigentum amerikanischer Gesellschaften nationalisieren, den Warenabsatz auf dem ameri-

kanischen Markt stark ein. Diese Politik der Vereinigten Staaten rief einen entschiedenen Protest in vielen Staaten der Erde hervor.

Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1974 ist durch eine enge Verflechtung zahlloser schwerer Probleme von zyklischer und zyklusunabhängiger, chronischer Natur bestimmt gewesen. Hinzu kommt, daß diese Probleme sowohl inneramerikanisch als auch international sind. Sie sind so kompliziert, daß sie schon als einzelne schwer zu lösen sind, doch in der gegenwärtigen Situation sind sie eng miteinander verbunden und verschärfen und vertiefen sich so gegenseitig. All das erschwert die staatliche Regulierung der Wirtschaft noch weiter und verringert die Effektivität der traditionellen, von der bürgerlichen Regierung eingesetzten Instrumente der Geld-, Steuer- und Kreditpolitik und anderer Möglichkeiten, auf die Wirtschaftskonjunktur Einfluß zu nehmen.

Um die gegenwärtigen Schwierigkeiten schneller zu überwinden, braucht es offensichtlich einen Wirkmechanismus von „besonders feiner Abstimmung“ (im Selektionsvermögen), der gleichzeitig erstens den Preisanstieg stoppen kann, ohne dabei die Wirtschaftskrise zu vertiefen und ohne einen weiteren Zuwachs an Arbeitslosen zu verursachen; zweitens muß er bewirken, daß von gewissen Waren weniger, von andern mehr produziert wird; drittens muß er, um die Handelsbilanz zu verbessern, den Import beschränken und den Export forcieren, ohne dabei die Inflation zu verstärken, was dadurch leicht möglich ist, weil durch eine solche Entwicklung des Handels das Warenangebot auf dem Inlandmarkt der USA begrenzt wird, usw. Außerdem erwiesen sich, wie die Erfahrung bestätigt, selbst in Zeiten, als die Vereinigten Staaten nur mit einer dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, z. B. mit dem Rückgang der Produktion oder dem „Überhitzen“ der Konjunktur, die staatlichen Maßnahmen als nicht besonders „feinfühlig“ und effektiv. Aber die Suche nach Auswegen aus der heutigen ungewöhnlich komplizierten Situation wird offensichtlich die ernsteste Prüfung für die Wirksamkeit des ganzen Systems der staatlichen Wirtschaftsregulierungen in den USA und für den Weltkapitalismus überhaupt sein.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß durch die Wirtschaftskrise in den USA die sozialen Konflikte verschärft werden. Die Rekordhöhe an Arbeitslosenziffern, der stärkste Rückgang der Reallöhne der Arbeiter und Angestellten in der ganzen Zeit nach dem Kriege, die stark sinkenden Einkünfte der Farmer bei gleichzeitigem, für eine Krisenzeit ungewöhnlich schnellem Wachstum der Gewinne der Gesellschaften heizt den Kampf zwischen Kapital und Arbeit an. Der Angriff der Monopole und des bürgerlichen Staates auf den Lebensstandard der Werktätigen trifft auf einen immer stärkeren Widerstand durch die arbeitende Klasse, die 1974 den Kampf durch Streiks merklich aktiviert hat.

Die Entwicklung der Wirtschaftskrise in den USA traf auch mit einer verstärkten innenpolitischen Instabilität zusammen. Die „Watergate Affäre“ legte in gewissem Maß die Tätigkeit der Administration lahm, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hatte auf den Ausgang der Wahlen zum Kongreß 1974 Einfluß, ermöglichte die Niederlage vieler Kandidaten der rechten, republikanischen Partei und stärkte die Position

der Demokraten im Kongreß. Im Ergebnis wurde der Riß zwischen den Aktivitäten der Regierung und denen des Kongresses noch größer. Das zeigte sich z. B. daran, daß der Kongreß es ablehnte, eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu bestätigen und auch daran, daß der Präsident des Landes von seinem Vetorecht gegen einige vom Kongreß getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft Gebrauch machte. Die Wirtschaftsprobleme und die Versuche, Wege zu ihrer Lösung zu finden, standen und stehen weiterhin im Mittelpunkt der Innenpolitik, vor allem des Parteienstreits. Die Meinungsverschiedenheiten über Wirtschaftsfragen zwischen der Administration und dem Kongreß, zwischen der republikanischen und der demokratischen Partei nahmen zu, hemmten die gegen die Krise und Inflation getroffenen Maßnahmen und vertieften so die wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Insgesamt bestätigt die starke Verschlechterung der Wirtschaftslage in den USA und in den übrigen kapitalistischen Ländern überzeugend die These des XXIV. Parteitages der KPdSU, daß die Versuche des Kapitalismus, sich den neuen Bedingungen anzupassen, „ihn als Gesellschaftssystem nicht stabilisieren können. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiterhin“. Ihre Folgen für die amerikanische Wirtschaft zeigen sich immer deutlicher und unheilvoller. 1929–1933 erschütterte die kapitalistische Welt die tiefste und ausge dehnteste Krise; sie war durch die Gewalt der privaten Produktionsverhältnisse hervorgerufen. Seit dieser Zeit ist im Westen der gewaltige und komplizierte Mechanismus der staatsmonopolistischen Steuerung entwickelt worden, der bestimmt ist, die kapitalistische Wirtschaft zu „regulieren“, der Entwicklung von zyklischen Krisen entgegenzusteuern. Jedoch zeigt das Leben, daß die Wirksamkeit dieses Mechanismus nicht geeignet ist, die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu überwinden. Im Gegenteil, die staatsmonopolistische Entwicklung führt zur Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus, zum Anwachsen des antimonopolistischen Kampfes.

Übersetzung: Elisabeth Berres

Michael Ellman / Bob Rowthorn / Ron Smith / Frank Wilkinson

Großbritanniens ökonomische Krise

Die vorliegende Veröffentlichung der „Cambridge Political Economy Group“ wurde erstmals von der Bertrand Russel Peace Foundation, Nottingham, 1974 veröffentlicht. Sie erschien als „Spokesman Pamphlet No. 44“. Die deutsche Übersetzung gibt, mit geringfügigen Kürzungen, den vollständigen Wortlaut des englischen Originals wieder

I. Die Krise

1. Die gegenwärtige Krise

Das britische Volk steht gegenwärtig unter dem Eindruck einer dramatischen Wirtschaftskrise. Die Inflation beschleunigt sich auf eine jährliche Rate von 20 %, was gewöhnlich als ein unerträgliches „lateinamerikanisches“ Niveau angesehen wurde. Nach dem gegenwärtigen Stand erwartet man für 1974 ein Zahlungsbilanzdefizit von etwa 3.500–4.000 Mio. Pfund, d. h. mehr als das Fünffache des Defizits von 1964 (selbst wenn man die Veränderungen im Preisniveau in die Berechnung einbezieht). Bei Fortsetzung der jetzigen Politik wird die Arbeitslosigkeit bald den Stand von 1971 mit über einer Million unbeschäftigten Arbeitern erreicht haben. Es ist allerdings jedermann klargeworden, daß die herkömmliche Politik die Vollbeschäftigung in Großbritannien nicht sichern kann. Sie kann auf der Höhe des Booms erreicht werden, aber das durch den Boom verursachte Zahlungsbilanzdefizit veranlaßt Regierungsmaßnahmen zum Ausgleich der internationalen Salden, die wiederum eine starke Arbeitslosigkeit erzeugen. Das für eine Sicherung steigenden Lebensstandards für alle notwendige Wachstum wird unterbleiben, wie Mr. Healey in seiner Etatrede im März 1974 klarmachte. Die gegenwärtige Politik wird zu einem wesentlichen Sinken der Real-löhne im Jahre 1974 führen. Der „Economic Review“ (des Nationalen Instituts) bemerkt: „Die in diesem Ausblick aufgezeigten politischen Probleme haben ein fürchterliches Ausmaß. Es geschieht nicht oft, daß sich eine Regierung mit der Möglichkeit eines gleichzeitigen Scheiterns aller vier hauptsächlichen politischen Ziele konfrontiert sieht: eines angemessenen Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung, einer befriedigenden Zahlungsbilanz und annehmbar stabiler Preise.“

Das gegen Ende des zweiten Weltkriegs so geduldig konstruierte internationale monetäre System ist heute fast vollständig zerrüttet, heftige Schwankungen der Wechselkurse werden zu einem alltäglichen Ereignis, und es gibt kein allgemein akzeptiertes System zur Begleichung internationaler Schulden. Die Probleme der industrialisierten Welt wurden durch einen immensen Preisanstieg der Rohstoffe,

wie Kupfer, Zink und Öl, verschärft. In der Bemühung, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wurde eine Konferenz nach der anderen einberufen, um dann von einer Vertiefung der Krise überholt zu werden. Viele Zeichen weisen auf eine Entflechtung der kapitalistischen Weltwirtschaft und eine Rückkehr zu der nationalistischen Politik der 30er Jahre hin.

Das Ende des großen Nachkriegsbooms in der kapitalistischen Welt hat den Bankrott der Richtlinien, die der Labour-Regierung von konservativen Wirtschaftswissenschaftlern vorgeschlagen wurden, völlig enthüllt. Unter Mißachtung der Erfahrung der Vorkriegsperiode fahren diese selbsternannten Experten fort, denselben Ratschlag wie ihre Vorgänger in den 20er Jahren zu geben, nämlich die Reallöhne zu beschneiden. Damit ist eine Verbilligung und so eine Stimulierung des Wachstums der Exporte beabsichtigt. Die „Experten“ nehmen an, daß die britischen Kapitalisten auf eine solche Ermutigung reagieren und hoffen auf das Entstehen eines exportgesteuerten Booms, der Großbritannien aus der Stagnation zerrt. Das gegenwärtige Zahlungsbilanzdefizit hat allerdings ein solches Ausmaß, daß selbst bei einem Gelingen dessen, was die „Experten“ hoffen, immense Summen geliehen werden müssen, um die Zeit bis zu einer Lösung des Zahlungsbilanzproblems zu überbrücken. Das würde nach einer der herkömmlichen Analysen die Kreditaufnahme von 11.000 Mio. Pfund bei internationalen Banken bedeuten.

Eine solche Strategie ist ein Rezept für ein noch größeres Desaster der britischen Wirtschaft und der britischen Arbeiterbewegung als das der Jahre 1964–1970, als die gleichen Ratgeber einer Labour-Regierung eine ähnliche Politik unterschoben.

Wiederholte Dosen dieser „Stop-Go“-Medizin, für die der gegenwärtige Vorschlag nur ein extremes Beispiel ist, haben die britische Wirtschaft ständig entkräftet und ihren Willen unterminiert, zu reagieren und ihre Industrie zu modernisieren sowie ihre Exportkapazität zu erweitern. Weiterhin stagniert der Welthandel, und somit schrumpft der Markt für diese hypothetisch anwachsenden Exporte. Ferner müßte Großbritannien zur Erhöhung seiner benötigten internationalen Anleihen auf sein Recht einer unabhängigen nationalen Wirtschaftspolitik und auf das Streben nach Zielen verzichten, die von den überseeischen Geldgebern nicht akzeptiert werden, deren Zuneigung zu hohen Profiten, niedrigen Löhnen und geringen sozialen Leistungen bekannt ist.

Es ist nicht nur zweifelhaft, ob sich diese Politik von ihrem eigenen Anspruch her als erfolgreich erweisen kann (weil sie die Wirtschaft weiter schwächen würde und weil die internationalen Banken zu der Ansicht kommen könnten, daß Großbritannien wie Italien ein zu großes Kreditrisiko darstellen), sondern ihre Anwendung würde sich selbstmörderisch auf die organisierte Arbeiterbewegung auswirken. Sie würde eine große Kluft zwischen der Labour-Regierung und ihren Anhängern im Lande hervorrufen, ähnlich wie 1966–1970, zu einer noch deutlicheren Rückkehr einer Tory-Regierung führen, zum Klassenkrieg und zur Bereicherung der Profiteure. Diese Politik basiert auf der impliziten Annahme, es sei notwendig, das kapitalistische System zu bewahren und möglich, es zu refor-

mieren. Daraus folgt, daß die Kosten der Krise, wie immer, von der Arbeiterklasse bezahlt werden müssen.

In dieser Streitschrift bemühen wir uns, den Hintergrund der gegenwärtigen Krise, die Nutzlosigkeit der heute vertretenen Politik und die Gründe für die jammervollen Reformleistungen der Labour Party in der Vergangenheit zu erklären. Wir treten für eine alternative Politik ein, die technisch möglich ist und bessere Ergebnisse bei geringeren Kosten sichern würde. Wir überlegen uns auch eine Reihe von Möglichkeiten für eine zukünftige Wirtschaftspolitik und überprüfen, wie weit es möglich sein könnte, die internationalen Verknüpfungen zu beseitigen, die in der Vergangenheit – 1931, 1948-51 und 1966-70 – den Ansatz einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik in Großbritannien verhindert haben.

2. Die permanente Krise

Die gegenwärtige Krise ist kein isoliertes Ereignis, sondern einfach ein schwerwiegendes Zutagetreten der tiefwurzelnden strukturellen Probleme, die die britische Wirtschaft und die britische Gesellschaft in den letzten hundert Jahren geplagt haben.

Ein Wirtschaftssystem, das auf einer bestimmten Stufe der Geschichte erfolgreich und seiner Aufgabe gut angepaßt ist, kann unflexibel und unfähig zur Veränderung werden, so daß es bei einer Änderung seiner Umgebung unfähig oder zu langsam zur Anpassung ist. Der Kapitalismus ist besonders anfällig für diese Schwäche, weil der vielgepriesene „Marktmechanismus“ nur sehr unvollkommen in Bezug auf den Zwang zur Anpassung an größere Veränderungen in der ökonomischen Umgebung arbeitet, und auch dann nur mit immensen sozialen Kosten in Form von Bankrotten und Arbeitslosigkeit. Um das System auf einen neuen Kurs zu bringen, d. h. um einen neuen Ausbruch in Bezug auf Entwicklung und Wachstum zu erzeugen, bedarf es eines größeren Schocks in Form einer Rezession, eines Krieges oder entschiedener Staatsintervention oder sehr oft einer Kombination dieser drei Dinge. Ohne einen solchen Schock vermag ein einzelnes kapitalistisches Land nur seinen ursprünglichen Pfad eine unbestimmte Zeit schwankend fortzusetzen.

Die britische Wirtschaft liefert eine Illustration dieser Behauptung. Im späten achtzehnten und frühen neunzehnten Jahrhundert war die Politik des laissez-faire (die Wirtschaft ist den Kräften des Marktes überlassen, der Eingriff der Regierung auf ein Minimum beschränkt) fortschrittlich. Sie stimulierte das Wirtschaftswachstum und verminderte den Spielraum für die Einmischung der Korruption. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war Großbritannien die Werkstätte der Welt geworden. Nach langer Auseinandersetzung hatten die Großgrundbesitzer eingesehen, daß die nationale Wirtschaftspolitik sich mehr nach den Notwendigkeiten des Industrie- als des Agrarkapitals zu richten hat. Die britische Industrie daheim und in der Welt blühte unter dem Banner des laissez-faire.

Ende des neunzehnten Jahrhunderts sahen sich Großbritanniens Kapitalisten aber mit industriellen Rivalen wie Deutschland und den USA sowie mit einer gereiften Arbeiterklasse konfrontiert. Sie reagierten auf diese neuen Entwicklungen, indem sie nach gesicherten Märkten in den alten Kolonien und neuen Kolonien, nach überseeischen Reinvestitionen aus den Früchten überseeischer Investitionen strebten und sich in einem Jahrzehnte währenden Prozeß mit der Partei der Großgrundbesitzer vereinigten, so daß alle Zweige des Kapitals eine einheitliche Front gegenüber der Arbeiterklasse formieren konnten. Sie erhielten die traditionelle laissez-faire-Politik mit gewissen Änderungen aufrecht, die früher so erfolgreich gewesen war. Anders als z. B. Deutschland modernisierte Großbritannien seine Industrie nicht durch Staatseingriffe.

Das Resultat war, daß für die britische Industrie geringe Investitionen, technische Rückständigkeit und eine unmoderne Industriestruktur charakteristisch wurden. Dieses Muster änderte sich dramatisch durch den Schock zweier Weltkriege, in denen der Staat entschieden zur Anpassung des Produktionsergebnisses an die Erfordernisse und zur Steigerung der Effektivität eingriff und in denen die Labour-Bewegung (die natürlich die Staatsintervention unterstützte) zunahm. Nach beiden Weltkriegen kehrte die Regierung jedoch, ganz oder teilweise, zum laissez-faire zurück; die Kapitalisten erneuerten ihre Feindschaft gegenüber Staatseingriffen und nahmen den Kapitalexport wieder auf, der Einfluß der Labour-Bewegung verminderte sich. Die Modernisierung der Industrie durch staatliche Aktivität verlor stark an Bedeutung. Trotz massiven militärischen Aufwandes zerfiel nach dem Zweiten Weltkrieg das britische Empire, wodurch der Verlust von gesicherten Märkten und ständige Probleme mit dem Sterling, der früheren Weltwährung, bewirkt wurden. In den 50er Jahren wurden Handelskontrollen rapide abgebaut und der Ausgleich der Zahlungsbilanz den Kräften des Marktes überlassen. All diese Faktoren bewirkten, daß die britische Industrie in den 50er und 60er Jahren ihre gesicherten Märkte verlor und zu rückständig war, um wirksam auf ungesicherten Märkten (einschließlich Großbritannien selbst) konkurrieren zu können. Jedes Wirtschaftswachstum wurde unmittelbar von einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz und einem strengen Budget begleitet, das die inländischen Aktivitäten verminderte, Arbeitslosigkeit hervorrief und das Wachstum stoppte.

Alle britischen Regierungen seit 1948 haben im Grunde genommen eine laissez-faire-Politik verfolgt, eine Planung der Wirtschaft oder eine Kontrolle des Handels zurückgewiesen. Unter britischen Bedingungen bedeutete das, daß ein Zahlungsbilanzgleichgewicht nur durch Deflation auf Kosten inländischer Arbeitslosigkeit und Stagnation erreicht werden konnte. Dieses „Stop-Go“-Muster – kurze Perioden des Wachstums, gefolgt von langen Perioden der Stagnation – bedeutete, daß es keine ermutigenden Wachstumsaussichten gab und daher keinen Investitionsanreiz für Kapitalisten. Niedrige Investitionen bedeuteten, daß neue Techniken nur langsam übernommen wurden und die Produktivität stagnierte, so daß die britische Industrie gegenüber ihren Konkurrenten relativ immer rückständiger wurde. So wurde Großbritannien ein Notstandsgebiet

der EWG, das spezielle Hilfe von entwickelteren Ländern wie (West-)Deutschland, Frankreich und Holland benötigt.

Die zum Ausbruch aus diesem unheilvollen Zirkel notwendige entschiedene Intervention des Staates in die Investitionstätigkeit, in die Produktion und den Handel wird von den Kapitalisten abgelehnt, weil sie eine schwere politische Bedrohung darstelle. Großbritannien ist ein Land mit einer mächtigen Arbeiterklasse mit langen sozialistischen Traditionen. Die Position des Kapitals ist niemals sicher und die herrschende Klasse erhält ihre Stellung teilweise mit der ideologischen Waffe aufrecht, indem sie den privaten Sektor in den Himmel hebt und nationalisierte Industrien und den öffentlichen Sektor im ganzen verteufelt. Diese Waffe würde durch eine erfolgreiche Politik einer vom Staat geleiteten Modernisierung entschärft werden, selbst wenn sie von einer Tory-Regierung durchgeführt würde. Es könnte jedermann klar werden, daß Planung im Gegensatz zum Marktmechanismus fähig wäre, die nationalen Wirtschaftsziele zu erreichen. Das würde das Selbstvertrauen der Arbeiterbewegung erhöhen, ihre Ansprüche steigern und die Position des Kapitals in Großbritannien bedrohen. Der britische Kapitalismus steckt in dem Dilemma, daß er vom ökonomischen Standpunkt einer entschieden Staatsintervention bedarf, aber völlig zu Recht (von seinem eigenen Standpunkt) deren politische Konsequenzen fürchtet.

3. Die Politik der Labour Party

Seit der Bildung der Labour-Regierung nach der Wahl vom Februar 1974 wurde eine Reihe von politischen Maßnahmen durchgeführt oder angekündigt, die sich auf die gegenwärtige Krise beziehen. Wir analysieren hier die wichtigsten Maßnahmen.

a. Das Budget

Mr. Healeys im März vorgelegter Etat enthielt ein herkömmliches deflationäres Paket. Er war geprägt von Politikern, Beamten und Wirtschaftswissenschaftlern, deren ökonomisches Denken noch immer von der kapitalistischen Ideologie der 20er Jahre beherrscht ist. Der einzige Weg des Verhaltens zur Krise, zur Mäßigung der Inflation und zur Erzielung eines Zahlungsbilanzausgleichs ist für sie die Beschneidung der Reallöhne und die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Dazu war der Etat bestimmt. Das ist nicht mehr als die Wiederholung der Jenkins-Politik von 1968–70 und wird unvermeidlich dasselbe Ergebnis zeitigen – die Erschöpfung der Arbeiterklasse, die Demoralisierung der Labour-Bewegung und die Rückkehr einer Tory-Regierung.

Aber in der Labour Party hat die Linke seit Jenkins' Tagen eine einflußreichere Stellung, und die vorkeynesianische Klassik ist jetzt mit einer sozialen Übereinkunft und Plänen für eine industrielle Rekonstruktion verbunden.

b. Die soziale Übereinkunft

Die soziale Übereinkunft, Labours Alternative zur Einkommenspolitik, ist ein Schema, das eine Reihe von Regierungsversprechen im Austausch gegen freiwillige Zurückhaltung in Lohnfragen durch die Gewerkschaften vorsieht. Die Versprechen beziehen sich auf die Zurücknahme des Industrial Relations Act, die Neuverhandlung des Vertrages von Rom, die Zahlung von höheren Pensionen, Preiskontrollen und Subventionen für Grundnahrungsmittel, um die Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung zu schützen; dazu kommen verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommensverteilung, wie die Ersetzung des Pay Board durch eine königliche Kommission zur Einkommensverteilung, Hilfen für die niedriger Entlohten und höhere Steuern, einschließlich einer Vermögenssteuer, für die Reichen.

Diese Politik wurde vom Gewerkschaftsverband TUC und besonders von Gewerkschaften begrüßt, die die niedriger Entlohten repräsentieren, da sie für diese Arbeiter materielle Vorteile in Aussicht stellt, die durch freie Kollektivabschlüsse schwieriger zu erreichen gewesen wären. Die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften in der freiwilligen Lohnbeschränkung wird sehr stark davon abhängen, ob die Labour-Regierung ihre Verpflichtungen einhält und besonders von ihrer Fähigkeit, die Preise zu kontrollieren – andernfalls wird die soziale Übereinkunft wahrscheinlich noch zu einem vom Staat den Arbeitern aufgebürdeten Lohnstopp degenerieren.

c. Industrielle Rekonstruktion

Der vielleicht am offensten sozialistische Programmpunkt der Labour-Politik ist der die Modernisierung der Industrie betreffende, der im Manifest vorgeschlagen und nun von Tony Benn ausgearbeitet wurde. Diese Vorschläge haben verschiedene positive Seiten. Sie erkennen, daß die britische Industrie technisch rückständig ist und einer massiven Investitionsspritze bedarf, die private Kräfte nicht zu geben gewillt sind. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist Staatsintervention in Produktion und Investitionstätigkeit erforderlich und auf verschiedene Weise durchzuführen; eingeschlossen dabei sind Planungsverträge, die mit einem National Enterprise Board (einer nationalen Unternehmensbehörde) auszuhandeln wären. Zusätzlich scheint mindestens ein Flügel der Regierung das Recht auf Arbeit anzuerkennen, obwohl diese fortschrittliche Ansicht unglücklicherweise nicht in das Budget einfloß, durch das eine Anzahl von Beschäftigten ihre Arbeit verlieren werden. Benn hat auch die Notwendigkeit erkannt, das göttliche Recht des Managements auf Regelung der Produktion, der Investitionen und der Beschäftigung infragezustellen und mit der Errichtung industrieller Demokratie zu beginnen. Mehr noch, er ist einer jener seltenen Labour-Führer, die die Notwendigkeit der Mobilisierung politischer Unterstützung an der Basis erkannt haben, wie seine Reden überall im Lande beweisen.

Es gibt jedoch negative Seiten in dieser Politik. Es besteht die ernste Gefahr, daß Benn denselben Weg gehen wird wie George Brown bei der DEA, indem er

Pläne auf dem Papier formuliert, die keine Erfolgchancen haben. Es hat keinen Sinn, Planungsverträge zu machen, wenn es keine adäquate Nachfrage für die Waren geben wird, zu deren Produktion sich Firmen bereiterklären. Die CEEB machte diese unglückliche Erfahrung, als sie der 4 %-Wachstums-Projektion des Nationalen Plans in ihrer Investitionsplanung loyal folgte und dann bei sich eine erhebliche Überkapazität feststellen mußte, als diese Wachstumsrate sich nicht realisierte, so daß die Preise zur Bezahlung der überschüssigen Anlagen erhöht werden mußten.

Die andere negative Seite besteht darin, daß die industrielle Demokratie nicht die Kontrolle der Arbeiter, sondern eher die Eingliederung von Gewerkschaftsführern in private Firmen darstellen könnte. Das wäre ein Beitrag zur Stützung eines verfaulenden Systems und zur Ausweitung lokaler Spaltungen in der Labour-Bewegung. Diese Gefahr illustriert ein Kommentar der französischen Gewerkschaftsorganisationen, der Confédération Générale du Travail/Force Ouvrière (CGT/FO) zu einem Gesetz aus dem Jahre 1967, das in Frankreich die Profitverteilung obligatorisch machte: „Das Gesetz hat außer seinem Namen keine Verbesserung gebracht. Seine wesentlichen Motive sind die Begünstigung der Selbstfinanzierung der Konzerne und verstärkter Konsumverzicht der Arbeiter. In Wirklichkeit kann die Situation des Arbeiters nicht von Grund auf geändert werden, wenn ein Gesetz eingeführt wird, das auf die Auswirkungen und nicht auf die zugrundeliegenden Ursachen der Besitzlosigkeit abzielt. Er verkauft nach wie vor seine Arbeit in Übereinstimmung mit den Marktgesetzen. Alles was er über seine Firma weiß, betrifft den Inhalt seiner Lohntüte und – wenn sein Betriebsrat effektiv arbeitet – das gesamte Produktionsergebnis der Gesellschaft und ihre Bilanz. Was dazwischen geschieht, bleibt – und dahinter steht eine Absicht – für den Mann in der Werkhalle ein Geheimnis. Wenn das so ist, wie kann jemand von Partizipation reden? Von der Beteiligung an der Betriebsleitung? Ganz gleich, wie das aktuelle Schlagwort gerade lautet.“¹

d. „Micawberismus“

Es hat sich das Gefühl verbreitet, daß es nicht wirklich notwendig sei, die wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen in Großbritannien drastisch zu ändern, weil in einigen Jahren das Öl aus der Nordsee da sei und alle Probleme gelöst habe. Wie Micawber hängen viele Leute dem Glauben an, daß irgend etwas geschehen werde und vergessen dabei die Zeit, die es dauern wird, bis Nordsee-Öl in bedeutenden Mengen fließen wird. Sie ignorieren ferner die Größe des britischen Treibstoffbedarfs in den 80er Jahren, die Belastung der Zahlungsbilanz durch Überweisungen von Ölprofiten ausländischer Gesellschaften und den ständigen relativen Niedergang der britischen Industrie, der den britischen Kapitalismus daran hindern wird, irgendwelche potentielle Früchte zu genießen. Selbst unter Einbeziehung des Nordsee-Öls sagt das Papier der Finanzbehörde, auf dem Callaghans Argumente für eine Neuverhandlung der Beiträge zum EWG-Etat

¹ John Horner, Studien über industrielle Demokratie (London 1974), S. 206.

beruhten, voraus, daß Großbritanniens Nationaleinkommen 1980 nur 65 % des Durchschnitts der Gemeinschaft betragen wird (verglichen mit 80 % heute). Der durch das Hereinfließen des Nordsee-Öls erreichbare Zuwachs der Selbstversorgung wird wertvoll sein, aber kann nicht als Ersatz für die Veränderung der unmodernen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen Großbritanniens angesehen werden. Ohne eine solche Transformation wird das Wachstumspotential des Nordsee-Öls hauptsächlich für Zinsdienste und Rückzahlung der mittelfristigen Schulden verzehrt, die zur Finanzierung des riesigen, zur Zeit herrschenden Zahlungsbilanzdefizits gemacht wurden, sowie zur Bezahlung des dramatischen Importzuwachses, den eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung in den späten 70er Jahren erzeugen würde.

e. Labours Kehrtwendungen

Ein traditionelles Bild der Labour-Regierungen sieht so aus, daß sie vor ihrer Amtsübernahme die Erwartungen der Arbeiterklasse hochschrauben, bei Amtsantritt einige fortschrittliche Maßnahmen durchführen, aber im gegebenen Moment unvermeidlich viele ihrer eigenen Anhänger durch Rücknahme ihrer Versprechungen vor den Kopf stoßen. Die Labour-Regierung von 1929–31 war zu keiner Beschränkung der Arbeitslosigkeit fähig und endete damit, daß sie die Arbeitslosenbeihilfen zu kürzen begann. Die Labour-Regierung von 1945–51 legte anfänglich ein Programm der Nationalisierung und Sozialreform vor, ging aber schließlich zu einer Politik des Einfrierens der Löhne und der Kürzungen von Sozialleistungen über. Die Labour-Regierung von 1964–70 kam auf einer Welle der „fiebrhaften technologischen Revolution“ ans Ruder, verhängte aber nach 1966 auch einen Lohnstopp, beschnitt Sozialleistungen und erzeugte Erwerbslosigkeit. Somit ist es, was sie auch immer versprechen mag, mehr als wahrscheinlich, daß auch die Labour-Regierung von 1974 eine ähnliche Linie verfolgen wird. Diese Kehrtwendungen sind nicht zufällig; die Gründe dafür werden im nächsten Abschnitt erklärt.

4. Die Funktion der Labour Party

Seit dem Ersten Weltkrieg ist die Labour Party eine der beiden größeren Parteien im Land und war wiederholt in der Regierungsverantwortung. Trotzdem bleibt Großbritannien ein Land, in dem Ungleichheit und hierarchische Strukturen bestehen und das unter einer permanenten wirtschaftlichen Krise leidet.

Die Niederlagen der Labour Party resultieren aus der Natur dieser Partei, aus dem Wesen der britischen Krise und aus dem in der Labour Party herrschenden Mangel an Einsicht in die Widersprüche des Kapitalismus.

Im Gegensatz zur Konservativen und Liberalen Partei entstand die Labour Party als eine außerparlamentarische Massenbewegung und verpflichtete sich, „den Hand- und Kopfarbeitern die Früchte ihres Fleißes voll zu sichern und die

gerechteste Verteilung derselben, die auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Bedingungen der Produktion, der Verteilung und des Austauschs möglich ist, sowie das bestmögliche System der öffentlichen Verwaltung und Kontrolle jeder Industrie und jeden Dienstes einzurichten“². Dennoch haben die Führer der parlamentarischen Labour Party bei Erreichung ihrer Ämter sich nicht als die Führer einer Massenbewegung begriffen, die auf den Interessen einer bestimmten Klasse beruht und die bestehende herrschende Klasse voll ersetzen will, sondern teilweise als eine alternative Verwaltung und teilweise als Repräsentanten derjenigen, die vom Schicksal dazu verurteilt sind, eine Unterklasse zu bleiben. Fortan haben sie viele der schlimmsten Erscheinungen des britischen Staates akzeptiert und beim Angriff auf die kapitalistische Macht versagt. Sie waren glücklich, an den Früchten der imperialistischen Ausbeutung teilhaben zu können und versäumten es, ihre Anhänger im Land zur Verteidigung ihres Programms zu mobilisieren, wenn es von ihren Gegnern angegriffen wurde. Sie versäumten sogar, die Bastion der Reaktion, die Bank von England, umzugestalten.

Der linke Flügel der Labour Party, der besonders in der Gewerkschaftsbewegung Einfluß hat, hat ständig die rechte Politik der Führung der parlamentarischen Labour Party bekämpft, aber ihm fehlte die zur Niederringung der Rechten notwendige theoretische Perspektive und politische Stärke. Bis vor kurzem glaubte der linke Flügel sogar noch, der Sozialismus könnte allein durch die parlamentarische Aktion erkämpft werden. Unter dem Eindruck des massenhaften Kampfes der Arbeiterklasse gegen solche parlamentarischen Maßnahmen wie den Industrial Relations Act ist diese Überzeugung geschwächt worden, bleibt aber dennoch einflußreich.

Die Idee, daß Großbritannien sich auf einer langen Talfahrt des relativen industriellen Verfalls befindet und dringender Aktionen zur Abhilfe bedarf, spielte im Denken der Labour Party bis zur Übernahme des Industrieministeriums durch Tony Benn im Jahre 1974 eine geringe Rolle. Vorher gaben sich die Führer der parlamentarischen Labour Party, denen eine Theorie der britischen Krise fehlte, im allgemeinen damit zufrieden, Lösungen zu unterstützen, die gerade von fortgeschrittenen bürgerlichen Denkern verworfen worden waren, wie etwa den Freihandel und den Goldstandard 1924 und 1929–31 und die Freimarktpolitik und die Nachfrageregulierung in den 50er und 60er Jahren.

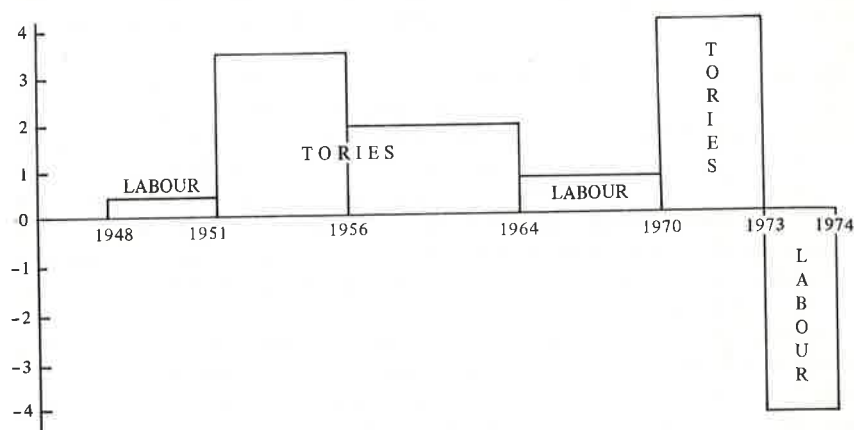
Die Bereitschaft der Labour Party, als Verwalter des britischen Kapitalismus zu arbeiten, beweist ihr Unverständnis gegenüber den Widersprüchen einer solchen Position. Als Administrator einer kapitalistischen Wirtschaft zu wirken bedeutet, ein auf Ungleichheit, Hierarchie und der Besitzlosigkeit der Arbeiterklasse aufgebautes System zu erhalten und zu stärken. Welche humanen und egalitären Ideale die Partei auch gehabt haben mag, mit der Amtsführung für dieses System hat sie nicht nur die Klasse angegriffen, von der sie ihre Massenunterstützung erhält, sondern sie hat auch die Gewerkschaftsführung in diesen An-

2 Verfassung der Labour Party, Artikel 4.

griff eingeschlossen. Die Abbildung 1 zeigt z. B., wie die Labour Party wiederholt die „Lösung“ der Krisenprobleme durch Einfrieren der Löhne unternommen hat. Die großen Zunahmen des Reallohns, 1951–1956 und 1970–73, wurden unter Tory-Regierungen erreicht, während die Labour-Regierungen von 1948–51, 1964–70 und 1974 ihn niederkühlten in einem nutzlosen Versuch, die kapitalistische Krise durch die Übernahme kapitalistischer Politik zu lösen. Es schien oft so, als beständen die Ziele der Labour Party in der Anwendung reaktionärer politischer Maßnahmen, die von den Gewerkschaften heftig bekämpft worden wären, wenn sie von den Tories ausgegangen wären.

Abb. 1

Durchschnittliche jährliche Veränderungen des real verfügbaren Einkommens eines typischen Lohnempfängers



Veränderungen in %, 1974 Schätzung.

5. Schlußfolgerung

Großbritannien laboriert z. Zt. an einer akuten Wirtschaftskrise. Die Preise schnellen in die Höhe, die Arbeitslosigkeit wird bald einen hohen Stand haben und es gibt ein gigantisches Zahlungsbilanzdefizit. Labour begegnet den Problemen mit einem deflationären Budget, einer sozialen Übereinkunft und Gedanken zu einer Reorganisation der britischen Industrie. Die traurige Geschichte der Labour Party, die aus der Natur der Labour Party, aus dem Wesen der britischen Krise und aus dem Mangel an Einsicht in die Widersprüche des Kapitalismus innerhalb der Labour Party resultiert, legt nahe, daß die soziale Übereinkunft bei einer Verschärfung der Krise in ein Einfrieren der Löhne verwandelt wird und daß man sich von *Tony Benns* Politik trennt. Es bedarf zur Verhinderung dieser Möglichkeit eines energischen Kampfes der Linken, der sich auf eine Analyse der

politischen Alternativen gründet und den Weg für ein sozialistisches Großbritannien öffnet.

II. Großbritannien und die Weltwirtschaft

1. Einleitung

Jeder Versuch der Planung der Wirtschaft und der Einführung einer fortschrittlichen Sozialpolitik muß sich im Einklang mit der Realität von Großbritanniens internationaler Stellung befinden. Es zieht gewisse Vorteile aus seiner Rolle als größere imperialistische Macht; doch zur gleichen Zeit beschränken die engen Verbindungen mit der Weltwirtschaft die innenpolitischen Möglichkeiten auf verschiedene Weise. Großbritannien befindet sich in der paradoxen Situation, sowohl eine imperialistische Macht als auch ökonomisch abhängig zu sein. Die Labour-Regierungen haben diese Situation immer als unvermeidlich oder angenehm hingenommen und ihre Politik danach ausgerichtet, dabei aber die Interessen der Arbeiterklasse dem Druck des Weltmarktes und den Interessen ausländischer Kreditgeber geopfert. In diesem Kapitel wollen wir untersuchen, welche Konsequenzen es hätte, wenn dieser Weg verlassen und ein entschiedener Versuch unternommen wird, die Klammer des Imperialismus und Weltkapitalismus um die britische Wirtschaft zu zerbrechen. Wir nehmen ein bestimmtes Szenario an, in dem die übrige westliche Welt kapitalistisch bleibt.

Es gibt in der Linken den Standpunkt, daß die Macht des Weltkapitalismus über die britische Wirtschaft heute so groß ist, daß auf einer nationalen Basis kein Spielraum zur Durchführung fortschrittlicher Politik mehr vorhanden ist und daß eine Veränderung nur im Zusammenhang einer weltweiten oder europäischen Revolution möglich ist. Nach dieser Auffassung ist eine detaillierte Untersuchung der Probleme der Herbeiführung des Sozialismus in Großbritannien sinnlos, wenn die übrige westliche Welt kapitalistisch bleibt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit von der grundlegenden Aufgabe der Errichtung des Weltsozialismus ab und könnte auch die in unserem Lande schon so weitverbreiteten chauvinistischen Stimmungen anheizen. Bei dieser unbeschwerten Auffassung ergeben sich jedoch einige Probleme. Erstens gründet sie sich auf eine sehr seltsame Sicht der Dynamik des Klassenkampfes, die unter vollständiger Ignoranz ihrer nationalen Dimension nur von einem internationalen Aspekt her gesehen wird. Eine der wirkungsvollsten Arten der politischen Destabilisierung des kapitalistischen Weltsystems wäre der ernsthafte Versuch, eins der westlichen Hauptländer aus diesem System herauszubringen. Ein solcher Versuch wird nie unternommen, wenn sich die Linke selbst auf das Führen defensiver gewerkschaftlicher Kämpfe, wie militant sie auch sein mögen, sowie auf den Aufbau einer internationalen Bewegung beschränkt. Die Linke muß die Worte von *Marx*

im „Kommunistischen Manifest“ ernst nehmen: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst internationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“³ Man braucht eine auf das betreffende Land bezogene strategische Perspektive, um das zu tun; die wiederum erfordert ein detailliertes Verständnis ihrer Verbindungen mit der Weltwirtschaft und den durch sie gesetzten Problemen.

Zweitens hat blinder Internationalismus der Linken in der Vergangenheit Schaden zugefügt. Die Bolschewiki z. B. haben von einer gleichzeitigen Weltrevolution geträumt und fanden sich beim Erwachen an der Macht, eingekreist von fürchterlichen Feinden und gänzlich unvorbereitet für die vor ihnen liegenden realen materiellen und politischen Probleme. Selbst wenn jemand glaubt, der europäische oder Weltsozialismus sei eine nahe bevorstehende Realität, müßte ihm die Klugheit nahelegen, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, das könnte nicht der Fall sein und die Linke könnte in Großbritannien eher als anderswo die Macht übernehmen. Schließlich verlassen diejenigen, die von einer europäischen oder weltweiten Revolution reden, nie den Bereich abstrakter Parolen, die zwar stichhaltig sein mögen, aber keine theoretische Perspektive weisen außer der Notwendigkeit der Schaffung einer internationalen Arbeiterbewegung – das ist etwas, das alle Linken unterstützen, selbst diejenigen, die wie wir glauben, daß die Probleme des Sozialismus in Großbritannien ernstgenommen werden müssen.

Aus der Tatsache, daß wir ein besonderes Szenario annehmen, in dem andere westliche Länder kapitalistisch bleiben, ergibt sich nicht, daß wir dies für die einzige Möglichkeit halten. Ein Linksruck in Großbritannien könnte z. B. sehr wohl ein Teil einer allgemeinen europäischen Bewegung sein, als deren Ergebnis es möglich wäre, die sozialistische Entwicklung in Europa im ganzen zu planen. Natürlich muß sich die Linke genügend Flexibilität bewahren, um auf solche Entwicklungen im Moment ihres Entstehens zu reagieren und ihnen jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Sie muß auch die chauvinistischen Exzesse und die „kleinenglische“ Sicht vermeiden, die für die Kampagne gegen den Gemeinsamen Markt so charakteristisch waren.

Der nationale Kampf in Großbritannien gegen die Mächte des Weltkapitalismus ist tatsächlich in zweierlei Hinsicht international. Sein Erfolg hängt davon ab, daß die Unterstützung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern einen Handelsboykott gegen das Vereinigte Königreich verhindert und ihre Regierungen zwingt, eine kooperative Haltung gegenüber einem sozialistischen Großbritannien einzunehmen. Und er ist entschlossen internationalistisch in seinem Angriff auf die Wurzeln des britischen Imperialismus.

2. Der Handlungsspielraum

Großbritannien ist mit dem kapitalistischen Weltsystem eng verflochten. Seine Wirtschaft ist finanziell und industriell hochgradig international. Die City von London ist das führende Finanzzentrum der Welt, Schlüsselindustrien werden von multinationalen Firmen beherrscht, von denen viele ausländisch kontrolliert sind. Schließlich ist Großbritannien stark von der Wirtschaft anderer Länder abhängig, was die Befriedigung seiner Bedürfnisse und den Absatz seiner Waren angeht. Viele der Aktivitäten in diesen verschiedenen ökonomischen Sphären werden von Kapitalisten durchgeführt, die in einer sehr unkontrollierten Weise arbeiten. Wenn diese Kapitalisten nicht mit dem einverstanden sind, was die Regierung tut oder unzufrieden mit den wirtschaftlichen Aussichten im Inland sind, können sie ihr Geld nach draußen abziehen und eine Finanzkrise hervorrufen, in der die britische Regierung dem Bankrott ins Auge sieht. Die multinationalen Firmen sind in dieser Hinsicht besonders mächtig, sie engagieren sich in enormem Maßstab in der Währungsspekulation. Zusätzlich können sie die Zahlungsbilanz unterminieren, indem sie importieren, was in Großbritannien produziert werden könnte und im Ausland produzieren, was exportiert werden könnte.

In dieser und vieler anderer Hinsicht unterwirft die gegenwärtige Situation Großbritannien der Disziplin des kapitalistischen Weltsystems. Jede Regierung, die in solchen Bereichen wie Einkommensverteilung oder Vermögensbesitz radikale Veränderungen einzuführen versucht, wird sich dem Bankrott gegenübersehen, indem das Geld in fremden Devisenmärkten verschwindet und multinationale Firmen durch Verlagerung ihrer Aktivitäten die Wirtschaft boykottieren. Zum Teil mag diese Kapitalflucht politisch motiviert, ein Akt überlegter Sabotage sein. Eher aber wird es die natürliche Antwort verunsicherter Investoren sein, die sich über die Sicherheit und Gewinnträchtigkeit ihrer Einlagen Sorgen machen.

Unter diesen Umständen hat die Regierung eine Reihe von Möglichkeiten. Sie kann das kapitalistische „Vertrauen“ in einem verzweifelten Versuch durch die Verwerfung ihres Programms zurückgewinnen. Zum andern kann sie die Kapitalflucht durch Anleihen von fremden Regierungen finanzieren, aber diese Anleihen werden normalerweise nur unter der Bedingung gewährt, daß die britische Regierung ihre radikalen Ziele aufgibt und sich „verantwortungsbewußt“ verhält. Schließlich kann sie zu ihren Zielen stehen und die Macht des internationalen Kapitals bekämpfen. Man muß entschlossen und findig in einem solchen Kampf sein und sich jede Strategie zur Spaltung und Ausschaltung der Gegner zunutze machen. Man benötigt eine strategische Perspektive zur Anleitung des Tageskampfes und, was das wichtigste ist, man muß die Unterstützung des Volkes im Inland und Solidarität draußen, sowohl in den sozialistischen Ländern als auch in den Arbeiterbewegungen Europas und anderswo, mobilisieren.

3 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 473.

3. Was kann getan werden?

Was kann eine linke Regierung tun, die mit der eben beschriebenen Anordnung der kapitalistischen Macht konfrontiert ist, um ihr Programm vor der Zerstörung durch die Aktionen der feindlichen aus- und inländischen Investoren zu sichern? Zunächst kann sie beim ersten Anzeichen von Unruhe, oder vorzugsweise früher, Notmaßnahmen zur Verhinderung von Kapitalflucht ergreifen. Transaktionen auf fremden Devisenmärkten und an der Börse können suspendiert werden und fremdes, in Großbritannien eingelegtes oder investiertes Geld kann zeitweise eingefroren werden. Keine dieser Maßnahmen ist besonders revolutionär, sondern wurde von rechten nationalistischen Regierungen wie denen des gaullistischen Frankreich und sogar früher von britischen Regierungen schon angewendet. Aber es sind ihrer Natur nach Übergangsmaßnahmen, die durch ein flexibleres und umfassenderes System der Kontrolle von kurz- wie langfristigen Kapitalbewegungen ersetzt werden müssen, kombiniert mit der Kontrolle des Verhaltens von multinationalen Firmen, einer Überwachung ihrer Produktion, ihrer Investitionen und auswärtigen Handelspolitik, der von ihnen berechneten Transportkosten usw. Natürlich müßten diese Kontrollen in Übereinstimmung mit den allgemeinen, dringlichsten Aufgaben der Regierung, die in einer Art nationalem Plan niederzulegen wären, ausgewählt werden.

Es wäre aber ein Fehler zu glauben, daß der Prozeß hier ein Ende finden kann, daß es ausreiche, Kontrollen für das internationale Kapital einzuführen. Es ist möglich, daß sich Kontrollen als nicht effektiv erweisen und daß man ihnen Widerstand entgegensetzt. Die Kapitalisten haben eine Reihe von Mitteln zu ihrer Verfügung, durch die sie Kontrollen umgehen oder vollständig sabotieren können. Die kapitalistischen Institutionen können sich als hinderlich erweisen, entweder Anweisungen nicht befolgen oder lebenswichtige Informationen zurückhalten. Firmen können überseeische Zahlungen und Eingänge umprogrammieren, und die folgenden Lücken können den Verlust von Hunderten Millionen Pfund in ausländischen Währungen bedeuten. Sie können Exporte unterbewerten und Importe überbezahlen und damit den Restriktionen von Kapitalexporten entgehen. In dieser Beziehung können sich multinationale Firmen als die schwierigsten erweisen, die sowohl hinsichtlich des Umgehens von Regelungen wie auch hinsichtlich der Zurückhaltung von Informationen wohl am meisten Erfahrungen aufzuweisen haben. Ohne die aktive Kooperation mit anderen Staaten würde es niemals möglich sein, ein auch nur annehmbares System von Kontrollen der Operationen des internationalen Kapitals zu entwickeln. Wenn eine linke Regierung eine solche Kooperation nicht erreicht, würde sie früher oder später, und wahrscheinlich früher, zu radikaleren Maßnahmen getrieben werden. Ein großer Teil des internationalen Geschäfts der City müßte eingestellt und der übrige direkt von der Regierung übernommen und verwaltet werden. Ebenso müßten viele internationale Firmen übernommen werden, entweder ganz oder mit einer Mehrheitsbeteiligung der Regierung. Welche Institutionen oder Firmen genau übernommen oder liquidiert werden müßten, hängt vom Verlauf

der exakten Umstände dieser Zeit und von besonderen Bedingungen ab, die im Rahmen dieses Artikels nicht diskutiert werden können. Aber es ist auch so realistisch, wenn man erwartet, daß die Reaktion des multinationalen Kapitals eine schnelle und umfassende Übertragung des Eigentums erzwingen würde, die den Umfang der City beschränkte und viele große in- und ausländisch kontrollierte Firmen beträfe.

Die Notwendigkeit des Abbaus von Teilen der City und der Übernahme ausländischer Multis würde durch die Reaktion der ausländischen Investoren und ihrer Heimatländer erzwungen werden. Konfrontiert mit den unvermeidlichen Unsicherheiten, die jede linke Regierung in ihren Anfangsjahren umgeben, dazu mit den ausgedehnten Kontrollen von Kapitalbewegungen und Geschäftsvorgängen, würden viele ausländische Investoren ihre Geschäfte ziemlich schnell abwickeln und ihre Fonds auflösen wollen. Das würde die Regierung mit mehreren Möglichkeiten der Wahl konfrontieren. Sie könnte einfach die Erlaubnis für eine Auflösung verweigern und so eine Vergeltung in Form von Handelsboykott oder schlimmerem riskieren. Oder sie könnte das Eigentum ausländisch kontrollierter Firmen konfiszieren und Großbritanniens Finanzschulden nicht anerkennen. Das Risiko einer Vergeltung wäre dann noch größer als bei einem Einfrieren der betreffenden Einlagen. Schließlich könnten einige Auflösungen erlaubt, kurzfristige Schulden bezahlt und die Nationalisierung ausländischer Niederlassungen vermittels Entschädigung durchgeführt werden. Dies würde das Risiko einer Vergeltungsaktion vermindern, aber nicht beseitigen. Die Durchführbarkeit eines solchen Weges wird weiter unten diskutiert. Was jedoch im Augenblick interessiert, ist das: Ausländische Kapitalisten und ihre Heimatländer werden eine Politik des Einfrierens des Imports von Anlagen bzw. dem Export derselben sowie eine Kontrolle der Geschäfte von Firmen in fremdem Besitz nicht tolerieren. Daher könnte die Regierung gezwungen sein, die meisten internationalen Aktivitäten der City zu beenden und viele in Fremdbesitz befindliche Firmen zu übernehmen.

4. Das Sprengen der Ketten

Um wirksam die Macht über die Wirtschaft auszuüben und wegen des ausländischen Drucks auf Auflösung ihrer Kapitalanlagen würde eine linke Regierung gezwungen sein, große Teile der City und der Industrie zu nationalisieren und einen großen Teil der internationalen Geschäfte der City zu unterbinden. Ferner würde es durch das Fehlen von sympathisierenden Regierungen in den jetzigen entwickelten kapitalistischen Ländern in vielen Fällen notwendig sein, Großbritanniens Schulden anzuerkennen und Entschädigungen für nationalisiertes ausländisches Eigentum anzubieten. Das ist keine Frage der abstrakten Moral, sondern der politischen Überlegung. In jedem besonderen Fall muß die Wahl zwischen Entschädigung und Konfiskation von allgemeinen politischen Kriterien geleitet werden – wie sichert man das langfristige Überleben des Sozialismus in

Großbritannien, gehören, beispielsweise, die betreffenden Einlagen armen Ländern, die lange ausgebeutet wurden oder reichen imperialistischen Ländern usw. Vorausgesetzt, das Geld kann aufgebracht werden, ist die Entschädigung in den meisten Fällen der angezeigtere Weg, da ausgedehnte Konfiskationen besonders europäischen Eigentums zu einem empfindlichen Handelsboykott führen könnten, der die Überlebenschancen der Regierung ernstlich bedrohen oder bei einem Abbröckeln der Unterstützung durch das Volk in die Richtung eines verstärkten Autoritarismus führen würde.

Die naheliegende Frage an dieser Stelle ist: Kann das Geld aufgebracht werden? Wenn die Antwort „Nein“ lautet, könnte eine ernsthaft linke Regierung in eine Konfrontation mit einer oder mehreren größeren kapitalistischen Mächten verwickelt werden, wie schon Chile und Cuba, die kaum eine andere Wahl als die Übernahme ausländischen Eigentums ohne Entschädigung hatten. Für beide Länder waren die Kosten der Konfrontation hoch. Wären sie in der Lage gewesen, Entschädigung zu zahlen, hätten sich ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten anders entwickelt, obwohl das nicht sicher ist, da ihre Existenz die Interessen der USA in ganz Lateinamerika bedrohte. Trotzdem lieferte die Enteignung amerikanischen Eigentums den US-Behörden den Vorwand, daß sie gegen die betreffenden Regierungen vorgehen mußten. Wenn diese eine wirkliche Entschädigung angeboten hätten, wäre es für die US-Behörden viel schwieriger gewesen, ihre Politik vor dem amerikanischen Volk zu rechtfertigen.

Nun ist Großbritannien nicht so ohne weiteres mit Ländern wie Cuba und Chile zu vergleichen. Die britischen Kapitalisten sind Eigentümer enormer überseeischer Anlagen. Wenn diese von der Regierung eingezogen würden, reichten sie theoretisch zur Rückzahlung aller Schulden Großbritanniens und zum Kauf der ausländischen Niederlassungen in diesem Land aus, wobei die britischen Kapitalisten geschwächt würden, da man sie der ausländischen Unterstützung beraubte. In der Praxis würden die Dinge natürlich nicht so einfach aussehen, da viele der britischen überseeischen Anlagen, wie z. B. Industrieniederlassungen, nur schwer schnell zu verkaufen wären, außer zu Ausverkaufspreisen, und sich somit ernsthafte politische Probleme bei ihrer tatsächlichen Enteignung ergäben. Trotzdem verschafft die Existenz dieser enormen Anlagen einer entschiedenen britischen Regierung Möglichkeiten, die linke Regierungen in Cuba oder Chile nicht vorfinden.

a. Die britischen Auslandsanlagen

Tabelle 1, die auf veröffentlichten Zahlen der Bank von England beruht, gibt eine Zusammenstellung der ausländischen Anlagen und Verbindlichkeiten Großbritanniens Ende des Jahres 1973. In fast allen Bereichen ist der private Sektor netto ein Gläubiger. Britische Industriefirmen besitzen im Ausland Produktionsstätten im Werte von 12.000 Mio. Pfund, fast das Doppelte der Holdings von ausländischen Industriefirmen in Großbritannien. Selbst wenn man britische Anlagen in unterentwickelten Ländern nicht in Betracht zieht, bleibt Großbri-

tannien netto ein Gläubiger, der weitaus mehr industrielle Anlagen in den entwickelten kapitalistischen Ländern besitzt als diese hier besitzen.

Auch die City ist netto ein Gläubiger. Großbritanniens enormer Bestand an Aktien und Anteilen in Amerika, Europa, Australien, Südafrika und anderswo ist mehr als ausreichend zum Ausgleich eines relativ geringen Defizits auf dem Eurodollar-Markt. Insgesamt besitzt die City Anlagen, deren Wert 1.200 Mio. Pfund mehr als ihre Verbindlichkeiten ausmacht. Wenn die City durch eine Aufrechnung der britischen Finanzanlagen gegen die finanziellen Verpflichtungen aufgelöst werden könnte, verbliebe ein Überschuß in dieser Höhe.

Im Gegensatz zum privaten Sektor ist der öffentliche Sektor ein internationaler Schuldner. Ein Teil der überseeischen Expansion des britischen Kapitals wurde durch öffentliche Schulden finanziert – mit dem Resultat, daß jetzt die Regierung im Ausland beträchtliche Schulden hat. Trotzdem ist die Situation für Großbritannien günstig, da die Überschüsse des privaten Sektors die öffentlichen Schulden bei weitem übertreffen. Wenn alle überseeischen Privatvermögen des Vereinigten Königreichs von der Regierung übernommen würden, wäre eine drastische Reduzierung des Einflusses des internationalen Kapitalismus auf die britische Wirtschaft möglich. In einigen Fällen könnten ausländische Firmen aufgekauft und Geldgeber ausgezahlt werden. Britischer Besitz von US-Sicherheiten z. B. könnte verkauft und das Geld als Entschädigung für übernommene amerikanische Firmen verwendet werden, oder es wäre zur Sicherung eines Mehrheitsanteils in solchen Firmen geeignet.

Britische Anlagen in unterentwickelten Ländern müßten anders als die in den entwickelten Ländern behandelt werden. Die einfachste und von unserem Standpunkt aus beste Lösung wäre die kostenlose Übergabe der britischen Werte an die betreffenden Länder, verbunden mit dem Angebot jeder für den weiteren Betrieb notwendigen technischen Hilfe. Das würde den Weg für wirklich kooperative und zum gegenseitigen Nutzen reichende Handelsabkommen zwischen Großbritannien und den betreffenden Ländern bahnen.

Ein wichtigste Problem bleibt offen. Wäre die Enteignung von überseeischem britischen Besitz möglich? Es gibt dafür sicherlich Präzedenzfälle. In beiden Weltkriegen enteignete die britische Regierung ausländische Anlagen und verkaufte sie, um den Kriegsaufwand zu finanzieren. Es gibt keinen rechtlichen Grund, warum das nicht wiederholt werden sollte. In letzter Überlegung würde natürlich nicht das internationale Recht, sondern die Politik den Fall entscheiden. Die kapitalistische Welt würde ein solches Programm nur hinnehmen, wenn sie sich einer entschiedenen Regierung gegenüber sähe, die gewillt wäre, die

Anmerkung zu Tabelle 1

Anmerkungen: Die Zahlen sind, gemäß der Praxis der Bank von England, auf- bzw. abgerundet

* einschließlich 890 Mio. Pfund, die von britischen Banken für öffentliche Körperschaften im Ausland aufgenommen wurden.

Tabelle 1
Großbritanniens Anlagevermögen und Verbindlichkeiten im Ausland,
Ende 1973 (in Mio. Pfund)

	Aktiva	Verbindlichkeiten	Netto Aktiva
Privater Sektor			
Industrie			
1. Nicht-Öl	9.725	4.655	+ 5.070
2. Öl	<u>2.350</u>	<u>1.900</u>	+ 450
3. Industrie total	12.075	6.555	+ 5.520
Geldanlagen			
4. Eurodollar-Bank- geschäfte	35.719	39.017*	- 3.298
5. Sterling-Bank- geschäfte	3.665	3.271	+ 394
6. Wertpapierbestand	7.150	2.925	+ 4.225
7. Andere Geldanlagen	<u>2.439</u>	<u>2.548</u>	- 109
8. Geldanlagen total	<u>48.975</u>	<u>47.760</u>	+ 1.215
9. Privater Sektor total	<u>61.050</u>	<u>54.315</u>	+ 6.735
Öffentlicher Sektor			
10. Langfristige Anleihen usw.	1.790	1.545	+ 245
11. Offizielle staatliche Sicherheiten		2.651	- 2.651
12. Kurzfristige Staats- schulden		1.091	- 1.091
13. Offizielle staatliche Reserven	<u>2.235</u>		+ 2.235
14. Öffentlicher Sektor total	<u>4.025</u>	<u>5.285</u>	- 1.260
15. Gesamtsumme	<u>65.075</u>	<u>59.600</u>	+ 5.475

Quelle: Vierteljahresbericht der Bank von England, Juni 1974

Unterstützung des Volkes im eigenen Lande und die Solidarität der Arbeiterklasse draußen zu mobilisieren.

b. Die Kosten

Durch dieses Programm der Enteignung des britischen Auslandsvermögens und der wesentlichen Beschränkung der Rolle der City, der Auslandsaktivitäten britischer Gesellschaften und ausländischer Gesellschaften in diesem Land würde die Zahlungsbilanz auf verschiedene Weise beeinflusst. Viele der überseeischen Einkünfte der City gingen verloren, weil sich ihre Geschäfte durch den Rückzug der Fonds ausländischer Kapitalisten in sichere Länder verminderten. Die Einkommen aus britischem Auslandsvermögen in Form von Zinsen, Profiten und Dividenden würden abnehmen, ebenso die Zahlungen, die aus dem in diesem Lande investierten Vermögen ausländischer Kapitalisten resultieren. In Tabelle 2

Tabelle 2
Geschätzte direkte Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz
(in Mio. Pfund, Preise von 1974)

Verluste

1. Einkommen der City aus Gelddiensten:	
Versicherung	235
Bankgeschäfte	90
Handel	20
Maklergeschäfte	<u>35</u>
Summe	380
2. Einkommen aus Vermögen des Vereinigten Königreichs (netto):	<u>500</u>
Verluste total	<u>880</u>

Gewinne

3. Militärausgaben im Ausland (netto)	200
4. Gemeinsamer Markt	<u>400</u>
Summe	<u>600</u>

Jährlicher Nettoverlust – 280 Mio. Pfund.

Quellen und Berechnungsweise: siehe Text.

findet sich eine pessimistische Schätzung der Auswirkung dieser Veränderungen auf die Zahlungsbilanz. Einzelheiten der Berechnungen werden wir in unserem nächsten Buch veröffentlichen. Allgemein nehmen wir an, daß die Masse des Einkommens der City aus Zinsen verlorengehe, dazu auch das gesamte Nettoeinkommen des Vereinigten Königreichs aus dem Ausland. Auf der Basis dieser Annahmen schätzen wir den Einkommensverlust der City aus Zinsen etc. auf etwa 380 Mio. Pfund und den Auslandsverlust auf etwa 500 Mio. Pfund, was eine Gesamtsumme von 880 Mio. Pfund ergibt. Das wäre ein großer Verlust, aber er würde der Wirtschaft keinen Schaden zufügen. Er ist nur ein wenig höher als der Erlös der britischen Exporte alle 14 Tage beträgt. Er macht etwa 1 1/4 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Wenn die Arbeitslosigkeit um etwa 400.000 Personen verringert und die zusätzlichen Produkte im Ausland verkauft werden könnten, wäre der gesamte Verlust wettgemacht.

Es wurden große Anstrengungen unternommen, um das britische Volk davon zu überzeugen, daß sein Wohlstand von der fortgesetzten Aktivität und der Ausweitung der Finanzmacht der City und der überseeischen Investitionen britischer Firmen abhängt. „Unsichtbare“, so heißt es, sichern einen großen und unverzichtbaren Teil von Großbritanniens Einnahmen in fremder Währung. Und das ist so. Aber man sagt uns selten, daß die Masse dieser Einnahmen nichts mit der City oder den Auslandsinvestitionen zu tun haben, sondern solche Dinge wie die Schifffahrt und die Zivilluftfahrt betreffen. Die City selbst ist nur für ein Zehntel aller unsichtbaren Exporte und weniger als 4 % aller Exporte verantwortlich. Ihre Einnahmen sind wenig größer als die der Zivilluftfahrt allein und nur ein Viertel so groß wie die der britischen Seefahrt. Das Bankgeschäft, die mühevollste Tätigkeit der City, brachte nur 77 Mio. Pfund des Auslandsumsatzes von 1972 ein.

Ein in diesem Zusammenhang oft berührter Punkt ist der Kapitalexport. Man hält ihn weithin für eine der Hauptkomponenten des britischen Zahlungsbilanzdefizits. Man beziffert manchmal den unmittelbaren Nutzen eines Verbots des Kapitalexports mit einer Einsparung von 1.500 Mio. Pfund. Das ist nach unserer Ansicht falsch. Zunächst rühren die massiven Verluste Großbritanniens aus laufenden Vorgängen her, wovon alle Kapitaltransaktionen ausgeschlossen sind. Ein Verbot der Kapitalexporte hätte keine direkte Auswirkung auf solche Verluste. Zweitens wurde der Kapitalexport jetzt durch entsprechende Importe in der Form ausländischer langfristiger Investitionen in Großbritannien und von Anleihen im Ausland, die britische Gesellschaften oder Banken in ihrem Namen tätigten, erreicht⁴. Ein radikales Programm des Rück-

⁴ Im Jahre 1972 – das war ein Rekordjahr für Kapitalexporte – betrugen die privaten Auslandsinvestitionen 1.479 Mio. Pfund. Dagegen kann man folgende Kapitalimporte stellen: Direktschulden von Gesellschaften und Institutionen des Vereinigten Königreichs 252 Mio. Pfund, Anleihen von Banken des Vereinigten Königreichs in ausländischer Währung zur Finanzierung von ausländischen Investitionen (netto) 733 Mio. Pfund, sowie 721 Mio. Pfund aus ausländischen Direktinvestitionen und Wertpapierkäufen im Vereinigten Königreich.

zugs aus dem kapitalistischen Weltsystem würde zu einer drastischen Verminderung dieses Zuflusses führen, die zum Ausgleich jeder Einsparung im Kapitalexport ausreichend wäre.

Es bleibt ein weiterer Kostenfaktor zu erwähnen, der nicht quantifizierbar ist, sich aber als bedeutend erweisen könnte. Ein wesentlicher Teil des britischen Handels findet innerhalb internationaler Firmen statt; die in einem Land produzierten Teile werden zu einer Niederlassung derselben Firma in einem anderen Land verschifft. Ford-Automobile werden zum Beispiel auf einer europaweiten Basis produziert. Wenn eine ausländische Niederlassung bei uns nationalisiert würde, könnte sich ihre Mutterfirma weigern, notwendige Betriebsmittel zu liefern oder ihre Produkte abzunehmen und so eine bedeutende, wenn auch nur zeitweise, Störung verursachen. Diese Waffe ist allerdings zweischneidig, da die Mutterfirma oft selbst von ihrer britischen Niederlassung abhängig ist. Mit einer geeigneten Kombination von Drohungen und Freundlichkeiten könnte eine entschiedene britische Regierung kurzfristig viele ausländische Niederlassungen übernehmen und ihre Geschäfte weiterführen. Langfristig wäre es aber klug, zu diversifizieren und die Abhängigkeit von der früheren Muttergesellschaft zu vermindern. Trotzdem stellen die internationalen Gesellschaften jede britische Regierung, die sich vom kapitalistischen Weltsystem losreißen will, vor viele schwierige Probleme.

5. Militärbündnisse und EWG

Großbritannien hat Verträge unterzeichnet, die jeder linken Regierung in diesem Lande bei der Verwandlung der gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur hinderlich wären, und zwar sowohl direkt durch ihre militärischen und politischen Bestimmungen als auch indirekt durch ihre wirtschaftlichen Kosten.

Gemäß NATO-Abkommen sind amerikanische Truppen in Großbritannien und britische Truppen in der BRD stationiert. Erstere würden für reaktionäre Kräfte in Großbritannien wertvolle Verbündete abgeben, wenn sie unsere demokratischen Institutionen stürzen wollten, während die letzteren sich zwar in Sicherheit befinden, aber doch in ihrer Erhaltung sehr teuer sind. Dieses reaktionäre Bündnis sollte aufgelöst werden. Ein unmittelbarer Nutzeffekt wäre die Verminderung des auswärtigen Militäraufwands, der gegenwärtig etwa 400 Mio. Pfund jährlich ausmacht. Weitere Einsparungen könnten durch den Rückzug aus imperialistischen Vorposten im Fernen Osten und anderswo gemacht werden. Ein Teil der Ausgaben wird zum Kauf von Exporten aus Großbritannien verwendet, so daß die wirklichen Einsparungen in fremder Währung geringer als die gesamte Summe wären. Jedoch könnten mindestens 200 Mio. Pfund im Jahr eingespart werden.

Der Großbritannien an die EWG bindende Vertrag von Rom beschränkt auch unseren Handlungsspielraum durch die Formulierung von Bedingungen für die Art der Wirtschaftsführung. Eine effektive Planung wird verhindert durch: Frei-

handel innerhalb des Marktes, Bewegungen zur größeren Mobilität des Kapitals, Wettbewerbsvorschriften für nationalisierte Industriebetriebe usw. Wenn er überlebt, könnte der Gemeinsame Markt langfristig die nationale Souveränität noch mehr einschränken, und Großbritannien könnte als Teil eines vereinigten und kapitalistischen westeuropäischen Blocks verwaltet werden. Unter den gegenwärtigen Umständen würde das in Großbritannien einen radikalen Ruck nach links unmöglich machen. Wenn sich natürlich Kontinentaleuropa nach links entwickelte, wäre es für unsere Arbeiterklasse richtig, die Integration zu unterstützen. Das aber ist nicht wahrscheinlich, wie die Dinge liegen. Für absehbare Zeit wird der Gemeinsame Markt ein Bündnis sein, das der Festigung und Ausdehnung der kapitalistischen Macht in Westeuropa dient. Seine Bekämpfung ist nicht Chauvinismus, sondern entspricht dem Klasseninteresse.

Bisher hat die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt weniger Devisen gekostet, als vorhergesagt wurde, da die Lebensmittelpreise in der Welt dramatisch gestiegen sind. Unter der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik wird Großbritannien jedoch bald große Beträge zahlen müssen. Es wird auch sehr teure Lebensmittel aus dem Gemeinsamen Markt importieren müssen statt billigerer (obwohl immer noch teurer) Lebensmittel von anderswo. Nach vorsichtigen Berechnungen werden die direkten Devisenkosten der Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt bald mindestens 400 Mio. Pfund jährlich betragen. Das ist tatsächlich die offizielle Schätzung des Schatzamtes für Großbritanniens jährlichen Nettobeitrag zum EWG-Budget um das Jahr 1980.

6. Direkte Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz

Tabelle 2 gibt eine Aufstellung einiger Auswirkungen der oben beschriebenen Formen der Befreiung auf die Zahlungsbilanz. Eine drastische Beschneidung der britischen Rolle in der internationalen Investitions- und Finanzwelt würde einen Maximalverlust von 880 Mio. Pfund im Jahr in Form entgangener Zinsen und Einkommen aus Vermögen hervorrufen. Dagegen müssen die Einsparungen aus dem Rückzug aus der EWG und dem Zurückholen der Truppen gestellt werden. Zusammen würde das eine jährliche Mindesteinsparung von 600 Mio. Pfund bedeuten. **Insgesamt betrüge** der Nettoverlust höchstens 280 Mio. Pfund. Das ist nur **1,5 % des Gesamtexports** von Waren und Dienstleistungen und entspricht dem **Produktionsergebnis** von 100.000 Arbeitern – ein Sechstel der registrierten langfristig Arbeitslosen im Jahre 1973. Das ist ein geringer Preis für die Handlungsfreiheit, die eine linke Regierung im Verlauf ihrer Loslösungsaktion gewänne.

Zu dieser Zahl kommen natürlich die durch Veränderungen im Verhalten des internationalen Handels verursachten Verluste, die auf Versuche der Kontrolle der Aktivität internationaler Firmen oder der Nationalisierung ihrer Niederlassungen bei uns erfolgen könnten. Jedoch läßt sich das nicht quantitativ

einschätzen, wie wir oben gesehen haben – ob die Verluste klein oder groß sind, hängt vom genauen Verlauf der Ereignisse ab.

7. Außenhandel

Frühere Voraussagen nehmen ein ständiges Defizit von über 3.000 Mio. Pfund im Jahre 1974 und ein kumulatives Defizit im Jahre 1977, das etwa fünfmal so hoch ist, an. Mit einer höheren Wachstumsrate würde das Defizit sich schlimmer auswirken und jeder entschiedene Versuch, mit dem kapitalistischen Weltsystem zu brechen, würde die Kosten der Zahlungsbilanz erhöhen. In der gegenwärtigen Situation hätte eine sozialistische Regierung keine praktische Alternative zum Ergreifen einschneidender Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits. Solche zu unterlassen, würde Großbritannien mit hohen Schulden gegenüber ausländischen Banken und Regierungen belasten und der kapitalistischen Welt ein Veto über unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik gewähren. Es wäre aber auch falsch, die herkömmlichen Lösungen wie Abwertung und Deflation zu übernehmen, da erstere sich schon als hoffnungslos unadäquat erwiesen hat (obwohl sie als eine Komponente einer Gesamtstrategie nützlich sein könnte) und letztere unannehmbare Kosten durch Arbeitslosigkeit und Verschwendung mit sich bringt.

Eine sofortige Aktion zur Zurückdrängung von Importen und zur Steigerung von Exporten wäre wesentlich, was die Einführung eines Krisenprogramms zur Produktion von Exporten und Import-Ersatz bedeutet, ferner eine direkte Kontrolle zur Niederhaltung von Importen und Verhandlungen zur Ausweitung der Exporte, besonders durch die Entwicklung neuer Märkte mit sozialistischen Ländern und Ländern der Dritten Welt. Das Hauptziel eines solchen Krisenprogramms wäre die vollständige Beseitigung des Öl-Defizits und die Förderung eines schnellen und beständigen Wachstums der inländischen Produktion ohne die Belastung durch Zahlungsbilanzprobleme. Eine sozialistische Regierung müßte in der Praxis noch weiter gehen und das Öl-Defizit selbst zu beseitigen suchen und sich weigern, den arabischen Ländern die Förderung des Öls zu finanzieren, bis die Ölfelder in der Nordsee und in der Irischen See die volle Produktion erreicht haben. Großbritannien könnte sein Öl-Defizit dadurch vermindern, daß es sich von Lieferanten wie Kuwait und Saudi-Arabien trennt, die keine großen Mengen britischer Exporte aufnehmen können, zugunsten solcher Länder wie Nigeria, Irak, Iran und der Sowjetunion, die zu einem Austausch von Öl gegen britische Waren in der Lage wären.

Langfristig kann der Handel auf verschiedene Weise geplant werden – durch direkte Kontrollen in Form von Import- und Exportlizenzen, durch Staatshandel, so daß die Waren im Ausland durch Regierungsagenturen statt durch private oder offizielle Mittelsmänner ge- und verkauft werden, und durch Nationalisierung im Inland, so daß die Import- und Exportentscheidungen von Firmen in unmittelbarem Zusammenhang mit den zentralen Planungsbehörden gefällt werden. Wenn der britische Handel in dieser Weise geplant wäre, würde es weni-

ger schwierig sein, ein beständiges Wirtschaftswachstum mit nationaler Zahlungsfähigkeit zu vereinen. Der Nationale Plan der letzten Labour-Regierung scheiterte nicht wegen der Militanz der Gewerkschaften oder einer Fehlentscheidung über die Abwertung, sondern weil er kein ernsthafter Ansatz zur Planung und Kontrolle des Außenhandels war.

Langfristige Handelspläne müßten die Notwendigkeit der Einrichtung alternativer Formen des Handels, besonders mit der Dritten Welt und den sozialistischen Ländern, berücksichtigen. Das würde gewisse geplante Verschiebungen der Produktion einschließen, z. B. könnte die bestehende Kapazität in der Motorindustrie zur Produktion von Traktoren und Lastwagen für die Dritte Welt benutzt werden. Auf der Basis einer ausgehandelten Wiederableichung der Währungen oder, wenn alle Stricke reißen, von gegenseitigem Tausch könnte auch eine geplante Ausdehnung des Handels mit kapitalistischen Ländern stattfinden. Zur Zeit ist der Nutzeffekt des Handels vielfach nur gering, so tauschen wir mit anderen Ländern z. B. nur verschiedene Automarken aus. Einige Importe sind aber wesentlich und wir müssen in der Lage sein, Exporte zu ihrer Bezahlung zu produzieren und zu verkaufen. Daher ist es für die Wirtschaftsentwicklung von grundlegender Bedeutung, daß der Handel wirksam organisiert wird.

8. Vergeltungsmaßnahmen

Wenn sich ganz Westeuropa und Nordamerika zu einem Boykott der britischen Wirtschaft vereinigte, wäre die Wirkung lähmend. Sie sind zusammen für zwei Drittel der britischen Importe und Exporte verantwortlich. Der Verlust dieser Handelspartner wird von den Verteidigern des Freihandels immer bei der Erwähnung des geplanten Handels als Schreckgespenst hingestellt. Aber ist ein solcher ausgedehnter Boykott wahrscheinlich? Die Antwort hängt natürlich von der Strategie und Taktik der Regierung ab. Eine rechtlich nicht abgesicherte Enteignung allen ausländischen Eigentums in diesem Land, kombiniert mit nebensächlichen und sinnlosen Importkürzungen, könnte eine ziemlich umfassende Vergeltung provozieren. Wenn Großbritannien andererseits Entschädigungen für übernommenes Eigentum anböte und vernünftige Handelsregelungen vorschläge, hätten die meisten kapitalistischen Länder zwingende Gründe zur weiteren Zusammenarbeit. Die Alternative wäre ein ausgedehnter Handelskrieg, den sich nur wenige von ihnen leisten können, in Verbindung mit dem möglichen Verlust ihres Eigentums ohne Aussicht auf die ursprünglich angebotene Entschädigung. Im Falle Europas, wo fortschrittliche Arbeiterbewegungen existieren, wäre es auch möglich, die Solidarität der Arbeiterklasse gegen einen Boykott zu mobilisieren. Es besteht daher guter Grund zu der Annahme, daß eine entschiedene, aber vernünftige Regierung ein neues System geplanten Handels mit Westeuropa und dem größten Teil der übrigen Welt aushandeln könnte.

In diesem Zusammenhang taucht ein Problem auf. Die Vereinigten Staaten könnten zum Sturz der Regierung mit einem Boykott der britischen Wirtschaft allein beginnen. Dagegen hätte Großbritannien eine mächtige Waffe. Es könnte damit drohen, das gesamte hiesige US-Eigentum ohne Entschädigung zu enteignen. Zur Abschreckung der amerikanischen Behörden ist es ebenso wichtig zu wissen, daß Großbritannien nicht sehr von Amerika abhängig ist, das im Jahre 1973 nur ein Zehntel unseres Handels bestritt. Unsere wichtigsten Importe aus den USA waren Tabak und Weizen. Ersterer müßte durch andere, weniger gewohnte Sorten ersetzt werden, letzterer könnte auf dem Weltmarkt eingekauft werden. Es könnte auch in Großbritannien mehr Weizen angebaut werden. Die Ausweitung des Handels mit den sozialistischen Ländern würde die Wirkungen eines amerikanischen Boykotts mildern. Wenn Großbritannien alternative Bezugsquellen und Märkte besitzt, könnte ein Boykott leicht zu einem Bumerang werden, der keine zum Sturz der Regierung ausreichende Störung erzeugt, sondern weiterhin als eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten angesehen wird. Aus diesem Grunde könnte die US-Regierung zu dem Schluß kommen, daß ihr ein Boykott mehr schaden als nutzen würde.

9. Zusammenfassung

Die Freiheit einer sozialistischen Regierung, eine fortschrittliche Politik in Großbritannien einzuführen, wäre durch die internationalen Verbindungen des britischen Kapitalismus sehr eingeschränkt. Entsprechend müßte eine solche Regierung den Kräften des Marktes den internationalen Handel entreißen, die ausländischen Firmen in Großbritannien nationalisieren, die Rolle der City entscheidend einschränken, den Militäraufwand im Ausland beenden und die EWG verlassen. Sie sollte sich auf die Verringerung des Risikos eines zerstörerischen Handelsboykotts durch Entschädigung ausländischer Kapitalisten für ihre nationalisierten Anlagen im Vereinigten Königreich (abgesehen von den ausländischen Anlagen britischer Kapitalisten) vorbereiten.

III. Das Wirtschaftspotential eines sozialistischen Großbritannien

Nach einem traditionellen sozialistischen Argument wird der Kapitalismus auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zu einem System, das das Wachstum der Produktion behindert und einen großen Teil seiner Produktion verschwendet. Der gegenwärtige Zustand der britischen Wirtschaft ist eine lebendige Illustration dieser These.

Wir nehmen in diesem Kapitel an, daß eine siegreiche Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat und betrachten die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich ihr eröffnen.

1. Die Qualität des Lebens

Großbritannien ist heute charakterisiert durch einen spürbaren Mangel an sozialer Vorsorge und eine gewaltige Betonung der individuellen Konsumtion. Es ist bekannt, daß die Bedingungen für Sport, Krankenversorgung, Verkehr, Kindererziehung, Ferien, Pensionen usw. nicht ausreichen. Die Mittel sind nicht nur unzureichend, sondern auch schlecht verteilt und werden auf den kleinbürgerlichen Südosten statt auf die proletarischen Zentren Glasgow, Liverpool oder Newcastle konzentriert. In dieser Situation sind die einzelnen gezwungen, für ihre Bedürfnisse persönlich Vorsorge zu tragen, was generell verschwenderisch und ineffektiv ist. Von den Privilegierten wird dieses individualistische System auf der Grundlage der Wahlfreiheit verteidigt, aber die Freiheit solcher Leute wird auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung gewährleistet, die sich Landhäuser, private medizinische Versorgung, private Erziehung und ähnliches nicht leisten kann, höchstens den Kauf eines privaten Verkehrsmittels.

Einer der Hauptschwerpunkte des Sozialismus wäre die Sicherung von angemessenen Kollektiveinrichtungen in all diesen Bereichen. Das würde der Arbeiterklasse die reale Freiheit der Wahl sichern, die ihnen der Kapitalismus trotz gegenteiliger Erscheinungsformen verweigert. Zum Beispiel würden heute viele Menschen in Großbritannien ohne ein Automobil auskommen und statt dessen ein effektives öffentliches Verkehrsmittel benutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten – aber die Existenz der Marktwirtschaft hat das verhindert. Um noch ein Beispiel zu nennen: die Freiheit, sich in vielen Sportarten zu betätigen, können sich nur Millionäre und Universitätsstudenten leisten.

Allgemein würde Sozialismus eine Veränderung der sozialen Beziehungen in vielen Bereichen, zum Beispiel zwischen Mann und Frau, bedeuten. Diese Veränderungen können jedoch nicht ausdrücklich in diesem Artikel erwähnt werden, obwohl sie natürlich tiefe ökonomische Implikationen besitzen und in viele unserer Argumente eingehen. Die Beendigung der Diskriminierung der Frauen erfordert z. B. einen Angriff auf die bestehende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, neue gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen. All das erfordert eine neue Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen. Andererseits würde die daraus resultierende Freisetzung der schöpferischen und organisatorischen Talente der Frauen zu einem großen Anstieg der Produktivität führen – zum Teil dadurch, daß die Frauen die Einführung einer neuen Technologie durch die Weigerung erzwingen, die gegenwärtige Situation zu ertragen, in der sie hauptsächlich als billige Arbeitskraft zur Verrichtung untergeordneter und repetitiver Aufgaben gebraucht werden.

2. Die Beseitigung der kapitalistischen Verschwendung

Die Beseitigung der kapitalistischen Verschwendung ist wichtig, weil sie Ressourcen für andere Zwecke freisetzen würde und weil eine solche Ver-

schwendung eine negative Wirkung auf die Gesellschaft ausüben kann. Die Konsumtion der Reichen verschwendet z. B. nicht direkt Ressourcen, die anderweitig genutzt werden könnten, aber gibt ein schlechtes Beispiel zur Nachahmung für die übrige Gesellschaft, das nur noch mehr Vergeudung erzeugt. Der Prunk der Konsumtion einer unproduktiven Klasse läßt Verdruß aufkeimen und verbreitet parasitäre Erwartungen, die die rationale Organisation der Produktion verhindern. Einer der Gründe für die niedrige Rate des Produktivitätswachstums war die mangelnde Kooperation der Arbeiterklasse in der Produktion, die aus der Arbeitsplatzunsicherheit, den autoritären Arbeitsbeziehungen und dem Schauspiel der unanständigen Überkonsumtion der Reichen resultiert.

Wie groß ist die kapitalistische Verschwendung im gegenwärtigen Großbritannien und in welchem Maße könnten Ressourcen anderen Zwecken zugeführt werden?

a. Die Konsumtion der Oberklasse

Die Oberklasse bezieht ihre Konsumtion aus einer Reihe von Quellen: aus nichterarbeiteten Einkommen in Form von Zinsen, aus „erarbeitetem“ Einkommen in Form von überdotierten Gehältern, Honoraren und Profiten aus eigener Tätigkeit und aus verstecktem Einkommen wie Spesenkonten, Firmenwohnungen und Firmenwagen. Zusätzlich genießt sie die Vorteile solchen persönlichen Eigentums wie private Häuser und Landhäuser. Vom politischen Standpunkt ist es wesentlich, in diese Einkommen und dieses Vermögen einzugreifen, um die Konsumtion der Oberklasse drastisch zu beschränken und Mittel für andere Zwecke freizusetzen.

Der Betrag, den dieses „Schröpfen“ der Reichen ergeben könnte, ist wesentlich, sollte aber nicht überbewertet werden. Aus zwei Gründen ist er geringer als manche glauben. Erstens geht nicht alles unverdiente Einkommen auf das Konto der arbeitsscheuen Reichen oder der arbeitenden Mitglieder der Oberklassen. Ein beträchtlicher Teil dient der Unterstützung der „Witwen und Waisen“, der Kranken und Alten, die auch in einer sozialistischen Gesellschaft unterstützt werden müßten. Zweitens wäre es in einer Übergangsperiode notwendig, vergleichsweise hohe Einkommen als materiellen Anreiz für Betriebsleiter, Techniker, selbstarbeitende Kleinkapitalisten und andere unverzichtbare Dienstleistende zu garantieren. Natürlich würde eine sozialistische Regierung die endgültige Beseitigung relativ hoher Einkommen anstreben.

Wieviel könnte durch das Schröpfen der Reichen gewonnen werden? Für die Beantwortung nehmen wir ein energisches Umverteilungsprogramm an, das aus folgenden Komponenten besteht:

1. Keine zusätzlichen Steuerbelastungen für Löhne oder Gehälter unter 75 Pfund pro Woche.
2. Angemessene materielle Anreize für Experten, kleine Kapitalisten und andere, die wesentliche Aufgaben wahrnehmen.
3. Besonders hohe Einkommen für Handarbeiter, deren Arbeiten besonders schwer oder gefährlich sind (z. B. Bergleute, Fischer).

4. Angemessene Vorsorge für diejenigen Alten und Kranken, die gegenwärtig aus unverdientem Einkommen unterstützt werden.

5. Beseitigung der arbeitsscheuen Reichen durch Einziehung ihrer Vermögen.

6. Drastische Kürzung anderer hoher Einkommen derjenigen, die während der Übergangsperiode keine notwendige ökonomische Funktion ausüben.

Ein Programm dieser Art könnte nach unseren Berechnungen die Konsumtion der Oberklasse um 2 % des Nationaleinkommens beschränken, was 1.400 Mio. Pfund im Jahr entspricht. Diese Zahl ist natürlich nicht genau, da sie davon abhängt, wie hoch ein „angemessener“ materieller Anreiz sein muß. Dies hängt wiederum vom politischen Klima der Zeit ab. Wenn z. B. das Privilegienbewußtsein der Spezialisten und Experten beseitigt werden könnte und sie die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft unterstützen, würden geringere materielle Anreize benötigt und entsprechend größere Mittel freigesetzt⁵. Zusätzlich würde das obige Programm durch die Übernahme großer Gelände und großer privater Vermögenskonzentrationen entscheidend zur Qualität des Lebens beitragen, indem der Öffentlichkeit Gelände, Parks und große Gebäude zur Verfügung gestellt würden.

b. Militärausgaben

1974 dienen in Großbritannien etwa 370.000 Menschen in den bewaffneten Streitkräften. Die jährlichen Kosten betragen annähernd 4.000 Mio. Pfund. Durch ihre Halbierung könnten 2.000 Mio. Pfund eingespart werden. Während Großbritannien nicht länger imstande wäre, seine militärische Präsenz in Singapur, Zypern, Malta, BRD und anderen Ländern aufrechtzuerhalten, könnte es aber nach einer solchen Kürzung noch immer sich selbst verteidigen.

c. Überflüssige Dienstleistungen

Gegenwärtig sind etwa 1,3 Millionen Werktätige direkt in der Werbung, mit finanzieller und juristischer Tätigkeit, die hauptsächlich durch kapitalistische Besitzstreitigkeiten und Steuerumgehung erzeugt wird, und in der Vermögensverwaltung beschäftigt. Andere sind indirekt mit der Produktion von Ausrüstung, Hilfsmitteln und ergänzenden Dienstleistungen für diese Werktätigen beschäftigt. In einer rationell organisierten Gesellschaft, in der die City kein Weltfinanzzentrum mehr wäre und in der große Vermögenskonzentrationen beseitigt wären, würde die Hälfte davon überflüssig. Auch unter solchen Kategorien wie

⁵ Wenn z. B. alle persönlichen Einkommen über 75 Pfund pro Woche mit einer Steuerquote von 100 % belastet würden und alle Schwindelei und Steuerhinterziehung beseitigt wäre, würden Mittel im Wert von etwa 4 % des Nationaleinkommens freigesetzt, ein Betrag von etwa 2.800 Mio. Pfund jährlich. Das ist der doppelte Betrag des von uns im Text angenommenen.

Polizisten, Kontrolleuren im Betrieb, Sicherheitsbediensteten und anderen, deren Aufgabe teilweise in der Sicherung der Disziplin in unserer über-autoritären Gesellschaft besteht, könnten Einsparungen gemacht werden. Viele dieser Arbeiter wären natürlich weiterhin notwendig, obwohl sich das Wesen ihrer Arbeit radikal ändern würde. Betriebskontrolleure z. B., die sowohl eine disziplinäre wie auch eine organisatorische Funktion im bestehenden Wirtschaftssystem haben, könnten in einer weniger autoritären Gesellschaft größere Energie auf produktive Aufgaben verwenden.

Nach einer vorsichtigen Schätzung könnten Ressourcen von 5 % des Nationaleinkommens für andere Zwecke freigesetzt werden, das macht etwa 2.100 Mio. Pfund aus.

d. Andere Formen der Verschwendung

Der private Autoverkehr ist unleugbar eine der größten Vergeudungen in unserer Gesellschaft. Ganz abgesehen von seinen destruktiven Wirkungen auf die Umwelt ist das Automobil eine astronomisch teure Weise der Versorgung mit einem in Wirklichkeit unzureichendem Verkehrssystem⁶. Eine größere Umstellung auf den öffentlichen Verkehr, mehr Taxis und ein einheitliches nationales Mietwagensystem würde ein effektiveres und flexibleres System zum halben Preis ermöglichen. 1973 kosteten die Automobilindustrie und verwandte Dienste über 5.000 Mio. Pfund. Wegen der inländischen Inflation und der höheren Ölpreise wird diese Zahl im Jahre 1974 erheblich ansteigen.

Andere Bereiche der Vergeudung sind: bombastische Projekte wie Maplin, Concorde und viele Prestige-Verwaltungsgebäude, eingebaute Defekte und geplanter Verschleiß bei vielen langlebigen Gütern, sowie Verpackung und Reklame, die oft mehr als die Produktion der Waren selbst kosten.

Eine rationale Organisation der Produktion und des Verkehrs würde mindestens 2.800 Mio. Pfund einsparen, wahrscheinlich beträchtlich mehr. Natürlich müßten die Investitionen im Bereich des öffentlichen Verkehrswesens gesteigert werden, aber es blieben noch erhebliche Ersparnisse übrig.

e. Arbeitslosigkeit

Eine Unterausnutzung der Ressourcen ist im gegenwärtigen Großbritannien heimisch, seit die herrschende Klasse das immer wiederkehrende Bedürfnis hat, zur Disziplinierung der Arbeitskraft die Wirtschaft kürzer zu halten und weil der Kapitalismus ein anarchisches, an häufigen Krisen leidendes System ist.

⁶ Unzureichend, weil über die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu einem Auto hat. Nichtbesitzer, junge und alte Leute haben unter der Beherrschung unserer Gesellschaft durch das Automobil zu leiden. Die Folge ist ein Rückgang des öffentlichen Verkehrs und eine räumliche Lage der Bebauung, die den Autobesitz für das Individuum zu einer Notwendigkeit werden läßt. Zur detaillierten Diskussion vgl. Persönliche Mobilität und Öffentlicher Verkehr (PEP 1973).

Ganz abgesehen von der Ende 1973 registrierten halben Million Erwerbslosen gab es ein enormes Ausmaß versteckter Arbeitslosigkeit in der Form vorfristig ausgeschiedener Arbeiter und von Frauen, die sich eine Arbeit gesucht hätten, wenn entsprechende Stellen mit guter Bezahlung und angemessenen Bedingungen für Mütter angeboten worden wären. Diese versteckte Arbeitslosigkeit könnte bis zu zwei Millionen oder mehr betragen, und es gibt keinen Grund, warum eine schnell wachsende Industrie nicht die Beschäftigung schnell um 1,25 Millionen, und sehr viel mehr langfristig, erhöhen könnte. Die 1,25 Millionen zusätzlich beschäftigten Arbeiter würden einen jährlichen Anstieg des Produktionsergebnisses um etwa 3.000 Mio. Pfund bewirken.

f. Die gesamte kapitalistische Verschwendung

Die Ergebnisse aller dieser Veränderungen sind in der Tabelle 3 zusammengefaßt.

Tabelle 3
Freigesetzte Ressourcen durch Verringerung der kapitalistischen Verschwendung

	Mio. Pfund in Preisen von 1974	Prozent des Bruttosozialprodukt
Konsumtion der Oberklasse	1.400	2.0
Militäraufwand	2.000	2.9
Überflüssige Dienstleistungen	2.100	3.0
Andere Verschwendung	2.800	4.0
Höhere Beschäftigungsrate	3.500	5.0
Freigesetzte Ressourcen total	11.800	16.9

Anmerkung: Das Bruttosozialprodukt von 1974 wird mit 70.000 Mio. Pfund angenommen.

Elftausendachthundert Millionen Pfund sind etwa ein Sechstel des gesamten Produktionsergebnisses, sechsmal mehr als die jährlichen Aufwendungen für Hochbau, dreimal mehr als die für Pensionszahlungen, ein Viertel der nationalen Lohn- und Gehaltsrechnung und das Doppelte der produktiven Nettoinvestitionen.

g. Die Zeitperspektive

Wie lange würde es dauern, bis diese Mittel gewonnen wären? Das hängt von politischen und technischen Faktoren ab. Die drei entscheidenden politischen

Faktoren sind: Sichere Garantie des Rechtes auf Arbeit durch den sozialistischen Staat, verbunden mit ausreichenden finanziellen und Ausbildungsregelungen für umgesetzte Arbeiter; die Zustimmung der Arbeiter zur Notwendigkeit der Veränderung; die Bekämpfung der Sabotage der früher Privilegierten, die jede Gelegenheit zur Behinderung einer sozialistischen Regierung ausnutzen würden. Diese Faktoren hängen natürlich alle miteinander zusammen. Zum Beispiel hat der traditionelle Widerstand der britischen Arbeiter gegen die Rationalisierung in der Industrie seine Ursache nicht in einer angeborenen Rückständigkeit, wie die Kapitalisten behaupten, sondern in ihrem richtigen Verständnis dessen, was damit in der Form von Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Verelendung verbunden ist. In einer Planwirtschaft müssen strukturelle Veränderungen jedoch nicht diese Konsequenzen haben und die Arbeiter hätten weitaus weniger Ursache zum Widerstand. Die Unterstützung von Veränderungen läge vielmehr in ihrem Interesse. Die Herstellung der politischen Bedingungen dazu könnte aber wohl einige Zeit erfordern.

Die Haupterfordernisse auf technischem Gebiet bestehen in der staatlichen Übernahme der Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen, d. h. in der Planung der Wirtschaft und in der aktiven Einbeziehung der Arbeiter, wie sie in den Produktionskomitees des Zweiten Weltkriegs oder im heutigen China erreicht wurde⁷. Die Erfahrung des Übergangs zur Kriegswirtschaft in den Jahren 1939–41 und der Demobilisierung 1945–46 beweisen, daß enorme Veränderungen der Verteilung der Arbeitskraft und in Bezug auf die Produkte unter diesen Umständen in einer sehr kurzen Zeit möglich sind. Zum Beispiel wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs etwa acht Millionen Soldaten und Rüstungsarbeiter innerhalb von 18 Monaten in die Friedensproduktion eingegliedert.

3. Die Modernisierung der Industrie

Das im Vergleich mit solchen europäischen Ländern wie Frankreich, Schweden und den beiden deutschen Staaten erschreckende Wachstumsdefizit der britischen Wirtschaft und die zwingende Notwendigkeit, dieses Wachstum zu verbessern, wurde seit der Gründung des Nationalen Wirtschaftsentwicklungsrates (NEDC) vor mehr als zehn Jahren in offiziellen Kreisen erkannt. Trotz *Macmillans* NEDC, *George Browns* Nationalem Plan und des *Heath-Barberschen* „Sturm ins Wachstum“ bleibt Großbritanniens Wachstumsrate erbärmlich, weshalb der Lebensstandard in Großbritannien im Vergleich zum übrigen Europa ständig sinkt. Die Gründe dafür können nicht in der Rückständigkeit der Arbeiter, einer überbewerteten Währung, dem hohen Ölpreis, einer falschen Steuerpolitik oder ähnlichen Entschuldigungen der herrschenden Klasse gefunden werden. Alle Wachstums„pläne“ haben angenommen, daß das Zahlungs-

⁷ Zur Beschreibung des letzteren vgl. B. Richman, *Die industrielle Gesellschaft im kommunistischen China* (New York 1969).

bilanzproblem gelöst sei und daß in diesem Bereich keine entscheidende Aktion nötig sei. Über Monate wurden diese Erwartungen durch eine katastrophale Zahlungsbilanzkrise Lügen gestraft, und der jeweilige „Plan“ wurde fallengelassen. Aus diesem Grund wird heute jedes Reden von einem beständigen Wirtschaftswachstum als utopisch zurückgewiesen — und das ist es auch, solange Großbritanniens internationaler Handel den Kräften des Marktes überlassen bleibt. Deshalb hat sich der längste Abschnitt dieser Streitschrift mit den internationalen Beziehungen Großbritanniens beschäftigt und haben wir argumentiert, daß die Kontrolle und Planung des internationalen Handels und der Finanzen ein wichtiger Schwerpunkt eines sozialistischen Großbritanniens wäre.

Nach unserer Meinung ist in einem sozialistischen Großbritannien, in dem der Handel geplant ist, die Erwartung von Wachstumsraten, die heute von konservativen Wirtschaftswissenschaftlern und Kommentatoren als unmöglich zurückgewiesen werden, realistisch, weil die größten Hindernisse, die solchen Wachstumsraten im Wege stehen, dort beseitigt sind.

Ein sozialistisches Großbritannien würde die produktiven Nettoinvestitionen stark erhöhen und eine volle Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen (durch seine internationale Handelspolitik) sichern. Den Nutzen einer solchen Politik kann man den folgenden Berechnungen entnehmen. Wenn wir ein jährliches Produktionswachstum von nur 4 % über 4 Jahre hin annehmen, was etwa dem entspricht, was Großbritannien in der Nachkriegsperiode erreicht hat (plus Berücksichtigung des Nordsee-Öls), denn würden zusätzliche Mittel produziert, die allen in Tabelle 3 angeführten strukturellen Gewinnen entsprächen. Unter den gegenwärtigen Umständen hat Großbritannien keine Möglichkeit, etwas ähnliches wie diese Wachstumsrate zu erreichen. Die durch die derzeitige deflationäre Politik bewirkten Verluste werden in den nächsten Jahren tausend Millionen Pfund betragen. Bei einer geplanten Handelspolitik, die ein gesichertes Wachstum ermöglichte, könnten diese Verluste vermieden werden.

In dieser Diskussion wurden die langfristigen Auswirkungen des Sozialismus in Großbritannien auf die technische Wirksamkeit der Industrie nicht berücksichtigt. Die organisatorischen und erfinderischen Talente der Arbeiterklasse, die jetzt in großem Maße vergeudet werden, würden in einer sozialistischen Wirtschaft wirkungsvoll mobilisiert, was eine weitaus effizientere Nutzung der Ressourcen und eine viel höhere Rate des Produktivitätswachstums ermöglichen würde. Wie die Erfahrung aus der Kriegszeit beweist, sind enorme Produktionssteigerungen möglich, wenn die Fähigkeiten und die Begeisterung der Arbeiterklasse mobilisiert werden. Darüber hinaus würde die Investitionsrate viel höher als in der Vergangenheit sein, und auch das würde die Produktivität steigern. Nach unserer Ansicht ist es möglich, weitaus höhere als die bislang erreichten Raten des Produktivitätswachstums zu erzielen.

Eine solche Veränderung der Produktion würde nicht nur einen quantitativen Anstieg des Produktionsergebnisses hervorbringen, sondern auch eine größere Veränderung der gesamten Lebensform. Das ist schon in unseren Annahmen enthalten, daß das private Automobil überlebt ist, daß Werbung und Verpackung

drastisch reduziert werden usw. Die zusätzliche Produktion könnte in vielfacher Weise genutzt werden: zur Verkürzung des Arbeitstags (die wiederum die Produktivität noch weiter steigerte), zum Schutz der Umwelt, zum sparsamen Umgang mit erschöpfbaren Ressourcen, zur Unterstützung unterentwickelter Länder und allgemein zur Verbesserung der Lebensqualität.

4. Zusammenfassung

Eine sozialistische Organisation der britischen Wirtschaft würde eine größere Anhebung der Qualität des Lebens durch die Veränderung der bestehenden sozialen Beziehungen, durch die Beseitigung von Verschwendung und die Förderung einer Modernisierung der britischen Industrie ermöglichen.

Schlußfolgerung

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist die Manifestation einer langwierigen und tiefverwurzelten Gegebenheit, nämlich Großbritanniens Unfähigkeit, Institutionen einzuführen, die mit einem beständigen Wirtschaftswachstum vereinbar sind. Ihre Erklärung ist in der britischen Klassenstruktur zu finden. Seit eineinhalb Jahrzehnten sehen offizielle Kreise die Notwendigkeit, dieser Situation ein Ende zu setzen und den ständigen relativen Verfall des britischen Lebensstandards aufzuhalten, aber alle ihre „Pläne“ wurden durch Krisen an der Front der Zahlungsbilanz vereitelt.

Wenn Planung mehr ist als die „Planung“ auf dem Papier in der Art von *George Brown*, muß sie sich hauptsächlich mit der Beseitigung der Hindernisse befassen, die einer Erreichung unserer Ziele im Wege stehen. Unter den konkreten Bedingungen im heutigen Großbritannien bedeutet das die Einschränkung der City, die Übernahme von ausländischen Firmen in Großbritannien, die staatliche Kontrolle des internationalen Handels und die Nationalisierung der Großkonzerne.

Eine Planwirtschaft wäre nur unter der Bedingung durchführbar, daß die Arbeiterklasse mobilisiert und in die Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele einbezogen würde. Nur auf der Grundlage einer Mobilisierung und Unterstützung des Volkes wäre es möglich, die Großkonzerne zu übernehmen und demokratisch zu kontrollieren und die Wirtschaft auf eine rationale Weise zu organisieren. Die Arbeiterbewegung müßte wachsam sein und eine Bürokratisierung und linken Autoritarismus verhindern.

Die kapitalistische Lösung der Krise ist heute die gleiche wie in den 20er Jahren, nämlich die Kürzung der Reallöhne. Das kann nur durch die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung geschehen. Dagegen wird sich unvermeidlich der Widerstand regen. Die Kämpfer, die Widerstandsaktionen organisieren, sind nicht die „Chaoten“ der kapitalistischen Propaganda, sondern die Verbotten einer Gesellschaft, in der es möglich sein wird, die Lebensqualität wesentlich zu verbessern, die kapitalistische Verschwendung zu beseitigen und die britische Industrie zu modernisieren.

Übersetzung: Hermann Rotermund

Pierre Duharcourt

Die französische Konjunktur

Fortschreitende Krise und zunehmende Rezession

Aus: *économie et politique, Paris, Heft 2 45, Dezember 1974*

In der Einführung zum Entwurf der französischen Regierung für den Haushaltsplan 1975 ist von der „*schwierigen Situation*“ die Rede, in der sich Frankreich befindet. Der Grund dafür seien die „*ständigen Erhöhungen der Bruttoerdlpreise*“. Ohne diese Erhöhungen, so heißt es, wäre 1974 das Jahr des „*allmählichen Wiederaufschwungs*“ der französischen Wirtschaft gewesen.

In der Argumentation wird allerdings zugegeben, daß schon vor der berühmten „*Ölkrise*“, die nun zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Restriktionspolitik herangezogen wird, ein erhebliches Ungleichgewicht vorhanden war. Und die enttäuschten Hoffnungen einer Stabilisierung entsprächen der Besorgnis, die schon vor den „*schwerwiegenden Störungen*“ der vergangenen Periode zu verspüren war.

Damit gibt die Regierung zumindest implizit zu, daß die gegenwärtige Konjunkturlage im Rahmen einer anhaltenden und tiefgreifenden Krise steht. Diese Krise ist die Krise des Kapitalismus in seinem gegenwärtigen Stadium: die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

I. Die Wirtschaftslage des internationalen Kapitalismus: fortschreitende Krise

1. Charakteristische Merkmale und erste Anzeichen der Krise

Die ersten Anzeichen der Krise lassen sich schon 1967/68 mit dem Auftauchen der von den traditionellen Wirtschaftswissenschaftlern als „*Stagflation*“ bezeichneten Erscheinung beobachten. In fast allen Ländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), mit Ausnahme Japans, sinkt die Wachstumsrate und steigt die Arbeitslosigkeit, während die Inflation weiter besteht bzw. sich noch verstärkt. Die Verschärfung des amerikanischen Defizits, der widersprüchliche Charakter der nationalen Steuerpolitik und die spekulativen Kapitalbewegungen beschleunigen den Zusammenbruch des internationalen Währungssystems (Abschaffung des Goldpools und Schaffung des gespaltenen Goldmarktes).

Diese unruhige Zeit dauert bis 1971 an. Nachdem es in den USA 1970 einen kurzzeitigen Aufschwung und ein sehr viel schwerwiegenderes Konjunkturtief gegeben hat, kommt es zur Fortführung der kurzen Rezession von 1967. In der BRD verläuft die Entwicklung sehr ähnlich. In den anderen Ländern dagegen

sind die Konjunkturschwankungen sehr viel weniger ausgeprägt; Frankreich z. B. zeichnet sich nach Mai/Juni 1968 durch eine starke, mehr als anderthalb Jahre anhaltende Expansion aus. Im Jahre 1971 gleichen sich die Wirtschaftslagen der einzelnen Länder wieder einander an, als die amerikanische Rezession auf alle kapitalistischen Länder übergreift. Der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems wird mit der Aufgabe der Konvertibilität des Dollars und dann mit der faktischen Abwertung des Dollar im August und Dezember 1971 besiegelt. Ein allgemeiner Aufschwung läßt sich 1972 feststellen, der aber sehr schnell zu einer erneuten Beschleunigung der Inflation führt.

2. Die gegenwärtige Lage: allgemeine Tendenz einer erneuten Inflation

Im Rahmen dieser inflationären Entwicklung erfolgte der Ausbruch der sogenannten Rohstoffkrise. Aber der Anstieg der relativen Rohstoffpreise ist kein selbständig auftretendes Phänomen, sondern vielmehr ein Aspekt der allgemeinen Krise des Kapitalismus. In der der Krise vorausgegangenen Periode war die Wertminderung der Rohstoffe ein Faktor zur Unterstützung der imperialistischen Expansion gewesen, indem die Produktionskosten gesenkt und gleichzeitig beispielsweise den Erdölgesellschaften erhebliche Gewinne sowie den monopolkapitalistischen Staaten hohe Steuereinnahmen gesichert wurden. Aber diese Situation enthielt bereits ihre eigene Negation. Die niedrigen Rohstoffpreise mußten schließlich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage umkehren, indem sie die Produktion derselben (und deren Substitutionsgüter) bremsen und zugleich zum großzügigen, um nicht zu sagen verschwenderischen, Umgang mit ihnen geradezu einluden. Diese Umkehr war um so radikaler als sich dem Kartell der Rohstoffabnehmer (industrielle oder gewerbliche Verbraucher und Zwischenhändler) eine Organisation der Hersteller (oder Bodenbesitzer) entgegenstellen konnte.

Auf diese Weise sind die Grundstoffpreise auf dem Weltmarkt zwischen Mitte 1971 und Mitte 1974 um das 2,5fache gestiegen. Der Erdölpreis hat sich in derselben Zeit vervielfacht. Eine ähnliche Entwicklung ist bei zahlreichen anderen Produkten zu verzeichnen, insbesondere bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die von den sogenannten unterentwickelten Ländern importiert werden.

Wenn auch die Verteuerung der Rohstoffe nur einen Aspekt der Krise darstellt, so ist sie dennoch bedeutsam genug, um ihr entgegenzuwirken. Die direkte Auswirkung auf die Preise ist allerdings relativ gering. 1974 schätzte die OECD die aus der Erhöhung der Erdöleinfuhrpreise resultierenden Preiserhöhungen für die Gesamtheit ihrer Mitgliedstaaten auf 1,5 % (USA 0,4 %, Westeuropa und Japan 2,5 %).

Die wesentliche Auswirkung betrifft jedoch den Welthandel. Mangels einer Stabilisierung der Produktion und des Handels ging die Bilanz des OECD-Blocks von einem leichten Überschuß zu einem Defizit von 40 Milliarden Dollar in den Jahren 1974 und 1975 über. Dabei muß betont werden, daß dieses Defizit nur

1,5 % des Gesamtprodukts dieser Gebiete darstellt (in den weniger stabilen Ländern wie Italien, Großbritannien oder Frankreich ist der Prozentsatz etwas höher). Dieses Defizit sowie die Tatsache, daß jedes Land versucht, die Verantwortung dafür auf die anderen Länder abzuschieben, haben die Schwierigkeiten im internationalen Handelssystem massiv verstärkt. Da sich der Umschwung nicht unter den von den imperialistischen Regierungen erhofften Bedingungen vollzogen hat, fand das Defizit ein bedeutendes Gegenstück: die Akkumulation von besonders liquiden, aber unstabilen „Öldollars“. Diese mangelnde Stabilität und die daraus resultierenden Spekulationen haben bereits den Konkurs großer Finanzgesellschaften verursacht¹.

Die zunehmende inflationäre Entwicklung und die Unregelmäßigkeit des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs haben die Konjunkturwende beschleunigt. Am ehesten waren von der erneuten Rezession jene Länder betroffen, die als erste Maßnahmen zur Abkühlung der Konjunktur ergriffen hatten.

Schon im März 1973, also längst vor der Ölkrise, hatte der damalige westdeutsche Finanzminister *Schmidt* die Konjunkturbremsen fest angezogen. Die deutsche Stabilisierung war sehr wirksam, allerdings nicht in dem Sinne, daß die Inflation gestoppt wurde, wohl aber im Sinne einer Bremsung des Wachstums und der Förderung der Arbeitslosigkeit: die jährliche Wachstumsrate der Industrieproduktion sank von über 10 % im ersten Halbjahr 1973 auf 2,3 % im zweiten Halbjahr 73 und 1,5 % im ersten Halbjahr 74.

Die anderen imperialistischen Regierungen zögerten nicht, diesem Beispiel zu folgen und die Rezession erfaßte Anfang 1974 Großbritannien, die USA, Japan und Italien. Insgesamt sank die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in den sieben wichtigsten OECD-Ländern von 8 % im ersten Halbjahr 1973 auf 3 % im 2. Halbjahr 73 und 1,5 % im 1. Halbjahr 74, während die jährliche Inflationsrate von 7 % im 1. Halbjahr 73 auf 14,7 % im ersten Halbjahr 1974 stieg.

In den USA betrug die jährliche Wachstumsrate in den ersten drei Quartalen 1974 jeweils: 7 % – 1,6 % – 2,1 %. Im September belief sich die Arbeitslosenquote auf 6 % und erreichte bald den Stand der schlimmsten Rezessionen der Nachkriegszeit (7,4 % im April 1958; 7,9 % im Oktober 1949). Die Kapitalverwertungsziffer der Industrie sank auf unter 80 %. Da die Inflation nicht zurückgeht, war die (offizielle) Kaufkraft der Löhne seit Anfang des Jahres 1974 um 3 % gesunken und da die Politik der Überinvestition weiter betrieben wird, stieg die Verschuldung der Unternehmen so weit, daß sie heute das 15fache ihres Gewinns darstellt.

1 Vgl. Michel Pierre, *Les pétro-dollars et l'étape actuelle de la crise monétaire et financière*, in: (économie et politique, Nr. 243, Oktober 1974.

II. Die Stabilisierung im Sinne Giscard d'Estaings

In dieser allgemeinen Krisensituation zeichnet sich Frankreich durch einige Besonderheiten aus. Einerseits waren hier die Konjunkturschwankungen weniger ausgeprägt, und dementsprechend verlief die Inflation regelmäßiger und heftiger als bei den wichtigsten Handelspartnern Frankreichs. Andererseits vollzog sich die französische Akkumulation in gewissem Sinne nach südamerikanischem Muster: sie war auf die Expansion jener Sektoren orientiert und konzentriert, die auf den ausländischen Märkten am wettbewerbsfähigsten waren (zum großen Teil Lieferung von Halbfabriken), und lieferte damit dem Ausland die Produkte, die nicht unmittelbar rentabel sind. Aufgrund dieser Eigenschaft ist die französische Wirtschaft den Auswirkungen der Inflation in besonderem Maße ausgesetzt.

Aber das bedeutendste Charakteristikum des französischen Kapitalismus liegt auf einem anderen Gebiet. Während bisher in den anderen großen OECD-Ländern die Arbeitslosenquote relativ stabil war, ist sie in Frankreich seit 1964 stetig gestiegen. Der Grund dafür ist, daß die Akkumulation hier besonders intensiv betrieben wurde und die Rentabilität der französischen Monopole durch die Vergrößerung der Reservearmee erhöht wurde, die eine ausreichende Mobilität der Arbeitskräfte und einen genügenden Druck auf die Löhne garantierte.

1. Mit seiner Einsparungspolitik fördert Giscard d'Estaing die Rezession

Die Logik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik wird durch folgenden Kommentar des Konjunkturexperten *J. Plassard* illustriert, der der Unternehmerschaft nahesteht: „Nur indem man das Wirtschaftswachstum verlangsamte, war man in der Lage, die Löhne zu drücken“².

Seiner alten Gewohnheit getreu, setzt Giscard d'Estaing ein vielfältiges Instrumentarium ein. Die Nachfrage wird durch steuergesetzliche Maßnahmen gebremst: Erhöhung des Zinssatzes oder – diskreter – Aufblähen der Steuerveranlagung durch die Inflation (insbesondere was die Mehrwertsteuer betrifft). Einsparungen der Budgetausgaben oder budgetähnlicher Betriebs- und vor allem Investitionsausgaben haben denselben Effekt: Giscard's Heldentaten im Bereich des Städtebaus, losgelöst von Überlegungen der „Lebensqualität“, gehören zu diesen allseitigen Restriktionsmaßnahmen, von denen insbesondere die Transferzahlungen, die Infrastruktur, die Forschung und das Bildungswesen betroffen sind. Die gleichzeitig betriebene Kreditplafondierung und -vertierung wirkt sich zum Vorteil der großen Monopole (vor allem der auf Exportgeschäfte spezialisierten Monopole) aus. Auf dem Gebiet der Preise und Löhne geht die Regierung der Unternehmerschaft mit gutem Beispiel voran, indem sie ihre Tarife erhöht (25,7 %ige Erhöhung der öffentlichen Tarife für das Jahr 1974) oder indem sie den Lohnabhängigen des öffentlichen oder verstaatlichten Sektors die Stagnation ihrer Kaufkraft aufzwingt.

2 Chronique d'actualité, 30. Sept. 1974.

Die seit den ersten Maßnahmen vom September 1973 bis zum *Fourcade*-Plan vom Juni 1974 betriebene (und im vergangenen September wieder verstärkte) Einsparungspolitik ist bereits genügend kommentiert worden³. Wir beschränken uns hier auf folgende Punkte:

Die Beschaffenheit der „Steuerung auf Sicht“, die oft mit der Giscardschen Politik einhergeht, gibt Aufschluß über die Schwierigkeiten, die auftauchen, wenn eine Restriktionspolitik, gleichzeitig aber auch eine für die Monopole günstige Politik, betrieben werden soll, während die Widersprüche zwischen beiden Maßnahmenkomplexen immer größer werden. Dieses Problem zeigt auch, daß die Regierung angesichts der Arbeiterkämpfe einige Rückschläge hinnehmen muß. Aber gleichzeitig, d. h. trotz dieser Schwierigkeiten, wird die Einsparungspolitik kontinuierlich, ja sogar beharrlich weiter betrieben. Wie wir sehen werden, ist Abkühlung keineswegs dasselbe wie Sanierung.

Ein Aspekt der gegenwärtigen Politik wird durch die klassische Linie jeder reaktionären „Stabilitätspolitik“ repräsentiert. Es handelt sich dabei um die Einschränkung des Verbrauchs durch einen entsprechenden Druck auf die Löhne, um Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Reduzierung der Bereitstellung kollektiver Güter, Kreditbeschränkung, Diebstahl an Kleinsparern etc.

Eine Besonderheit auf diesem Gebiet stellt der starke Druck auf die leitenden Angestellten dar. Der erklärt sich zum einen aus der Notwendigkeit, den am meisten benachteiligten Schichten einige Brosamen zu gewähren, ohne die Gewinne zu beeinträchtigen; zum anderen resultiert er aus dem Bedürfnis, die Schicht der Angestellten in verschiedene Kategorien zu spalten.

Ein „neuerer“ Aspekt (angeregt durch die *Schmidt*-Konzeption) besteht in der bewußten Einschränkung des Angebots: Verstärkung des selektiven Charakters der Besteuerung zum Nachteil der kleineren und mittleren Unternehmen, Kreditbeschränkungen, Konjunktursteuer etc. Der wesentliche Grund dafür, daß den Unternehmen höhere Steuerabzüge auferlegt werden oder daß ihnen finanzielle Schwierigkeiten verursacht werden, liegt offensichtlich nicht im Bemühen um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Der Grund liegt vielmehr darin, daß man erkannt hat, daß die überhöhten Gewinne für das Fortschreiten der Inflation verantwortlich sind, sowie darin, daß man nun die Ausweitung der Produktion bremsen will. Damit erfüllt die Konjunktursteuer neben ihrer Rolle als „Lohnpolizei“⁴ eine weitere Funktion in bezug auf die Gewinnbildung: mit Ausnahme der Monopole, die die Steuer fast völlig abwälzen können, schmälert sie die Gewinne; und insofern als sie nach einer nationalen Einheitsnorm berechnet wird, hemmt sie den Anreiz zur Produktivitätssteigerung⁵.

3 Siehe A. Cousin, J. Fabre, P. Boccara, Ph. Herzog und B. Marx, in: „économie et politique“, Nov. 1973, Juni/Juli und Oktober 1974.

4 Vgl. J.-L. Archail, La taxe conjoncturelle: une police des salaires, in: „économie et politique“, Nr. 244, Nov. 1974.

5 Am Rande kann man sich fragen, ob dieser „produktivitätshemmende“ Aspekt in Verbindung mit dem Moment des Ausgleichskoeffizienten im Verhältnis zur Zahl der geleisteten

2. Die Restriktionspolitik treibt Frankreich in die Krise

Zwar stoppt die Politik *Giscard*s in wirksamer Weise die Expansion, aber sie verhindert auch die wirkliche Gesundung der Wirtschaft.

Von der Einsparungspolitik sind im wesentlichen die Gehälter und der Verbrauch betroffen. Die Monopolpolitik wird dadurch nicht infrage gestellt, weder auf den Ebenen der Produktion und Preisbildung, noch in bezug auf die Akkumulation. Im Gegenteil, sie begünstigt die Profitmaximierung der Monopole, die aufgrund ihrer Marktposition ohnehin am finanzkräftigsten sind und die aus der Inflation noch Profit schlagen können. Die Aufdeckung des Erdölskandals durch die parlamentarische Kommission oder die Wirtschaftsberichte großer Konzerne wie Pont-à-Mousson und Rhône-Poulenc geben Auskunft darüber, daß die großen Monopole von der Kostensteigerung profitieren (indem sie fördern), und daß sie aus bestimmten Engpässen Vorteile ziehen.

Diese Gewinnanhäufung durch die größten Unternehmen verfälscht zunehmend die Richtung der Akkumulation. Wenn den Unternehmen die Mittel zur Selbstfinanzierung entzogen werden sowie Kreditbeschränkungen auferlegt werden, dann wird die Expansion oder Modernisierung ganzer Wirtschaftszweige unmöglich gemacht⁶, und es werden Engpässe geschaffen, die die Betriebe dann zu Entlassungen veranlassen. Andererseits geben die großen Industrie- und Finanzmonopole unnötigerweise beträchtliche Mittel für Werbung, Immobilien- und Grundstücksgeschäfte und Kapitalanlagen im Ausland aus⁷.

Indem der Staat die Wertminderung des öffentlichen Kapitals fördert und indem er die Überakkumulation der Monopole finanziert, nimmt er sich selbst die Möglichkeit, die notwendigsten Projekte zu verwirklichen. Der anti-soziale und anti-ökonomische Charakter der Einsparungspolitik auf dem Gebiet der Infrastruktur, der Forschung, des Bildungswesens, des Wohnungsbaus und des Gesundheitswesens ist bereits genügend hervorgehoben worden. Wir beschränken uns hier auf einen Vorfall, der den absolut illusorischen Charakter der Energie-Spar-Politik aufzeigt. Genau zu dem Zeitpunkt, als der Erdölskandal ans Tageslicht kam, wurde bekannt, daß der für die Rentabilitätsrechnung der *Electricité de France* vorgesehene Koeffizient von 10 auf 15 % angehoben wurde⁸. Man fragt sich, wie viele Kernforschungszentren, wie viele aufwendige Investitionsprojekte dieses Siebwerk passieren können, in dem sich die drastische Senkung der gesamten öffentlichen Investitionen unmittelbar widerspiegelt.

Arbeitsstunden nicht die Angst der Regierung vor einer zu starken Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck bringt.

6 Es ist zu beachten, daß der letzte Bericht der nationalen Rechnungskommission eine Zunahme der Unternehmensverschuldung von 35 % innerhalb eines Jahres bekannt gab.

7 Es wäre interessant zu wissen, was mit dem beträchtlichen Gewinn gemacht wurde, den Rhône-Poulenc ankündigte, kurz bevor der Konzern die Schließung von 27 Niederlassungen und die Entlassungen von 20.000 Arbeitern beschloß.

8 Rentabilitätskoeffizient = $\frac{\text{Betriebsgewinn}}{\text{eingesetztes Kapital}}$ (A. d. Ü.).

Die „Selektivität“ ist immer das elegante Kleid der Monopolpolitik gewesen. Die Neuheit der gegenwärtigen Maßnahmen besteht darin, daß diese Selektivität durch die Einengung der Gewinnspanne noch verstärkt wird. Relativ große Unternehmen bilden zusammen mit den kleineren und mittleren Unternehmen eine große Schar von „lahmen Enten“, die der erhöhten Steuerbelastung und der Kreditbeschränkung und -verteuerung zum Opfer gefallen sind.

Nur die größten Gesellschaften können Anspruch auf die Vorzugsbedingungen des Bankensystems erheben, und nur sie profitieren von den Steuererleichterungen bzw. von den zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Sie ziehen unmittelbaren Nutzen aus den Maßnahmen der Regierung, insofern sie praktisch das Ausführmonopol innehaben. Der Maßnahmenkatalog auf diesem Gebiet ist eindrucksvoll: die Preisbildung erfolgt relativ frei; die bei Exportgeschäften erzielten Gewinnspannen werden nicht mit der Konjunktursteuer belegt; die Exportkredite fallen praktisch nicht unter die Kreditplanfondierung und werden zum halben Zinssatz vergeben (7,5 % gegenüber mehr als 14 % für die anderen Geschäfte); die Investitionen können zu 50 % über Abschreibungen finanziert werden etc. Neben dieser Exportförderung findet man offensichtlich keinerlei Unterstützung für die Industrien, die den Binnenmarkt beliefern, d. h. die Exportgeschäfte treten an die Stelle des Binnenhandels.

III. Die gegenwärtige Konjunkturlage in Frankreich und die Zukunftsaussichten

Die Beurteilung der französischen Konjunktur ist vor allem deshalb so schwierig, weil das öffentliche Rechnungswesen erhebliche Mängel aufweist: die Statistiken sind äußerst fragmentarisch, ihre Auswertung und Veröffentlichung wird lange hinausgezögert und vor allem weisen sie starke Verzerrungen auf. Es gibt aber noch andere Faktoren, die den Mangel an verfügbaren Informationen erklären: die Einsparungspolitik betrifft in besonderem Maße auch die Wirtschaftsinstitute; angesichts der schwierigen Lage hält die Regierung praktisch – mehr als je zuvor – Informationen zurück. Die Wirtschaftsberichte von *J. Plassard* werden immer lakonischer. In dem bereits zitierten Bericht vom September 74 wird der Leser gebeten, sich noch ein halbes Jahr zu gedulden, bis „klare Aussagen“ gemacht werden können. Der offizielle Entwurf der Regierung für das Haushaltsjahr 1975 war noch nie so knapp wie diesmal: fünfeinhalb Seiten, auf denen sich die Regierung in schamhaftes Schweigen über die Beschäftigungslage hüllt.

1. Die jüngste Entwicklung: Verlangsamung

Seit Ende 1973 ist eine Verlangsamung der Expansion, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine Beschleunigung der Inflation und ein zunehmendes Ungleichgewicht der Außenhandelsbilanz zu verzeichnen.

Die jährliche Zuwachsrates der Industrieproduktion, die während der ersten drei Jahre des VI. Plans 7 % betrug (vorgesehen waren 7,5 %), sank in der Zeit vom September 1973 bis September 1974 auf 5 %, in den letzten sechs Monaten sogar auf knapp 3 %. In Anbetracht dieser Tendenz und der verfügbaren Daten über das Wachstum der anderen Sektoren (Landwirtschaft, Bauwesen – Bauarbeiten der Öffentlichen Hand, Handel) mußten die Wirtschaftsexperten der Regierung ihre Voraussagen über die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 1973 und 1974 von 5,5 % auf 4,7 % senken (gegenüber 6,3 % zwischen 1972 und 1973). Und diese Aussage unterschätzt immer noch das Ausmaß der gegenwärtigen rückläufigen Entwicklung.

Die Verlangsamung der Produktion hat eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit verursacht, um so mehr als die Steuerungsrate der Arbeitsproduktivität gleichbleibt (für 1974 ist eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 4,5 % vorgesehen). Die Zahl der Stellengesuche ist von ungefähr 400.000 im September 1973 auf 500.000 im September 1974 gestiegen und wird voraussichtlich im Oktober 74 auf 550.000 ansteigen⁹. Angesichts der Verschärfung der Rezession muß damit gerechnet werden, daß sich diese Ziffer noch vor Jahresende auf über 600.000 belaufen wird, was einer Größenordnung von 1.000.000 Arbeitslosen entspräche.

Dazu muß gesagt werden, daß in diesen Daten die Kurzarbeit nicht registriert ist, die in vielen Wirtschaftszweigen ständig zunimmt.

Die Inflation geht weiter. Seit 1973 steigt der offizielle Lebenshaltungsindex (mit 275 Posten) um mehr als 15 % jährlich¹⁰. Die Zahlen für die ersten zehn Monate des Jahres sind:

Januar.	1,7	Juni.	1,1
Februar.	1,3	Juli.	1,3
März.	1,2	August.	0,8
April.	1,6	September.	1,1
Mai.	1,2	Oktober.	1,2

Für das Jahr 1974 läßt sich also eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von annähernd 16 % absehen (bzw. 14 %, wenn man die Jahresdurchschnitte miteinander vergleicht). Die Erzeugerpreise sind, vor allem in der Industrie, noch stärker gestiegen. Aber deren Erhöhung könnte sich nun mit zunehmender Rezession verlangsamen; und diese Verlangsamung müßte sich allmählich mit gewissen Verschiebungen auch auf die Verbraucherpreise auswirken.

Die Erhöhung der Reallöhne wurde schrittweise gebremst. Aber man muß betonen, daß die offiziellen Angaben, die eine deutliche Verlangsamung nach

⁹ Saisonbereinigte Zahlen. In der gleichen Zeit nimmt die Zahl der offenen Stellen rapide ab: 140.000 im Oktober 1974, das bedeutet eine Abnahme von 20 % in einem Monat, bzw. von 50 % in einem Jahr.

¹⁰ Von September 1973 bis September 1974 beträgt die Erhöhung des Preisindex 14,7 %: 11,6 % für Nahrungsmittelpreise; 18,7 % für industrielle Erzeugnisse; 12,2 % für Dienstleistungen.

dem ersten Halbjahr widerspiegeln, sich auf den offiziellen Preisindex beziehen (dem Preisindex der CGT zufolge stiegen die Preise vom Oktober 1973 bis Oktober 1974 nämlich um 17,3 %). Es ist sehr aufschlußreich, diese Stagnation mit der Entwicklung der Zinsen, Dividenden und Pachtzinsen zu vergleichen, die insgesamt um ungefähr 27 % gestiegen sind.

Das Ungleichgewicht der Handelsbilanz nimmt katastrophale Ausmaße an. Der Saldo (Einfuhr c. i. f. — Ausfuhr f. o. b.), der bereits 1973 passiv war (Defizit von 2,6 Mrd. Franc), erreicht 1974 ein Rekord-Defizit von 35 Mrd. Es ist schwierig, eine genaue Einschätzung jedes einzelnen Postens zu liefern, da eine große Interdependenz zwischen den einzelnen Posten besteht. Man kann aber feststellen, daß die Verschlechterung der Handelsbilanz, die besonders die Energieerzeugung betrifft (deren Einfuhr von 12 auf 24 % gestiegen ist), nun auf alle anderen Sektoren mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Halbfabrikate übergreift.

Das Defizit der Zahlungsbilanz ist in derselben Größenordnung wie das der Handelsbilanz¹¹. Es mußte offensichtlich durch Verschuldung (27,6 Mrd. im September) oder durch Reduzierung der Rücklagen (die von 50 Mrd. im Juni 1973 auf 41 Mrd. im Dezember 73 und 29 Mrd. im September 1974 gesunken sind) ausgeglichen werden. Damit betragen Frankreichs Nettorücklagen kaum mehr als 10 Mrd. Franc, was 15 Einfuhrtagen entspricht.

2. Die gegenwärtige Tendenz: allgemeine Ausweitung der Rezession

Die globalen Daten für die letzten Monate zeigen also eindeutig eine Verlangsamung an. Es gibt noch andere, weniger offensichtliche Anzeichen dafür, daß die gegenwärtige Periode (September/Oktober) den Beginn einer regelrechten Rezession markiert.

Kurzfristig gesehen verläuft die Entwicklung der einzelnen Sektoren im allgemeinen nicht synchron. Die Konjunkturwende wird wahrscheinlich dann erreicht sein, wenn auch die Sektoren, die bis jetzt noch eine gewisse Ausweitung erfahren, in Schwierigkeiten geraten. Die Einsparungspolitik hat zuerst die Wirtschaftsbereiche betroffen, die — in erster Linie dauerhafte — Verbrauchsgüter liefern wie Automobilbau oder Wohnungsbau¹². Dann hat sich die Rezession auf andere, ebenfalls von der Verbrauchernachfrage abhängige Sektoren wie Textilindustrie oder chemische Industrie ausgedehnt. Schließlich erfaßte sie die „Zulieferindustrien“: Baustoffe, Maschinenbau. Jetzt greift sie auf die Papierin-

11 Vor allem weil auf die Abflüsse des Franc aus dem Gemeinsamen Markt insgesamt keine großen Kapitalzuflüsse erfolgt sind. Außerdem hat die Franc-Abwertung in den ersten Monaten die Auswirkungen der Erhöhung der Einfuhrpreise noch verstärkt.

12 Für bestimmte Artikel ist die Entwicklung allerdings umgekehrt verlaufen. Alarmiert durch die Kampagnen der Regierung, begann im Herbst ein Run auf Decken, Mäntel, Heizgeräte etc. Dies ist wohl eher als die „Preisdämpfung“ eine Erklärung für die guten Verkaufsergebnisse einiger großer französischer Firmen in den letzten Monaten.

dustrie¹³, Elektroindustrie und Elektrotechnik über. In den Zulieferindustrien, wo bisher ein absolutes „Hoch“ zu verzeichnen war, nehmen die Aufträge nun also rapide ab. Bald werden auch die Investitionsgüterindustrien betroffen sein; für landwirtschaftliche Geräte ist das aufgrund der niedrigeren Einkommen der Bauern bereits längst der Fall. Der Investitionsgrad beginnt abzunehmen: viele Unternehmer nehmen Abstand von der Durchführung ihrer Pläne und beschränken sich darauf, ihre laufenden Projekte zu Ende zu führen.

Die letzten Untersuchungen von INSEE bestätigen diese Einschätzung. Die Aussagen der Industriellen über die Gesamtperspektiven der Produktion sind so pessimistisch wie in der Zeit vor den Rezessionen von 1964/65 oder 1958/59. Dasselbe Phänomen läßt sich anhand der Lagerbestände und Auftragsbücher beobachten.

3. Die Perspektiven

Die im Haushaltsentwurf angedeuteten Prognosen für 1975 sind zu ungenau, als daß man sie direkt mit den von *Fourcade* im Juni 1974 geäußerten Zielsetzungen vergleichen könnte.

Diese Zielsetzungen waren:

- die Verlangsamung der Preissteigerung um 1 % monatlich vor Ende 1974 und um 0,5 % monatlich bis Juli 1975;
- die Rückführung des Handelsbilanzdefizits um die Hälfte für Juli 1975 und seine völlige Aufhebung bis Ende 1975.

Angesichts der gegenwärtigen Tendenzen ist es völlig ausgeschlossen, daß diese Ziele im vorgesehenen Zeitraum erfüllt werden.

Uns wird eine Steigerung des BIP um 4,2 % versprochen, was bereits die schwächste Steigerung seit zehn Jahren bedeuten würde. Die Erhöhung des Preisindex des BIP soll 9,7 % betragen und die der Verbraucherpreise 10 %. Die Löhne sollen insgesamt um 13,9 % steigen (gegenüber 19,9 % im Jahre 1974), und unter diesen Bedingungen würde die offizielle Kaufkraft der Löhne um 2,4 % steigen (gegenüber den für dieses Jahr vorgesehenen 3,7 %). Der Konsum soll um 3,4 % steigen (gegenüber 4,4 %) und die Investitionen um 4 % (für die Unternehmen um 4,5 %). Das Handelsbilanzdefizit soll um 10 Mrd. Franc und das Zahlungsbilanzdefizit um 7 Mrd. gesenkt werden.

Abgesehen von der Frage der Realisierbarkeit gibt dieser Plan aufschlußreiche Angaben über die Perspektiven der Regierung. Eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des BIP von 4,2 % entspricht einem tatsächlichen Wachstum von kaum mehr als 3 % im Jahr. Wenn die Arbeitsproduktivität im gleichen Maß steigt wie letztes Jahr (es ist sogar eine Steigerung von 4,5 bis 5,1 % geplant), würde dies eine Zahl von über 750.000 Stellengesuchen (saisonbereinigte Ziffer),

13 In den USA, die über eine ganze Anzahl von konjunkturellen Indikatoren verfügen, ist gerade die Papierindustrie ein aufschlußreicher Faktor. In Frankreich war kürzlich ein radikaler Konjunkturrückgang in diesem Sektor zu beobachten.

also erheblich mehr als eine Million Arbeitslose vor Ende 1975 bedeuten. Die Prognosen sehen andererseits eine Reduzierung des Anteils der Löhne in der Wertschöpfung vor¹⁴ (wobei das Bruttoeinkommen der „Haushalte“ konstant bleiben soll aufgrund einer erwarteten Einkommenserhöhung der Einzelunternehmer) und parallel dazu ein Ansteigen der Selbstfinanzierungsrate der Unternehmen (von 80,2 % auf 86,7 %). Das heißt, daß die Gewinnmaximierung zur Finanzierung privater Investitionen wesentlichen Vorrang genießt (während die öffentlichen Investitionen drastisch gesenkt werden).

Auf jeden Fall sind die in diesem Entwurf angegebenen Zahlen wirklichkeitsfremder als je zuvor. Die Forderungen in bezug auf die Reduzierung des Handelsbilanzdefizits sind ganz besonders utopisch. Zumindest ist die Rezession sehr viel stärker als man uns glauben machen will. Die Pläne gründen sich, ebenso wie die vorgesehene BIP-Ziffer, im wesentlichen auf die Hoffnung eines sofortigen Wirtschaftsaufschwungs bei den wichtigsten Handelspartnern Frankreichs. Aber die Konjunkturlage der anderen kapitalistischen Länder ist alles andere als gut: die deutsche und amerikanische Wirtschaft befinden sich noch in einem großen Tief, und man darf vor Mitte 1975 keine merkliche Belebung erwarten. Zum anderen ist zu beachten, daß der Konjunkturrückgang in Frankreich gerade erst einsetzt. Unter diesen Umständen und mangels einer sehr schnellen Lockerung der gegenwärtigen Konjunkturbremsen ist folgende Hypothese als wahrscheinlich anzusehen: Stagnation oder Produktionsrückgang mindestens bis Mitte 1975. Das BIP wird im Jahresdurchschnitt bestenfalls um 2 bis 3 % steigen, was einer Stagnation der Industrieproduktion gleichkommt. Die Stellengesuche werden sich (in saisonbereinigten Zahlen) auf 900.000 belaufen, was einer Arbeitslosenziffer von 1,3 Millionen schon vor Ende des ersten Halbjahres 1975 entspricht.

Unter diesen verschärften Bedingungen der Rezession und der Arbeitslosigkeit könnten die Zielsetzungen der Regierung im Bereich der Lohn- und Preisdämpfung sowie der Rückführung des Handelsbilanzdefizits nur partiell und nur sehr kurzfristig realisiert werden.

Übersetzung: Marita Molitor

14 Wertschöpfung = Summe der durch den Produktionsprozeß entstandenen Einkommen (A. d. Ü.).

Eugenio Peggio

Die Wirtschaftskrise in einer entscheidenden Phase

Aus: politica ed economia, Rom 1974, Heft 2-3

1. Nach dem langen und harten Kampf um das Referendum über das Scheidungsgesetz muß nun unser Land mit einer noch schwerwiegenderen und komplizierteren wirtschaftlichen Situation als zu Anfang des Jahres fertig werden. Schon seit dem letzten Herbst, besonders nach dem Ausbruch der Ölkrise, war für alle die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer radikalen Wende in der Orientierung unserer nationalen Wirtschaftspolitik deutlich geworden. Aber statt der notwendigen Neuorientierung gab es zunächst einige Sparmaßnahmen, um die viel Aufhebens gemacht wurde, die aber geringe praktische Wirkungen zeigten. Danach gab es ermüdende und nichtssagende Debatten über die einzuschlagende Wirtschaftspolitik, die im Rücktritt *Ugo La Malfa* als Schatzminister und in der folgenden Regierungskrise gipfelten. Schließlich kam es zur Paralyse der Regierungsaktivitäten im wirtschaftlichen Bereich, im Zusammenhang mit dem Kampf für das Referendum. So hatte in dieser Periode die wirtschaftliche Situation des Landes eine klare Verschlechterung zu verzeichnen und erst recht in den letzten drei Monaten, wo die Hauptverantwortlichen der Democrazia Christiana versuchten, das Land und die werktätigen Massen über die Frage der Ehescheidung zu spalten.

Bekanntlich war es nicht möglich, das Scheidungsreferendum zu vermeiden, da an der Spitze der DC die Sorge um die Einheit der Partei überwog, die von den Kräften bedroht wurde, die ohne Zögern und durch einen bigotten Kreuzzug die Beseitigung des von *Fortuna* und *Baslini* eingebrachten Gesetzes durch eine Volksabstimmung erreichen wollten. Zum Referendum kam es also nicht so sehr, weil die DC sich um die Einheit der Familie sorgte, sondern vor allem, weil *Fanfani* (allerdings mit außerordentlicher Kurzsichtigkeit) auf die Probleme seiner eigenen Partei schaute. Er versuchte einen Bruch zu vermeiden bzw. eine Abwanderung von Wählern nach rechts, indem er sich zum Anwalt der rückständigsten Interessen der klerikalen Gruppierungen machte. Auf dieser Basis wollte der christdemokratische Parteisekretär eine Kosolidierung der Positionen und der Funktion der DC im gegenwärtigen Machtsystem unseres Landes erreichen.

Dieses kleinliche Parteikalkül kam unserer Wirtschaft äußerst teuer zu stehen. Ausgerechnet in einer Zeit, die schwieriger war als je zuvor – gekennzeichnet von einer inländischen und internationalen Wirtschaftskrise, die neue und äußerst komplizierte Probleme aufgeworfen hat – blieb die italienische Wirtschaft sich selbst überlassen. Gewiß fehlte es in diesen Monaten nicht an bedeutenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Aber es handelte sich im wesentlichen um Entscheidungen auf dem Gebiet der Währungs- und der Kreditpolitik durch die Staatsbank, die zwar mit dem Schatzministerium abgesprochen waren, die aber

nicht auf Kabinettsbeschlüssen beruhen, die der demokratischen Kontrolle durch das Parlament unterliegen. Andererseits könnten diese Entscheidungen naturgemäß nicht zu jenem selektiven Einsatz der verfügbaren Ressourcen führen, der unter den gegenwärtigen Bedingungen absolut notwendig wäre. So haben auch aus diesem Grund bislang die währungs- und kreditpolitischen Maßnahmen nicht die gewünschten Effekte erzielt, besonders hinsichtlich der Eindämmung der inflationistischen Tendenzen und des Defizits der Zahlungsbilanz. Und inzwischen ist die gesamte wirtschaftliche Aktivität immer mehr unter die Macht einer sich ausweitenden Spekulation geraten.

Unter diesen Bedingungen, angesichts der äußerst komplexen und schwierigen Probleme, die sich aus der Verschlechterung der Lage unserer Wirtschaft ergeben, dürfen die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte sich nicht mit dem glänzenden Sieg der staatsbürgerlichen Freiheit und des Fortschritts im Referendum zufriedengeben. Vielmehr müssen sie sich heute ganz in einem neuen und harten Kampf über die Fragen der Wirtschaftspolitik engagieren.

Angesichts der gegenwärtigen Krise muß verhindert werden, daß (wie es die Tradition will) die Wirtschaftspolitik auf die Arbeiterklasse, auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung und auf den Mittelstand die Folgen dieser Krise und die Kosten eines Wiederaufschwungs abwälzt, der erneut von den Interessen der großen Finanzgruppen und der Bezieher parasitärer Einkommen bestimmt wäre. Es muß im Gegensatz zur Vergangenheit also gelingen, neue Ziele für die Wirtschaftspolitik zu setzen. Man muß der Krise begegnen ausgehend von den grundsätzlichen Interessen der großen Volksmassen und von der Notwendigkeit, einen neuen Typ der Entwicklung einzuleiten, der real in der Lage wäre, die großen (alten und neuen) Probleme unseres Landes zu einer Lösung zu bringen.

Der ökonomische Wiederaufschwung 1973

2. Auf Basis der Mitte Mai verfügbaren Daten läßt sich die gegenwärtige Lage der italienischen Wirtschaft durch folgende Momente charakterisieren:

1. gleichbleibend hohes Niveau der Produktion, der Beschäftigung und der Inlands-Nachfrage,
2. extreme Ausweitung des Zahlungsbilanz-Defizits,
3. Verschlechterung der Lage der öffentlichen Finanzen,
4. Verstärkung der inflationistischen Tendenzen und der damit verbundenen Phänomene.

Man könnte sagen, daß die aktuellen Tendenzen denen seit schon über einem Jahr (seit dem Frühjahr 1973) wirksamen recht ähnlich sind. Der Unterschied zu damals liegt darin, daß die Widersprüche und Ungleichgewichte gegenwärtig sich wesentlich verschärft haben und man kann nicht annehmen, daß die Sache sich wie im Laufe des letzten Jahres fortentwickelt.

1973 verzeichnete man einen starken Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung, aber nicht nur in den alten Bahnen, auch und vor allem auf der

Grundlage der völlig künstlichen Antriebe durch die Inflation und die internationale Abwertung der Lira. Der alte Entwicklungstyp, den viele aufgeben oder modifizieren zu wollen vorgeben, wurde auf diese Weise noch weiter zugespitzt.

Es sei daran erinnert daß im vergangenen Jahr sich das volkswirtschaftliche Bruttoeinkommen real um 5,9 % erhöht hat (1971 und 1972 waren es 1,6 % bzw. 3,2 %). Dieses Resultat wurde im Gefolge einer Entwicklung der einzelnen Branchen erreicht, die sich wesentlich von der der unmittelbar vorhergehenden Jahre unterschied. 1973 (es handelt sich stets um reale Größen) wuchs der Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei) um 7,7 %, genauso groß wie der Rückgang im Jahr vorher. Der Bruttoproduktionswert der Industrie (einschließlich Bauwirtschaft) wuchs um 8 %, gegenüber 4,3 % 1972, der des Tertiärsektors um 5,4 %, d. h. um 0,4 % mehr als ein Jahr zuvor.

Dieser spürbare Zuwachs des Bruttoeinkommens wurde begleitet von einer erheblichen Expansion sowohl des Konsums wie der Investitionen. Der Konsum nahm (preisbereinigt) um 5,7 % zu (der private Konsum um 6,2 %, der öffentliche um 3,3 %). Gleichzeitig nahmen (immer noch in realen Größen) die Bruttoanlageinvestitionen (also ohne die außergewöhnliche Zunahme der Vorräte um 1586 Milliarden Lire) um 15,2 % zu, die Nettoinvestitionen um 23,9 %.

Von besonderer Bedeutung war die Zunahme der Investitionen in der Industrie um 17 % (und um 22,2 % hinsichtlich der dort eingesetzten Maschinen). Dagegen nahmen die Investitionen in der Landwirtschaft nur um 2,6 % zu, und im Wohnungsbau um 5,3 %, während die Investitionen in der öffentlichen Verwaltung (nach dem Rückgang um 8,2 % 1972) 1973 weiter um 4,9 % abnahmen. Bei der Placierung der Industrie-Investitionen überwog weiter eine gegen Süditalien gerichtete Tendenz, die zu einer weiteren Verschlimmerung der Disproportionen in weiten Teilen unseres Landes führt. Bei den Investitionen im Wohnungsbau blieb der staatliche soziale Wohnungsbau weiterhin auf einem lächerlichen Niveau, während die Investitionen in Luxus- und Touristenbauten zunahmen.

Der Aufschwung wurde von einer wesentlichen Veränderung in der Entwicklung der Beschäftigung begleitet. Im Januar 1974 hatte sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Januar des Vorjahres um 622 000 vermehrt. Diese Zunahme betraf sowohl die Industrie (260 000) als auch den Tertiärsektor (361 000). In diesen beiden Sektoren erreichte damit die Beschäftigung ein höheres Niveau als je zuvor. In der Landwirtschaft dagegen scheint der Halt des vorjährigen Beschäftigungsniveaus eine Tendenz zum Stop der Landflucht zu signalisieren (hier bedarf es freilich einer genaueren Betrachtung). Jedenfalls hat im Gegensatz zur Vergangenheit der Beschäftigungszuwachs in der Industrie und im Tertiärsektor 1973 in absoluten Zahlen zu einem Rückgang der offiziellen und der verdeckten Arbeitslosigkeit geführt. Inzwischen zeichnet sich in einigen Zonen des Landes und bestimmten Branchen ein gewisser Mangel an verfügbaren Arbeitskräften ab. Aber bekanntlich war 1973 auch das Jahr, in dem die Inflation in besonderem Maße zunahm. Dies war eine Folge sowohl der Art und Weise, in der man

die neue „Mehrwert“-Steuer (IVA) einführt, als auch der Abwertung der Lira gegenüber den anderen Währungen. Im letzten Dezember stieg (verglichen mit dem Dezember 1972) der Index der Verbraucherpreise in Italien um 12,5 %, d. h. um durchschnittlich ein Drittel mehr als in den andern kapitalistischen Ländern (mit Ausnahme Japans, wo die Steigerung noch weitaus höher war). Eine andere wichtige Tatsache: 1973 wies, zum ersten Mal seit 1963, die italienische Zahlungsbilanz (ohne die Kapitalbewegungen) einen Passivsaldo auf, noch dazu von erheblichem Umfang, nämlich 1459 Milliarden Lire.

Die Auswirkungen der Abwertung

3. Angesichts dieser beiden Fakten bestätigt sich erneut die Richtigkeit der von uns mehrfach vorgebrachten Kritik an der Entscheidung der Regierung *Andreotti-Malagodi* und der Staatsbank vom Februar 1973, die zu einer massiven und nahezu ununterbrochenen Abwertung der Lira führen sollte.

Paradoxerweise (zumindest hinsichtlich der Entwicklung unserer Zahlungsbilanz – ohne den Kapitalverkehr) waren die Auswirkungen der Lira-Abwertung genau das Gegenteil der normalerweise auftretenden, wenn eine Währung abgewertet wird. Ein Land greift zur Abwertung der eigenen Währung, um ein Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen (oder zu verringern) bzw. um die Devisenreserven zu erhöhen oder Investitionen im Ausland zu erleichtern. Der Abwertungseffekt besteht normalerweise in einer Zunahme der Exporte, einer Verminderung der Importe und damit insgesamt in einer Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation.

Im Falle Italiens gab es keinerlei Gründe für eine Lira-Abwertung mit derartigen Zielen. Von 1957 bis 1972 (mit Ausnahme nur von 1963) war die italienische Zahlungsbilanz (ohne den Kapitalverkehr) durchweg aktiv, wobei es sich um sehr große Überschüsse handelte. Noch 1971 und 1972 betrug der Überschuß (ohne den Kapitalverkehr) 1207 bzw. 1206 Milliarden Lire.

Es kam jedoch zum „floating“ der Lira und somit zu einer spürbaren Abwertung unserer Währung infolge anderer Vorgänge, vor allem infolge der inflationären Auswirkungen der Anfang 1973 eingeführten neuen Mehrwertsteuer. Unter den Bedingungen äußerster Ungewißheit, die seit langem für die internationale Währungssituation charakteristisch ist und die ständig eine massive Spekulation zum Schaden der verschiedenen Währungen mit sich bringt, entfesselte die Anheizung der inflationären Tendenzen in Italien in Folge des Mechanismus der IVA eine breite Spekulation, die auf eine mehr oder minder kurz bevorstehende Abwertung unserer Währung setzte. Wie gewöhnlich unternahmen auch unter diesen Umständen Regierung und Staatsbank nichts Ernsthaftes, um diese Spekulation zu verhindern. Im Gegenteil, von verschiedener Seite war auf einmal (wenn auch mit gewisser Vorsicht) zu hören, eine bestimmte Abwertung der Lira sei vielleicht nützlich, um eine Ausweitung der Produktion zu forcieren. Damals war u. a. der große Kampf der Gewerkschaften für die Erneuerung der Tarifverträge in vollem Gange. Man dachte, durch die Lira-Abwertung sei es möglich,

einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Unternehmen auf den internationalen Märkten künstlich zu halten oder zu vergrößern und andererseits eine wesentliche Reduzierung der Lohnerhöhungen zu erreichen, die die Arbeiter und Angestellten forderten.

Aber die Rechnung der Befürworter der Lira-Abwertung mußte aus mehreren Gründen als völlig falsch erweisen.

Vor allem die Tendenz zur Erhöhung der Rohstoffpreise, die sich schon in der zweiten Hälfte von 1972 gezeigt hatte, verstärkte sich im darauf folgenden Jahr in ungeahnter Weise. So mußte in der Folge der Lira-Abwertung die italienische Wirtschaft einen wesentlich höheren Preisanstieg für importierte Rohstoffe in Kauf nehmen als andere Länder.

Außerdem geschah die Lira-Abwertung in einer Phase der Expansion des inneren Marktes, d. h. der Zunahme des Verbrauchs und der Investitionen, die durch die Einkommenserhöhungen und durch die Inflation selbst begünstigt wurde. In dieser Situation war es den italienischen Unternehmen aufgrund der Grenzen ihrer Produktionskapazität nicht möglich, aus der Zunahme ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten (die die Lira-Abwertung ihnen gebracht hatte) größere Vorteile zu ziehen.

So erklärt sich die paradoxe Umkehrung der italienischen Zahlungsbilanzsituation. Bis Ende 1972 war die italienische Zahlungsbilanz eindeutig aktiv. Im Laufe von 1973 wurde sie stark passiv. Diese Entwicklung hat erneut die Aufmerksamkeit aller auf einige gravierende strukturelle Defekte unserer Wirtschaft gelenkt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das extrem große und nicht länger tragbare Defizit Italiens bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, das auf die absichtliche Vernachlässigung der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Das Defizit in der italienischen Leistungsbilanz ist zu einem nicht unwesentlichen Teil durch Devisenschiebereien verursacht, die eine massive Kapitalflucht mit sich brachten. Es ist fast schon allgemein üblich, für die Importe wesentlich höhere Einkaufspreise als die tatsächlichen anzugeben und für die Exporterzeugnisse deutlich niedrigere Preise zu berechnen als die tatsächlich erzielten. Die Wirkung solcher Methoden waren 1973 für unser Land geringere Deviseneinnahmen in einer Größenordnung von 1000 Milliarden Lire.

Auch wenn man von diesen Tatsachen absieht, ist unbestreitbar, daß es im Laufe von 1973 und auch in der ersten Hälfte dieses Jahres zu einer eindeutigen Verschlechterung der italienischen Zahlungsbilanz (ohne den Kapitalverkehr) gekommen ist, gerade aufgrund der Effekte der Lira-Abwertung. Die Inflation (erst recht verstärkt durch die Abwertung) und die Perspektive einer weiteren Lira-Abwertung (nach der Entscheidung der Regierung, den Wechselkurs unserer Währung unbeschränkt floaten zu lassen) haben zu einer enormen Expansion der Inlandsnachfrage geführt. Dies dehnte die Importe bemerkenswert aus und bremste die Exporte.

Unter diesen Bedingungen führte die Erhöhung des Erdölpreises für die italienische Zahlungsbilanz zu einer Situation am Rande des Zusammenbruchs.

Der Charakter der Inflation

4. Aus den bisherigen Überlegungen kann man auch einige neue Momente für eine Beurteilung des gegenwärtigen Charakters der Inflation in unserem Wirtschaftssystem ableiten.

Bekanntlich entwickelt sich seit 1968 (also seit dem Ausbruch der Krise des Dollars und des internationalen Währungssystems) die Inflation doppelt oder dreifach so rasch, wie man es aus den beiden vorhergehenden Jahrzehnten gewohnt war. Die Inflation ist noch stärker als früher zu einer typischen Komponente der Entwicklung des kapitalistischen Systems geworden, für das in der gegenwärtigen historischen Phase die wachsende Macht der internationalen Industrie- und Finanzkonzentrationen charakteristisch ist. Diese *internationale* Inflation muß zwangsläufig auch in Italien auftreten, mit allen ihren Auswirkungen (Erhöhung des Darlehenszinssatzes, Preissteigerung bei Rohstoffen, bei Investitionsgütern, Halbfabrikaten usw.).

Neben diesen beiden internationalen Faktoren gibt es auch andere, die mit der gegenwärtigen Inflation in unserem Land bestimmen. Sie ergeben sich sowohl aus den strukturellen Eigenschaften unseres Wirtschaftssystems als auch aus den Konflikten, denen dieses System in den letzten Jahren ausgesetzt war, und schließlich aus den Ungleichgewichten, zu denen die jüngsten Konjunkturentwicklungen geführt haben.

Viele Faktoren tragen zu einer Verschärfung der vom Ausland kommenden inflationären Tendenzen bei. Zu nennen wäre etwa: die Rückständigkeit Süditaliens und die chaotische Entwicklung in großen Zonen des Landes; die wachsende Unfähigkeit der Landwirtschaft, den Nahrungsmittelbedarf des Landes zu decken; die Mängel im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und das Zurückbleiben bei der Fortentwicklung der Produktionstechnik; die Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung; die Koexistenz von Finanzkapital und absolut überalterten Strukturen im Distributionssektor; das hohe, z. T. extrem hohe Einkommensniveau einiger Gruppen. Hinzuzufügen wäre ferner das Wachstum der parasitären Einkommen, das die Entwicklung des inflationären Prozesses begleitet. In den letzten Jahren sprach man viel von der Notwendigkeit, einige dieser Einkommen grundlegend zu treffen — man hätte glauben können, es würde tatsächlich etwas neues geschehen. Es kam freilich ganz anders. Nie sind die parasitären Einkommen so gewachsen wie in den letzten Jahren. Die Preise für Wohnungen und Immobilien in den Städten sind in wenig mehr als einem Jahr um 50 % oder sogar 100 % gestiegen. Auch die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen haben einen eindrucksvollen Sprung gemacht. Sie stiegen weit mehr als in gleichen Zeitraum der Index der Verbraucher- oder Großhandelspreise. Mittlerweile hat auch das Gewicht der parasitären Einkommen beim Kreditsystem und den großen Gruppen des Finanzkapitals neue Proportionen angenommen, besonders durch spekulative Aktivitäten an den Börsen, auf dem Devisenmarkt und auch auf anderen Gebieten.

Eine inflationäre Wirkung hatten in derselben Periode auch die Funktionsmechanismen des Steuersystems und der öffentlichen Finanzen im allgemeinen. Wir haben bereits auf dieses Thema hingewiesen, als wir von der Einführung der IVA Anfang 1973 sprachen. Es lohnt sich freilich zu präzisieren, daß die IVA einen doppelten inflationären Effekt hatte. Auf der einen Seite bezahlten die Verbraucher über die Preiserhöhungen für diese Steuer sehr viel mehr als vorher für die indirekten Steuern, die durch die IVA abgelöst wurden. Auf der anderen Seite hatte der Staat geringere Einnahmen durch die IVA als erwartet und mußte zur Deckung seines Finanzbedarfs sich in verschiedener Form verschulden. So wurde durch die Einführungsmodalitäten der IVA die Fähigkeit des Systems der öffentlichen Finanzen zur Eigenfinanzierung noch vermindert und die Gewinne aus Steuerhinterziehung vergrößerten sich.

Die Ausführungen über den gegenwärtigen Charakter der Inflation in Italien wären unvollständig, wiese man nicht auch auf einen andern Fakt hin. Angesichts der Perspektive einer schon galoppierenden Inflation (von der niemand weiß, wann sie gestoppt werden kann) hat sich, wie wir bereits erwähnten, die Gesamtnachfrage abnorm ausgeweitet, in verschiedener Richtung: Flucht in „beständige“ Güter, Hortung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Anlage von übergroßen Vorräten, vorgezogener Kauf von Konsumgütern durch Familien usw. Es ist festzustellen, daß diese abnorme Ausweitung der Gesamtnachfrage zum ersten Mal seit zehn Jahren dazu geführt hat, daß die Inflation in Italien *auch zu einer Nachfrageinflation* geworden ist. Es zeichnete sich letztlich eine Situation ab, in der (aus den genannten Gründen) die Gesamtnachfrage auf dem italienischen Markt höher als die Gesamtheit der im Land produzierten Güter ist. Hieraus regibt sich ein weiterer Anstoß für den inflationären Prozeß, mit Auswirkungen, die zum Verlust der Kontrolle über das System führen können. Gleichzeitig, um die Preiserhöhungen für Erdöl und andere Rohstoffe bezahlen zu können, müssen dem Ausland wesentlich mehr in Italien produzierte Güter überlassen werden als in der Vergangenheit.

Tendenzen in den ersten Monaten des Jahres 1974

5. Wir haben zu Anfang dieser Ausführungen darauf hingewiesen, daß in den ersten drei oder vier Monaten von 1974 Produktion, Beschäftigung und Inlandsnachfrage auf hohem Niveau blieben. Zum Teil lagen sie höher als man nach dem Ausbruch der Energiekrise und der Anwendung der „Austerität“-Maßnahmen angenommen hatte. Wir haben ferner hervorgehoben, daß inzwischen eine eindeutige Negativentwicklung hinsichtlich der Preisstabilität, der Zahlungsbilanz sowie im Finanzsektor (und bei den öffentlichen Finanzen besonders) zu verzeichnen war. Wir glauben, daß man auf Grundlage der Überlegungen in den vorhergehenden Abschnitten die Gründe für diese scheinbar widersprüchliche Entwicklung verstehen kann. Es scheint freilich nützlich, noch mehr Informationen zu diesen Fragen zu liefern.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg (im Gegensatz zu den größten kapitalistischen Ländern) die Industrieproduktion in Italien um 15,1 % gegenüber dem entsprechenden Zeitraum von 1973. In der gleichen Zeit kam es in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien zu einer echten Rezession, in Frankreich zeichnete sich eine Tendenz zur Stagnation ab und in anderen Ländern eine wesentliche Verlangsamung des Wachstums. Hinsichtlich Italien wird von verschiedenen Seiten bemerkt, daß der Vergleich der industriellen Produktion im ersten Vierteljahr von 1973 und 1974 nicht ganz korrekt ist, weil Anfang vorigen Jahres die großen Tarfkämpfe der Gewerkschaften zu großen Produktionsverlusten führten. Hinzugefügt wird ferner, daß man in den letzten Monaten einen starken Rückgang in der Wachstumsrate der italienischen Industrieproduktion zu verzeichnen hatte (das prozentuale Wachstum betrug 20,9 im Januar, 13,6 im Februar und 11,0 im März). Insgesamt scheint das Wachstum der Produktion doch beträchtlich und angesichts der Auftragslage könnte es sich fortsetzen. Aber man darf nicht vergessen, daß der *Produktionsrekord* vom September und Oktober 1973 in den folgenden Monaten nicht mehr erreicht worden ist.

Bezeichnend ist ferner, daß auch bei der Preisentwicklung sich ein gewisser Abstand zwischen Italien und den anderen Ländern zeigt. Überall bewegt sich die Inflation noch schneller vorwärts als vor einem Jahr. In Italien ist aber die Entwicklung besonders gravierend. Im Verlauf von 1973 stieg, wie wir bereits sahen, der Index der Verbraucherpreise um 12,5 %. In den ersten vier Monaten dieses Jahres (Januar bis April) stieg ebendieser Index weiter um 7,2 %, was einem jährlichen Anstieg von über 20 % entspricht.

Noch gravierender ist die außenwirtschaftliche Situation. In den ersten drei Monaten von 1974 gab es ein Devisendefizit von 1337 Milliarden Lire, in Folge einer Häufung von Negativsalden, die mit unglaublicher Geschwindigkeit zunahmen. Das Defizit stieg von 148 Milliarden im Januar auf 475 im Februar und auf 714 Milliarden im März. Im April (auch wenn man die offiziellen Zahlen noch nicht kennt) scheint es weiter zugenommen zu haben – man könnte glauben, daß bei einer Fortdauer dieser Tendenz das Devisendefizit für das ganze laufende Jahr sich 8000 oder auch 10 000 Milliarden Lire nähern wird.

Inzwischen ist (aufgrund sowohl des Zahlungsbilanzdefizits als auch des Devisenmangels infolge der Kapitalflucht) die Auslandsverschuldung Italiens enorm angewachsen. Vom Juni 1973 bis zum vergangenen Februar nahm unser Land auf dem Eurodollar-Markt Kredite für 5,6 Milliarden Dollar auf, zu einem Zinssatz von etwa neun Prozent. Danach wurde durch die Mediobanca ein neuer Kredit über 1,2 Milliarden Dollar abgeschlossen. Darüberhinaus wurde im März das mit dem Europäischen Währungsfond vereinbarte Kreditvolumen von 1,9 Milliarden Dollar fast ganz ausgeschöpft. Im April begann man, auf die Kreditmöglichkeiten zurückzugreifen, die mit dem Internationalen Währungsfond, dem Federal Reserve-System der USA und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vereinbart waren.

Natürlich erschwert diese Auslandsverschuldung noch mehr die Situation der italienischen Zahlungsbilanz. Man berechnet in der Tat, daß allein für die Zinsen auf die angesammelten Schulden 1974 fast tausend Milliarden Lire aufgewendet werden müssen.

Inzwischen verzeichnet auch die chaotische und nahezu bankrotte Situation des Systems der öffentlichen Finanzen eine weitere Verschlechterung. Das Steueraufkommen bleibt weiterhin hinter den Erwartungen zurück; wenn man die Preissteigerungen (die auch die öffentliche Verwaltung treffen) abzieht, geht es nicht nur relativ (d. h. im Verhältnis zur Entwicklung des Volkseinkommens) zurück, sondern auch absolut.

Angesichts all dieser negativen Faktoren kann die anhaltende positive Entwicklung der Industrieproduktion und der Beschäftigung kein Grund zur Zufriedenheit oder auch nur zur Ruhe sein.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung

6. Angesichts dieser Verschlechterung der allgemeinen Lage der italienischen Wirtschaft muß man in erster Linie auf die schwere Verantwortung der Wirtschaftspolitik der Regierung für diese Lage hinweisen.

In einer derart komplizierten Phase, wie wir sie seit einiger Zeit auch aufgrund der internationalen Ereignisse durchmachen, war das Handeln der Regierung gekennzeichnet durch eine Aufeinanderfolge von chaotischen und perspektivlosen Maßnahmen sowie durch eine immer größere Ineffizienz. Gerade in dieser Periode hat der Mangel an einer Steuerung der wirtschaftlichen Aktivität durch die Regierung ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Unser Land wurde den Spekulationen der großen Finanzgruppen und Profitjägern aller Art ausgeliefert, die nahezu ungestört sich massive Kapitalbewegungen ins Ausland leisteten, noch skandalösere Steuerhinterziehungen als in der Vergangenheit, systematische Verletzungen der Gesetze zur Preisregulierung usw.

Auch die Aktionen der Staatsbank in diesem Zeitraum erwiesen sich als wenig geeignet, die Wirtschaft zu lenken, sei es auch nur in den Grenzen der Währungspolitik und mit den ihr eigenen Problemen. Zwar wurden verschiedene deflationäre Maßnahmen ergriffen (Erhöhung des Diskontsatzes, darauffolgende Erhöhung der Zinssätze, quantitative Beschränkungen für die Ausweitung des Kreditgeschäfts der Banken usw.), aber ihre Wirkungen waren gewiß nicht die beabsichtigten.

Die Kapitalflucht setzte sich fort, da die Erhöhung der Zinssätze (ebenso wie die Regierungsverordnung zur Wiedereinführung der Kuponsteuer) nicht ausreichte, um die Spekulanten zu entmutigen und das Vertrauen der Sparer wiederherzustellen.

Auch war es durch die Erhöhung der Zinssätze und die anderen bis Ende April angewandten Kreditrestriktionen nicht möglich, eine Einschränkung der

Nachfrage und der Investitionen der Unternehmen zu erreichen, wie sie die Währungsbehörden beabsichtigten.

Man kann zu dieser Frage feststellen, daß sowohl im Verlauf von 1973 als auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Unternehmen die Preise spürbar erhöht haben. Damit haben sie (von wenigen Ausnahmen abgesehen) ihre Profite enorm gesteigert, ebenso ihre Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung. Wenigstens teilweise hat sich die Abhängigkeit vieler Unternehmen von der Finanzierung durch die Banken verringert. Gleichzeitig nahm die Wirksamkeit der von den Währungsbehörden beschlossenen Kreditrestriktionen ab (allerdings wirkten sich diese Restriktionsmaßnahmen verschärft auf die Kommunen aus). So wurde (wie zuvor schon in andern Ländern) die Erhöhung der Zinssätze, soweit sie überhaupt wirksam wurde, letztlich zu einem weiteren Faktor der Inflation. Er verursachte nicht nur eine Erhöhung der Kosten, sondern auch einen echten Kurseinbruch bei Aktien und Obligationen. Dies brachte für jene Bürger schwerste Verluste, die ihre Ersparnisse in Schatzanweisungen, anderen Staatspapieren oder in Aktien angelegt hatten. Außerdem wurden die unproduktiven Investitionen in „Fluchtgüter“ weiter angeheizt, ebenso die regelrechte Vergeudung von Ressourcen.

Diese sparerfeindliche Politik war u. a. die Konsequenz der Weigerung, neue Wege des Sparens zu erschließen (wie sie etwa in einem Referat des Generaldirektors der Staatsbank, Professor *Paolo Baffi*, auf einer Tagung der Accademia dei Lincei Anfang März vorgeschlagen wurden). Bei jener Gelegenheit (und nicht nur bei ihr) fand der Vorschlag Professor *Baffis* breite Zustimmung, das Sparen in einer inflationären Situation durch Emission von an den Preisindex gebundenen Papieren zu fördern, die in ihrem realen Wert garantiert wären. Aber wie schon in anderen Fällen fand auch dieser positive Vorschlag keine praktische Anwendung (die angekündigte Emission von indexgebundenen Obligationen der ENEL ist etwas wesentlich anderes, als auf der Tagung der Accademia dei Lincei angekündigt wurde). Es kam so, weil offensichtlich die großen italienischen und ausländischen Finanzgruppen, die von der Inflation profitieren, wieder einmal ihre Interessen durchsetzten.

Eine drastische Verschärfung des deflationären Kurses in der Währungspolitik (vorausgegangen war die Erhöhung der Zinssätze und die quantitative Limitierung der Kredite) brachte die Verordnung des Schatzministeriums und der Staatsbank (in Übereinkunft mit dem Außenhandelsministerium) vom 30. April. Ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik und die internationale Politik Italiens geht weit über die Bedeutung vieler ausgiebig im Parlament diskutierter Gesetze hinaus.

Nützlich scheint es, sich kurz mit der Bedeutung und den vorhersehbaren Effekten dieser ministeriellen Verordnung zu befassen. Bekanntlich brachte sie für einen großen Teil der Importe die Verpflichtung, eine Summe von 50 % des Einkaufspreises für sechs Monate zinslos bei der italienischen Staatsbank zu deponieren. Diese Maßnahme verfolgte mehrere Ziele. Man will vor allem das Zahlungsbilanzdefizit verringern, indem man die Anlage von Vorräten und die

Überbewertung der Importwaren erschwert, Finanzierungen aus dem Ausland oder den Aufschub von Zahlungen aber fördert. Außerdem will man die inländische Nachfrage bremsen, sowohl durch die Erhöhung der Preise für Importgüter als auch durch die Verringerung der Liquidität der Banken (und damit die geringere Kreditgewährung an Unternehmen). Man berechnete, daß die erwähnte Depotpflicht einerseits zu einer Erhöhung des Verkaufspreises dieser Importwaren um 4 bis 5 % auf dem italienischen Markt führen würde und andererseits zu einer Liquiditätsverknappung des Kreditsystems zwischen 1500 und 2000 Milliarden Lire. Zu einer solchen Liquiditätsverknappung käme es nur dann nicht, wenn die ergriffenen Maßnahmen einen anhaltenden Rückfluß ins Ausland transferierten Kapitals veranlaßten oder aber einen massiven Rückgang der Importe.

In jedem Fall ist diese Verordnung Ausdruck einer drastisch deflationären Kreditpolitik, die größte Schwierigkeiten für die produktiven Investitionen schafft und geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten für die Investitionen der öffentlichen Hand (besonders der Kommunen, Provinzen und Regionen). Nach so vielen großen Worten, die auch die Regierung zur Frage der Umorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung (massive Anstrengungen für die Landwirtschaft, für Süditalien, die kollektiven Infrastrukturen und die sozialen Investitionen) gemacht hat, ist die Wirtschaftspolitik der Regierung dahin gelangt, die Verwirklichung aller Investitionsprogramme der Kommunen und der Regionen praktisch unmöglich zu machen. Ein großer Teil der Tätigkeit der Regionen besteht bekanntlich in der Unterstützung von Maßnahmen der Kommunen und Provinzen. Die faktische Blockierung von Krediten an die Kommunen hat den Effekt, daß jetzt sogar die Ausgabe eines großen Teils der Fonds unmöglich wird, über die die Regionen verfügen.

Dies verzögert nicht nur weiter die Realisierung dringend notwendiger sozialer Investitionen, sondern läßt die Gefahr eines heftigen und ausgedehnten Falls der Produktion entstehen, mit schwersten Folgen auch für die Beschäftigung und die Masseneinkommen. Man darf u. a. nicht vergessen, daß in ebendieser Periode die Staatsbank dabei ist, die Überweisung der vom Parlament bereits beschlossenen Aufstockungsbeträge für die Dotationsfonds der Verwaltungsgesellschaften für die Unternehmen mit staatlicher Beteiligung zu verlangsamen. Das kann die Verwirklichung bedeutender produktiver Investitionen in Süditalien verzögern.

Schließlich ist hinzuzufügen, daß die Verordnung über die Importrestriktionen mit ihrer Autarkie-Haltung zu Gegenmaßnahmen durch die andern Mitgliedstaaten der EWG oder auch dritte Länder führen kann; und dies in einer Phase, wo Italien sich nicht aus der wirtschaftlichen Krise befreien kann ohne konstruktive Anstrengungen zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit.

Was zu tun ist

7. Unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Wirtschaft unseres Landes und angesichts der neuen Probleme durch eine Inflation, die auch durch eine Übernachfrage ausgelöst zu sein scheint, betonen wir erneut unsere völlige Opposition zu einer Wirtschaftspolitik, die das Gleichgewicht des Systems auf Grundlage einer drastischen Einschränkung der Gesamtnachfrage wiederherstellen möchte. Gewiß kann man sich nicht der Illusion hingeben, jegliches Opfer und jeglicher Verzicht ließen sich vermeiden. Aber es ist nicht zu akzeptieren, wenn wieder einmal versucht wird, die bestehenden Probleme dadurch zu lösen, daß man alle Folgen der Krise auf die breiten Massen abwälzt.

Eine korrekte Ausarbeitung der zu verfolgenden Linie erfordert vor allem eine ernsthafte Analyse der Probleme und eine rigorose Klarstellung der Verantwortlichkeiten, die zu der eindeutigen Verschlechterung der Lage in den letzten Monaten geführt haben. Der Ministerpräsident beharrte bei dem Treffen mit den Gewerkschaften am 16. Mai auf einem alten Argument. Das Land könne nicht über seinen Möglichkeiten leben, die Gesamtnachfrage müsse eingeschränkt werden. Im Gegensatz zur Vergangenheit basieren diese Erklärungen des Ministerpräsidenten heute auf objektiven Daten. Aber *Rumors* Ausführungen besitzen keinerlei Glaubwürdigkeit, wenn der Benennung der Dramatik in der Situation nicht die Benennung der Verantwortlichkeit dafür folgt und wenn die Forderung nach Opfern undifferenziert bleibt bzw. weiterhin von systematischem Nachgeben gegenüber den großen wirtschaftlichen Gruppen begleitet wird (und besonders gegenüber denjenigen, die an der weiteren Entwicklung der Inflation interessiert sind).

Was wurde getan, um die Kapitalflucht zu stoppen, die unser Wirtschaftssystem fast ausgeblutet hat? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Skandal der Steuerhinterziehungen zu beenden? Welche Entscheidungen wurden getroffen, um die grassierende Vergeudung in der öffentlichen Verwaltung zu beenden? Kein einziger der großen Kapital-Exporteure oder ihrer Komplizen bei den (staatlichen und privaten) Banken wurde bestraft. Das Gleiche läßt sich über die großen Steuerhinterzieher sagen. Hinsichtlich der Vergeudung durch die öffentliche Verwaltung weiß man gut genug, daß sie eine wesentliche Komponente des Machtsystems der DC ist und daß die Hauptverantwortlichen dieser Partei sie auch nicht antasten wollen.

Eine ehrliche Antwort auf diese Fragen und die Übernahme der daraus resultierenden Verantwortlichkeit sind heute unabdingbare Voraussetzung für jene Sanierung und Erneuerung unserer Wirtschaft, die dringend und unumgänglich ist. Sicher würde sie manchen Verzicht erfordern, aber sie könnte auch für eine nicht ferne Zukunft jenen neuen Typ der Entwicklung garantieren, der den authentischen Bedürfnissen und Interessen unseres Landes entspricht und auf den wir seit allzulanger Zeit warten.

Kurzfristig muß man die größten Anstrengungen unternehmen, um die weitere Ausweitung der Produktion und ein hohes Beschäftigungsniveau zu garan-

tieren. Die Rezession, vor allem eine Rezession in großen Dimensionen, ist nicht unvermeidbar. Aber zu diesem Zweck ist ein betont selektiver Einsatz der verfügbaren Ressourcen notwendig, sowie eine Orientierung der (produktiven und sozialen) Investitionen an den mehrfach von verschiedener Seite genannten Prioritäten (Landwirtschaft, Energie, Südtalien, wissenschaftliche Forschung, Schule usw.). Angemessene Finanzmittel zur Realisierung dieser Investitionen können durch eine neue Spar-Politik garantiert werden, die den Bürgern den realen Wert ihrer Ersparnisse sichern müßte. Durch die Emission von garantierten, indexgebundenen Papieren ist es möglich, immense Ersparnisse zu sammeln und damit einen wesentlichen Rückgang der Nachfrage zu erreichen (besonders bei überflüssigem oder spekulativem Konsum oder beim Erwerb von „Fluchtgütern“). Man würde so jene Nachfrage einschränken, die heute vielfältige negative Auswirkungen hat, insofern sie den produktiven und sozialen Investitionen Ressourcen entzieht, das Defizit der Zahlungsbilanz vergrößert und die Preissteigerungen fördert. Unter den gegenwärtigen Bedingungen internationaler Inflation wäre es, wenn Italien früher als andere Länder indexgebundene Staatspapiere einführe, auch möglich, einen Zustrom immenser finanzieller Ressourcen aus dem Ausland zu erhalten. Diese könnten wenigstens teilweise das Zahlungsbilanzdefizit abdecken, ebenso die Finanzierung der Investitionen im Inland, ohne daß wir enorme Summen für Zinsen aufwenden müßten. Für die indexgebundenen Papiere ließen sich Zinssätze von 3 bis 3,5 % denken (d. h. äußerst bescheidene im Vergleich zu den heute auf den italienischen und internationalen Finanzmärkten üblichen). Andererseits müßten auch die aufgrund der so erhaltenen finanziellen Mittel vergebenen Darlehen dasselbe Indexsystem und bescheidene Zinssätze aufweisen.

Mit den durch die Emission derartiger Papiere angesammelten italienischen und ausländischen Ersparnissen würde auch die Finanzierung der sozialen Investitionen und der Investitionen der Kommunen ermöglicht, die andernfalls wer weiß wie lange blockiert bleiben könnten.

Natürlich erfordert eine derartige Spar-Politik massive Anstrengungen zur Eindämmung der inflationären Tendenzen und zur Stabilisierung des Wechselkurses der Lira gegenüber den Währungen. Sie erfordert auch umfassende Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung und die Demokratisierung des Steuersystems. Außerdem erfordert eine solche Wirtschaftspolitik ein wirksames System der Preiskontrolle und entschiedene Maßnahmen gegen die Spekulation.

Man kann die Inflation nicht eindämmen, wenn durch die Steuerhinterziehungen der öffentlichen Hand unverzichtbare Einnahmen entgehen und eine Nachfrage nach überflüssigem oder Luxuskonsum entsteht, in für unsere Wirtschaft untragbaren Ausmaßen. Andererseits wären alle Anstrengungen zur Gesundung und Erneuerung unserer Wirtschaft umsonst, wenn neben ihnen nicht der entschiedene politische Wille steht, den Devisenbetrug und die Spekulation in allen ihren Formen zu verhindern, auch durch eine strenge und einschneidende demokratische Kontrolle der Tätigkeit von großen Konzernen. Im Rahmen einer Anti-Inflationspolitik, wie wir sie benannt haben, und die u. a. die Sicherung des

Werts der Ersparnisse zum Ziel haben muß, wären auch Entscheidungen zum Schutz der niedrigsten Einkommensgruppen (besonders der Rentner) unumgänglich.

An Möglichkeiten zur Überwindung der Wirtschaftskrise, mit der unser Land kämpft, fehlt es nicht. Aber damit diese Möglichkeiten praktische Politik werden, ist ein neuer politischer Wille unumgänglich, der wirklich demokratisch und an den wahren Interessen der großen Massen orientiert sein muß. Sonst wirkt die Aufforderung zu Opfern unglaublich und muß zu Ablehnung und Unwillen führen.

Übersetzung: Winfried Roth

Hinweise der Redaktion

Das nächste Heft des Marxismus Digest erscheint zum Thema

Arbeiterjugend

Soziale Lage – Bewegungen – Ideologie

Dieses ursprünglich als „Jugendsoziologie“ angekündigte Heft 23 enthält u.a. folgende Beiträge:

- Martin Jacques/John Boyd (Großbritannien)
Diskussion über Tendenzen der Jugend-Kultur
- Autorenkollektiv (Israel)
Die Jugend und der Zionismus
- Schlichter (Kanada)
Kanadas Jugend unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution
- Marcucci (Italien)
Lehrlingsausbildung als Schule der Ausbeutung
- Adamski (Polen)
Neue Wege in der Jugendpolitik
- Gažso/Kolosi (Ungarn)
Berufswahl, Berufsänderung, Identifikation mit der Arbeit

Heft 24 des Marxismus Digest erscheint mit dem Titel

„Kritik der bürgerlichen Wissenschaftstheorie“ im November 1975.

Geschichte der marxistischen Dialektik

Von der Entstehung des Marxismus bis zur Leninschen Etappe

Autorenkollektiv unter Leitung von M. M. Rosental
Aus dem Russischen

488 Seiten · Leinen 19,80 DM

Best.-Nr.: 736 311 6 Bestellwort: Gesch. marx. Dialektik

In dieser philosophie-historischen Arbeit von aktueller Bedeutung wird die Herausbildung und Entwicklung der marxistischen Dialektik durch Karl Marx und Friedrich Engels untersucht. Die Autoren weisen nach, daß die marxistische Dialektik untrennbar mit der historischen Ausarbeitung und Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung, der Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse durch Marx und Engels verbunden ist und daß sie sich schon zu Beginn ihrer Entstehung unter den Bedingungen eines unerbittlichen Klassenkampfes in härtester Auseinandersetzung mit dem Idealismus und der Metaphysik entwickelte.

Geschichte der marxistischen Dialektik

Die Leninsche Etappe

Autorenkollektiv unter Leitung von G. A. Kursanow
Aus dem Russischen

Etwa 760 Seiten · Leinen etwa 19,80 DM

Best.-Nr.: 736 455 7 Bestellwort: Gesch. Dial. Lenin

Die im September 1975 erscheinende Fortsetzung ist der Leninschen Etappe der Entwicklung der materialistischen Dialektik gewidmet. Lenins Gedanken zum Gegenstand der Dialektik und zur Dialektik als Logik, Erkenntnistheorie und Methodologie der Wissenschaften, seine Forschungen zur Dialektik des Imperialismus und seine Arbeiter zur Dialektik von Strategie und Taktik, in der sozialistischen Revolution werden umfassend analysiert. Besonderes Interesse werden die Kapitel finden, welche die Ausarbeitung der materialistischen Dialektik nach der Oktoberrevolution behandeln, so die Entwicklung der Lehre von den dialektischen Widersprüchen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und im siegreichen Sozialismus.



DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-102 Berlin
Wallstraße 76-79

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

Bisher erschienen:

- 1 Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung — Inhalt, Formen, Methoden
- 2 Neokolonialismus
- 3 Ökonomische Reformen in den sozialistischen Staaten
- 4 Friedrich Engels 1820-1970
- 5 Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus
- 6 Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung
- 7 Neue Aspekte der Monopoltheorie
- 8 Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt
- 9 Erkenntnistheorie
- 10 Strategie und Taktik des antimonopolistischen Kampfes in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- 11 Inflation und Währungsprobleme im heutigen Kapitalismus
- 12 Zur Soziologie der herrschenden Klasse
- 13 Pädagogik und Gesellschaft
Zu Grundkonzeptionen der Pädagogik in den sozialistischen Ländern
- 14 Nationalisierung und demokratische Programmierung
- 15 Bedürfnisse, Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und Konsum im Kapitalismus
- 16 Zur Kritik der Psychoanalyse
- 17 Staat und Herrschaftssystem im heutigen Kapitalismus
- 18 Philosophie und Naturwissenschaften
- 19 Wachstum und Krise im Kapitalismus heute
- 20 Theorie und Praxis sozialdemokratischer Parteien
- 21 Technik und Gesellschaft
- 22 Allgemeine und zyklische Krise des Kapitalismus